

Zeitschrift für Politische Theorie

Felix Heidenreich Modi und Objekte politischer Kommunikation. Über Sprachspiele der Politik und den Vergleich von Deliberationsprozessen // Daniel Jacob Demokratie in Unternehmen? Eine liberal-egalitäre Perspektive // Jan-Werner Müller Was ist Populismus? // Dirk Jörke Kommentar: Moralismus ist zu wenig // Karin Priester Kommentar: Populismus und kein Ende. Müller belebt die Debatte, aber bereichert er sie auch? // Steven Schäler Kommentar: Begriffe und Befunde: Populismus in der politikwissenschaftlichen Forschung // Jan-Werner Müller Replik // Andreas Anter Die Staatstheorie der Gegenwart. Ein Forschungsbericht

2.2016

7. Jahrgang ISSN 1869-3016

Verlag Barbara Budrich

Inhalt

Abhandlungen

Felix Heidenreich

Modi und Objekte politischer Kommunikation. Über Sprachspiele der Politik und den Vergleich von Deliberationsprozessen 143

Daniel Jacob

Demokratie in Unternehmen? Eine liberal-egalitäre Perspektive 169

Debatte

Jan-Werner Müller

Was ist Populismus? 187

Dirk Jörke

Kommentar: Moralismus ist zu wenig 203

Karin Priester

Kommentar: Populismus und kein Ende. Müller belebt die Debatte, aber bereichert er sie auch? 209

Steven Schäler

Kommentar: Begriffe und Befunde: Populismus in der politikwissenschaftlichen Forschung 221

Jan-Werner Müller

Replik 233

Forschungsbericht

Andreas Anter

Die Staatstheorie der Gegenwart. Ein Forschungsbericht 239

Rezension

Nikita Dhawan

Die Aufklärung retten: Postkoloniale Interventionen 249

Tagungsberichte

Johannes Siegmund, Rahel Stieß und Anna Wieder

Foucault und die Krise der Linken. Bericht zur Tagung *Foucault Revisited*,
Universität Wien, 4. – 5. Oktober 2016..... 257

Ben Gook

Nancy Fraser's *Zeitdiagnose*: Capitalism after the Financial Crisis. Report on the
workshop *Justice, Feminism and the Critique of Capitalism*, University of Erfurt,
October 17–18, 2016 260

Modi und Objekte politischer Kommunikation

Über Sprachspiele der Politik und den Vergleich von Deliberationsprozessen

*Felix Heidenreich**

Schlüsselwörter: Deliberation, Inhaltsanalyse, Sprachspiele, Deliberationsmodi, deliberative Demokratie

Abstract: Die politikwissenschaftliche Deliberationsforschung kann heute auf ein breites Spektrum an empirischen Studien verweisen. In der Verflechtung zwischen theoretischen und empirischen Ansätzen hat dabei stets die Frage verschiedener *Modi der Deliberation* ein besonderes Maß an Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Von der idealtypischen Deliberation unter Laborbedingungen bis zum *bargaining*, *story-telling* und zur rhetorischen Manipulation in der Wirklichkeit lässt sich ein breites Spektrum von Verfahrensweisen unterscheiden. Die empirische Forschung konzentriert sich meist auf die Gelingensbedingungen von Deliberation: Gruppengröße, Gruppenzusammensetzung, Moderation oder Selbstorganisation, öffentlich oder nicht-öffentlich – all diese Faktoren, das „Wie“ der Deliberation, werden auf eine mögliche Korrelation mit dem Rationalitätsniveau der Deliberation befragt. Bewusst ausgeklammert blieb dabei meist die Frage, inwiefern die Themen, das „Was“ der Deliberation, die jeweiligen Modi mitbestimmen. Der Intuition, wonach beispielsweise die Deliberation über Wertfragen anders verlaufen wird als ein Austausch über Verteilungsfragen, versucht der Beitrag mit dem Vorschlag eines konzeptionellen Analyserasters gerecht zu werden, das es erlaubt, das komplexe Spiel zwischen Modi und Objekten der Deliberation zu durchleuchten. Wittgensteins Begriff des Sprachspiels wird dabei als konzeptioneller Rahmen zur Differenzierung von Sprachfeldern vorgeschlagen, die je eigene Argumentationslogiken implizieren. Aus dieser Perspektive ergibt sich zum einen ein spezifisches Verständnis des Sprachspiels der Politik; zum anderen eröffnet diese Heuristik die Möglichkeit, neben den Rahmenbedingungen und der Qualität von Deliberationsprozessen auch deren Objekte empirisch zu operationalisieren. Der *Discourse Quality Index (DQI)* könnte so durch einen *Discourse Content Index (DCI)* ergänzt werden.

Abstract: The research on deliberation in Political Sciences has produced a vast amount of very elaborated empirical studies. The different *modes of deliberation* have from the beginning attracted a specific interest in the debate between more theoretical approaches on the one hand and empirical research on the other hand. The vast range of different modes of deliberation starts with reason-giving in specific settings, includes mechanisms of bargaining in real-world deliberation and narrative techniques such as story-telling. It ends with sophisticated rhetorical manipulation at the other side of the spectrum. Large parts of contemporary studies have focused on the institutional settings and conditions of deliberation. A common aim is to capture the effects these elements have on the modes and results of deliberation. The question of how and to what degree *the object*, the topic of the debate, co-defines the modes of deliberation, has rarely been raised. This paper follows the basic intuition that, e.g., questions of values are being discussed in a fairly different way than for instance questions of distribution. By proposing a framework based on Wittgenstein's concept of "language-games" the paper proposes to shed light on the complex interaction between modes and objects of deliberation and thereby hopes to inspire future empirical studies by delivering a framework which can be operationalized for empirical studies. The *Discourse Quality Index (DQI)* could thereby be complemented by a *Discourse Content Index (DCI)*.

* Dr. Felix Heidenreich, Universität Stuttgart
Kontakt: felix.heidenreich@izkt.uni-stuttgart.de

1. Einleitung: *Wie sprechen wir über was?*

Die Deliberationsforschung ist heute ebenso ausgereift wie differenziert und scheint, betrachtet man die neueren Publikationen, in eine Phase zu treten, in der synthetisierende Sichtungen des breiten Spektrums an Studien gleichermaßen gefragt wie angemessen sind (vgl. zum Beispiel Bächtiger/Tschentscher 2007; Schaal/Ritzi 2009; Bächtiger et alii 2010b; Landwehr/Schmalz-Bruns 2014; kritisch akzentuierte Übersichten: Fuchs 2014; Flügel-Martinsen et al. 2014; ideengeschichtlich: Niesen 2014). Die Phase eines coming-of-age hat die Deliberationsforschung folglich hinter sich; längst dominieren methodische Fragen die Debatte. Es konkurrieren Ansätze, die Versuchsanordnungen in sehr enger Beobachtung in den Blick nehmen mit jenen diskursanalytischen Vorgehensweisen, die textbasiert nachzuzeichnen versuchen, wie Argumente gestaltet und rezipiert werden. Grundlegende Einwände gegen die normativen Voraussetzungen und Implikationen der Deliberationstheorie, die sich oft auf die Machttheorie Foucaults oder die Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe beziehen, finden durchaus Gehör, sind aber nur selten mit der empirischen Forschung verknüpft.¹

Ein Höchstmaß an Differenzierungen hat in der Geschichte dieser Forschung die Analyse verschiedener *Modi der Deliberation* erfahren. Seit Jane Mansbridge gefordert hatte, dem als zu idealistisch eingeschätzten Modell aus „Faktizität und Geltung“ durch Anpassungen an die Wirklichkeit eine „realistischere“ Form zu geben (Mansbridge et al. 2010), ist die Diskussion darüber, welche Formen von Sprachhandeln als Deliberation zu gelten haben, nicht abgerissen. Einen sehr ausdifferenzierten Vorschlag haben Bächtiger et al. (2010a) mit der Unterscheidung von verschiedenen Diskurstypen vorgelegt. Das Spektrum verschiedener Diskurstypen reicht in diesem Modell von der „Protodeliberation“ eines formlosen Gesprächs, das Arbeitskollegen beiläufig zwischen Tür und Angel führen, über ausführlichere Diskussionen im politischen Raum bis zur formalisierten, hochkonzentrierten Konsensfindung in Ausschüssen eines Parlaments oder den Kammern eines Verfassungsgerichts.²

Auf der Basis dieser Differenzierungen konzentriert sich die Forschung auf die Untersuchung eines Wirkzusammenhangs zwischen institutionellen Rahmensetzungen (a) und der Qualität der Deliberation (b). Impliziert ist dabei in der Regel jene von Habermas prägend formulierte These, wonach die Qualität der Rahmenbedingungen (a) eine komplex vermittelte Wirkung auf die Qualität der Deliberation, ihre Ergebnisse und damit auch ihre Akzeptabilität (b) hat. Zwar wurde hier nie ein triviales Kausalitätsverhältnis der Art „wenn a, dann b“ angenommen; die Komplexität der Wirkungsverhältnisse ist von Diana Cole Mutz in einer einschlägig gewordenen Graphik festgehalten worden, in der die Pluralität der Einflussfaktoren auf der einen Seite in ein bildrhetorisch bezeichnenderweise als Wolke dargestelltes Verhältnis zu den Auswirkungen gesetzt wird (Mutz 2008: 530). Gerade aufgrund der Komplexität dieser Wirkungsverhältnisse steht bei weiten Teilen der zeitgenössischen Deliberationsforschung genau der Zusammenhang zwischen institutionellen Rahmensetzungen und Deliberationsqualität im Zentrum. Claudia Landwehr und Katharina Holzinger scheinen eine Standardfragestellung zu formulieren wenn sie nach

1 Eine Zusammenfassung dieser Argumente liefert beispielsweise Flügel-Martinsen (2013).

2 Ein möglicher Einwand gegen diese Ausdifferenzierung lautet, dass damit der Begriff „Deliberation“ gleichbedeutend wird mit „Kommunikation“, weil selbst noch das *bargaining* als eine spezifische Form von Deliberation gefasst wird.

„institutional determinants of deliberative interaction“ (Landwehr/Holzinger 2010) fragen. Weite Teile der Deliberationsforschung versuchen diese nicht-linear gedachte „Wenn a, dann b“-Hypothese zu bestätigen oder zu spezifizieren. Die Objekte der Deliberation rücken dabei durch Formulierung aus dem Fokus.

Zur Stützung dieser zugespitzt formulierten Diagnose kann auf einen Klassiker der entsprechenden Literatur verwiesen werden: Jürg Steiner formuliert in seiner synthetisierenden Zusammenfassung der empirischen Forschung beispielsweise: „This early empirical study by Chambers shows that under favorable conditions, citizens are able and willing to talk with each other about serious political matters at a high level of deliberation“ (Steiner 2012: 43). Damit scheint das Bauprinzip der entsprechenden Forschung sehr präzise wiedergegeben: „favorable conditions“ ermöglichen (oder machen in einem nicht-linearen Kausalverhältnis wahrscheinlich) einen bestimmten Modus der Deliberation. Die Objekte der Deliberation, die Art des Sprachspiels, werden damit jedoch (mehr oder weniger bewusst) ausgeklammert. Auch in Steiners anschließender Rekonstruktion empirischer Studien, die die Dialogprozesse in Kolumbien, Ex-Jugoslawien und Belgien vergleicht (beiläufig wird auch eine Studie über einen analogen Prozess in Finnland erwähnt), wird primär die Frage verhandelt, ob die Interventionen von Moderatoren eine ausgeprägtere Gleichverteilung bei der Partizipation ermöglichen. Über was die Teilnehmer in den jeweiligen Prozessen überhaupt gesprochen haben, wird nicht erläutert. Die Differenz zwischen verschiedenen Objekten der Deliberation kommt hier lediglich vermittelt als Leitunterscheidung zwischen „problem-solving“ und „predictions“ vor: Mit Verweis auf mehrere Studien diskutiert Steiner abschließend die Frage, in welchen Fällen Mehrheitsentscheidungen sinnvoll sind und wann hingegen ein Konsens angestrebt werden sollte (Steiner 2012: 152). Aber besteht der entscheidende Faktor nicht genau in jenem strittigen Charakter der Deliberationsobjekte? Steiner selbst schreibt: „We should not operate with a uniform standard of what constitutes good justification but always consider the context“ (Steiner 2012: 77–78). Zu diesem Kontext gehören doch wohl ganz wesentlich die (*inhaltlich* zu bestimmenden) Themen.

Die Selbstbeschränkung auf ein formal-abstrahierendes Forschungsdesign, das zumindest Teile der Deliberationsforschung durchzieht, hat nachvollziehbare Gründe.³ Die Deliberationsforschung grenzt sich damit einerseits gegen weite Teile der post-strukturalistisch operierenden Diskursforschung ab. Hier wird die Analyse des Inhalts mit ganz verschiedenen Heuristiken betrieben und gerade nicht die Abstraktion gesucht, sondern die Konkretion – bis zur Analyse von Gesten, die bestimmte Rhetoriken und Strategien stützen oder sanktionieren. An Stelle einer Abstraktion, die Quantifizierung erlaubt, wird hier gerade das andere Extrem gesucht, die mikroskopische Rekonstruktion (und Dekonstruktion) von Diskursstrategien bis hin zu einzelnen Gesten: „Hand ans Kinn“ (Porsché 2014: 395; vgl. auch Nonhoff et al. 2014). Auch die Frame-Analyse sucht den Bezug zu den Inhalten der politischen Kommunikation offensiv (vgl. programmatisch zum Beispiel Chong/Druckman 2007), so dass in der Frame-Analyse, beispielsweise von Gesetzgebungsprozessen ein ganz breites Spektrum von Frames zu Grunde gelegt wird, die unverbunden nebeneinander stehen – „Education“, „Community, neighborhood“, „Need for po-

3 Ein beliebig herausgegriffenes anderes Beispiel aus der Deliberationsforschung ist die Studie „Do arguments matter?“ von Katharina Holzinger, Jan Biesenbender und Janine Reinhard. Zur Definition eines normativen Arguments wird hier „one basic formal criterion“ angegeben: „at some point all negotiators should have agreed upon them in principle and they should still be in agreement at the time of the negotiation“ (Holzinger/Biesenbender/Reinhard 2014: 286).

licy reform“ (Beste 2015: 10) –, sodass fraglich bleibt, wie sich die Identifizierung von Frames sinnvoll begründen lassen kann.

Vor dem Hintergrund dieser Abgrenzung kann die Deliberationsforschung die praxisrelevanten Ergebnisse nur durch formale Abstraktion sinnvoll plausibilisieren. So konnte die empirische Forschung beispielweise zeigen, dass homogene Gruppen dazu tendieren, bestimmte Urteile und Einschätzungen eher zu verstärken und daher eine durch Argumente bewirkte Veränderung der Präferenzen unter diesen Umständen eher unwahrscheinlich ist (Sunstein 2003; vgl. auch die Rekonstruktion in Schaal/Ritzi 2009: 13 f.). Gleichmaßen wurde die Frage diskutiert, ob – beispielsweise im Vergleich verschiedener Kammern – eine nicht-öffentliche Deliberation den hohen Standards eines echten Austauschs von Argumenten eher entspricht als eine öffentliche und daher zugleich auf den Applaus des Publikums abzielende Diskussion. Entgegen der Habermasschen Hoffnung auf die rationalisierende Wirkung von Öffentlichkeit scheint in der Tat die Deliberation in nicht-öffentlichen Sitzungen weniger kompetitiv und stärker sachorientiert zu sein. Auch die Wirkung von *framing*-Effekten lässt sich in Deliberationsprozessen nachweisen. In der „Real-World-Deliberation“ scheint es nicht egal zu sein, wer spricht: Dem oft zitierten Ideal- bzw. Schreckbild des weißen, gebildeten, heterosexuellen Mannes werden ganz offenbar überdurchschnittliche Kompetenzen zugetraut (vgl. zum Beispiel Mendelberg/Karpowitz 2007).

Dieter Fuchs hat vor diesem Hintergrund angemerkt, dass die empirischen Studien zur Deliberationsforschung in vielen Fällen mit differierenden Begriffen operieren und daher nur schwer vergleichbar sind: Je nachdem wie scharf die Grenzen des Diskurses gezogen werden, fallen die Diagnosen pessimistischer oder optimistischer aus (Fuchs 2014). Aber der Hinweis auf differierende Definitionen des Deliberationsbegriffs ist nur *ein* Grund für die Schwierigkeiten des Vergleichs. In größerem Maße trägt womöglich der Umstand bei, dass die Objekte der untersuchten Deliberationsprozesse in vielen Fällen gänzlich verschieden sind. Im einen Fall geht es um eine Art Begegnungsprojekt zwischen Regierungssoldaten und kolumbianischen Rebellen; in einem anderen um Sprachenpolitik in der Schweiz, vor allem um die Position des Rätromanischen; ein drittes Beispiel untersucht die Debatten zu Wertfragen wie Abtreibung. Bei wieder anderen Studien stehen recht lebensweltlich-pragmatische Fragen wie Infrastrukturprojekte (die legendären Bahnhofsumbauten) oder Parkgestaltungen im Vordergrund. Bei diesen Objekten der Deliberation handelt es sich, so die erste These, nicht nur um verschiedene Themen, *sondern um kategorial andere Problemstellungen*.⁴ Es ist für die sprachliche Interaktion gerade nicht irrelevant, welchen Gegenstand diese hat. Neben dem institutionellen Setting, dem *Wie* der Deliberation, ist das *Worüber* der Deliberation für den Modus der Deliberation ausschlaggebend.

4 Diese Diagnose ist an sich noch nicht originell; das Problem wurde vielfach identifiziert. Ich hoffe, dass indes der Versuch einer systematischen Heuristik einen Erkenntnisfortschritt darstellt. In analoger Form formulieren denn auch Schaal und Ritzi dieses Forschungsdesiderat (Schaal et al. 2009); sie schlagen eine Unterscheidung vor zwischen „regulativen Fragen, Interessenkonflikten und ethisch-moralischen Fragen“ (Schaal/Ritzi 2009: 22). Ich erweitere im Folgenden diese Differenzierung und versuche, sie in den größeren Kontext einer Theorie des Sprachspiels einzubetten. Aus meiner Sicht lässt sich das Thema des Zusammenhangs zwischen Objekten und Modi der Deliberation nicht ohne eine Erkenntnistheorie fassen. In dieser Hinsicht antwortet mein Beitrag auf das von Schaal und Ritzi identifizierte Desiderat. Bereits bestehende Differenzierungsvorschläge referiere ich weiter unten.

Im Folgenden soll vor diesem Hintergrund das komplexe Zusammenspiel zwischen Objekten der Deliberation, Sprachspielen der Objektbeschreibung und Modi der Deliberation, theoretisch präziser gefasst werden. Dazu werde ich zunächst referieren, welche Vorschläge es zur Konzeptionen verschiedener Deliberationsmodi gibt. Die synthetisierende Rekonstruktion der Forschungsliteratur führt zum Vorschlag einer Typisierung von Deliberationsmodi, die sich im Wesentlichen am Vorschlag von Bächtiger (et al. 2010a) orientiert (2.). Während der Begriff des Deliberationsmodus zunächst eine formale Bestimmung vornimmt, werde ich im nächsten Schritt unter Rückgriff auf Wittgensteins Begriff des Sprachspiels zu zeigen versuchen, dass sich neben der formalen Ebene eine Unterscheidung zwischen bestimmten auch inhaltlich zu definierenden Weisen der Weltbeschreibung anbietet. Unter Rückgriff auf bereits vorliegende Differenzierungen unterscheide ich sechs verschiedene Sprachspiele, die eine je eigene „Grammatik“, einen eigenen impliziten Regelbestand aufweisen. Die Terminologie soll dazu dienen, eine mittlere Abstraktionsebene zwischen bloß formal definierten Modi der Deliberation einerseits und den ganz konkreten, von der Diskursanalyse oder der Frame-Analyse in den Fokus genommenen Inhalten andererseits, thematisierbar zu machen (3.). Der folgende Abschnitt versucht an einigen Beispielen zu zeigen, dass wir Deliberationsprozesse in der Regel nicht eindeutig einem Sprachspiel zuordnen können. Die Objekte der Deliberation erzwingen gerade nicht automatisch die Wahl eines Sprachspiels, sondern lassen in vielen Fällen konkurrierende Sprachspiele zu. Die politische Auseinandersetzung besteht in vielen Fällen gerade darin, zu definieren, um welche Sorte Problem es sich handelt und in welchem Sprachspiel folglich über die Lösung deliberiert werden sollte. Politische Kommunikation zeichnet sich aus dieser Perspektive gerade dadurch aus, dass sie zu anderen Sprachspielen „quer“ steht, also weder auf ethische, moralische, rechtliche, pragmatische oder wissenschaftliche Fragen reduziert werden kann (4.). Ein Ausblick formuliert einige Hypothesen bezüglich der Korrelation von Deliberationsobjekten und Deliberationsqualität und zeigt Perspektiven für die weitere Forschung auf. Kurz skizziert wird abschließend das Projekt eines *Deliberation Content Index*.

2. Modi der Deliberation und ihr Bezug zur Objektseite

Zu den ersten und das Paradigma der Deliberationstheorie definierenden Unterscheidungen gehört eine zunächst geradezu binär anmutende Differenz: Um den Begriff der Deliberation zu schärfen wurde zunächst – in bisweilen abweichendem Vokabular – zwischen „echter“, rationaler, auf Gründe referierender Deliberation (*arguing*) (a) einerseits und einem instrumentell verfahrenen Durchsetzen von Interessen (*bargaining*), das auch andere Stilmittel wie *story-telling*, Rhetorik, ja sogar Sanktionsdrohungen zum Einsatz bringt, andererseits (b) unterschieden. Diese Grundunterscheidung erscheint bei verschiedenen Autoren in leicht abweichenden Varianten und kann als Wiederaufnahme der platonischen Unterscheidung zwischen Philosophie und Rhetorik, zwischen Erkenntnissuche (*epistēmē*) und bloßer Meinungsproduktion (*doxa*), verstanden werden.

Während Habermas selbst diese Leitunterscheidung noch verwendet, um den Begriff der Deliberation auf das Modell (a) zu beschränken und dieses klar abzugrenzen (was den Modus (b) gewissermaßen zum „Anderen der Deliberation“ macht), gehen andere Autoren eher von einem Kontinuum aus, bei dem auch der Modus (b) noch als eine Variante von Deliberation verstanden werden kann. So schlagen Bächtiger et al. (2010a) zum einen

eine Differenzierung zwischen Kommunikationstyp I und II vor, die die Grundunterscheidung einerseits aufgreift, andererseits relativiert.⁵ Durch Sequenzialisierung, so die Autoren, könnten beide Modi sich ergänzen, die vergleichsweise hohe Exklusionsgefahr von Typ I durch die Inklusionsoffenheit von Typ II ausgeglichen werden, umgekehrt die Gefahr eines sinkenden Rationalitätsniveaus durch Typ II durch Phasen einer konzentrierteren, anspruchsvolleren Deliberation kompensiert werden. In Habermas' Drei-Stufen-Modell der Öffentlichkeit werden die beiden Deliberationstypen *räumlich* der Peripherie und dem Zentrum zugeordnet. In Zivilgesellschaft und breiter Öffentlichkeit akzeptieren wir auch unspezifische Äußerungen, Interessensbekundungen und „wilde“ Formen der Artikulation; in Parlamenten, Gerichten, Ausschüssen oder Gremien der Exekutive erwarten wir hingegen eine Deliberation, die sich dem Ideal stärker annähert. Der besonders rational operierende Gipfel einer Deliberationspyramide wird in diesem Modell durch den breiten Sockel an bunten Formen der Deliberation und Proto-Deliberation mit Input gefüttert. Die Massenmedien und Intellektuellen operieren dabei als „Schleusen“ und „Filter“, in dem sie Argumente oder Themen verstärken bzw. ausschließen. Deliberationstyp I und II sind damit in ein räumliches Kontinuum geordnet: Stammtischsprüche, die an der Peripherie möglich sind, sollten wir im Parlament oder Bundesverfassungsgericht nicht erwarten oder zumindest nicht goutieren.

In Bächtigers Modell der Sequenzialisierung wird die Spannung zwischen beiden Deliberationstypen hingegen *temporal* gelöst: Durch beständigen Wechsel zwischen beiden Deliberationstypen „atmet“ der Prozess gewissermaßen und entgeht gleichermaßen den Gefahren der Entgrenzung wie der Exklusion (Bächtiger et al. 2010a: 211 ff.). Dieses Modell hat den großen Vorteil, die klassische Dichotomie zwischen Deliberation und Rhetorik zugunsten eines Kontinuums aufzulösen.

Die in diesem Kontext vorgestellte Differenzierung von Diskurstypen (unterschieden werden: rationaler Diskurs, kooperativer Diskurs, kompetitiver Diskurs, konventioneller Diskurs und Protodiskurs) werden indes nach *formalen* Kriterien (Begründungsrationalität, „bargaining“, „story-telling“ etc.) unterschieden. Von den Inhalten wird dabei bewusst abstrahiert: Prinzipiell müssten alle möglichen Themen in allen Modi behandelbar sein. Und in der Tat deckt sich dies mit der alltäglichen Erfahrung, die uns lehrt, dass auch über komplexe politische Entscheidungen in Form einer Proto-Deliberation, eines ungezwungenen Gesprächs zwischen Tür und Angel, gesprochen werden kann.

Auch dieses sehr komplexe Modell verschiedener Deliberationsformen ist letztlich *formal* strukturiert. Lässt sich diese Topologie von Deliberationstypen durch eine *inhaltliche* Differenzierung ergänzen? Dazu bedarf es einer Unterscheidung zwischen *Modi* und *Stilen* der Deliberation. Während der Modus formal gedacht ist (zum Beispiel logisch-deduktiv oder narrativ), impliziert der vorläufige Begriff des „Stils“ eine Verknüp-

5 Die dort definierten Kriterien lauten für Typ I: Partizipationsgleichheit (1), Begründungsrationalität (2), Gemeinwohlorientierung (3), Respekt und Zustimmung (4), Interaktivität (5), konstruktive Politik (6); für Typ II: Story-telling (7), Deliberatives Verhandeln (8). Nicht-deliberatives Verhandeln (*bargaining* im engeren Sinne) wäre dann im Falle von Drohungen gegeben, die nicht nur den Entzug von Anerkennung oder Vergünstigungen beinhalten, sondern harte Sanktion bis zur Gewalt in Aussicht stellen. Diesen (seltenen) dritten Typus politischer Kommunikation bezeichne ich im Folgenden als Typ III. (Zu dieser Differenz und der Frage ihrer empirischen Messbarkeit vgl. Bächtiger et al. 2010a: 202 ff.). Diese Unterscheidung werde ich in der Typologisierung von Sprachspielen anwenden, vgl. die Tabelle unten. Wo nicht anders expliziert ist mit „bargaining“ im Folgenden „deliberatives bargaining“ im Sinne von Bächtiger gemeint.

fung zum Inhalt. Mit dem Stil wird gewissermaßen nicht nur (auf eine formal bestimmbare Art und Weise) *über* ein Objekt gesprochen, sondern zugleich das Objekt inhaltlich als ein bestimmtes *angesprochen*. Die vergleichende *policy*-Forschung hat diese Effekte ausführlich als Konstituierungsprozess des *policy*-Objekts beschrieben (Peters 2006).⁶ In diesem Konstitutionsprozess verweben sich stets konkurrierende Versuche der Objektdefinition. Diese Momente einer Konkurrenz und einer Verwebung von Sprachspielen sind in der Deliberationsforschung unter dem Titel der Multidimensionalität bereits thematisiert worden. Claudia Landwehr hat eine Typologie von vier idealtypischen Interaktionsmodi vorgeschlagen (*discussion, debate, deliberation, bargaining*), mit deren Hilfe sie zeigen konnte, dass die distributive und die informative Dimension politischer Kommunikation meist verwoben sind (Landwehr 2010). Das hier vorgeschlagene Analyseraster erlaubt es, diese Phänomene in einem größeren Kontext zu verorten. Ein multidimensionales Modell der Deliberation setzen auch Léa Roger und Gary S. Schaal in ihrer Analyse von Parlamentsdebatten voraus, in der sie zeigen konnten, wie die „aspects of a political problem can influence the communicative behavior of representatives“ (Roger/Schaal 2013: 153). Roger und Schaal thematisieren hier unter dem Titel des „specific aspect“ genau jene Dimension des Objekts, die im Folgenden im Zentrum stehen soll. Genau diesen Mechanismus gilt es, auf begrifflich klare und empirisch operationalisierbare Art zu fassen, um die Rückwirkungen auf die Modi der Deliberation nachvollziehen zu können.

Denn die Policy-Forschung hat zwar verschiedene Typologien von Problemen entwickelt, beispielsweise die Unterscheidung von regulativ, distributiv und redistributiv zu behandelnden Themen (Lowi 1972). Im Gegensatz zu diesen Typologien verfährt die rekonstruktive Bildung der Idealtypen von Sprachspielen jedoch umfassender, weil sie nicht nur *policy*-Fragen in den Fokus nimmt, sondern die politische Kommunikation insgesamt zu ordnen versucht. Anders als in Lowis Vierfelder-Matrix ergibt sich kein abgeschlossenes System von Typen, sondern eine offene Liste möglicher Typen von Sprachspielen. Während die Typologie von Lowi und auch Habermas' Unterscheidung von Diskurstypen als *kategoriale* Unterscheidungen gedacht sind, ergeben sich die Idealtypen von Sprachspielen rekonstruktiv aus der Beobachtung der sozialen Praxis.

6 Peters' Vorschlag einer Differenzierung verschiedener Dimensionen eines *policy-problems* (complexity, divisability etc.) bleibt noch formal.

3. Sprachspiele und Objekte in Deliberationsprozessen

3.1 Wittgensteins Begriff des Sprachspiels

Die Philosophie bietet ganz verschiedene Möglichkeiten, das Verhältnis von Sprechergemeinschaft, Sprachpraxis und Bezugsobjekt zu konzipieren.⁷ Für den Kontext einer Analyse politischer Kommunikation scheint in Ergänzung zu Hermeneutik und Dekonstruktion vor allem die Theorie des Sprachspiels des späten Wittgenstein hilfreich⁸, weil diese sowohl die inter- wie innerkulturellen Konflikte von Sprachspielen thematisierbar macht, ohne diese zum „Widerstreit“ (im Sinne Lyotards) zu hypostasieren.⁹ Da Wittgenstein nach einer sehr starken Rezeption in den 1970er und 1980er Jahren heute in der politischen Theorie kaum noch diskutiert wird, gilt es zunächst einige Hintergründe zu erläutern.

In seinem zweiten Hauptwerk, den 1953 aus dem Nachlass veröffentlichten *Philosophischen Untersuchungen* (im Folgenden zitiert mit PU und dem entsprechenden Paragraphen), betont Wittgenstein in Abgrenzung zu seinem Frühwerk bekanntlich den sozialen und praxisbezogenen Charakter der Sprache. Begriffe referieren nach dieser als „Gebrauchstheorie der Bedeutung“ bekannt gewordenen Konzeption nicht unvermittelt auf Objekte in der Welt, sondern gewinnen ihre Bedeutung durch den Gebrauch, den Sprechergemeinschaften von Worten in konkreten Kontexten machen.¹⁰ Das kontextabhängige Set an (meist impliziten) Regeln lässt sich dann als Sprachspiel verstehen, das eine je spezifische „Grammatik“¹¹ aufweist. Die Gesamtheit eines jeweiligen Praxisbe-

-
- 7 Während die hermeneutische Philosophie in der Tradition Hans Georg Gadamer stets die geteilten Voraussetzungen des Verstehens betont hat („Vorverständnisse“) und die zwischenmenschliche Verständigung am Modell des Text-Verstehens explorierte, hat die Philosophie der Dekonstruktion (teils in expliziter Kritik an Gadamer) den aporetischen Charakter, die Unabgeschlossenheit der Auslegungsprozesse betont (vgl. Derrida/Gadamer 2004).
- 8 Die Frage nach der politischen Dimension in Wittgensteins Sprachdenken ist immer wieder gestellt worden. Die wichtigen Arbeiten von Hannah F. Pitkin und Cressida J. Heyes zielen jedoch in erster Linie darauf ab, herauszuarbeiten inwiefern Wittgensteins Sprachphilosophie selbst bereits als politische Theorie gelesen werden kann. Ich mache indes lediglich einen instrumentellen Gebrauch seiner Sprachspielkonzeption und beabsichtige keineswegs, einen Beitrag zur Wittgenstein-Forschung zu leisten (vgl. Heyes 2003; Pitkin 1972). Zur neueren Debatte über die *Philosophischen Untersuchungen* vgl. auch Mulhall (2007).
- 9 Nach Lyotard ist ein „Widerstreit“ ganz und gar unauflösbar. Zur Dimension des Konflikts in Wittgensteins Sprachphilosophie vgl. auch Lütterfels/Roser (1999).
- 10 Wittgensteins pragmatische „Wende“ besteht dann darin, die Sprachkonzeption des *Tractatus* als einen Sonderfall eines Sprachspiels zu verstehen. Die „Sachverhalte“ der Welt isomorph in logischer Sprache abzubilden – das ist das Sprachspiel einer positivistischen Wissenschaft, also ein Sprachspiel unter anderen, keineswegs das Paradigma von Sprache überhaupt.
- 11 Der Begriff wird hier nicht im Alltagssprachlichen Sinne verwendet, sondern im Anschluss an Wittgensteins Idee einer „Philosophischen Grammatik“ (Wittgenstein 1984a). Damit bezeichnet er die impliziten Regeln eines Sprachspiels, die beispielsweise in den Erwartungen deutlich werden, die wir an die Art des Argumentierens in bestimmten Kontexten an die Anderen richten. Wer beispielsweise im Sprachspiel ästhetischer Kritik versucht, sein ästhetisches Urteil mit mathematischer Apodiktizität zu deduzieren, verstößt gegen die „Grammatik“ ästhetischer Urteile. Mit einer solchen Person kann man dann über Romane „nicht vernünftig reden“. Eine solche Kollision von Grammatiken kann tragisch oder komisch sein. So lässt sich beispielsweise die Situation der Antigone als Kollision zwischen ethischem und rechtlichen Sprachspiel beschreiben: Gelten die Regeln der (ethischen) Tradition (Polyneikes bestatten) oder der (politische) Erlass des Kreon (Polyneikes nicht bestatten)? Vgl. hierzu auch Heidenreich (2012).

zugs bezeichnet er auch als „Lebensform“. Beide Elemente, Sprachspiel und Lebensform, sind nach Wittgenstein „verwoben“ (PU 7): Eine Sprache kann nur sinnvoll benutzt werden innerhalb eines spezifischen Handelns, eingebettet in ein Netz aus vorausgesetzten mentalen und konkreten Infrastrukturen.¹² Erwartungen an Sprecher, Geltungsbedingungen von Sätzen, Erfolgsaussichten von Sprechakten und Bedeutung von Sprache allgemein sind nach dieser Vorstellung nicht nur kontextbedingt, sondern auch veränderbar: Analog zum Spiel von Kindern¹³, das sich im Laufe eines Spiels durch Hinzufügung neuer Regeln allmählich verändern kann („Wenn der Ball in die Hecke fliegt gilt das als ‚Aus‘.“), unterliegen auch die Sprachspiele von Erwachsenen einer beständigen Transformation. Beständig wird um die Regeln der sozialen Wirklichkeit gerungen, implizit wie explizit.

Mit dem Terminus des Sprachspiels kann Wittgenstein zudem die Ähnlichkeit bei gleichzeitiger Differenz verschiedener Sprachkontexte oder Lebensformen plausibel beschreiben. Sprachspiele können wie konkrete Sprechsituationen ineinander übergehen, sich überschneiden oder überblendet werden. Wittgensteins Begriff der „Familienähnlichkeit“ bietet die Möglichkeit, die Differenzen zwischen verschiedenen Sprachspielen zu betonen, ohne eine Ausdifferenzierungstheorie zu entwerfen, in der – wie im Falle der Systemtheorie Luhmanns – durch die Differenzierung von operativ geschlossenen (aber strukturell gekoppelten) Funktionssystemen das Subjekt des Sprechens, d.h. der Mensch, aus dem Gegenstandsbereich der Soziologie verschwindet.¹⁴ Eine Familienähnlichkeit besteht beispielsweise zwischen verschiedenen Brettspielen oder zwischen verschiedenen Ballspielen.¹⁵ Analog hierzu lassen sich Sprachspiele nach Merkmalen gruppieren, ohne metaphysische Spekulationen über den tieferen Sinn dieser Differenzen anstellen zu müssen.¹⁶ Im Gegensatz zu Luhmanns Funktionssystemen handelt es sich bei Wittgensteins Sprachspielen folglich um Einheiten mit offenen Grenzen, mit Übergängen und Verknüpfungen, um dynamische Gebilde, deren Regeln sich durch neuen Gebrauch mehr oder weniger allmählich oder plötzlich verändern können.

Zudem erlaubt Wittgensteins Sprachspieltheorie eine vorerst befriedigende Antwort auf die klassische Frage nach dem Verhältnis von Sprache und Wirklichkeit. Weder bildet Sprache die Welt einfach „realistisch“ ab, so dass sich „wahr“ und „falsch“ durch „unbestreitbare Tatsachen“ in einem positivistischen Sinne einfach behaupten lassen könnten; noch verschwindet die Objektseite in einem ganz und gar konstruktivistischen Phantasieren, in dem – getreu der Devise Paul Feyerabends „Anything goes!“ – gar keine Einsprüche mehr durch die Realität möglich wären. In Abgrenzung zu beiden extremen Positionen, Positivismus/Realismus/„gesunder Menschenverstand“ einerseits und radikaler Konstruktivismus andererseits, können wir mit Wittgenstein den Wirklichkeitsbezug der Sprache als dynamisches, soziales Geschehen begreifen, in dem die Kollision von Beschreibungen mit der Realität je nach Gegenstandsbereich mehr oder weni-

12 Zum Verhältnis von Sprachspielen und Lebensformen vgl. auch Savigny (1998).

13 Es scheint unzweifelhaft, dass Wittgenstein bei der Wahl dieses Denkbildes das sehr viel dynamischere Spiel von Kindern vor Augen hat, nicht, beispielsweise das Schachspiel von Erwachsenen, bei dem die Regeln kodifiziert und unverhandelbar sind.

14 Daher bleibt unklar, wie nebeneinander operierende Codes in der ausdifferenzierten Gesellschaft zugleich abwechselnd von offenbar „mehrsprachigen“ Menschen benutzt werden können.

15 Zu Wittgensteins Begriff der Familienähnlichkeit vgl. Wennerberg (2011).

16 Die Frage nach dem „Wesen“ der Differenz von Ethik und Moral verschwindet sozusagen; es bleibt bei der Feststellung, dass es sich ganz offenbar um verschiedene Sprachspiele handelt.

ger eindeutig ausfällt. Sprachspiele haben aus dieser Perspektive selbstverständlich Anteil an der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit; ein „unvermittelter“ Wirklichkeitsbezug ist ausgeschlossen. Die Sprachspiele implizieren Hypothesen über ihre Objekte und beinhalten Stilvorgaben bezüglich des Deliberationstyps. Aber zugleich können Eigenschaften von Objekten oder praktische Kontexte bestimmte Sprachspiele nahelegen oder durch eine erfolgreiche Bewältigung praktischer Herausforderungen als überlegen ausweisen.¹⁷ Den vorläufigen Begriff des „Stils“ können wir nun durch den Begriff des Sprachspiels ersetzen.

3.2 Typologie von Sprachspielen

Wenn man nun versucht, verschiedene Typen von Sprachspielen in ausdifferenzierten, demokratischen Gesellschaften zu finden, so kann man dabei auf zahllose Unterscheidungen rekurren, die in anderen Kontexten bereits vorgenommen wurden (zum Beispiel Habermas 1999). Die Differenzierung zwischen Sprachspielen und Gegenstandsbereichen ist ja – spätestens seit der Aristotelischen Unterscheidung zwischen praktischer und theoretischer Philosophie – eine wichtige und immer wiederkehrende Reflexionsarbeit der Wissenschaft. Überall dort, wo in der Ideengeschichte die Differenz zwischen verschiedenen Objekten und entsprechend zu differierenden Redeweisen betont wurde, können wir im Rückblick ein Plädoyer für die Ausdifferenzierung von Sprachspielen erkennen. Wenn beispielsweise Kant zwischen *Rechtspflichten* und *Tugendpflichten* unterscheidet, so kann diese Unterscheidung als ein Versuch gelesen werden, zwischen dem Sprachspiel juristischer Wahrheitsfindung einerseits (Welche Handlungen zu unterlassen bin ich von Rechts wegen verpflichtet?) und einem Sprachspiel der Tugend (Welche Handlungen zu leisten gebietet meine Konzeption des guten Lebens?) andererseits zu unterscheiden (vgl. zum Beispiel Habermas 1999, 2005).

Rainer Forsts Dissertation über die *Kontexte der Gerechtigkeit* von 1994 skizziert in diesem Sinne die Differenz zwischen vier Sprachspielen. Er unterscheidet den *moralischen* Kontext (Was schulde ich als Mensch anderen Menschen?), den *ethischen* Kontext (Welches Streben empfiehlt sich als Mitglied einer spezifischen ethischen Gemeinschaft?), den *rechtlichen* Kontext (Welche gesetzlich definierten Unterlassungspflichten liegen vor?) und den *politischen* Kontext (Welche kollektiv bindende Entscheidung wollen wir fällen?). Die Pointe in Forsts Differenzierung besteht darin, die Debatte zwischen Liberalen und Kommunitaristen aus den 1980er und 90er Jahren als eine Serie von falschen Überblendungen deuten zu können. So begehen aus Forsts Sicht beispielsweise die Kommunitaristen den Fehler, das politische Gemeinwesen nach dem Modell der ethischen Gemeinschaft zu konzipieren: Über politische Objekte wird hier im Sprachspiel der Ethik gesprochen und so der Eindruck erweckt, eine politische Gemeinschaft könne nur mit einer geteilten Konzeption eines guten Lebens erfolgreich sein.¹⁸ Auch Michael Walzers „Sphären der Gerechtigkeit“ kann als eine Theorie gedeutet werden, die vor allem für die Differenzierung von Rechtfertigungskontexten plädiert. Walzers Plädoyer für

17 Dabei gilt es, ein weit verbreitetes Missverständnis zu vermeiden: Sprachspiele sind nicht nur „spiele-
risch“; die Regeln von Sprachspielen sind durchaus bindend, die Konsequenzen aus Sprachspielen biswei-
len durchschlagend, ja katastrophal.

18 Dieser Vorwurf richtet sich bei Forst vor allem gegen Autoren wie Alasdair MacIntyre (Forst 1994:
354 f.).

„gute Zäune“,¹⁹ also die Einhaltung der Sphäregrenzen in der diskursiven Bearbeitung von Ansprüchen, beschreibt Politik (im Sinne von *politics*) treffend als Auseinandersetzung um Sphäregrenzen. Auch Honneths an Hegel orientierter Entwurf einer in Sphären differenzierten Gesellschaft, in der je nach Anerkennungsmodus verschiedene Kriterien in Anschlag gebracht werden können und sollen, kann in diese Theorietradition eingeordnet werden (Honneth 2012). In all diesen Theorien der Diskursdifferenzierung wird (selbstverständlich in unterschiedlichem Vokabular) vor Entdifferenzierung gewarnt: Der frühe Habermas beschreibt unter dem Titel der „Kolonialisierung der Lebenswelt“ das Eindringen eines instrumentell-rationalen Deliberierens in die Sphäre von Familie und Politik; Luhmann argumentiert an zahllosen Stellen gegen die „Moralisierung“ und für die Einhaltung der Code-Grenzen (zum Beispiel Luhmann 1993); Walzer bezeichnet die Hegemonie einzelner Sphären als „Monopolisierung“ (zum Beispiel Walzer 1992: 49); Honneth wiederum beschreibt beispielsweise die exklusive Anwendung des juristischen Sprachspiels in der Familie (beispielsweise im Rahmen einer Scheidung) als „soziale Pathologie“ (Honneth 2012: vor allem das Kapitel C. III).

Anders als im Falle von Walzer, Habermas oder Honneth, wo (am deutlichsten vielleicht im Falle Honneths) sehr anspruchsvolle Annahmen über den anthropologisch begründbaren Sinn der entsprechenden Differenzierungen gemacht werden, kann im Kontext der Deliberationsforschung die Unterscheidung zwischen verschiedenen Sprachspielen voraussetzungsarm induktiv als Bildung von Idealtypen erfolgen. Legt man den Begriff des Sprachspiels zu Grunde, so kann man nämlich bei der Sichtung des Materials nicht mit eindeutigen Diskursgrenzen rechnen. Dennoch lassen sich einige grundlegende „Spielfelder“ inhaltlich verschiedener Deliberationstypen unterscheiden.²⁰

- a) *Wissenschaftliches Sprachspiel*: In den frühen Schriften Jürgen Habermas' steht ein Modell mehr oder weniger deutlich bei der Konzeption des Deliberationsbegriffs Pate: Der „herrschaftsfreie Diskurs“ erinnert stark an jene dialogische Wahrheitsuche, die in den platonischen Dialogen als *techné dialektiké* demonstriert wird und von Hans Georg Gadamer im Rahmen der philosophischen Hermeneutik als Dialog zu neuer Prominenz gebracht wurde.²¹ Auch bei Habermas bezeichnet der herrschaftsfreie Diskurs zunächst einmal eine gemeinsame Suche nach der Wahrheit, eine quasi-wissenschaftliche Debatte darüber, „was stimmt“. Das wissenschaftliche Sprachspiel ist geradezu prädestiniert als Modell einer Sprachsituation, in der unwichtig sein soll, wer spricht. Der Satz des Pythagoras lässt sich in Platons *Menon* auch von einem Sklaven herleiten; die Relativitätstheorie kann von einem unbekanntem Mitarbeiter des Patentamtes in Bern entwickelt werden etc. Demokratisierung und Ausweitung des wissenschaftlichen Diskurses gehen im Übergang vom Feudalismus zur funktional-differenzierten, demokratischen Gesellschaft nicht zufällig Hand in Hand, weil das wissenschaftliche Sprachspiel den sozialen Status der Sprecher idealerweise

19 „Gute Zäune garantieren gerechte Gesellschaften“ (Walzer 1992: 449).

20 Durch die hier gebildeten Idealtypen soll keinesfalls in Abrede gestellt werden, dass in der Empirie die allermeisten Diskussionen und Diskurse ungeordnet erfolgen.

21 Habermas hat in den späten 1960er Jahren bekanntlich Gadamers Hermeneutik als geradezu affirmativ-konservative Philosophie kritisiert, weil das Ideal eines „Einrückens in den Überlieferungszusammenhang“ keinerlei kritische Distanznahme zulasse. Dass die Theorie des kommunikativen Handelns dennoch gewisse Grundintuitionen der dialogischen Hermeneutik Gadamers verdankt, wird aus der historischen Distanz deutlich.

ausblendet.²² Typische Operationen sind Induktion und Deduktion. Wo der wissenschaftliche Diskurs prognostische Wahrscheinlichkeitsschlüsse vornimmt, liefert er Argumente für pragmatische Diskurse.

- b) *Pragmatisches Sprachspiel*: Ein zweites, damit eng verwandtes Sprachspiel lässt sich als pragmatisch oder technisch beschreiben (vgl. Habermas 1999). In diesem Fall sind die Ziele des Handelns bereits definiert, die technische Umsetzung jedoch bleibt umstritten. Hier geht es nicht, wie im wissenschaftlichen Sprachspiel, darum, was der Fall ist, sondern darum, welche Lösung am klügsten ist. Die Fragen der Klugheit (*phrónesis, prudentia*) bleiben selbstverständlich stark auf die Fragen der Wahrheit bezogen: Was als Lösung aussichtsreich ist, hängt eng damit zusammen, ob und wie das Ausgangsproblem korrekt beschrieben ist. Dennoch gelten (wie Aristoteles in der Kritik an der quasi-mathematischen Konzeption praktischen Wissens durch Platon zeigte) für pragmatische Sprachspiele andere Regeln. Hier geht es nicht um bloße Tatsachen, sondern um Wahrscheinlichkeiten, Abwägungen, aussichtsreiche Strategien, mittlere Wege im Falle von Zielkonflikten. Der Handlungsdruck und die Unübersichtlichkeit der Lage erzwingen hier eine *pragmatische* Suche nach der „besten Lösung“. Eine typische Operation ist der abduktive Schluss („Wahrscheinlichkeitsschluss“), die Prognose, die spekulative und daher nicht mehr im strengen Sinne wissenschaftliche Modellrechnung.
- c) *Sprachspiel der Ethik*: Werden nun die Ziele der pragmatischen Diskurse noch einmal reflektiert, so lassen sich zwei mögliche Sprachspiele beim Versuch einer Begründung kollektiver Ziele klar unterscheiden: Das *ethische* Sprachspiel fragt nach dem (in einem bestimmten Kontext, von bestimmten Personen, vor dem Hintergrund einer spezifischen Tradition) Erwünschten. Die Aristotelische Tugendethik kann in ihrer Perspektivierung auf das „gute Leben“ (*euzên*), bzw. die Glückseligkeit (*eudaimonia*) als wichtigstes Beispiel eines solchen Sprachspiels gelten. Die Frage „Was sollen wir tun?“ wird hier nach der Hinsicht des *Guten* gedeutet; die Antworten nehmen Bezug auf die Ziele ethischer Gemeinschaften (zum Beispiel Religionsgemeinschaften) oder (im Falle des Aristoteles) metaphysischer Thesen über das Wesen des Menschen. Mögliche Antworten in diesem Sprachspiel operieren in der Regel mit *Werten*, also relativ unpräzise und bisweilen auch kognitiv dissonant. Neben religiösen Offenbarungen, kultischer Tradition oder „Kultur“ (*comprehensive doctrines* würde Rawls sagen) können im ethischen Sprachspiel auch Verweise auf wissenschaftliche Erkenntnisse zur Begründung angeführt werden, beispielsweise in der politischen Anthropologie.
- d) *Sprachspiel der Moral*: Die zweite Variante eines Sprachspiels über kollektive Ziele ist das moralische Sprachspiel. Während die Ethik *teleologisch* operiert, sind im moralischen Sprachspiel nur *deontologische* Thesen erlaubt, also allquantifizierende Sätze darüber, zu was wir (als Menschen gegenüber anderen Menschen) verpflichtet sind. Allgemeine moralische *Normen* haben dann in der Regel prohibitiven Charakter. So ist beispielsweise die Norm, die Menschenwürde zu achten, eine (aus der Innenperspektive des moralischen Sprachspiels) kulturübergreifend allgemeine Pflicht des Menschen. Im politischen Kontext findet man Züge aus dem moralischen Sprachspiel

22 Selbstverständlich unterteilt sich das Sprachfeld der Wissenschaft in sehr stark differierende Subgebiete (verstehend, erklärend etc.). Jede Subdisziplin bildet hier gewissermaßen noch mal einen eigenen Dialekt der wissenschaftlichen Sprache aus.

idealtypisch, wenn beispielsweise die Frage gestellt wird, welche Pflichten ein Land gegenüber Asylbewerbern hat. Hier geht es nicht um die kontingenten Werte einer Ethik, sondern um die bindenden Normen der Moral. Moralische Gebote können dann *Richtigkeit* mit derselben Evidenz beanspruchen, mit der wissenschaftliche Behauptungen *Wahrheit* behaupten (vgl. Habermas 2004).²³ Zu den typischen Operationen gehört dabei die Kohärenzprüfung.²⁴

- e) *Sprachspiel des Rechts*: Beide Formen von kollektiven Zielsetzungen, ethische Werte und moralische Normen, können gleichermaßen die Form rechtlich kodifizierter (Selbst-) Bindungen annehmen, am deutlichsten im Falle von Verfassungen. So kann der Begriff der Menschenwürde im Grundgesetz der Bundesrepublik einerseits als Zug des ethischen Sprachspiels gedeutet werden. Menschenwürde wäre dann ein *Wert*, nach dem wir kollektiv streben sollten. Oder aber der Begriff wird als moralische *Norm* gedeutet, die uns kollektiv bestimmte (zum Beispiel demütigende) Handlungsweisen verbietet. Das Spezifikum des juristischen Sprachspiels besteht nun darin, diese Ziele oder Bindungen in eine juristisch operationalisierbare Form zu bringen. Die Deliberation im juristischen Sprachspiel kann sich nur mittelbar auf ethische Werte oder moralische Normen beziehen; ihr entscheidender Referenzpunkt bleibt stets die juristische (!) Verfassungsnorm.²⁵ Daher sind im juristischen Sprachspiel sowohl Appelle an ethische Werte als auch Moralisierungen tendenziell suspekt. Die Frage nach dem Rechten wird in den Deliberationsprozessen an Gerichten oder in den Kammern eines Verfassungsgerichts nach ganz eigenen Spielregeln gespielt, nämlich nach genau jenen Regeln, die Experten im Rahmen ihres juristischen Studiums mühsam erlernen. Ein Kriterium für die Validität eines juristischen Arguments ist dann die Kohärenz (mit dem Normensystem).
- f) *Sprachspiel des distributiv Gerechten*: Analog zum Sprachspiel über das (juristisch) *Rechte* bezieht sich auch das Sprachspiel über das (quasi-ökonomisch) *Gerechte* auf Werte und Normen, ohne sich auf diese verwandten Sprachspiele zurückführen zu lassen. Denn in diesem Sprachspiel werden Interessenskonflikte offen ausgetragen. Die Deliberationsforschung hat in den vergangenen Jahren vor allem durch die Reintegration und Anerkennung von Interessen im Deliberationsprozess eine Wendung genommen. Sowohl Mansbridge (Mansbridge et al. 2010) als auch Bächtiger (Bächtiger et al. 2010a) haben dafür plädiert, Interessen nicht als auszuschließende Fremdkörper der Deliberation zu betrachten, sondern als legitimen Ausgangspunkt von deliberativer Willensbildung. Entscheidend ist aus dieser Sicht in erster Linie, ob und dass auch Interessen befragbar und damit rechtfertigungsbedürftig bleiben. Oft wird das politische Sprachspiel auf Distributionskonflikte reduziert. Die Frage „who gets what?“ bedient sich zwar oft einer ethischen oder moralischen Rhetorik. Letztlich

23 In der Moralphilosophie wird entsprechend die Frage diskutiert, inwiefern diese Selbstbeschreibung des Sprachspiels zutrifft („Moralischer Realismus“) oder bloß eine Art optische Täuschung darstellt, die sich für die Spieler des Spiels notwendig ergibt („Moralischer Konstruktivismus“).

24 Beispielsweise in den berühmten *trolley*-Gedankenspielen der analytischen Moralphilosophie, in denen Widersprüche in einem Set allgemeiner moralischer Sätze identifiziert werden.

25 Selbstverständlich gibt es in der Rechtsphilosophie eine umfangreiche Kritik an diesem tendenziell rechtspositivistischen Verständnis des juristischen Sprachspiels. Eine naturrechtliche Selbstdeutung würde die Anbindung an außer-juristische Werte akzentuieren. Vgl. die Debatte um Dworkins Rechtstheorie, die als Versuch gedeutet werden kann, die Rechtsfindung von Richtern aus der Fehldeutung als pragmatisches oder gar ästhetisches Sprachspiel (Welches Gesetz passt?) zu befreien und wieder als quasi-wissenschaftliches Sprachspiel zu deuten („Welches Urteil ist ‚wahr‘?“) (vgl. Dworkin 2012).

müssen die Ansprüche auf Distribution jedoch anders legitimiert werden, nämlich durch Verweise auf Leistungen. In Tarifverhandlungen wird zwar auch *deliberiert*; aber der Modus eines „*deliberativen bargaining*“ wird hier – anders als in anderen Sprachspielen – zu Recht nicht als fremd erlebt, sondern als angemessener Modus bezogen auf das spezifische Objekt der *Deliberation*. Nur in Fällen der Eskalation des Tarifstreits wird mit massiven Sanktionen gedroht und ein „*nicht-mehr deliberatives bargaining*“ kommt zur Anwendung (Typ III).²⁶ Das Aushandeln von Interessen ist hier der Normalmodus der *Konsensfindung*; „*richtig*“ oder „*wahr*“ ist ein Verhandlungsergebnis dann nicht durch die Korrespondenz mit einer gegebenen Wirklichkeit, sondern aufgrund des *Konsenscharakters* („*guter Kompromiss*“).

Wie hängen nun Sprachspiel und Diskursmodus zusammen? Eingangs ist bereits gesagt worden, dass das Ideal der herrschaftsfreien *Deliberation* aus dem Feld der Wissenschaft gewonnen und dann zum Ideal politischer *Konsensfindung* erhoben wurde. Dieses Beispiel weist darauf hin, dass wir offenbar von kulturell gewachsenen Sphären oder Diskursfeldern ausgehen müssen, auf denen sich Sprachspiele und Diskursarten über lange Zeiträume herausgebildet haben. Es kann daher weder eine logisch notwendige Verknüpfung von Sprachspiel und Diskursart angenommen werden, noch gibt es hier ganz und gar feste Verknüpfungen. Wenn also im Folgenden bestimmten Sprachspielen bestimmte Diskurstypen zugeordnet werden, so handelt es sich dabei um lediglich schwache empirische Thesen über eine sich evolutionär herausgebildete Erwartung. In einem sich epistemisch verstehenden Diskurs (zum Beispiel in der Wissenschaft) erwarten wir beispielsweise kein *bargaining*, sondern „*echte Deliberation*“. Ethische Werte hingegen wird man nicht durch ein epistemisches „*Aufzeigen*“ als „*wahr*“ ausweisen wollen, sondern durch narrative *Plausibilisierung* attraktiv erscheinen lassen. Diese Erwartung kann selbstverständlich enttäuscht werden, beispielsweise wenn die Leugner des Klima-Wandels eine „*andere Geschichte erzählen*“ wollen oder Tugendeiferer glauben, ein bestimmtes Familienmodell als natürliche „*Wahrheit*“ präsentieren zu können. Daher handelt es sich bei der vorgenommenen Verknüpfung von Sprachspielen und Diskurstypen zunächst um Hypothesen über breit geteilte Erwartungen, nicht um Behauptungen bezüglich tatsächlicher empirischer Korrelationen.

Je nach Sprachspiel stellt dann auch das Ergebnis eines Entscheidungsfindungsprozesses eine spezifische Art von „*Kompromiss*“ oder „*Konsens*“ dar. Während eine pragmatische Aushandlung einer klugen Lösung eine epistemische Dimension hat, kann das distributive Aushandeln von Interessen auch eine bloße *Aggregation*, ein „*composite common good*“ (Mansbridge et al. 2010: 75) zum Ziel haben. Genuin moralische oder rechtliche Entscheidungsfindungen zielen hingegen auf das „*Auffinden*“ einer „*richtigen*“ Lösung. Diese Differenzen bezüglich der Vorstellung des angezielten Ergebnisses machen verständlich, warum die Kollision von Sprachspielen die politische Kommunikation so schwierig macht: In diesem Fall werden nicht nur verschiedene Lösungen, sondern *verschiedene Arten* von Lösungen angestrebt.

26 Allerdings wird hier unter demokratischen Bedingungen die Anwendung von Gewalt ausgeschlossen bleiben.

Übersicht:

These über das Objekt	Sprachspiel	Beispiele	Modus (jeweils Hypothesen)
S1 Das Wahre „was ist?“; „Tatsache“	Wissenschaftliches Sprachspiel Verweis auf Evidenzen, Belege, eventuell Deduktionen; denotativer Sprachstil; Extension des Begriffs Wahrheitstheorie: Korrespondenz	Wahrheitskommissionen in post-diktatorischer Situation Geschichtspolitische Auseinandersetzungen; Deliberation bei der Beweisaufnahme in Geschworenengerichten	Typ I* (nach Bächtiger et al. 2010a)
S2 Das pragmatisch Gebotene „Was ist hilfreich?“	Pragmatisches Sprachspiel; technomorpher Diskurs instrumentelle Überlegungen Wie erreicht man ein Ziel? Verweis auf Wahrscheinlich- keiten und Erfahrung (S1); Oft induktive oder abduktive Schlüsse auf künftige Entwick- lungen	Infrastrukturprojekte; Ökonomische Argumentationen in verschiedenen Politikfeldern	Mischformen, Wechsel von Typen
S3 Das Gute was angestrebt werden soll (teleologisch) Werte Ethik „Wonach wollen wir streben?“	Narrative, Bilder, Quellen von Offenbarungsreligionen Nähe zu ästhetischen Diskursen; Rhetorik und Pathos möglich; Autoritäten legitim; eher intensionaler Begriffs- und konnotativer Sprachgebrauch; Authentizität als Kriterium	Debatte um gleichgeschlechtliche Ehe; Bildungspolitik	Eher Typ II
S4 Das moralisch Gebotene was nicht getan werden darf (deontologisch) Moralische Normen „Wozu sind wir (moralisch) verpflichtet?“	Kohärenz als Kriterium Schein des „moralischen Rea- lismus“: über moralische Fra- gen sprechen, als gäbe es mora- lische Wahrheiten „Richtigkeit“ (Habermas)	Abtreibungsdebatte, Sterbehilfe, Bio-ethische Debatten (PID, Stammzellen-Debatte)	Typ I
S5 Das Rechte Juristische Normen „Wozu sind wir (rechtlich) verpflichtet?“	Streng kodifizierte Argumenta- tionsformen; Wahrheitstheorie (überwie- gend): Kohärenz	Deliberation im Bundesverfas- sungsgericht	Typ I
S6 Das (distributiv) Gerechte (Verteilungs- gerechtigkeit)	Ökonomie, Interessen „who gets what?“ „Wahrheit“, bzw. Angemessenheit durch Konsens	Deliberation in Tarifverhandlungen, der „faire deal“	Typ II; in manchen Fällen auch Typ III (nicht- deliberatives bargaining)

* Definitionen vgl. Fußnote 5. Auch wenn hier in drei Fällen der rationale Diskurs als erwarteter Bearbeitungsmodus identifiziert wird, so bezieht sich diese Bestimmung auf eine identische Form bei differentem Inhalt: In allen drei Fällen würden wir einen kooperativen Modus erwarten, auch wenn in allen drei Fällen verschiedene Sprachspiele gespielt werden und die Argumente keineswegs einfach übertragbar sind. So implizieren die drei Sprachspiele (in der Regel) verschiedene Wahrheitskonzeptionen, Korrespondenz (oder *adaequatio*) im Falle der „harten“ Wissenschaften; Kohärenz im Falle des Rechts und im Falle der Moral.

3.3 Verhältnisbestimmungen: Sprachspiele und Objekte

Drei Konsequenzen aus dieser Perspektive auf politische Kommunikation lassen sich festhalten: *Erstens* gelten je nach Sprachspiel andere Regeln für die Bewertung von Gründen. Welche Gründe „gute Gründe“ sind, hängt davon ab, ob sie zum jeweiligen Sprachspiel passen. Daher scheitern auch Versuche, die Mechanismen des Gründe-Gebens rein formal (also unter Absehung der Inhalte) zu verstehen:²⁷ „Rationalität“ ist ein vom Kontext des Sprachspiels abhängiger Begriff und ein „gutes Argument“ ist einfach ein Sprechakt, der sich in die Grammatik des spezifischen Sprachspiels fügt. Die verschiedenen Sprachspiele implizieren entsprechend divergierende Wahrheitstheorien: Tendenziell Korrespondenz im Falle der Wissenschaft, Kohärenz im Falle des Rechts, Konsens im Falle des distributiv Gerechten et cetera.²⁸

Zweitens ist die hier vorgeschlagene Typisierung dominanter Sprachspieltypen in öffentlichen Deliberationen keinesfalls vollständig. Auch das Sprachspiel ästhetischer Diskurse operiert nach eigenen Regeln, die Kant in seinen ästhetischen Schriften treffend als Versuche eines „Ansinnens“ beschrieben hat. Ästhetische Urteile sind nicht im selben Sinne „wahr“ oder „falsch“ wie wissenschaftliche oder moralische Urteile; sie können aber dennoch Geltungsansprüche anmelden, müssen daher begründet werden und sind nicht völlig beliebig. Diese Begründung muss jedoch werbend plausibilisieren und kann keine Zustimmung erzwingen.²⁹ Die Liste möglicher Sprachspiele ließe sich folglich erweitern.³⁰ Die hier vorgenommene Beschränkung folgt praktischen Erwägungen: Züge aus einem ästhetischen Sprachspiel sind in der politischen Kommunikation zwar möglich, zum Beispiel bei Bauvorhaben, jedoch vergleichsweise selten.

Drittens gilt: Die Objekte der entsprechenden Sprachspiele sind – es wurde erwähnt – keineswegs unmittelbar gegeben; ein spezifisches Sprachspiel zu benutzen, bedeutet daher immer schon, eine These über den Charakter des verhandelten Objekts zu formulieren. Indem ein Sprecher auf eine spezifische Grammatik zurückgreift, behauptet er zugleich eine bestimmte Sprechweise (damit mehr als nur einen *frame*) als angemessen. Folglich gilt es stets zu bedenken, dass die Beziehung zwischen dem Objekt der Deliberation und dem von den Akteuren gewählten Sprachspiel *kontingent* ist. Zwar gibt es Objekte, die die Wahl eines Sprachspiels beinahe aufzwingen; so erwarten wir beispielsweise

27 Dies scheint mir das Problem an Olsons entsprechendem Versuch zu sein (vgl. Olson 2014).

28 Die klassische Frage, wie stark die Wahrheitsansprüche in der demokratischen Kommunikation sein sollten, lässt sich aus dieser Perspektive im Sinne Wittgensteins als Scheinproblem auflösen: Ob sich Wahrheitsanspruch und Demokratie vertragen, hängt davon ab, über welchen Wahrheitsbegriff wir in welchem Sprachspiel sprechen. Typisch für Demokratien wäre demnach gerade die Ausdifferenzierung von Geltungsansprüchen (vgl. auch Heidenreich 2015).

29 Wittgenstein selbst deutet eine solche Analyse ästhetischer Diskurse als Sprachspiele in der „Vorlesung über Ästhetik“ an, die uns allerdings nur durch Mitschriften erhalten ist. Er grenzt hier die Beschreibung ästhetischer Erfahrung deutlich vom Sprachspiel richtig/falsch ab: „Das gesamte *Spiel* ist anders“ (Wittgenstein 2005: 19, Hervorhebung im Original).

30 Luhmann hat die Eigenheiten und historische Entwicklung *intimer* Kommunikation (Kommunikation in Liebesbeziehungen) herausgearbeitet. Auch hier ließe zeigen, inwiefern Sprechakte nur im Bezug auf Kontexte angemessen sind. Der Satz „Ich liebe Dich“ ist trivialerweise keine Tatsachenbeschreibung über einen Zustand der Welt, sondern Versprechen, Bestätigung, performativer Akt. Insofern kann Mielkes legendärer, gegenüber den bereits revoltierenden DDR-Bürgern geäußelter Satz „Ich liebe Euch doch alle!“ auch als Sprachspiel-Fehler verstanden werden. Der Sonderfall einer Verschränkung von intimer und politischer Kommunikation, wie er in totalitären Systemen oder in republikanisch-patriotischer Rhetorik erscheint, wird im Folgenden ausgeklammert.

von Meteorologen keine moralischen Thesen, sondern eine wissenschaftliche Begründung ihrer Vorhersagen. Zahlreiche Objekte werden daher in der Regel konsensual einem Sprachspiel zugeordnet. In unserem Alltag wechseln wir meist zielsicher zwischen den Sprachspielen hin und her, weil wir intuitiv wissen, welche „Grammatik“ in welchem Kontext angemessen ist. Entsprechend äußert sich das geteilte Verständnis für das jeweils angemessene Sprachspiel in der Skandalisierung als unangemessen empfundener Kombinationen³¹: Über Sterbehilfe nicht ethisch oder moralisch, sondern ökonomisch zu sprechen, ist dann „skandalös“.³² Diese These soll kurz an einem Beispiel verdeutlicht werden.

Fallbeispiel 1

Als Thilo Sarrazin mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ im Jahre 2010 die Bestsellerlisten eroberte, erstaunte vor allem der positivistische Gestus, mit dem der Autor Statistiken auflistete und (mehr oder weniger fragwürdige) Wissenschaftler zitierte, um seine hochgradig umstrittenen Thesen zu stützen. Die von ihm genannten Zahlen über den Anteil muslimischer Jugendlicher unter den Straftätern in Deutschland, über den Bezug von Sozialhilfe durch muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger, ja selbst über die Verteilung von Intelligenz in den jeweiligen Bevölkerungsanteilen wurden scharf kritisiert. Deutlich war jedoch, dass der Autor bemüht war, im Sprachspiel der Wissenschaft zu sprechen und nur die von ihm angeblich aufgedeckten „unbestreitbaren Tatsachen“ und „harten Fakten“ sprechen zu lassen (S1). Daraufhin ließ Bundeskanzlerin Angela Merkel verlauten, sie halte Sarrazins Buch für „nicht hilfreich“ (S2). Damit war in der Debatte ein Wechsel des Spielfeldes erzwungen: Nicht nach den Regeln des wissenschaftlichen Sprachspiels sollte die Frage diskutiert werden, was bezüglich der Integration in der Bundesrepublik der Fall ist, sondern im Rahmen eines *pragmatischen* Sprachspiels wollte die Kanzlerin die Frage diskutiert sehen, was zu tun sei.

Das „Objekt“ der Integration oder Migration kann also konkurrierend in ganz verschiedenen Sprachspielen adressiert werden.³³ Und genau im Kampf um Deutungshoheit bezüglich der Frage, welches Sprachspiel für welches „Objekt“ angemessen ist, besteht die eigentlich politische Auseinandersetzung. Denn durch den Spielfeldwechsel entsteht nahezu automatisch ein argumentativer Vorteil. Die politische Konkurrenz als Benutzer falscher Sprachspiele zu entlarven, bedeutet zugleich, sie als tragische oder komische Figuren erscheinen zu lassen.

31 Eine zweite Variante wäre das amüsierte Erstaunen in humoresken Situationen. In der Serie „Pastewka“ äußert die Figur Pastewka auf die Frage seiner Freundin harsch: „Ich liebe Dich, darüber haben wir gesprochen.“ Hier wird intime Kommunikation fälschlicherweise im Sprachspiel der wissenschaftlichen Mitteilung praktiziert; gefragt war ein Versprechen, eine Bestätigung, eine Erklärung, gegeben wurde indes eine Information.

32 Luhmann hatte unter dem Titel der „parasitären Kommunikation“ dem moralischen Sprachspiel eine Sonderrolle zugesprochen: Alles kann tendenziell moralisiert werden und sehr viele Moralierungen können als angemessen empfunden werden. Diese Diagnose muss man nicht, wie Luhmann, als Indiz für ein Problem halten. Verschiedene Strategien der Moralisierung lassen sich sinnvoll als „Moralpolitik“ (Knill et al. 2015) beschreiben. Das Sprachspiel der Moral scheint hier, analog zum Sprachspiel der Politik, eine Sonderrolle zu haben.

33 Ein dritter Vorschlag wiederum lautete, das Thema der Migration als Debatte über kollektive Ziele (Werte, Normen) zu führen; aus dieser Sicht wäre die Einengung auf die pragmatische Frage, was „hilfreich“ ist, eine expertokratische Strategie der Entpolitisierung.

4. Der Kampf um das zu wählende Sprachspiel

Die Übersicht über die sechs idealtypischen Sprachspiele mag erstaunen, denn ein politisches Sprachspiel ist hier nicht aufgeführt.³⁴ Wie also steht die genuin politische Kommunikation zu diesen Sprachspielen? Muss es nicht so etwas wie ein politisches Sprachspiel geben?³⁵ Was ist die „Grammatik“ politischer Kommunikation?

An dieser Stelle kommt die Unterscheidung zwischen einer konstruktivistischen und einer realistischen Theorie des Verhältnisses von Objekt und Sprachspiel erneut zum Tragen. Während aus einer „realistischen“ Sicht zu erwarten ist, dass das Objekt ein gewisses Sprachspiel erzwingt, geht die konstruktivistische Erkenntnistheorie davon aus, dass die verhandelten „Objekte“ nicht vorsprachlich und unvermittelt gegeben sind, sondern dass sie durch die Wahl des Beschreibungs- und Bearbeitungssprachspiels mit-konstituiert werden. Die Adressierung des Objekts durch das verwendete Sprachspiel definiert die Möglichkeiten einer deliberativen Bearbeitung. Nicht *was* gesagt wird, ist aus dieser Sicht entscheidend, sondern *welches Vokabular überhaupt zur Verfügung steht*.

Dieser konstruktivistische Minimalkonsens kann heute – trotz der heftigen Kritik an „der Postmoderne“ durch den „Neuen Realismus“ – als Trivialität angesehen werden. Die gesellschaftliche Wahrnehmung von Risiken ließe sich beispielsweise nicht sinnvoll untersuchen, würde nicht der Kontingenzspielraum konkurrierender Beschreibungsweisen vorausgesetzt. *Framing*-Mechanismen, Stereotypenbildung, Sprachspelauswahl – all diese Mechanismen der Konstituierung sind nicht völlig beliebig, aber eben kontingent. Auch die Konstruktion der Wirklichkeit in der Kommunikation muss diese Konstruktion aus Elementen vornehmen, die selbst nicht konstruiert sind. Dennoch besteht in diesem Prozess ein Kontingenzspielraum. In den relevanten Fällen besteht der zentrale Dissens weniger darin, welches Argument innerhalb eines Sprachspiels mehr Evidenz für sich in Anspruch nehmen kann, sondern welche Art von Argumenten überhaupt zulässig (sozusagen „gegenstandsadäquat“) sind. Ein zweites Beispiel soll veranschaulichen, inwiefern der Streit darüber, welches Sprachspiel zu Anwendung kommen soll, den eigentlichen Kern der politischen Debatte ausmacht.

Fallbeispiel 2

Als im Mai 2012 ein Landgericht in Köln zum ersten Mal die grundsätzliche Strafbarkeit der Beschneidung nicht einwilligungsfähiger Jungen konstatierte, entfachte sich eine der heftigsten Debatten seit vielen Jahren. Zu den Kritikern der Beschneidungspraxis zählte der Ordinarius für Strafrecht der Universität Passau Prof. Dr. Holm Putschke. Er versuchte zu zeigen, dass das Recht auf körperliche Unversehrtheit der Jungen das Recht der Eltern auf die religiöse Erziehung ihrer Kinder in jedem Falle übertrumpfe. (S5) Die ersten entsprechenden Stellungnahmen entstammten wohlgermerkt juristischen Fachzeitschriften; der Auslöser für die Debatte war der (rein juristisch argumentierende) Text der Urteilsbegründung der Strafkammer aus Köln. Zwei weitere Sprachspiele wurden konkurrierend in Stellung gebracht: Während Experten aus der Kinderheilkunde *wissenschaftlich* über die

34 Dies ist eine entscheidende Differenz zu Forsts Konzeption von vier Kontexten der Gerechtigkeit. Während Forst den *politischen* Kontext der Rechtfertigung neben dem *ethischen*, dem *moralischen* und dem *rechtlichen* verortet, steht politische Kommunikation im Modell der Sprachspiele quer zu diesen (vgl. Forst 1994: 361 f.).

35 Wie bereits erwähnt scheint die Verkürzung von Politik auf Sprachspiel 6 weit verbreitet zu sein.

medizinischen Risiken und Folgen der Beschneidung stritten (S1), verwiesen Religionsvertreter auf ihre *ethischen*, bzw. *religiösen* Pflichten (S3): Der religiösen Pflicht sei unter allen Umständen zu gehorchen; es schloss sich ein *pragmatisches* Argument an: Gegebenenfalls würde ein gesetzliches Verbot lediglich dazu führen, dass die Beschneidungen im Ausland vorgenommen würden (S2).

Die Formen der argumentativen Auseinandersetzung lassen sich plausibel nach den differenzierten Sprachspielen sortieren: Während die Gegner der Beschneidung sich in erster Linie im juristischen Sprachspiel bewegten und auf die durch die Verfassung gegebene Garantie der körperlichen Unversehrtheit rekurrierten, argumentierten die Verteidiger der Beschneidung mit Verweis auf religiöse Offenbarung, also eine spezifische Konzeption des „guten Lebens“, wie sie in den ethischen Lebensformen der jeweiligen Religionsgemeinschaften gepflegt werden. Argumente im wissenschaftlichen Deliberationsstil aus der Kinderheilkunde oder im moralischen Sprachspiel über die Pflicht entweder Religionsfreiheit zu gewähren, oder aber die körperliche Unversehrtheit zu schützen, bildeten eher Randerscheinungen.

Nun entsprechen diese medial vermittelten Debatten selbstverständlich nicht den hohen Ansprüchen eines ausschließlich an der Sache orientierten Diskurses. Dennoch wird man die Kollision verschiedener Sprachspiele nicht auf ein bloßes Heischen um die Gunst der Zuschauer oder Beobachter zurückführen können. Ganz unabhängig von der Art und Weise des institutionellen Settings der Deliberation werden hier die Sprachspiele des Strafrechts, der Offenbarungsreligion oder der politischen Opportunität (ist Beschneidung überhaupt verbotbar? Was wäre die internationale Wirkung?) aufeinanderprallen. Dass die Debatte letztlich unfruchtbar verlief, lässt sich aus der Kollision der jeweiligen Sprachspiele erklären. Weder kann eine Offenbarungsreligion die Ausübung ihrer religiösen Pflichten einfach dem kontingenten Rechtsrahmen demokratischer Staaten adaptieren, noch kann sich ein Rechtssystem für die Geltungsansprüche von Offenbarungsreligionen interessieren.³⁶ Die Offenbarung Gottes kann nicht durch das Urteil eines Landgerichts aufgehoben werden und umgekehrt kann ein Bundesverfassungsgericht nicht die Plausibilität religiöser Offenbarungen bewerten: Was im einen Sprachspiel ein Argument ist, ist im anderen Sprachspiel vollkommen irrelevant. Die „Übersetzung“ religiöser Überzeugungen in politisch valide Argumente, die Jürgen Habermas sich für das Verhältnis von Religion und Politik vorstellt (vgl. Habermas 2005b: 132), schien zumindest in diesem Falle nahezu unmöglich zu sein.³⁷

Das Beispiel macht deutlich, dass das Sprachspiel der Politik sich auf eine ganz spezifische Weise zu den anderen Sprachspielen verhält: Es steht als Meta-Sprachspiel gewissermaßen orthogonal zu den Spielfeldern, weil die politische Kommunikation zentral die Frage behandelt, welches Sprachspiel zur Anwendung kommen soll. „Politisch“ (im Sinne von „political“) ist gerade der Konflikt darüber, welche „Grammatik“ für ein spezifisches Objekt angemessen ist. Dieses Sprachspiel des Politischen zeichnet sich dann durch eine eigene Grammatik aus, durch die Thematisierung der Wahl des Sprachspiels.

Daher gilt (analog zur Moralisierung), dass grundsätzlich alles politisiert werden kann. Der politische Kampf um Deutungsmacht kann dann verstanden werden als Kon-

36 Zwei weitere Faktoren spielten ebenfalls eine Rolle: Erstens handelte es sich um einen „unteilbaren Konflikt“, der eine Kompromisslösung a priori ausschloss (es gibt keine „halbe“ Knabenbeschneidung); zweitens brachen sich in der Debatte zahllose antisemitische und anti-muslimische Stereotype Bahn.

37 Empirische Forschungen zeigen, dass in anderen Fällen eine solche „Übersetzung“ religiöser Argumente in säkulares Vokabular durchaus gelingen kann (vgl. Bächtiger et al. 2013).

kurrenz von Versuchen, bestimmte Objekte einem Sprachspiel zuzuordnen. Politisierung verstanden als Übergang hin zu einer Auseinandersetzung darüber, welches Sprachspiel überhaupt angemessen ist und welche Art von Argumenten daher überhaupt Gültigkeit beanspruchen können, muss nicht automatisch eine Blockade oder ein Ende der Deliberation bedeuten. In der Tat sind Fälle denkbar, in denen im Prozess der Deliberation ein Meta-Konsens dahingehend erzielt werden kann, welche Arten von Argumenten zulässig sind.

Analog zu den Sprachspielen lassen sich entsprechende Strategien des jeweiligen *framings* unterscheiden. Diese sind aus der wissenschaftlichen Perspektive ganz wertneutral zu beschreiben, auch wenn die Alltagssprachliche Benennung negative Konnotationen aufruft. Die *Naturalisierung* in S1 versucht, politisch strittige Themen durch eine (pseudo-)wissenschaftliche Deutung der Auseinandersetzung zu entziehen (zum Beispiel „Frauen sind halt von Natur aus anders.“).³⁸ Die *Technisierung/Ökonomisierung* (oder *Pragmatisierung*) lässt die Kontingenz der Zielsetzungen hinter expertokratischer Expertise verschwinden (zum Beispiel „Wir sollten x tun, um das Wachstum anzukurbeln.“). Die *Ethisierung* rechtfertigt politische Präferenzen mit Verweisen auf Traditionen oder Weltbilder (zum Beispiel „Die Homo-Ehe passt nicht ins jüdisch-christliche Abendland.“). Die *Moralisierung* überbietet alle anderen Argumente mit moralischem Rigorismus (Gefahr der Gesinnungsethik). Die *Verrechtlichung* lässt politische Kontingenz hinter rechtlichen Normen verschwinden (zum Beispiel „Direkte Demokratie lässt das Grundgesetz nicht zu.“). Eine *Überblendung in ein distributives Sprachspiel* findet statt, wenn rein distributive Kriterien an Objekte angelegt werden, die eigentlich nach anderen Kriterien zu verteilen wären (zum Beispiel wenn über Forschungsanträge paritätisch verhandelt wird: „Wir brauchen noch eine Exzellenz-Uni in Ostdeutschland.“). Dieser letzte Mechanismus wird meist umgangssprachlich als Politisierung bezeichnet.³⁹ Alle diese Strategien können je nach Perspektive oder politischer Präferenz als angemessen oder unangemessen empfunden werden – die politische Meta-Grammatik bleibt hier immer umstritten.⁴⁰ Dass die Wahl des Sprachspiels immer auch der Verfolgung spezifischer Interessen dienen kann, ist aus dieser Sicht zugestanden. Nicht immer muss die Wahl eines Sprachspiels eine *aufrichtige* These über den Charakter des verhandelten Gegenstandes formulieren. So können handfeste Interessen auch in moralisierenden Sprachäußerungen verborgen werden. Gerade weil es keinen Beobachterstandpunkt außerhalb des Politischen gibt, von dem aus entschieden werden könnte, welches Sprachspiel *tatsächlich* angemessen ist, ist der politische Streit um die Wahl des richtigen Sprachspiels intensiv und offen.

38 Diese Strategie ist das eigentliche Objekt dekonstruktiver Verfahren bei Foucault oder Derrida.

39 Ergänzend ließe sich eine Strategie der *Ästhetisierung* beschreiben. Dem späten Foucault ist beispielsweise vorgeworfen worden, moralische und ethische Fragen durch eine Ästhetisierung aufzulösen (Postmodernes *Self-fashioning* als Dandytum; vgl. Foucault 2007).

40 Es ist daher in demokratischen Öffentlichkeiten ganz normal, dass auf die Frage „What are we talking about?“ keine konsensuale Antwort gegeben wird. Solange die politische Meta-Grammatik nicht völlig kollabiert (Abbruch der Deliberation), ist dieser Normalfall ein Signum lebendiger Deliberation. Dies bedeutet aber nicht, dass Überblendungen beliebig möglich wären. Der Grammatik des politischen Meta-Sprachspiels widersprechen tendenziell bestimmte Kombinationen. So wird man mehrheitlich die Abtreibungsfrage oder die Sprachenpolitik in der Schweiz nicht in einem ökonomischen Sprachspiel behandeln wollen.

Auch ist anzunehmen, dass je nach Ausgangs- und Ziel-Sprachspiel die Strategien verschieden erfolgreich sind.⁴¹ Das Sprachspiel der Politik verhält sich dann gewissermaßen sekundär zu den anderen Sprachspielen: *Politisierung* besteht dann darin, die Frage des Sprachspiels verhandelbar zu machen, entsprechende Strategien zu beobachten, zu bewerten oder selbst zu betreiben. Je nach Situation und Kontext werden Tatsachenbehauptungen, Klugheitserwägungen, moralische Grundsätze, ethische Ziele oder rechtliche Grenzen aufgeboten, um einer Position Plausibilität zu verleihen.

Ein Aufeinanderprallen verschiedener Sprachspiele kann in einem politischen Prozess durchaus auch konstruktiv verlaufen, nämlich dann, wenn die Akteure in der Perspektivenübernahme so weit gehen, auch die Beschreibung in einem alternativen vorgeschlagenen Sprachspiel auf ihre Angemessenheit zu prüfen. Die Geltungsbedingungen von Argumenten würden sich in diesem Fall in einem Prozess verändern, weil sich beispielsweise herausstellt, dass ein vermeintlich rein moralisches Problem in Wirklichkeit einen Interessenskonflikt darstellt, der distributiv zu diskutieren ist.

5. Perspektiven: Ein Discourse Content Index

Die zentrale Hypothese zur Verknüpfung dieser Heuristik mit der Deliberationsforschung lautet: *Die Wahl eines (inhaltlich bestimmten) Sprachspiels impliziert (in fast allen Fällen) einen (formalen) Deliberationstyp.* Für die Deliberationsforschung ergibt sich dann die Frage, inwiefern nicht nur die institutionellen Rahmensetzungen für die Wahl der Modi und den Verlauf von Deliberationsprozessen relevant sind. Es sind auch die Themen der Deliberation, die zum Konflikt von Sprachspielen und damit zum Scheitern von Deliberation beitragen: *Content does matter.* Nicht die Fragen der Gruppenzusammensetzung (heterogen oder homogen), nicht die Frage von Anonymität oder Öffentlichkeit, nicht die Frage der Anwesenheit von Moderatoren oder Experten allein dürften entscheidend sein.

Nun stellt die These, dass die „Objekte“ der Deliberation nicht unvermittelt gegeben sind, für die Deliberationsforschung natürlich ein Problem dar: Es gibt keinen „view from nowhere“, von dem aus sich entscheiden ließe, worüber *eigentlich* deliberiert wird.⁴² Die einzig plausible Art mit diesem Problem umzugehen, besteht darin, eine *nominalistische* Position einzunehmen: Wenn Deliberationsteilnehmer von sich behaupten, moralische Argumente vorzubringen, sind diese Argumente als moralisch zu betrachten. Die empirische Deliberationsforschung kann folglich eine Codierung leisten, indem sie nach der Art von Sprachspielen fragt, die in den beobachteten Prozessen zur Anwendung kommen. Dass dies technisch möglich ist, zeigen viele Studien (vgl. zum Beispiel Bächtiger et al. 2013). Weniger als die soziale Homogenität von Gruppen könnte sich dann die Homogenität bzw. mögliche Konkordanz von verwendeten Sprachspielen als relevant erweisen. Ob ein Deliberationsprozess tatsächlich die epistemische Qualität der Entscheidungen erhöht, dürfte damit zusammenhängen, ob unter den Teilnehmern ein Konsens dahingehend besteht, welches Sprachspiel dem Objekt überhaupt angemessen ist. Harte Tarifverhand-

41 Eine ethische These in eine moralische zu übersetzen, dürfte im Falle universalistischer ausgerichteter Ethiken einfach sein. Diesen Sonderfall hat nach meiner Einschätzung Habermas vor Augen, wenn er von „Übersetzung“ religiöser Offenbarungen in politische Argumente spricht.

42 Wollte die Deliberationsforschung diese Frage beantworten, würde sie selbst politisch.

lungen können produktiv sein und gelingen, weil und wenn beide Seiten mit der Annahme in den Prozess gehen, dass moralische Vorwürfe fehl am Platze sind. Debatten über Infrastrukturprojekte eskalieren offenbar tendenziell dann, wenn an Stelle eines pragmatischen Sprachspiels (Was ist die beste Lösung?) plötzlich eine Debatte über konkurrierende Lebensentwürfe entbrennt (wollen wir Entschleunigung oder Dynamik?). Umgekehrt können selbst Wertediskurse produktiv sein, wenn eingangs deutlich wurde, dass ein (pseudo-)wissenschaftlicher Verweis auf „unbestreitbare Tatsachen“ nur als Irritation empfunden wird. Eine von der empirischen Deliberationsforschung zu klärende Frage wäre folglich, inwiefern neben dem institutionellen Setting von Deliberationsprozessen vor allem die Pluralität, Heterogenität, Konkordanz oder Konkurrenz von Sprachspielen für den Erfolg verantwortlich ist.

Die Idee der Sequenzialisierung von Deliberationsprozessen gewinnt in diesem Kontext in veränderter Form neue Relevanz. Denn in einem idealen Deliberationsprozess müssten die verschiedenen Sprachspiele *nacheinander* zur Anwendung kommen. Von der Definition kollektiver Ziele (sei es in Form von ethischen Werten (S3) oder moralischen Normen (S4)), über die quasi-wissenschaftliche Analyse des Ist-Zustands („joint fact-finding“ (S1)), über die Suche nach der besten Lösung (S2) bis zur Einschränkung durch juristische Normen (S5). Entscheidend wäre aus dieser Sicht, die einzelnen Sequenzen eines Deliberationsprozesses klar zu trennen. Gerade dies ist in der Regel in einer unmoderierten politischen Debatte nicht der Fall, wo mit dem Verweis auf Fakten Werturteile insinuiert werden oder Wertentscheidungen hinter expertokratisch geführten, pragmatischen Argumentationen unsichtbar gemacht werden.⁴³ Geschulte Moderatorinnen und Moderatoren müssten auf Basis der Heuristik auf die Frage „What are we talking about?“ hingegen eine präzisere Antwort geben können.

Eine solche Sequenzialisierung kann natürlich den Streit um die Wahl des richtigen Sprachspiels nicht zum Verschwinden bringen – denn dies würde letztlich das Ende des Politischen bedeuten. In der Tat muss in vielen Fällen mit einem unauflöselichen Widerstreit (im Sinne Lyotards) bezüglich des richtigen Sprachspiels gerechnet werden. Denn in letzter Konsequenz drücken sich in der Wahl des Sprachspiels und der damit implizierten These über den Charakter des zu erhandelnden Gegenstandes auch weltanschauliche Differenzen aus, die in einer pluralistischen Gesellschaft nicht verschwinden werden.

Konkret ergibt sich für die praktische Organisation und Durchführung von Deliberationsprozessen aus dieser Perspektive der Vorschlag, mit den Teilnehmern von Deliberationsprozessen die verschiedenen Sprachspiele explizit zu reflektieren. Die Eskalation in Deliberationsprozessen wäre nach dieser Hypothese dann am größten, wenn konkurrierende Sprachspiele – wie im Falle der deutschen Debatte über die Knabenbeschneidung – *unreflektiert* aufeinander prallen. Das Modell der Sprachspiele kann daher die Frage, warum sich welche Sprachspiele durchsetzen und wann ein Zusammenprall konkurrierender Sprachspiele produktiv ist, wann nur hemmend, nicht beantworten. Das Modell macht diese Themen aber in einem transparenten Vokabular beschreibbar und kann dazu beitragen, die empirischen Daten systematisch nach Korrelationen zu untersuchen.

Für die empirische Deliberationsforschung ergibt sich perspektivisch die Aufgabe, einen *Discourse Content Index (DCI)* zu entwickeln. Dieser DCI müsste die Sprechakte in

43 Ein häufig diskutiertes Beispiel für diesen letztgenannten Effekt ist der Indikator des BIP, dessen Steigerung meist technokratisch angestrebt wird, während die Kritiker zu zeigen versuchen, dass das Ziel eines hohen BIP selbst eine kontingente Wertentscheidung darstellt, die spezifische Kosten verursacht.

Deliberationsprozessen nach jenen Zuordnungen kodieren, die die Sprecher selbst wählen. In der Regel dürften diese *diskursiven Selbstmarkierungen* relativ gut zuzuordnen sein, denn entsprechende Marker werden sehr häufig benutzt. Eine derartige Durchdringung eines Deliberationsprozesses nach Inhalten würde wichtige Fragen zu beantworten helfen. Es ließen sich reale Deliberationsprozesse mit dem Modell eines logischen Aufbaus von Entscheidungsfindungen vergleichen. Wie stark weichen reale Deliberationsprozesse von diesem Modell ab? Wie stark korreliert die Abweichung mit dem Scheitern von Deliberationsprozessen? Lässt sich womöglich ein Zusammenhang zwischen der Qualität eines Deliberationsprozesses und der erfolgreichen Sequenzialisierung (inhaltlicher Art) nachweisen? Der DCI ließe sich mit dem *Discourse Quality Index (DQI)* in Relation setzen: Wie verhalten sich Inhalt und Qualität von Deliberation zueinander? Ein Abgleich mit dem DQI könnte veranschaulichen, so eine erste tentative Hypothese, dass Deliberationsprozesse dann an Qualität einbüßen, wenn zu viele verschiedene und konkurrierende Sprachspiele zur Anwendung kommen, die Deliberation also im genannten Sinne hochgradig politisiert ist. Dieser Ausblick soll andeuten, welche Potenziale in einer systematischen Unterscheidung von Sprachspielen liegen. Womöglich können so andere Gelingensbedingungen von Deliberationsprozessen in den Fokus rücken, deren Verständnis sich auch in der Praxis anwenden lässt.

Literatur

- Ackerman, Bruce A. / Fishkin, James S., 2004: *Deliberation Day*, New Haven, CT.
- Bächtiger, André / Spöndli, Markus / Steiner, Jürg, 2000: *Discourse Quality Index (DQI) – Instructions for Coders*, Universität Bern.
- Bächtiger, André / Tschentscher, Axel, 2007: *Deliberative Demokratie zwischen Faktizität und Geltung*. In: Paolo Becchi / Christoph Beat / Michele Luminati (Hg.), *Interdisziplinäre Wege in der juristischen Grundlagenforschung*, Zürich, 99–121.
- Bächtiger, André / Pedrini, Seraina / Ryser, Mirjam, 2010a: *Prozessanalyse politischer Entscheidungen. Deliberative Standards, Diskurstypen und Sequenzialisierung*. In: Joachim Behnke / Thomas Bräuninger / Susumu Shikano (Hg.), *Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie*. Band 6: *Schwerpunkt neuere Entwicklungen des Konzepts der Rationalität und ihre Anwendungen*, Wiesbaden, 193–226.
- Bächtiger, André / Niemeyer, Simon / Neblo, Michael / Steenbergen, Marco R. / Steiner, Jürg, 2010b: *Symposium: Toward More Realistic Models of Deliberative Democracy. Disentangling Diversity in Deliberative Democracy: Competing Theories, Their Blind Spots and Complementarities*. In: *The Journal of Political Philosophy* 18 (1), 32–63. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9760.2009.00342.x>
- Bächtiger, André / Könemann, Judith / Jödicke, Ansgar / Hangartner Dominik (mit Roger Husstein, Melanie Zurlinden, Seraina Pedrini, Mirjam Cranmer und Kathrin Schwaller), 2013: *Religious reasons in the public sphere: an empirical study of religious actors' argumentative patterns in Swiss direct-democratic campaigns*. In: *European Political Science Review* 5, 105–131.
- Bara, Judith Weale Albert / Bicquelet, Aude, 2007: *Analysing Parliamentary Debate with Computer Assistance*. In: *Swiss Political Science Review* 13 (4), 577–606. <https://doi.org/10.1002/j.1662-6370.2007.tb00090.x>
- Barabas, Jason, 2004: *How Deliberation Affects Policy Opinions*. In: *American Political Science Review* 98 (4), 687–701. <https://doi.org/10.1017/S0003055404041425>
- Benhabib, Seyla, 1994: *Deliberative Rationality and Models of Democratic Legitimacy*. In: *Constellations* 1 (1), 26–52. <https://doi.org/10.1111/j.1467-8675.1994.tb00003.x>
- Benhabib, Seyla, 1996: *Toward a Deliberative Model of Democracy*. In: Seyla Benhabib (Hg.), *Democracy and Difference: Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton, NJ, 67–94.

- Beste, Simon, 2015a: Studying dynamics of content and form in discourses. Evidence from an exploratory study of US legislative discourse on American-Iraqi relations 1995–2012. In: *Acta Politica* (2016) 51, 346–371. doi:10.1057/ap.2015.18
- Beste, Simon, 2015b: Legislative frame representation. Toward an empirical account of the deliberative systems approach, unveröffentlichtes Manuskript.
- Bohman, James, 1996: Public Deliberation. Pluralism, Complexity and Democracy, Cambridge, MA.
- Bohman, James, 1998: The Coming of Age of Deliberative Democracy. In: *The Journal of Political Philosophy* 6 (4), 400–425. https://doi.org/10.1111/1467-9760.00061
- Chambers, Simone, 2004: Behind Closed Doors. Publicity, Secrecy, and the Quality of Deliberation. In: *The Journal of Political Philosophy* 12 (4), 389–410. https://doi.org/10.1111/j.1467-9760.2004.00206.x
- Chambers, Simone, 2005: Measuring Publicity's Effect: Reconciling Empirical Research and Normative Theory. In: *Acta Politica* 40 (3), 255–266. https://doi.org/10.1057/palgrave.ap.5500104
- Chong, Dennis / Druckman, James F., 2007: Framing Theory. In: *Annual Review of Political Science* 10, 103–126. https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.10.072805.103054
- Derrida, Jacques / Gadamer, Hans Georg, 2004: *Der ununterbrochene Dialog*, Frankfurt (Main).
- Dryzek, John, 2000: *Deliberative Democracy and Beyond: Liberals, Critics, Contestations*, Oxford, UK / New York, NY.
- Dworkin, Ronald, 2012: *Gerechtigkeit für Igel*, Berlin.
- Elster, Jon, 1986: The Market and the Forum: Three Varieties of Political Theory. In: Jon Elster (Hg.), *Foundations of Social Choice Theory*, Cambridge, 103–132.
- Fishkin, James S., 1995: *The Voice of the People: Public Opinion and Democracy*, New Haven.
- Fishkin, James S. / Luskin, Robert C., 2005: Experimenting with a Democratic Ideal: Deliberative Polling and Public Opinion. In: *Acta Politica* 40 (3), 284–299. https://doi.org/10.1057/palgrave.ap.5500121
- Flügel-Martinsen, Oliver / Gaus, Daniel / Hitzel-Cassagnes, Tanja / Martinsen, Franziska, 2014 (Hg.): *Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation*. Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns, Wiesbaden.
- Flügel-Martinsen, Oliver, 2013: Demokratie und Dissens. Zur Kritik konsensstheoretischer Prämissen der deliberativen Demokratietheorie. In: Hubertus Buchstein (Hg.), *Die Versprechen der Demokratie*, Baden-Baden, 333–346.
- Forst, Rainer, 1994: *Kontexte der Gerechtigkeit. Politische Philosophie jenseits von Liberalismus und Kommunitarismus*, Frankfurt (Main).
- Foucault, Michel, 2007: *Ästhetik der Existenz: Schriften zur Lebenskunst*, hrsg. von Daniel Defert und François Ewald, Frankfurt (Main).
- Fuchs, Dieter, 2014: Empirische Deliberationsforschung – eine kritische Diskussion. In: Claudia Landwehr / Rainer Schmalz-Bruns (Hg.), *Deliberative Demokratie in der Diskussion: Herausforderungen, Bewährungsproben, Kritik*, Baden-Baden, 169–201. https://doi.org/10.5771/9783845257129_167
- Gastil, John / Levine, Peter, 2005: *The Deliberative Democracy Handbook: Strategies for Effective Civic Engagement in the Twenty-First Century*, San Francisco.
- Gerhards, Jürgen / Neidhard, Friedhelm / Rucht, Dieter, 1998: *Zwischen Palaver und Diskurs*, Wiesbaden.
- Gutman, Amy / Thompson, Dennis F., 1996: *Democracy and Disagreement*, London / Cambridge, MA.
- Gutman, Amy, 2004: *Why Deliberative Democracy?*, Princeton, NJ. https://doi.org/10.1515/9781400826339
- Habermas, Jürgen, 1992: *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 1999: Vom pragmatischen, ethischen und moralischen Gebrauch der praktischen Vernunft. In: Ders. (Hg.), *Erläuterungen zur Diskursethik*, Frankfurt (Main), 100–118.
- Habermas, Jürgen, 2004: *Wahrheit und Rechtfertigung*. Erweiterte Auflage, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 2005a: Religion und Öffentlichkeit. Kognitive Voraussetzungen für den ‚öffentlichen Vernunftgebrauch‘ religiöser und säkularer Bürger. In: Ders. (Hg.), *Zwischen Naturalismus und Religion: Philosophische Aufsätze*, Frankfurt (Main), 119–153.
- Habermas, Jürgen, 2005b: Zur Architektonik der Diskursdifferenzierung: Kleine Replik auf eine große Auseinandersetzung. In: Ders. (Hg.), *Zwischen Naturalismus und Religion: Philosophische Aufsätze*, Frankfurt (Main), 84–104.
- Habermas, Jürgen, 2008: Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie. In: Ders., Ach, Europa. *Kleine Politische Schriften XI*, Frankfurt (Main), 138–191.

- Heidenreich, Felix, 2012: Theorien der Gerechtigkeit, Opladen.
- Heidenreich, Felix, 2015: Politik der Wahrheit, Wahrheit der Politik. Was ist neu am »Neuen Realismus«? In: *Philosophische Rundschau* 62 (3), 225–242.
- Heyes, Cressida J., 2003 (Hg.): *The Grammar of Politics. Wittgenstein and Political Philosophy*, Ithaca / London.
- Holzinger, Katharina / Reinhard, Janine / Biesenbender, Jan, 2014: Do arguments matter? Argumentation and negotiation success at the 1997 Amsterdam Intergovernmental Conference. In: *European Political Science Review* 6 (2), 283–307. <https://doi.org/10.1017/S1755773913000064>
- Knill, Christoph / Heichel, Stefan / Preidel, Caroline / Nebel, Kerstin, 2015 (Hg.): *Moralpolitik in Deutschland. Staatliche Regulierung gesellschaftlicher Wertekonflikte im historischen und internationalen Vergleich*, Wiesbaden.
- Landwehr, Claudia, 2010: Discourse and Coordination: Modes of Interaction and their Roles in Political Decision-Making. In: *The Journal of Political Philosophy* 18 (1), 101–122. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9760.2009.00350.x>
- Landwehr, Claudia / Holzinger, Katharina, 2010: Institutional Determinants of Deliberative Interaction. In: *European Political Science Review* 2, 373–400. <https://doi.org/10.1017/S1755773910000226>
- Lowi, Theodore J., 1972: Four systems of policy, politics, and choice. In: *Public Administration Review*, 298–310. <https://doi.org/10.2307/974990>
- Luhmann, Niklas, 1993, *Wirtschaftsethik – als Ethik?* In: Wieland, Josef (Hg.), *Wirtschaftsethik und Theorie der Gesellschaft*, Frankfurt (Main), 134–147.
- Lütterfelds, Wilhelm / Roser, Andreas (Hg.), 1999: *Der Konflikt der Lebensformen in Wittgensteins Philosophie der Sprache*, Frankfurt (Main).
- Mansbridge, Jane / Bohman, James / Chambers, Simone / Estlund, David / Føllesdal, Andreas / Fung, Archon / Lafont, Cristina / Manin, Bernard / Martí, José L., 2010: The Place of Self-interest and the Role of Power in Deliberative Democracy. In: *Journal of Political Philosophy* 18 (1), 64–100. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9760.2009.00344.x>
- Mendelberg, Tali, 2002: The Deliberative Citizen: Theory and Evidence. In: Michael X. Delli Carpini / Leonie Huddy / Robert Y. Shapiro (Hg.), *Research in Micropolitics 6: Political Decision-Making, Deliberation and Participation*, Greenwich, 151–193.
- Mendelberg, Tali, 2007: How People Deliberate about Justice. Groups, Gender, and Decision Rules. In: Shawn Rosenberg (Hg.), *Deliberation, Participation and Democracy: Can the People Govern?*, Basingstoke, 101–129. https://doi.org/10.1057/9780230591080_6
- Mulhall, Stephen, 2007: *Wittgenstein's Private Language: Grammar, Nonsense and Imagination in Philosophical Investigations*, §§ 243–315, Oxford, UK / New York, NY.
- Mutz, Diana Carole, 2008: Is Deliberative Theory a Falsifiable Theory? In: *Annual Review of Political Sciences* 11, 521–538. <https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.11.081306.070308>
- Neblo, Michael A. / Esterling, Kevin M. / Kennedy, Ryan P. / Lazer, David M.J. / Sokhey, Anand E., 2010: Who wants to deliberate and why? In: *American Political Science Review* 104 (3), 566–583. <https://doi.org/10.1017/S0003055410000298>
- Niesen, Peter, 2014: Was heißt Deliberation? Eine theoriegeschichtliche Betrachtung. In: Flügel-Martinsen, Oliver / Gaus, Daniel / Hitzel-Cassagnes, Tanja / Martinsen, Franziska (Hg.), *Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation. Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns*, Wiesbaden, 49–71. https://doi.org/10.1007/978-3-658-02860-2_3
- Nonhoff, Martin / Herschinger, Eva / Angermüller, Johannes / Macgilchrist, Felicitas / Reisl, Martin / Wedl, Juliette / Wrana, Daniel / Ziem, Alexander, 2014 (Hg.): *Diskursforschung Band 2*, Bielefeld.
- Peters, Bernhard, 1993: *Die Integration moderner Gesellschaften*, Frankfurt (Main).
- Peters, Bernhard, 2007: *Der Sinn von Öffentlichkeit*, Frankfurt (Main).
- Peters, Guy B., 2006: The Problem of Policy Problems. In: *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice* 4, 349–370.
- Pitkin, Hanna F., 1972: *Wittgenstein and Justice: On the Significance of Ludwig Wittgenstein for Social and Political Thought*, Berkeley / Los Angeles / London.
- Porsché, Yannik, 2014: Der ‚Bologna-Prozess‘ als Wissensterritorium. Eine Kontextualisierungsanalyse. In: Martin Nonhoff / Eva Herschinger / Johannes Angermüller / Felicitas Macgilchrist / Martin Rei-

- sigl / Julietta Wedl / Daniel Wrana / Alexander Ziem (Hg.), *Diskursforschung* Band 2, Bielefeld, 379–403. <https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427224.1067>
- Rosenberg, Shawn, 2007 (Hg.): *Deliberation, Participation and Democracy: Can the People Govern?*, Basingstoke.
- Saretzki, Thomas, 2014: *Deliberative Politik und demokratische Legitimität. Perspektiven der Kritik zwischen empirischer Deliberationsforschung und reflexiver Demokratie.* In: Oliver Flügel-Martinsen / Daniel Gaus / Tanja Hitzel-Cassagnes / Franziska Martinsen (Hg.), *Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation.* Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns, Wiesbaden, 24–48. https://doi.org/10.1007/978-3-658-02860-2_2
- Schaal, Gary S. / Ritz, Claudia, 2009: *Empirische Deliberationsforschung*, Köln.
- Schaal, Gary S. / Roger, Léa, 2013: *The Quality of Deliberation in Two Committees of the European Parliament: The Neglected Influence of the Situational Context and the Policymaking Stage.* In: *Politics and Governance* 1/2, 151–169.
- Schaal, Gary S. / Heidenreich, Felix, 2007: *Quality versus Equality? Liberale und deliberative Ideale politischer Gleichheit.* In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 36 (1), 23–38.
- Steenbergen, Marco R. / Bächtiger, André / Spörndli, Markus / Steiner, Jürg, 2003: *Measuring Political Deliberation: A Discourse Quality Index.* In: *Comparative European Politics* 1 (1), 21–48. <https://doi.org/10.1057/palgrave.ccp.6110002>
- Steiner, Jürg / Bächtiger, André / Spörndli, Markus / Steenbergen, Marco R., 2005: *Deliberative Politics in Action: Analyzing Parliamentary Discourse*, Cambridge, UK / New York, NY.
- Steiner, Jürg, 2012: *The Foundations of Deliberative Democracy. Empirical Research and Normative Implications*, Cambridge. <https://doi.org/10.1017/CBO9781139057486>
- Steiner, Jürg, 2008: *Concept Stretching. The Case of Deliberation.* In: *European Political Science* 7 (1), 186–190. <https://doi.org/10.1057/palgrave.eps.2210186>
- Sunstein, Cass R., 1991: *Preferences and Politics.* In: *Philosophy and Public Affairs* 20 (1), 3–34.
- Sunstein, Cass, 2003: *The Law of Group Polarization.* In: James S. Fishkin / Peter Laslett (Hg.), *Debating Deliberative Democracy*, Oxford, UK / Malden, MA, 80–101. <https://doi.org/10.1002/9780470690734.ch4>
- Thompson, Dennis F., 2008: *Deliberative Democratic Theory and Empirical Political Science.* In: *Annual Review of Political Science* 11, 497–520. <https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.11.081306.070555>
- Wennerberg, Hjalmar, 2011: *Der Begriff der Familienähnlichkeit in Wittgensteins Spätphilosophie.* In: Eike von Savigny (Hg.), *Ludwig Wittgenstein, Philosophische Untersuchungen*, 2. Auflage, Berlin, 33–61. <https://doi.org/10.1524/9783050056913.33>
- Wittgenstein, Ludwig, 1960: *Tractatus logico-philosophicus / Tagebücher 1914–1916 / Philosophische Untersuchungen*, Frankfurt (Main).
- Wittgenstein, Ludwig, 1984a: *Philosophische Grammatik*, Frankfurt (Main).
- Wittgenstein, Ludwig, 1984b: *Über Gewißheit*, Frankfurt (Main).
- Wittgenstein, Ludwig, 2005: *Vorlesungen und Gespräche über Ästhetik, Psychoanalyse und religiösen Glauben*, Frankfurt (Main).
- Young, Iris Marion, 2000: *Inclusion and Democracy*, Oxford.
- Young, Iris Marion, 2001: *Activist Challenges to Deliberative Democracy.* In: *Political Theory* 29 (5), 670–690. <https://doi.org/10.1177/0090591701029005004>

Demokratie in Unternehmen?

Eine liberal-egalitäre Perspektive

*Daniel Jacob**

Schlüsselwörter: Wirtschaftsdemokratie, Produktivgenossenschaften, Liberalismus, Autorität, Kooperation

Abstract: Bedarf die Autorität von Unternehmen gegenüber ihren Mitarbeitern demokratischer Legitimation? Der Artikel geht dieser Frage aus einer liberal-egalitären Perspektive nach. Zunächst wird mit Bezug auf das Modell der Produktivgenossenschaft verdeutlicht, dass eine demokratische Unternehmensorganisation normativ konsistent und praktisch umsetzbar ist. Sodann wird gezeigt, dass auch nach klassisch-liberalen Vorstellungen wirtschaftliche Kooperationsbeziehungen immer schon gewissen Vorgaben unterliegen und daher im Prinzip auch mit demokratischen Vorgaben versehen werden könnten. Hieran anknüpfend werden zwei Argumente für eine solche Vorgabe diskutiert: instrumentelle Erwägungen einerseits, die Analogie zum Staat andererseits. Beide erweisen sich als unzureichend. Schließlich wird ausgehend von einer egalitären Deutung des Ideals freier Kooperation argumentiert, dass jede und jeder in gleicher Weise die Möglichkeit haben muss, sich für oder gegen die Arbeit in einem demokratischen Unternehmen zu entscheiden. Daraus folgt, dass unter heutigen Bedingungen liberalen Gesellschaften die Aufgabe zukommt, demokratische Unternehmen aktiv zu fördern.

Abstract: Does the authority of firms over their employees require democratic legitimation? The article approaches this question from a liberal-egalitarian perspective. The analysis shows that it is normatively consistent and practically feasible to organize firms democratically. The article emphasizes that economic cooperation, even in classical liberal accounts, is always regulated in some form. In principle, it could thus also be regulated in a way that requires all firms to be organized democratically. Two arguments for such a requirement are discussed: an instrumental argument, and an argument drawing from an analogy between firms and states. Neither argument can convince, which leads to this article's central argument: An egalitarian understanding of genuinely free cooperation demands that everyone must be equally free to work in a democratic firm. Under current conditions, this implies that liberal societies must actively support democratic companies.

* Dr. Daniel Jacob, Freie Universität Berlin
Kontakt: daniel.jacob@fu-berlin.de

Unternehmen beanspruchen gegenüber ihren Mitarbeitern Autorität.¹ Dies drückt sich schon in der Form von Arbeitsverträgen aus. Als ‚unvollständige Verträge‘ regeln diese nicht jedes Detail der Beziehung zwischen einem Unternehmen und seinen Mitarbeitern, sondern legen fest, in welchem Rahmen ein Unternehmen das Recht hat, seinen Mitarbeitern verbindliche Vorgaben zu machen (vgl. Malleson 2014: 33; McMahon 2008). Diese Form von Arbeitsverträgen wiederum ist Ausdruck dessen, was auch Ökonomen wie Ronald Coase als den Zweck von Unternehmen beschreiben: Dieser bestehe darin, die Transaktionskosten wirtschaftlichen Handelns dadurch zu senken, dass eine Vielzahl kleinteiliger Marktinteraktionen durch breiter und auf Dauer angelegte Autoritätsbeziehungen ersetzt wird (vgl. Coase 1937).² Es ist insofern passend, wenn im Deutschen das Gesamt der rechtlichen Beziehungen zwischen Unternehmen und ihren Mitarbeitern als *Betriebsverfassung* beschrieben wird. Bedenkt man, dass die meisten Menschen einen Großteil ihrer wachen Lebenszeit in derart verfassten Arbeitsverhältnissen verbringen, so gewinnt die Frage nach der Legitimation der hier entstehenden Autoritätsbeziehungen in besonderem Maße an Dringlichkeit. Wie Robert Dahl pointiert bemerkt: „Of all the relations of authority, control and power in which people are routinely involved, none are as salient, persistent and important in the daily lives of persons as those they are subject to at work“ (Dahl 1989: 327).

Ein wichtiger Strang in der Debatte um den Begriff der *Wirtschaftsdemokratie* knüpft an eben diesen Befund an. Den Ausgangspunkt bildet dabei der normative Impuls, dass es in einer sich als demokratisch verstehenden Gesellschaft erklärungsbedürftig ist, warum eine so bedeutsame Form von Autorität *nicht* demokratischen Verfahren unterstellt wird. Bedarf nicht auch die Autorität von Unternehmen gegenüber ihren Mitarbeitern demokratischer Legitimation? Im Folgenden möchte ich dieser Frage aus der Perspektive liberaler politischer Theorie nachgehen. Dies mag auf den ersten Blick überraschen, entwickeln doch viele Autoren ihre Überlegungen zur Wirtschaftsdemokratie als explizite Kritik des Liberalismus. Dagegen möchte ich jedoch zeigen, dass es eine Linie liberal-egalitären Denkens von John Stuart Mill bis John Rawls und darüber hinaus gibt, die sich von klassisch-liberalen Vorstellungen zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung dadurch unterscheidet, dass sie auf *gleiche* Freiheit abzielt – und die mithin, so mein Argument, auch zu anderen Schlussfolgerungen mit Blick auf die demokratische Gestaltung von Unternehmen führt.

Dabei gehe ich in sechs Schritten vor. Zunächst zeige ich in Abschnitt eins mit Bezug auf das Modell der Produktivgenossenschaft auf, dass eine demokratische Organisation von Unternehmen normativ konsistent und zudem mit den Erfordernissen einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung vereinbar ist. Weil eine demokratische Organisation von Unternehmen möglich ist, stellt sich sodann umso dringlicher die Frage, warum diese nicht verbindlich für alle Unternehmen vorgegeben sein sollte. In Abschnitt zwei rekon-

1 Im Juni 2016 hatte ich Gelegenheit, die hier ausgeführten Überlegungen im Rahmen der Tagung „Ziemlich beste Feinde. Das spannungsreiche Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus“ zur Diskussion zu stellen. Hierfür danke ich den Organisatoren der Tagung, Dirk Jörke und Armin Schäfer. Für eine Vielzahl hilfreicher Einwände und Anregungen möchte ich zudem in besonderer Weise Andreas Cassee, Andreas Oldenbourg sowie den Gutachtern und Herausgebern der ZPTH danken. Schließlich danke ich der Deutschen Forschungsgesellschaft für die Förderung des Sonderforschungsbereichs 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“, in dessen Rahmen dieser Text entstanden ist.

2 Für einen Überblick zur wirtschaftswissenschaftlichen Debatte im Anschluss an die Überlegungen von Coase siehe Garrouste/Saussier (2005).

struiere ich das klassisch-liberale Argument gegen eine solche Vorgabe, wonach Unternehmen als freie Formen wirtschaftlicher Kooperation nicht der Legitimation durch demokratische Verfahren bedürfen. Wider dieses Argument zeige ich, dass das liberale Ideal freier Kooperation mit gewissen Vorgaben zur normativen Regulierung vereinbar ist, ja sogar schon in seiner klassischen Variante gewisse regulative Eingriffe erfordert. Die Ausgangsfrage lässt sich insofern nun noch einmal zuspitzen: Sollten wirtschaftliche Kooperationsbeziehungen im Rahmen von Unternehmen mit der verbindlichen Vorgabe versehen werden, dass diese demokratisch zu organisieren sind?

In Abschnitt drei diskutiere ich den Versuch, eine solche Vorgabe durch den instrumentellen Wert demokratischer Unternehmen für die Gesellschaft zu begründen. In der Tat ist zu erwarten, dass eine verbindliche demokratische Gestaltung von Unternehmen sich in vielen Fällen positiv auf die Einstellung der dort Beschäftigten zur Demokratie sowie auf die Kapitalverteilung innerhalb der Gesellschaft auswirken würde. Weil der empirische Zusammenhang nicht eindeutig ist, reicht diese Erwartung jedoch nicht aus, um eine Verpflichtung zur demokratischen Organisation von Unternehmen zu begründen. In Abschnitt vier wende ich mich als nächstes dem Argument zu, die Autorität von Unternehmen sei analog zur Autorität von Staaten zu betrachten und müsse darum ebenfalls demokratisch legitimiert werden. Wider dieses Analogie-Argument zeige ich zum einen mit Christopher McMahon, dass innerhalb demokratischer Gemeinschaften nicht notwendigerweise jede untergeordnete Institution noch einmal demokratischer Legitimation bedarf. Zum anderen argumentiere ich mit Richard Arneson, dass aus liberaler Perspektive im Falle von Unternehmen anders als im Falle von Staaten zugestanden werden muss, dass Menschen sich aus freien Stücken gegen demokratische Strukturen entscheiden.

Vor diesem Hintergrund entwickle ich sodann in Abschnitt fünf eine eigene, liberal-egalitär geprägte Perspektive auf diese Diskussion. Diese knüpft an das liberale Ideal freier Kooperation an, deutet dieses aber egalitär als freie Kooperation *unter Gleichen*. Freie Kooperation setzt demnach nicht nur die Abwesenheit von Zwang voraus, sondern auch, dass sich jede und jeder Einzelne in gleicher Weise frei dafür entscheiden kann, unter welchen Bedingungen sie oder er sich auf Kooperationsbeziehungen einlassen will. Daraus folgt noch immer nicht, dass alle Unternehmen demokratisch organisiert sein müssen. Wohl aber lässt sich so zeigen, dass ein liberaler Staat demokratische Unternehmen nicht nur zulassen muss, sondern darüber hinaus aktiv gewährleisten muss, dass jede und jeder in gleicher Weise die Wahl hat, sich für oder gegen die Arbeit in einem demokratischen Unternehmen zu entscheiden. In Abschnitt sechs schließlich führe ich aus, welche politischen Implikationen sich aus diesen Überlegungen für liberale Gesellschaften ergeben. Dabei unterscheide ich zwischen der ‚idealen‘, und entsprechend langfristigen, Lösung einer gerechteren Kapitalverteilung und kurzfristigen Maßnahmen zur Förderung demokratischer Unternehmen.

1. Demokratie in Unternehmen

Die Frage, wie ein demokratisches Unternehmen aussehen könnte, ist keinesfalls trivial. Versteht man Demokratie als egalitäres Verfahren kollektiver Entscheidungsfindung, so impliziert dies, dass an demokratischen Verfahren all jene als Gleiche zu beteiligen sind, die von der jeweiligen Entscheidung in hinreichend gleicher Weise betroffen sind. Für demokratische Verfahren reicht nicht aus, dass alle Beteiligten überhaupt irgendwie von

einer Entscheidung betroffen sind. Die anspruchsvollere Voraussetzung besteht darin, zu zeigen, dass alle Beteiligten hinreichend gleiche Einsätze haben, so dass eine gleiche Beteiligung an der zu treffenden Entscheidung gerechtfertigt ist (vgl. Brighthouse/Fleurbaey 2010).

Im Falle der heute üblichen Unternehmen stellt dies ein erhebliches Problem dar, weil die Beteiligten hier in sehr unterschiedlicher Weise von Entscheidungen betroffen sind. Um dies nur an wenigen Beispielen zu illustrieren: Kleinanleger auf dem Aktienmarkt sind in erkennbar anderer Weise von Unternehmensentscheidungen betroffen als langjährige Mitarbeiter eines Unternehmens – eine Firmengründerin wiederum hat andere Einsätze als jemand, der dort nur eine Ausbildung machen will. Weil in Konstellationen wie diesen keine gleichen Einsätze vorliegen, erscheinen genuin demokratische Verfahren hier tatsächlich ‚fehl am Platz‘. Dies bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass in einer solch unklaren Situation alle Verfügungsgewalt den Eigentümern zugesprochen werden sollte. Wie Dahl zugespitzt bemerkt: „Daß der Aktionär bei der Leitung des Unternehmens einen privilegierten Status genießt, ist eine anachronistische Folge der Tatsache, daß Eigentum, Herrschaft und produktive Arbeit in einer Unternehmung einmal in ein und derselben Person vereinigt waren“ (Dahl 1975: 102). Gesetzlich geregelte Mitspracherechte für Arbeitnehmer sind deshalb eine wichtige Errungenschaft – sie zielen aber gerade nicht auf eine genuin demokratische Unternehmensorganisation nach dem egalitären Prinzip *one person, one vote* ab.

Zugleich gibt es seit dem neunzehnten Jahrhundert mit der Produktivgenossenschaft ein Modell für eine genuin demokratische Unternehmensform. Dieses Modell unterscheidet sich von anderen Genossenschaftsmodellen, wie etwa dem der Konsumgenossenschaft, durch das Prinzip der Identität von Eigentümern und Beschäftigten: Alle Mitarbeiter sind zugleich Eigentümer, alle Eigentümer sind zugleich Mitarbeiter. Anders als im Falle von Partnerschaftsgesellschaften, wie sie etwa unter Anwältinnen und Ärzten üblich sind, umfasst dieses Prinzip tatsächlich *alle* Mitarbeiter, unabhängig von deren Aufgabe im Unternehmen. Auf Grundlage dieses Prinzips ist es bei dieser Form von Unternehmen plausibel, dass alle Beteiligten in hinreichendem Maße als Gleiche von Unternehmensentscheidungen betroffen sind. In einer solchen Produktivgenossenschaft sind darum demokratische Entscheidungsverfahren angemessen. Diese können je nach Größe und Struktur des Unternehmens direkt oder vermittels repräsentativer Strukturen organisiert sein.³

Die Idee der Produktivgenossenschaft entstand im neunzehnten Jahrhundert aus zwei sehr unterschiedlichen Denkrichtungen heraus: Zum einen gab es innerhalb der Arbeiterbewegung Befürworter der Genossenschaftsidee. In Deutschland verbinden sich hiermit insbesondere die Namen Schulze-Delitzsch, Raiffeisen und Lassalle, im britischen Kontext war Robert Owen ein früher Verfechter der Genossenschaftsidee (vgl. Brockmeier/Fehl 2007: Teil I & II). Zum anderen war die Genossenschaftsidee aber auch ein wichtiges Element der katholischen Soziallehre (vgl. Skalicky 1975). In Deutschland gelang es den Verfechtern der Genossenschaftsidee vor diesem Hintergrund schon sehr früh, diese in Form des Genossenschaftsgesetzes von 1899 auch rechtlich zu verankern. Ähnliche rechtliche Regelungen finden sich heute in vielen weiteren Ländern, seit 2006 gibt es zu-

3 Wenngleich auf anderen argumentativen Pfaden gelangen auch Autoren wie Robert Dahl (1985: Kap. 5), David Miller (1990) oder jüngst Tom Malleson (2014) zu dem Ergebnis, dass Produktivgenossenschaften – im Englischen oft als *worker cooperatives* übersetzt – jene Unternehmensform darstellen, die am besten geeignet ist, demokratische Prinzipien in der Unternehmensorganisation zur Geltung zu bringen.

dem auf Ebene der Europäischen Union die Rechtsform der Europäischen Genossenschaft.

Neben einer Reihe erfolgreicher Förder- und Konsumgenossenschaften – zum Beispiel die Raiffeisenbanken, die taz, oder auch Migros in der Schweiz – gibt es auch Beispiele ‚echter‘ Produktivgenossenschaften. Eines der berühmtesten ist die spanische Mondragón Gruppe mit mehr als 60.000 Beschäftigten, deren Gründung kurz nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Initiative eines katholischen Priesters zurückgeht.⁴ Dennoch hält sich nachhaltig der Einwand, dass Produktivgenossenschaften letztlich nicht in der Lage seien, sich im Rahmen einer Marktwirtschaft dauerhaft zu behaupten. Für einige Autoren folgt daraus, dass eine Demokratisierung von Unternehmen nicht weit genug reiche, und vielmehr der Marktmechanismus als solcher zu überwinden sei. Einen Vorschlag zu einer in diesem Sinne weitergehenden Konzeption von Wirtschaftsdemokratie macht etwa David Schweickart in *After Capitalism* (2011). Andere Autoren nehmen diesen Einwand hingegen zum Anlass, schon Forderungen nach der Demokratisierung von Unternehmen zurückzuweisen. Ein Beispiel für eine hoch elaborierte Variante dieses Arguments findet sich in Jürgen Habermas' Unterscheidung von System und Lebenswelt, wie er sie in der *Theorie des Kommunikativen Handelns* (1995) entwirft. Zwar sieht er hier eine demokratische Einhegung der Wirtschaft vor, zugleich übernimmt er aber die systemtheoretische Annahme, dass die Wirtschaft intern einer eigenen, nicht-demokratischen Logik folge. Trotz sehr unterschiedlicher Schlussfolgerungen eint beide Argumentationslinien die Annahme, dass demokratische Unternehmen auf Dauer nicht mit den Erfordernissen einer Marktwirtschaft vereinbar seien.

Dieser Einwand gegen Produktivgenossenschaften basiert dabei auf dreierlei Überlegungen. Erstens weist Rosa Luxemburg in ihrer Auseinandersetzung mit Eduard Bernstein schon früh auf das Problem hin, dass auch Produktivgenossenschaften den Kräften des Marktes ausgesetzt bleiben:

„Was die Genossenschaften, und zwar vor allem die Produktivgenossenschaften betrifft, so stellen sie ihrem inneren Wesen nach inmitten der kapitalistischen Wirtschaft ein Zwitterding dar: eine im kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausch. In der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht aber der Austausch die Produktion und macht, angesichts der Konkurrenz, rücksichtslose Ausbeutung, d. h. völlige Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Interessen des Kapitals, zur Existenzbedingung der Unternehmung. [...] In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruche geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt, oder, falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst“ (Luxemburg 1982 : 417 f.).

Richtig an diesem Einwand ist, dass die Idee der Genossenschaft nicht mit der Logik des Marktes bricht. Auch Genossenschaften bieten ihre Güter und Dienstleistungen auf dem Markt an, und müssen auf diesem bestehen. Unter ungünstigen Bedingungen birgt dies die Gefahr, dass Genossenschaften unter dem Druck des Marktes auf besonders perfide Formen der Selbstaubeutung hinauslaufen. In der Identität von Eigentümern und Mitar-

4 Für einen aktuellen Überblick zur Empirie der Produktivgenossenschaften siehe Dow (2003: Kap. 3 & 4). Für eine detaillierte Darstellung der Mondragón Gruppe siehe Malleson (2014: 56–66) und Schweickart (2011: Kap. 3.3). Zu den *worker cooperatives* in der Holzindustrie im Nordwesten der USA siehe Pencavel (2001). Zum jugoslawischen Modell selbstverwalteter Unternehmen siehe Pateman (1976: Kap. 5).

beitern internalisieren die Angehörigen von Genossenschaften dann den ursprünglichen Klassenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit anstatt ihn, wie von Luxemburg gefordert, offen auszutragen. Diese Warnung Luxemburgs sollte nicht leichtfertig verworfen werden. Sie muss jedoch zugleich nicht, wie Luxemburg meint, zu einer generellen Absage an die Idee der Produktivgenossenschaft führen. Vielmehr lässt sich diese Warnung auch konstruktiv wenden und als Aufforderung verstehen, die Praxis demokratischer Unternehmen so zu regulieren, dass handfeste, nicht bloß metaphorische Formen der Selbstausbeutung ausgeschlossen werden. In nicht-demokratischen Unternehmen gibt es schon heute eine Vielzahl von Vorgaben, etwa Arbeitszeitbegrenzungen oder Mindestlohn-Regelungen, die trotz manch praktischer Schwierigkeiten durchaus geeignet sind, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu verhindern. Womöglich ist es notwendig, diese Vorgaben mit Blick auf die Besonderheiten von demokratischen Unternehmen anzupassen. Im Prinzip ist jedoch auch hier vorstellbar, dass geeignete Vorgaben in effektiver Weise verhindern, dass die Logik des Marktes innerhalb von Produktivgenossenschaften zu Selbstausbeutung führt und damit die Idee der demokratischen Selbstbestimmung ad absurdum führt. Obschon aufgrund des geringen Umfangs eher illustrativ, gibt nicht zuletzt die bisherige Praxis von Genossenschaften hier Grund zur Hoffnung, zeichnen sich die meisten heutigen Genossenschaften doch gerade durch eine besonders faire Lohnpolitik aus (vgl. Malleson 2014: 78).

Zweitens wird argumentiert, dass demokratische Verfahren im Falle von Unternehmen ungeeignet seien, weil sie die besonderen Anforderungen von Unternehmen mit Blick auf Expertise und schnelle Entscheidungen nicht berücksichtigt (vgl. Schweickart 2011: 60 f.). Wirtschaftliches Handeln, so die Vorstellung, sei in besonderer Weise auf Expertise angewiesen sowie auf die Möglichkeit, schnell und entschieden auf das Marktgeschehen zu reagieren. Ein Unternehmen müsse dementsprechend in der Lage sein, das bestmögliche Personal einzustellen und notwendige Entscheidungen schnell durchzusetzen; für beides aber seien demokratische Verfahren ungeeignet. In der Praxis zeigt sich diese Denkweise in der besonderen Aufmerksamkeit, die einzelnen, vermeintlich für den Erfolg von Unternehmen entscheidenden Unternehmensführern zukommt.

Wie problematisch dieses Argument wider demokratische Entscheidungsstrukturen ist, zeigen Hélène Landemore und Isabelle Ferreras (2015: 69–71) durch den Vergleich zu demokratischen Entscheidungsverfahren auf staatlicher Ebene. Ohne Zweifel verlangt auch die Kunst des Regierens ein hohes Maß an Expertise und die Möglichkeit, schnell auf neue Ereignisse zu reagieren. Im Falle des Staates würden heute jedoch nur wenige den Schluss ziehen, dass deshalb staatliches Regieren demokratischen Verfahren entzogen und wenigen Experten überlassen werden sollte. Und in der Tat zeigt sich gerade hier, dass es durchaus möglich ist, demokratische Verfahren so zu gestalten, dass sie sich mit den funktionalen Erfordernissen effektiver Regierungsführung verbinden lassen. Staatliches Regieren stützt sich in vielfältiger Weise auf verschiedene Formen der Expertise und sichert kurzfristige Handlungsfähigkeit durch entsprechend mandatierte Regierungsorgane, während zugleich die grundsätzlichen Ziele staatlichen Regierens auf demokratische Weise bestimmt werden. Die Annahme dabei ist, dass mit Blick auf diese bewusst allgemein gehaltenen Zielvorgaben staatlicher Politik alle Bürger in der Lage sind, sich mit vertretbarem Aufwand eine angemessen fundierte Meinung zu bilden. Wendet man sich vor diesem Hintergrund wiederum der Organisation von Unternehmen zu, so ist auch hier in analoger Weise ein Modus demokratischer Entscheidungsfindung vorstellbar, der die funktionalen Bedürfnisse von Unternehmen mit Blick auf Expertise und Handlungsfähig-

keit integriert. Wie im Falle des Staates kann dies etwa durch die explizite Einbeziehung von Experten in Entscheidungsprozesse, durch verschiedene Formen der Repräsentation oder auch die bewusste Begrenzung auf grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung geschehen.

Drittens schließlich argumentiert Tom Malleson, obschon im Grunde ein expliziter Befürworter des Modells der Produktivgenossenschaft, dass diese Form der Unternehmensorganisation für Unternehmen in Industrien mit hohem Kapitalbedarf ungeeignet sei: „These kinds of industries (oil, steel, auto, pharmaceutical, etc.) are inhospitable for cooperative governance because it is basically impossible for a group of average-income workers to acquire ownership of firms like this“ (Malleson 2014: 44). Malleson verweist hier auf ein wichtiges Problem, das jedoch eher praktischer als systematischer Natur ist. Aufgrund des Prinzips der Identität von Mitarbeitern und Eigentümern ist es Produktivgenossenschaften nicht möglich, ihren Kapitalbestand durch externe Investitionen zu erweitern, wodurch ihr finanzieller Handlungsspielraum zunächst begrenzt ist. Wie Henry Hansmann (1996: 75–77) und Gregory Dow (2003: 185–193) zeigen, spricht jedoch im Prinzip nichts dagegen, dass Genossenschaften ihren Finanzbedarf über die Einlagen ihrer Beschäftigten hinaus durch verschiedene Formen von Krediten stillen.

Im Ergebnis lässt sich in Auseinandersetzung mit diesen verschiedenen Argumenten der Einwand zurückweisen, dass demokratische Unternehmen grundsätzlich nicht mit der Idee einer durch den Marktmechanismus organisierten Wirtschaftsordnung vereinbar seien: So kann erstens durch entsprechende Regulierungen verhindert werden, dass demokratische Unternehmen in besonders perfide Formen der Selbstaussbeutung ableiten; zweitens können demokratische Verfahren in Unternehmen so gestaltet werden, dass sie die funktionalen Erfordernisse von Unternehmen integrieren; drittens schließlich können demokratische Unternehmen auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ihren Kapitalbedarf decken. So zeigt sich, dass es auch im Rahmen einer Marktwirtschaft möglich ist, demokratische Prinzipien in der Form der Unternehmensorganisation zur Geltung zu bringen. Im Lichte dieser Möglichkeit stellt sich dann aber umso dringlicher die Frage, warum eine sich als demokratisch verstehende Gesellschaft eine solche Organisationsform nicht verbindlich für alle Unternehmen vorgeben sollte.

2. Das liberale Ideal freier Kooperation

Das klassisch-liberale Argument gegen eine solche Vorgabe lautet, dass Unternehmen Ausdruck einer freien Kooperationsbeziehung seien (vgl. etwa Nozick 1974). Die grundlegende Idee hierbei ist, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich aus freien Stücken und zum gegenseitigen Vorteil auf eine Kooperationsbeziehung einlassen. Entsteht im Zuge dieser Kooperation ein Autoritätsverhältnis, so ist dieses durch die explizite Zustimmung des Arbeitnehmers legitimiert.⁵

5 Alchian/Demsetz (1972) gehen noch weiter und argumentieren, dass in solchen Kooperationsbeziehungen gar nicht erst Autoritätsbeziehungen entstehen. Sie grenzen sich damit explizit gegen die einleitend skizzierten Überlegungen von Coase zu Autorität in Unternehmen ab.

Die Legitimation von Autoritätsbeziehungen durch die Zustimmung der Betroffenen gibt diesen ein starkes Veto-Recht.⁶ Anders als im Falle demokratischer Entscheidungen kann die Einzelne nicht von einer Mehrheit überstimmt werden, sondern kann je für sich entscheiden, ob sie einer spezifischen Autoritätsbeziehung zustimmen will. Das Erfordernis der Zustimmung stellt auf diese Weise sicher, dass Autoritätsbeziehungen die Freiheit der Einzelnen nur soweit beschränken, wie sie selbst dies aus freien Stücken gewählt hat. Die Anerkennung und Wahrung der Freiheit der Einzelnen macht diese Form der Legitimation normativ besonders überzeugend. Damit Zustimmung als Legitimationsgrundlage gewertet werden kann, müssen demnach aber auch entsprechend anspruchsvolle Voraussetzungen erfüllt sein.

Unstrittig ist, dass Zustimmung schon begrifflich die Abwesenheit von Zwang verlangt; freie Zustimmung kann wie echte Freundschaft nicht erzwungen werden. Vermittels staatlicher Regelungen gilt es darum sicherzustellen, dass sich Arbeitnehmer frei von Zwang für oder gegen die Arbeit in einem Unternehmen entscheiden können. Dies umfasst Schutz vor physischer Gewalt ebenso wie vor existenzbedrohender Armut. Wie die empirische Forschung zu modernen Formen der Sklaverei zeigt (vgl. Bales 2001), ist dieser basale Schutz bis heute von großer Bedeutung. Darüber hinaus gilt aber auch ein gewisses Maß an sozialer Grundsicherung als erforderlich, das üblicherweise mit der Idee des Wohlfahrtsstaates verbunden wird. Die Arbeitnehmer sollen so von jenen materiellen Sorgen befreit werden, die sie andernfalls strukturell dazu zwingen würden, jedes Angebot annehmen zu müssen. Mit Blick auf die Vermeidung derartiger ökonomischer Zwänge fordern einige Autoren gar noch weitergehend ein bedingungsloses Grundeinkommen. So argumentiert etwa Philippe van Parijs in *Real Freedom for All* (1997), dass nur ein solches Grundeinkommen das für freie Zustimmung notwendige Maß an ökonomischer Unabhängigkeit gewährleisten könne. Vor dem Hintergrund eines republikanischen Freiheitsverständnisses kommt Philip Pettit (2007) zu einem ganz ähnlichen Ergebnis, und selbst libertäre Autoren wie Peter Vallentyne (2011) halten aus ähnlichen Gründen ein Grundeinkommen für notwendig.⁷

Obwohl das Vertragsmodell die individuelle Freiheit der Beteiligten betont, ist dieses Modell durchaus damit vereinbar, dass die Rahmenbedingungen der Kooperation externen Beschränkungen unterliegen, die sich aus der demokratischen Gestaltung der Wirtschaftsordnung ergeben. Zwar hält sich in der Praxis hartnäckig die „Mythologie des Eigentums“ (Dahl 1975: 103), wonach eine Unternehmerin nicht daran gehindert werden dürfe, frei über ihr Eigentum zu verfügen. In der theoretischen Debatte wird heute aber nicht mehr bestritten, dass die Vertragsbeziehungen zwischen Unternehmen und ihren Mitarbeitern auf den rechtlichen Rahmen einer politischen Ordnung angewiesen sind. Als rechtliche Konstrukte werden Unternehmen durch eine solche Ordnung überhaupt erst konstituiert und sind in diesem Sinne immer schon rechtlich reguliert. In der Praxis schlägt sich dies zum einen darin nieder, dass bestimmte Formen der Kooperation auch unter der Bedingung freiwilliger Zustimmung nicht zulässig sind, wenn sie in sich unmoralisch sind beziehungsweise unmoralischen Zwecken dienen (vgl. Sandel 2012). Zum

6 Für eine detaillierte und präzise Darstellung der Idee von Legitimation *qua* Zustimmung siehe Simmons (1979: Kap. 3). Zur aktuellen Debatte um den Zustimmungsbegriff siehe Dougherty (2015).

7 Da es im Folgenden um die Voraussetzungen freier Kooperation gehen soll, wird an dieser Stelle nicht weiter der hiermit zweifellos eng verbundenen Frage nachgegangen, ob und in welchem Umfang eine liberale Ordnung dem Einzelnen auch die Möglichkeit geben muss, sich jeglicher Form von Kooperation zu entziehen.

anderen werden den Vertragsparteien aber auch Beschränkungen in all jenen Hinsichten auferlegt, in denen ihre vertraglichen Kooperationsbeziehungen negative Externalitäten verursachen, von denen die Gesellschaft in Gänze betroffen ist. Die bis heute gemessen am Problem eher zaghaften Anforderungen an Unternehmen, die Umwelt zu schonen, lassen sich in diesem Sinne verstehen. Die zu Beginn dieses Abschnitts gestellte Frage lässt sich in diesem Sinne noch weiter zuspitzen: Soll es den Vertragsparteien überlassen bleiben, ob sie ihre Kooperation im Rahmen von Unternehmen demokratisch organisieren wollen? Oder soll es Vorgabe für ein jedes Unternehmen sein, dass dieses intern demokratisch organisiert sein muss?

3. Der instrumentelle Wert demokratischer Unternehmen

Einige Autoren versuchen eine solche Vorgabe mit Verweis auf den instrumentellen Wert demokratischer Unternehmen für die demokratische Gemeinschaft in Gänze zu begründen. Dieses Argument geht auf die Debatte um partizipative Demokratie zurück, wie sie insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren geführt wurde: Das zentrale Argument ist hier, dass Demokratie im Alltag erlernt und erfahren werden muss. Eine frühe Fassung dieses Arguments findet sich bereits in John Stuart Mills Ausführungen zu den von ihm erwarteten positiven Auswirkungen demokratischer Unternehmen auf die dort Beschäftigten. Geradezu euphorisch erhofft er sich von dieser Form der Unternehmensorganisation neben materiellen Zugewinnen nicht weniger als eine „moralische Revolution“:

„It is scarcely possible to rate too highly this material benefit, which yet is as nothing compared with the moral revolution in society that would accompany it: the healing of the standing feud between capital and labour; the transformation of human life, from a conflict of classes struggling for opposite interests, to a friendly rivalry in the pursuit of a good common to all; the elevation of the dignity of labour; a new sense of security and independence in the labouring class; and the conversion of each human being's daily occupation into a school of the social sympathies and the practical intelligence“ (Mill 1965: 792).

Systematisch aufgegriffen wurden diese Überlegungen von Carole Pateman in ihrem bis heute einflussreichen Essay *Participation and Democratic Theory* (1976). Auch für Pateman ist der Arbeitsplatz einer der wichtigsten Orte, um demokratische Erfahrungen zu sammeln: „[...] most individuals spend a great deal of their lifetime at work and the business of the workplace provides an education in the management of collective affairs that is difficult to parallel elsewhere“ (Pateman 1976: 43). In der Tat ist durchaus plausibel, dass die Arbeit in einem demokratisch organisierten Unternehmen eine demokratische Grundhaltung befördert – und dass umgekehrt die Arbeit in nicht-demokratischen Arbeitsverhältnissen sich in dieser Hinsicht negativ auswirkt. Anstatt eine aktive demokratische Haltung zu fördern, sind tatsächlich die meisten modernen Arbeitsplätze heute ein Ort der Gewöhnung an nicht-demokratische Verhältnisse. Erich Fromms (1980) Beobachtungen zur weiten Verbreitung autoritärer Einstellungen unter Arbeitern und Angestellten sind vor diesem Hintergrund noch heute relevant.

Zugleich scheint empirisch aber die These nicht haltbar, dass eine demokratische Grundhaltung *nur* dann erlernt werden kann, wenn Menschen in demokratischen Unternehmen arbeiten. Zu zahlreich sind die Beispiele jener, die unter schwierigsten Bedingungen demokratische Überzeugungen entwickelt und für diese gekämpft haben. Auch ist nicht zu erwarten, dass eine demokratische Unternehmensorganisation allein ausreicht,

um eine demokratische Haltung zu entwickeln. Der Zusammenhang zwischen der Form der Unternehmensorganisation und den Einstellungen der Mitarbeiter gegenüber der Demokratie ist demnach nicht so eindeutig, wie von Autoren wie Pateman und Mill angenommen.⁸ Eine verpflichtende Vorgabe zur demokratischen Organisation von Unternehmen lässt sich auf diese Weise daher nicht begründen.

Ein weiteres instrumentelles Argument zugunsten von demokratischen Unternehmen verweist darauf, dass diese langfristig einen positiven Beitrag zu einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung leisten. Wie im vorigen Abschnitt beschrieben zeichnen sich viele der heutigen Produktivgenossenschaften in der Tat durch eine im Vergleich zu anderen Unternehmensformen sehr viel gerechtere Lohnpolitik aus (vgl. Malleson 2014: 78). Wiederum jedoch scheint der kausale Zusammenhang zu schwach und vor allem zu uneindeutig zu sein. So gibt es auch nicht-demokratische Unternehmen, die sich sehr bewusst um eine gerechte Entlohnung bemühen. Zudem ist eine Vielzahl anderer Formen materieller Umverteilung denkbar. Obschon durchaus zu erwarten ist, dass Produktivgenossenschaften sich langfristig auch in dieser Hinsicht positiv auswirken würden, reicht daher auch diese instrumentelle Erwartung nicht aus, um allen Unternehmen eine demokratische Organisationsform vorzugeben.

4. Die Grenzen der Analogie von Staaten und Unternehmen

Ein weiteres Argument für die demokratische Umgestaltung von Unternehmen besteht darin, auf die Analogie zwischen Staaten und Unternehmen hinzuweisen (vgl. umfassend hierzu Landemore/Ferreras 2015). Eine prominente Variante dieses Arguments findet sich bei Dahl in *A Preface to Economic Democracy* (1985). Ähnlich wie die Vertreter der partizipativen Demokratietheorie betont er dabei zum einen den Aspekt der positiven Sozialisierungseffekte (ebd.: 94 ff.). Vor allem aber zieht er eine starke Parallele zwischen der Autorität des Staates und der von Unternehmen und fordert zu demokratietheoretischer Konsistenz auf: „If democracy is justified in governing the state, then it must *also* be justified in governing economic enterprises“ (ebd.: 112). Seine Behauptung ist dabei nicht, dass die Autorität von Unternehmen mit der von Staaten identisch ist; wohl aber, dass auch Unternehmen in einer Weise Autorität ausüben, die nach demokratischer Legitimation verlangt (ebd.: 113 ff.).

Ein gewichtiger Einwand gegen dieses Argument findet sich in den Überlegungen von Christopher McMahon (2008). Dieser argumentiert, dass Unternehmen zwar vermittels staatlicher Regulierung externer demokratischer Kontrolle unterstellt werden sollten, darüber hinaus interne demokratische Verfahren jedoch nicht notwendig seien: „[...] the top-most political authority can decide that the public good would best be served by allowing non-democratic forms of corporate organization“ (McMahon 2008: 115). McMahon versteht hier Unternehmen als Teil einer politischen Struktur, die in ihrer Gesamtheit auf die Legitimation durch demokratische Verfahren angewiesen ist, nicht aber notwendigerweise auch auf allen untergeordneten Ebenen. Dass dieses Argument auch Rückwirkungen auf die Anforderungen an untergeordnete staatliche Ebenen hat, nimmt McMahon in Kauf: „The subordinate legislative authority found within a federal structure of po-

8 Für eine kritische Auseinandersetzung mit den hier zugrundeliegenden Annahmen sowie der verfügbaren Empirie siehe Adman (2007), Carter (2006) sowie Schweizer (1995).

litical authority is typically exercised democratically, but this is not essential“ (ebd.: 115).

Das Argument McMahons ist insofern überzeugend, als dass er wider Dahl zurecht darauf hinweist, dass in einem insgesamt demokratischen System nicht notwendigerweise jede untergeordnete Autoritätsausübung noch einmal gesondert demokratisch legitimiert werden muss. Durchaus gerechtfertigt etwa scheint die Praxis vieler demokratischer Staaten, das Justizwesen externer demokratischer Kontrolle zu unterstellen, nicht aber intern noch einmal demokratisch zu organisieren. Dass nicht jede untergeordnete Autorität demokratisch organisiert werden muss, impliziert umgekehrt aber noch nicht automatisch, dass es nicht doch auch Fälle geben kann, in denen dies normativ geboten ist. Dass in föderalen Staaten die untergeordneten Gebietskörperschaften in aller Regel nochmals intern demokratisch organisiert sind, ist in diesem Sinne vielleicht doch nicht nur „typisch“, wie McMahon schreibt, sondern demokratietheoretisch gefordert. So lässt sich McMahons Einwand im Ergebnis vor allem als hilfreicher Hinweis darauf deuten, dass es einer jeweils gesonderten Begründung bedarf, wenn im Rahmen eines demokratischen Systems eine untergeordnete Einheit zusätzlich in sich demokratisch organisiert sein soll.

An eben dieser Stelle setzt nun ein genuin liberales Argument wider die Verpflichtung zur demokratischen Organisation von Unternehmen an. In früheren Ausführungen zu diesen Fragen hatte Richard Arneson (1987) noch ohne weitere Begründung konstatiert, dass eine demokratische Organisation von Unternehmen geboten sei; in einer Aktualisierung seiner Überlegungen aus dem Jahr 2009 revidiert er sein Argument jedoch in eben dieser Hinsicht: „Some workers might reasonably prefer the goods that participation in a worker cooperative enables, some workers might equally reasonably prefer the goods that participation in a hierarchical capitalist firm enables“ (Arneson 2009: 146). Während bei McMahon eher systemische Überlegungen im Zentrum stehen, stößt das Argument für die Demokratisierung von Unternehmen bei Arneson aus genuin liberalen Erwägungen an seine Grenzen. Nicht alle Menschen erachten Demokratie in allen Lebensbereichen für wichtig und so zeigen sich an eben dieser Stelle besonders deutlich die Grenzen der Analogie von Staaten und Unternehmen: Während mit Blick auf öffentliche Institutionen in einer liberalen Gesellschaft von allen Mitgliedern verlangt werden kann, dass sie demokratische Verfahren anerkennen, kommt ihnen mit Blick auf andere Lebensbereiche im zuvor beschriebenen Sinne ein Veto-Recht zu. Somit muss ihnen auch die Möglichkeit offenstehen, sich für die Arbeit in einem nicht-demokratischen Unternehmen zu entscheiden.⁹ Für Arneson folgt daraus, dass ein liberaler Staat zwar demokratische Unternehmen ermöglichen und auch in gewissem Maße fördern dürfe, dass er eine demokratische Organisation aber nicht zwingend vorgeben solle (Arneson 2009: 148).

5. Das liberal-egalitäre Verständnis des Ideals freier Kooperation

Die hier vertretene liberal-egalitäre Perspektive setzt an eben diesem Punkt an. Auch diese Perspektive nimmt das liberale Ideal freier Kooperation zum Ausgangspunkt, deutet

9 Einen interessanten Sonderfall, auf den hier jedoch leider nicht weiter eingegangen werden kann, stellen in diesem Zusammenhang ‚öffentliche Unternehmen‘ dar, die der Form nach private Unternehmen sind, zugleich aber mehrheitlich im öffentlichen Besitz stehen.

dieses aber konsequent egalitär. Freie Kooperation *unter Gleichen* setzt demnach voraus, dass alle *in gleicher Weise* frei die Bedingungen wählen können, unter denen sie sich auf wirtschaftliche Kooperationsbeziehungen einlassen (vgl. Christiano 2013). Die Abwesenheit von Zwang ist hierfür eine notwendige, aber allein nicht hinreichende Bedingung. Als weitere Bedingung kommt hinzu, dass nicht auf willkürliche Weise einigen Mitgliedern der Gemeinschaft bestimmte Formen der wirtschaftlichen Kooperation versperrt sein dürfen, die anderen offenstehen. Positiv gewandt kommt allen Mitgliedern der Gemeinschaft das Recht zu, in gleicher Weise frei darüber entscheiden dürfen, zu welchen Bedingungen sie sich auf wirtschaftliche Kooperationsbeziehungen einlassen. Gleiche Freiheit bedeutet dabei auch in diesem Verständnis nicht unbeschränkte Freiheit. Auch hier unterliegen wirtschaftliche Kooperationsbeziehungen gesellschaftlichen Vorgaben. Entscheidend ist aber, dass diese Vorgaben nur dann legitim sind, wenn sie in nichtdiskriminierender Weise für alle Mitglieder der Gemeinschaft gelten.

Wollte man die Idee gleicher Freiheit ad absurdum führen, so könnte man argumentieren, dass gleiche Freiheit auch dann gegeben sei, wenn alle Mitglieder einer Gemeinschaft in gleicher Weise nur über ein Mindestmaß an Freiheit verfügten. Gleiche Freiheit könnte dann praktisch dadurch erreicht werden, dass die Freiheiten Einzelner solange beschnitten werden, bis alle das gleiche niedrige Freiheitsniveau erreicht haben. Um dem zu entgehen, hat John Rawls in seinem ersten Prinzip der Gerechtigkeit das Ziel gleicher Freiheit mit einem Maximierungsgebot verbunden: „Jedermann soll gleiches Recht auf das umfangreichste System gleicher Grundfreiheiten haben, das mit dem gleichen System für alle anderen verträglich ist“ (Rawls 1975: 81). Je nach Konstellation kann dies bedeuten, dass öffentliche Institutionen auch aktive Maßnahmen ergreifen müssen, um sicherzustellen, dass Freiheiten, die zuvor nur wenigen vorbehalten waren, allen in gleicher Weise zugänglich werden.

Auch aus einem solchen egalitären Verständnis des Ideals freier Kooperation folgt nicht, dass jedes Unternehmen intern demokratisch organisiert sein muss. Die zuvor diskutierten Einwände greifen auch hier noch. Sehr wohl aber lässt sich auf diese Weise argumentieren, dass in einer liberalen Gemeinschaft alle Mitglieder in gleicher Weise die Möglichkeit haben sollten, sich für oder gegen demokratische Formen der wirtschaftlichen Kooperation zu entscheiden. Eine liberale Ordnung sollte demnach die Gründung demokratischer Unternehmen nicht bloß zulassen, wie es Arneson fordert, sondern sicherstellen, dass jede und jeder in gleicher Weise die Wahl hat, sich für oder gegen die Arbeit in einem demokratischen Unternehmen zu entscheiden.

Nun ließe sich an dieser Stelle einwenden, dass die Wahl zwischen einem demokratischen und einem nicht-demokratischen Unternehmen nur eine Dimension der Kooperationsbeziehungen in Unternehmen erfasse. Für viele Menschen sei es aber ebenso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger, ob sie für ein großes oder für ein kleines Unternehmen arbeiten, oder auch für ein rein profitorientiertes oder für ein stärker sozial ausgerichtetes Unternehmen. Es sei daher nicht ersichtlich, warum eine liberale Ordnung effektive Wahlfreiheit gerade in dieser Hinsicht zu gewährleisten habe. Dieser Einwand lässt zwei Schlussfolgerungen zu: Zum einen, dass es besser sei, auf die gezielte Ermöglichung bestimmter Kooperationsbeziehungen zu verzichten; zum anderen, dass eine liberale Ordnung möglicherweise auch in weiteren Hinsichten eine effektive Wahlfreiheit sicherstellen müsse. Mir ist an dieser Stelle daran gelegen, zu zeigen, warum effektive Wahlfreiheit mit Blick auf die Unterscheidung zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Kooperationsbeziehungen in Unternehmen bestehen sollte. Damit soll die erste Schluss-

folgerung zurückgewiesen werden; ob darüber hinaus die zweite Schlussfolgerung zutrifft, kann hingegen für den Moment offengehalten werden.

Der entscheidende Punkt ist dabei, dass die Unterscheidung zwischen einem demokratischen und einem nicht-demokratischen Unternehmen vielen weiteren Unterscheidungen logisch vorgelagert ist. In einem demokratischen Unternehmen können alle Beschäftigten als Gleiche mitentscheiden, wie sehr ihr Unternehmen expandieren oder wie stark am Profit orientiert es sein soll. In einem nicht-demokratischen Unternehmen haben sie diese Möglichkeit nicht. Hier sind sie in allen weiteren Hinsichten den Entscheidungen der Unternehmensführung ausgeliefert. Die Wahl zwischen einem demokratischen und einem nicht-demokratischen Unternehmen hat darum eine besondere Tragweite – und bedarf deshalb auch in besonderer Weise der Absicherung durch öffentliche Institutionen.

6. Politische Implikationen für liberale Gesellschaften

Was genau bedeutet es nun, dass eine liberale Ordnung jeder und jedem effektiv die Möglichkeit geben muss, sich für die Arbeit in einem demokratischen Unternehmen entscheiden zu können? Im Prinzip kann diese Entscheidung zwei Formen annehmen: Die Einzelne kann sich einem bestehenden demokratischen Unternehmen anschließen, oder sie kann sich mit anderen zusammenschließen, um ein solches zu gründen. Eine liberale Ordnung muss sicherstellen, dass allen Bürgerinnen und Bürgern mindestens eine dieser Optionen offensteht.

Dabei ist nicht notwendig, dass die Entscheidung für die Arbeit in einem demokratischen Unternehmen kostenneutral sein muss. Wie Hansmann (1996: 89–105) ausführt, sind demokratisch organisierte Unternehmen mit spezifischen Kosten konfrontiert, die sich aus ihrer Organisation selbst ergeben: Demokratische Entscheidungsverfahren sind aufwendiger als *top-down* Entscheidungen. Wollen solche Unternehmen sich im Wettbewerb mit nicht-demokratischen Unternehmen behaupten, so müssen sie diese Kosten ausgleichen. Eine Möglichkeit besteht darin, auf Effizienzgewinne zu setzen. In der Tat weisen verschiedene Autoren darauf hin, dass die Arbeitsmotivation der Beschäftigten in demokratisch organisierten Unternehmen zumeist höher ist als in ‚normalen‘ Unternehmen, wodurch die Kosten demokratischer Entscheidungsverfahren mindestens ausgeglichen werden können (vgl. Malleson 2014: 72–77; Schweickart 2011: 61–63). Die Alternative bestünde darin, die Löhne der Beschäftigten in entsprechendem Maße zu senken. Hier zeigt sich besonders deutlich, dass die Wahl für die Arbeit in einem demokratischen Unternehmen auf individueller Ebene mit Kosten verbunden sein kann. Solange diese Kosten, wie zu erwarten ist, gering ausfallen, weit davon entfernt sind, prohibitiv zu wirken, und auch nicht zu der von Luxemburg befürchteten Selbstausbeutung führen, kann dies der Einzelnen aber zugemutet werden. Auch jenseits von Fragen der Berufswahl sind viele individuelle Entscheidungen mit Kosten verbunden. Die Aufgabe einer liberalen Ordnung ist es nicht, all diese Kosten auszugleichen. Entscheidend ist vielmehr, dass jede und jeder über die gleiche Freiheit verfügt, sich zwischen verschiedenen Optionen und den damit jeweils verbundenen Vor- und Nachteilen zu entscheiden.

Nun könnte man an dieser Stelle einwenden, dass wie beschrieben schon heute in vielen Ländern rechtlich die Möglichkeit besteht, sich einer Produktivgenossenschaft anzuschließen oder eine solche zu gründen. Auffällig ist jedoch, dass demokratische Unternehmen trotzdem nur einen verschwindend geringen Anteil an der Gesamtzahl der Unter-

nehmen ausmachen. Zwar gibt es nur wenige aktuelle und belastbare Zahlen, doch wird üblicherweise davon ausgegangen, dass über Ländergrenzen hinweg weniger als ein Prozent aller Unternehmen demokratisch organisiert sind (vgl. Dow 2003: 47; Malleson 2014: 84). Die entscheidende Frage dabei ist, ob dies Ausdruck genuin freier Entscheidungen ist, oder aber Folge ungerechter Hintergrundbedingungen. Für John Stuart Mill stand außer Frage, dass sich demokratische Unternehmen auf Dauer durchsetzen würden:

„[...] the form of association, however, which if mankind continues to improve, must be expected in the end to predominate, is [...] the association of the laborers themselves on terms of equality, collectively owning the capital with which they carry on their operations, and working under managers elected and removable by themselves“ (Mill 1965: 775).

Wie Rawls mit Verweis auf eben diese Ausführungen Mills bemerkt, „stellt sich die Frage, ob sich Mill hinsichtlich der Präferenzen der Menschen geirrt hat oder ob die von Arbeitern geleiteten Firmen keine Chance gehabt haben, sich durchzusetzen“ (Rawls 2003: 274). Ökonomen wie Dow (2003) und Hansmann (1996), aber auch politische Theoretiker wie Jon Elster (1989) und Tom Malleson (2014), versuchen eine Antwort auf diese Frage zu finden. Sie weisen dabei auf verschiedene Erklärungsansätze hin, die das Ausbleiben demokratischer Unternehmen etwa durch kulturelle Prägungen zu erklären versuchen oder aber die besonderen organisatorischen Anforderungen einzelner Wirtschaftsbereiche in den Blick nehmen. Das Problem ist jedoch, dass aufgrund der geringen Anzahl von demokratischen Unternehmen die Grundlage für eine umfassende empirische Überprüfung dieser verschiedenen Erklärungsansätze bisher nicht gegeben ist. Unstrittig ist jedoch, dass viele der heutigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schlicht nicht über das notwendige Kapital verfügen, um eine Produktivgenossenschaft aufzubauen, oder sich einer solchen anzuschließen. Wie zuvor beschrieben ist es im Prinzip möglich, dass Produktivgenossenschaften ihren laufenden Kapitalbedarf durch Kredite decken. Soll die Aufnahme solcher Kredite zu rentablen Konditionen erfolgen, so setzt dies jedoch zunächst ein hinreichendes Maß an finanziellen Einlagen oder materiellen Sicherheiten voraus. Die meisten der heutigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verfügen nicht über das hierfür benötigte Kapital und so bleibt ihnen praktisch keine Alternative zur klassischen Lohnarbeit in nicht-demokratischen Unternehmen. Dieses Problem ist umso gravierender, je kapitalintensiver die angestrebte Unternehmung ist. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass es weitere Gründe für die bis heute geringe Verbreitung von demokratischen Unternehmen gibt. Unter den heutigen Bedingungen extrem ungleicher Kapitalverteilung jedoch ist festzuhalten, dass die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht die Wahl haben, in einem demokratischen Unternehmen zu arbeiten.

Für liberale Egalitaristen zeigt sich an dieser Stelle ein weiteres Mal, dass extreme ökonomische Ungleichheit nicht mit dem Anspruch auf ‚gleiche Freiheit für alle‘ zu vereinen ist. Die *ideale* Lösung für dieses Problem, wie auch für eine Reihe verwandter Probleme, besteht demnach in einer gerechteren Kapitalverteilung. Die Vorschläge hierzu sind mannigfaltig, zuletzt viel diskutiert wurde etwa die prominent von Rawls vertretene Idee einer *property-owning democracy*, die den gleichen demokratischen Status aller Bürger durch eine annähernd gleiche Kapitalverteilung gewährleistet (vgl. Rawls 2003: 215 ff.).¹⁰ Die Forderung nach einer gerechten Kapitalverteilung geht weit über die hier beschriebenen Probleme hinaus. Sie bietet aber dennoch zugleich eine schlüssige Antwort auf die Frage, wie

10 Für einen Überblick zur Diskussion über die der *property-owning democracy* siehe O’Neill/Williamson (2014).

ein liberaler Staat in idealer Weise sicherstellen könnte, dass alle seine Bürgerinnen und Bürger effektiv die Wahl haben, in einem demokratischen Unternehmen zu arbeiten. Unter Bedingungen einer annähernd gleichen Verteilung von Kapital wäre davon auszugehen, dass faktisch jede und jeder über das notwendige Kapital verfügen würde, um sich einem demokratischen Unternehmen anzuschließen, oder ein solches mit anderen zusammen zu gründen. So schlüssig diese Lösung ist, so klar erkennbar setzt sie jedoch ganz erhebliche gesellschaftliche Umwälzungen voraus. Wie Simone Chambers bemerkt: „[...] replacing welfare-state capitalism with property-owning democracy would – certainly in the political world in which Rawls lived, the late twentieth-century United States – require something close to a revolution“ (Chambers 2014: 17). Es ist darum sinnvoll, zu überlegen, wie öffentliche Institutionen schon heute so gestaltet werden könnten, dass sie zumindest eine schrittweise Annäherung an das Ideal einer Gesellschaft Freier und Gleicher erlauben.

Mit Blick auf demokratische Unternehmen bietet sich eine solche Perspektive zudem besonders an, weil sie, wie in Abschnitt eins beschrieben, durchaus mit unserer heutigen Wirtschaftsordnung kompatibel sind. Tatsächlich wäre es daher vergleichsweise einfach möglich, demokratische Unternehmen schon heute gezielt zu fördern, und damit mehr Menschen diese Form der Kooperation zu ermöglichen. Durch Kreditprogramme und gezielte steuerliche Förderung etwa könnten Staaten und internationale Wirtschaftsorganisationen die Gründung und den Ausbau demokratischer Unternehmen unterstützen. Vergleichbar wäre dies mit der heute schon üblichen Förderung von als gemeinnützig anerkannten Unternehmen wie Kindertagesstätten (gGmbH). Eine weitere Möglichkeit könnte darin liegen, die bestehenden Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung für Produktivgenossenschaften auszuweiten. Wer sich unter heutigen Bedingungen einem demokratischen Unternehmen anschließt, investiert sowohl seine Arbeitskraft als auch einen zumeist erheblichen Teil seines verfügbaren Kapitals in ein und dasselbe Unternehmen (vgl. Jossa 2014: 62). Durch geeignete Formen der Haftungsbeschränkung könnte verhindert werden, dass daraus ein unverhältnismäßig hohes und dementsprechend abschreckendes Risiko erwächst. Schließlich wäre darüber hinaus sicherzustellen, dass die Wirtschaftsordnung in Gänze nicht noch auf andere Weise systematisch demokratische Unternehmen benachteiligt. Wie beschrieben mangelt es bisher an belastbaren empirischen Erkenntnissen dazu, ob und in welcher Form es zu solchen Benachteiligungen kommt. Begleitend zu den beschriebenen Formen der Förderung demokratischer Unternehmen sollte diesen Fragen aber mit besonderer Aufmerksamkeit nachgegangen werden.

Zusammen wären Maßnahmen wie diese geeignet, mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, als Gleiche die Bedingungen festzulegen, unter denen sie sich auf wirtschaftliche Kooperationsbeziehungen einlassen. Obschon weitere Schritte vonnöten wären, um das Ideal einer Gemeinschaft Gleicher und Freier zu erreichen, würde dies für viele Menschen einen erheblichen und normativ bedeutsamen Freiheitsgewinn bedeuten.

Literatur

- Adman, Per, 2007: Does Workplace Experience Enhance Political Participation? A Critical Test of a Venerable Hypothesis. In: *Political Behavior* 30:1, 115–138. <https://doi.org/10.1007/s11109-007-9040-y>
- Alchian, Armen A. / Demsetz, Harold, 1972: Production, Information Costs, and Economic Organization. In: *The American Economic Review* 62:5, 777–795.
- Arneson, Richard J., 1987: Meaningful Work and Market Socialism. In: *Ethics* 97:3, 517–545. <https://doi.org/10.1086/292864>

- Arneson, Richard J., 2009: Meaningful Work and Market Socialism Revisited. In: *Analyse & Kritik* 31:1, 139–151. <https://doi.org/10.1515/auk-2009-0109>
- Bales, Kevin, 2001: *Die neue Sklaverei*, München.
- Brighouse, Harry / Fleurbaey, Marc, 2010: Democracy and Proportionality. In: *Journal of Political Philosophy* 18: 2, 137–155. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9760.2008.00316.x>
- Brockmeier, Thomas / Fehl, Ulrich, 2007 (Hg.): *Volkswirtschaftliche Theorie der Kooperation in Genossenschaften*, Göttingen.
- Carter, Neil, 2006: Political Participation and the Workplace: The Spillover Thesis Revisited. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 8:3, 410–426.
- Chambers, Simone, 2014: Justice or Legitimacy, Barricades or Public Reason? The Politics of Property-Owning Democracy. In: Martin O'Neill / Thad Williamson (Hg.), *Property-Owning Democracy. Rawls and Beyond*, Malden, MA, 17–32.
- Christiano, Thomas, 2013: Equality, Fairness, and Agreements. In: *Journal of Social Philosophy* 44:4, 370–391. <https://doi.org/10.1111/josp.12035>
- Coase, Ronald H., 1937: The Nature of the Firm. In: *Economica* 4:16, 386–405. <https://doi.org/10.1111/j.1468-0335.1937.tb00002.x>
- Dahl, Robert A., 1975: *Und nach der Revolution? Herrschaft in einer Gesellschaft freier Menschen*, Frankfurt (Main).
- Dahl, Robert A., 1985: *A Preface to Economic Democracy*, Berkeley, CA.
- Dahl, Robert A., 1989: *Democracy and its Critics*, New Haven, CT.
- Dougherty, Tom, 2015: Yes Means Yes: Consent as Communication. In: *Philosophy & Public Affairs* 43:3, 224–253. <https://doi.org/10.1111/papa.12059>
- Dow, Gregory K., 2003: *Governing the Firm. Workers' Control in Theory and Practice*, Cambridge. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511615849>
- Elster, Jon, 1989: From Here to There; or, If Cooperative Ownership Is So Desirable, Why are There So Few Cooperatives? In: *Social Philosophy and Policy* 6:2, 93–111. <https://doi.org/10.1017/S0265052500000650>
- Fromm, Erich, 1980 [1929]: *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches*, Stuttgart.
- Garroute, Pierre / Saussier, Stéphane, 2005: Looking for a Theory of the Firm: Future challenges. In: *Journal of Economic Behavior & Organization* 58:2, 178–199. <https://doi.org/10.1016/j.jebo.2004.09.008>
- Habermas, Jürgen, 1995: *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*, Frankfurt (Main).
- Hansmann, Henry, 1996: *The Ownership of Enterprise*, Cambridge, MA.
- Jossa, Bruno, 2014: *Producer Cooperatives as a New Mode of Production*, London.
- Landemore, Hélène / Ferreras, Isabelle, 2015: In Defense of Workplace Democracy: Towards a Justification of the Firm-State Analogy. In: *Political Theory* 44:1, 53–81. <https://doi.org/10.1177/0090591715600035>
- Luxemburg, Rosa, 1982 [1899]: *Sozialreform oder Revolution?* In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.), *Rosa Luxemburg – Gesammelte Werke. Band 1.1*, Berlin.
- Malleson, Tom, 2014: *After Occupy. Economic Democracy for the 21st Century*, Oxford. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199330102.001.0001>
- McMahon, Christopher, 2008: The Public Authority of the Managers of Private Corporations. In: George G. Brenkert / Tom L. Beauchamp (Hg.), *Oxford Handbook of Business Ethics*, Oxford, 100–125.
- Mill, John S., 1965 [1848]: *The Collected Works of John Stuart Mill, Volume III – The Principles of Political Economy with Some of Their Applications to Social Philosophy*, Toronto.
- Miller, David, 1990: *Market, State, and Community: Theoretical Foundations of Market Socialism*, Oxford.
- Nozick, Robert, 1974: *Anarchy, State, and Utopia*, New York, NY.
- O'Neill, Martin / Williamson, Thad, 2014 (Hg.): *Property-Owning Democracy. Rawls and Beyond*, Malden, MA.
- Parijs, Philippe van, 1997: *Real Freedom for All. What (If Anything) Can Justify Capitalism?*, Oxford. <https://doi.org/10.1093/0198293577.001.0001>
- Pateman, Carole, 1976: *Participation and Democratic Theory*, Cambridge.
- Pencavel, John H., 2001: *Worker Participation. Lessons from the Worker Co-ops of the Pacific Northwest*, New York, NY.

-
- Pettit, Philip, 2007: A Republican Right to Basic Income? In: *Basic Income Studies* 2:2, 1–8.
- Rawls, John, 1975: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt (Main).
- Rawls, John, 2003: *Gerechtigkeit als Fairness. Ein Neuentwurf*, Frankfurt (Main).
- Sandel, Michael J., 2012: *Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes*, Berlin.
- Schweickart, David, 2011: *After Capitalism*, Lanham, MD.
- Schweizer, Steven L., 1995: Participation, Workplace Democracy, and the Problem of Representative Government. In: *Polity*, 27:3, 359–377. <https://doi.org/10.2307/3235003>
- Simmons, A. John, 1979: *Moral Principles and Political Obligations*, Princeton, NJ.
- Skalicky, K., 1975: The Catholic Church and Workers' Participation. In: Jaroslav Vanek (Hg.): *Self-Management. Economic Liberation of Man*, Harmondsworth, 110–126.
- Vallentyne, Peter, 2011: Libertarianism and the Justice of a Basic Income. In: *Basic Income Studies* 6:2, 1–11.

Was ist Populismus?¹

Jan-Werner Müller*

Was genau ist nun Populismus, und wo verläuft die Trennlinie zwischen Populismus und anderen politischen Phänomenen? Populismus ist kein Anliegen klar identifizierbarer Schichten (oder Klassen), keine Gefühlssache; und ob etwas populistisch ist, lässt sich auch nicht an der Qualität von *policy*-Angeboten messen. Populismus, so meine These, ist eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut derer einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen – wobei diese Art von Eliten eigentlich gar nicht wirklich zum Volk gehört.²

Insbesondere in der Vorstellungswelt von Rechtspopulisten gehen die Eliten eine unheilige Allianz mit parasitären Unterschichten ein, die ebenso nicht dem wahren Volk zuzurechnen sind.³ Ein Beispiel für eine solche Sichtweise lässt sich gegenwärtig in Osteuropa beobachten, wo die Roma angeblich primär von postkommunistischen, proeuropäischen Eliten unterstützt werden – die ungarische Jobbik-Partei beispielsweise parallelisiert ‚Politikerkriminalität‘ und ‚Zigeunerkriminalität‘. Nicht-Nationale und Post-Nationale vereinigen sich in dieser Logik gegen die wahre Nation.⁴ In diesem Zusammenhang ist auch die in den USA verbreitete Idee zu sehen, dass die linken Ost- und Westküsteneliten sich stets für die schwarze Bürgerrechtsbewegung einsetzen würden, eine Allianz, die im Harvard-Absolventen Barack Obama ihre paradigmatische Verkörperung gefunden habe. Dies ist vielleicht einer der Gründe, aus denen die sogenannten *birthers*, lauthals angeführt von Donald Trump, jahrelang behaupteten, Obama habe das Präsidentenamt usurpiert, denn er sei gar nicht in den USA geboren worden – er gehöre also nicht nur symbolisch, sondern buchstäblich gar nicht dem Volk an.⁵

* Prof. Dr. Jan-Werner Müller, Princeton University
Kontakt: jmueller@princeton.edu

- 1 Dieser Text basiert auf Teilen meines Buches *Was ist Populismus?* (2016).
- 2 Hier stimme ich im weitesten Sinne mit dem sehr einflussreichen ‚ideologischen‘ Ansatz von Cas Mudde überein – wobei die Unterschiede im Folgenden noch deutlich werden sollen (vgl. beispielsweise Mudde 2004).
- 3 Priester spricht von einem „dualen Schließungsprozess“ nach oben und unten (vgl. Priester 2012: 94).
- 4 Ich danke Ivan Krastev für viele Gespräche und Hinweise in diesem Zusammenhang.
- 5 Inzwischen gibt es eine ausführliche rechtswissenschaftliche Literatur zu diesem Thema (vgl. beispielsweise Clement/Katyal 2015).

Die Kritik an Eliten ist jedoch nur ein notwendiges, kein hinreichendes Kriterium populistischer Rhetorik (solange Populisten in der Opposition sind). Hinzukommen muss noch der dezidiert moralische Anspruch, dass einzig die Populisten das wahre Volk vertreten; alle anderen vermeintlichen Repräsentanten der Bürger seien auf die eine oder andere Art illegitim. Insofern reklamieren Populisten nicht so sehr den Satz „Wir sind das Volk“ für sich, ihre Botschaft lautet vielmehr: „Nur wir vertreten das Volk“.⁶ Populismus ist also nicht nur antielitär, er ist auch antipluralistisch.⁷ Wenn dem nicht so wäre, müsste an jeglicher Kritik an Eliten automatisch der Populismus-Vorwurf haften; es ist aber erst der moralische Alleinvertretungsanspruch, welcher Populisten wirklich zu Populisten und deren Verhältnis zur Demokratie so problematisch macht.

Populisten sind kein, wie es oft heißt, nützliches ‚Korrektiv‘ in einer Demokratie, die einen zu großen Abstand zum gemeinen Volke hält. Insbesondere Theoretiker auf der Linken meinen, das Verhältnis zwischen Demokratie und Liberalismus oder Rechtsstaat sei aus der Balance geraten und Populisten könnten die demokratische Seite wieder stärken. Diese fromme demokratietheoretische Hoffnung beruht jedoch auf einem grundlegenden Missverständnis: Populisten interessieren sich gar nicht für die Partizipation der Bürger an sich; ihre Kritik gilt nicht dem Prinzip der politischen Repräsentation als solchem (das in der Tat in einem spannungsvollen Verhältnis zur Demokratie steht), sondern den amtierenden Repräsentanten, welche die Interessen des Volkes angeblich gar nicht vertreten. Christoph Blocher, der außerordentlich erfolgreiche Schweizer Populist, unterschied denn auch einmal ganz offen zwischen „falschen“ und „echten“ Eliten: „Im demokratischen Staat und in der freien Marktwirtschaft darf nur die Elite anerkannt werden, die ihren Auftrag mit der nötigen Hingabe, Tüchtigkeit und Fähigkeit ausführt“ – Eliten, welche diesem Anspruch nicht gerecht werden, gehörten „unverzüglich beseitigt und ausgewechselt“ (zitiert nach Hennecke 2003: 154). Eine drastischere Variante dieses Gedankens ist bisweilen bei Pegida-Veranstaltungen zu vernehmen: Die aktuellen Politiker, so der Slogan, seien eigentlich keine Volksvertreter, sondern „Volksverräter“.

Ein möglicher Einwand könnte an dieser Stelle lauten, dass gerade die Populisten immer wieder nach Volksabstimmungen rufen. Doch wenn Populisten ein Referendum fordern, dann nicht, weil sie einen offenen Diskussionsprozess unter den Wählern auslösen wollen, sondern weil die Bürger bitteschön bestätigen sollen, was die Populisten immer bereits als den wahren Volkswillen erkannt haben (welcher von den illegitimen, im Zweifelsfall am Eigennutz orientierten Eliten perfiderweise nicht umgesetzt wird). Diese Vorstellung eines imperativen Mandats erklärt auch, warum Populisten so gerne ‚Verträge‘ mit dem Volk schließen – wie beispielsweise die Schweizerische Volkspartei, Jörg Haider, der einen „Kontrakt mit Österreich“ unterzeichnete, oder auch Silvio Berlusconi, welcher einen „Vertrag mit den Italienern“ im Angebot hatte. Politik ist dann vermeintlich nur noch Vertragserfüllung (wobei aus dem Blick gerät, dass das Vertragsangebot eben nicht vom ‚Volke‘, sondern von einer partikularen Partei kam). In den Worten des SVP-Politikers Blocher: „Allein die Erfüllung des Auftrages, die Erzielung des Erfolges

6 Man kann sogar versuchen, den Slogan „Wir sind das Volk“ juristisch für sich zu reservieren. Es ist eine skurrile, symbolisch aber doch nicht ganz unbedeutende Geschichte, dass eine rechtspopulistische Vereinigung vor einigen Jahren versuchte, sich die ‚Wortmarke‘ „Wir sind das Volk“ als Parteiname („WSDV“) beim Patentamt München schützen zu lassen (vgl. zu den Hintergründen Die Welt 2013).

7 Hier gibt es dann doch einige empirische Belege dafür, dass Wähler populistischer Parteien nicht pluralistisch eingestellt sind, wobei im niederländischen Kontext die linken Populisten noch eher bereit zu sein scheinen, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen (vgl. Akkerman/Mudde/Zaslove 2014).

ist in der Führung entscheidend. Der Auftrag steht im Mittelpunkt – und zwar der eigene. Deshalb ist erfolgreiche Führung immer auftragsorientiert“ (zitiert nach Hennecke 2003: 150).

Diese Logik des eindeutigen ‚Auftrags‘ – mit den Bürgern als vermeintlichen Auftraggebern, die unzweideutige Anweisungen kommunizieren – erklärt die letztlich ambivalente Rolle, welche das Volk bei den Populisten spielt: an der Oberfläche äußerst aktiv, letztlich jedoch völlig passiv. Es geht darum, den Volkswillen im Sinne eines imperativen Mandats eins zu eins umzusetzen – aber da das Volk nicht wirklich kohärent mit einer Stimme sprechen kann, bedarf es eben eines Akteurs, der dem Volk souffliert, was es eigentlich sagen will. Gewöhnlich präsentiert sich der populistische Politiker denn auch als schlichtes ‚Sprachrohr‘ und verschleiert damit seine oder ihre Rolle als immer auch anfechtbarer Interpret der Ideen und Interessen der Bürger. „Er denkt, was Wien denkt“, hieß es auf einem Plakat der österreichischen FPÖ einmal über ihren Spitzenkandidaten Heinz-Christian Strache. Mit anderen Worten: Der Repräsentant bildet in der populistischen politischen Theorie eigentlich nur ab – ganz anders als beim Repräsentationsverständnis von Linken, Liberalen oder auch Konservativen, die von Repräsentanten erwarten, dass sie Gebrauch von ihrer eigenen Urteilskraft machen. Die moderne Demokratie kennt nur das freie, nicht das imperative Mandat.⁸

Zumindest in dieser Hinsicht hallt bei den Populisten das vormoderne Repräsentationsverständnis von Ständegesellschaften nach: Die Vertreter von Körperschaften wie Adel und Klerus artikulieren mehr oder weniger feststehende Interessen; ein dynamischer und deshalb immer auch unvorhersehbarer politischer Prozess ist gar nicht nötig (vgl. Stollberg-Rilinger 2016). Es reicht, (vermeintlich) zu wissen: „ER will, was WIR wollen“ – so ein weiterer Strache-Slogan (vgl. Priester 2012: 55). Nur, dass es hier gar nicht um Interessen – im legitimen Plural – geht, sondern um ein singuläres, angeblich objektives Interesse eines als homogen gedachten Volkes. Oder vielleicht nicht einmal um ein Interesse, sondern um eine Identität, die sich vermeintlich notwendigerweise mit einem bestimmten Interesse verbindet. Denn man muss das wahre Volk ja gar nicht vorher fragen, um zu wissen, was es wirklich will. Insofern ist der häufige Bezug auf Jean-Jacques Rousseau und seine Idee des *volonté générale* nicht wirklich plausibel. Bei Rousseau mussten die einzelnen Bürger wirklich selber entscheiden, was sie für den allgemeinen Willen (und damit das Gemeinwohl) hielten. Auch diese Konzeption war hoch moralisiert: Wer sich von seinen egoistischen Interessen leiten – aus Rousseaus Sicht de facto: versklaven – ließ, anstatt ernsthaft über das Wohl aller zu reflektieren, sollte zu seiner Freiheit gezwungen werden können. Aber dies waren immerhin geregelte politische Prozesse, in denen die individuellen Bürger dazu aufgerufen waren, selbst zu agieren. Der Populist hingegen erkennt das Gemeinwohl der authentischen Nation auch so. Statt um die Repräsentation eines interessegeleiteten Willens geht es um die symbolische Repräsentation des ‚wahren Volkes‘, das man gar nicht mehr direkt befragen muss (vgl. für einen Überblick Göhler 2016). Kurz gesagt: mehr *Volksgeist* als *volonté générale*.

Dies erklärt auch, warum Populisten immer Vorbehalte gegen Parlamente als unvermeidlich pluralistische Institutionen äußern. Worüber sollte man denn groß reden oder

8 Heute soll ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete bekanntlich alle repräsentieren, nicht nur die Menschen in seinem oder ihrem Wahlkreis, in seiner oder ihrer Partei et cetera (ein Gedanke, der auf den Abbé Sieyès zurückgeht). Der Bundestag bietet jedoch keine symbolische Repräsentation des Ganzen, und kein Abgeordneter, keine Partei und auch nicht die Institution als solche können einen moralischen Alleinvertretungsanspruch erheben (vgl. Hofmann 1974: 406 ff.).

auch streiten? Der angeblich wahre Volkswille liegt schließlich offen zu Tage. Dasselbe gilt sogar für Fernsehduelle der Kandidaten: Viktor Orbán nahm an diesen weder vor den Wahlen 2010 noch vor denen im Jahr 2014 teil, erklärte aber:

„Debatten über spezifische politische Maßnahmen braucht es jetzt nicht, die Alternativen vor unseren Augen sind offensichtlich [...] Ich bin sicher, Sie haben schon einmal gesehen, was passiert, wenn ein Baum auf eine Straße fällt und viele Menschen darum herum stehen. Da findet man immer zwei Arten von Leuten: diejenigen, die großartige Ideen haben, wie man den Baum wegräumen könnte, und den anderen ihre wunderbaren Theorien mitteilen und Ratschläge erteilen. Andere merken, dass es das Beste ist, wenn man einfach mal anfängt, den Baum von der Straße zu ziehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen verstehen, dass zum Wiederaufbau der Wirtschaft keine Theorien notwendig sind, sondern, sagen wir mal, dreißig starke Burschen, die anfangen zu arbeiten und das tun, von dem wir alle wissen, dass es notwendig ist.“⁹

Es ist im Übrigen irreführend, Populismus automatisch mit charismatischem Führertum zu verbinden – ein Eindruck, der sich angesichts der Geschichte Lateinamerikas im 20. Jahrhundert verfestigt hat. Jedem steht ein Bild vor Augen, auf dem ein Mann (oder im Fall von Evita eine Frau) von einem Balkon aus die Massen (beispielsweise von *descamisados*, so nannte man die „hemdlosen“ Anhänger Peróns) begeistert. Akklamation durch das versammelte Volk sowie ein plebiszitäres Verständnis von Führung sind aber nicht mit Charisma identisch. Zweifelsohne hilft es populistischen Parteien, wenn eine eindrucksvolle, Enthusiasmus weckende, den Alltag vergessen machende, Person an ihrer Spitze steht – aber dies gilt ebenso für andere politische Verbände. Entscheidend ist in der populistischen Vorstellungswelt, dass der populistische Führer den singulären Volkswillen richtig erkennt und umsetzt. Dem eigenen Verständnis nach *führt* er (oder sie) also gar nicht unbedingt, vielmehr folgt er (oder sie) im Sinne von Blochers Ethik der getreuen Auftragserfüllung dem Volk. Und hier kommt dann vielleicht doch wieder ein besonderes Talent ins Spiel, nämlich die Fähigkeit, den Volkswillen zu erkennen und zu erfüllen. An diesem Punkt gerät die populistische Selbstwahrnehmung plötzlich in die Nähe zu epistemischen Konzeptionen von Demokratie – wird aber nicht mit diesen identisch, da es dem Populisten ja letztlich um die korrekte symbolische Repräsentation beispielsweise des sprichwörtlichen ‚real American‘ geht.¹⁰

Diese Gedankenfigur ist eine interessante Variante der Konzeption von Repräsentation, die der französische Politikwissenschaftler Bernard Manin (1997) mit großer Resonanz vertritt. Manin behauptet, Repräsentation sei gar kein demokratisches Prinzip. Wer wirklich an demokratische Gleichheit glaube, müsse bei der Besetzung öffentlicher Ämter vielmehr ein Losverfahren bevorzugen, wie es im demokratischen Athen auch größten-

9 Zitiert nach Enyedi (2015: 239 f.).

10 Manche Beobachter sprechen gar von „epistemologischem Populismus“. Eine Besonderheit von Trumps Rhetorik ist das immer wiederkehrende „Think about it!“. Trump, so soll damit wohl suggeriert werden, hat aufgrund seiner besonderen geistigen Fähigkeiten etwas als Erster begriffen, was eigentlich jeder mit etwas Nachdenken verstehen kann. Diese Figur findet sich etwa in Trumps Tweet nach den Silvester-Übergriffen in Köln: „Deutschland sieht seine Leute massiven Angriffen durch die Migranten ausgesetzt, denen man erlaubt hat, ins Land zu kommen. Silvester war eine Katastrophe. DENKEN SIE NACH!“ (Im Original: „Germany is going through massive attacks to its people by the migrants allowed to enter the country. New Years Eve was a disaster. THINK!“; 6. Januar 2016); am 7. Januar ließ er diesen Tweet folgen: „Mann in Pariser Polizeiwache erschossen. Die Behörden haben eben die höchste Terrorwarnstufe verkündet. Totales Chaos/große Verbrechen in Deutschland. WACHT AUF!“ („Man shot inside Paris police station. Just announced that terror threat is at highest level. Germany is a total mess-big crime. GET SMART!“).

teils der Fall war (einige Ämter mit besonderen Anforderungen an Erfahrung und Kompetenz, etwa das des Generals oder *strategos*, waren allerdings an Wahlen gekoppelt; vgl. auch Nippel 2008). Die Institution einer Wahl von Repräsentanten, so Manin, beruhe hingegen auf letztlich aristokratischen Vorstellungen, da bei Wahlen ja gerade der oder die ‚Beste‘ für das Amt ausgewählt werden solle. Werden Repräsentanten gewählt, bestätigt dies also, dass ‚wir‘ vermeintlich guten demokratischen Bürger, wenn wir ehrlich sind, eigentlich davon ausgehen, dass politische Fähigkeiten letztlich doch ungleich verteilt sind. So bleibt es zwar selbstverständlich den Wahlberechtigten überlassen, welche Fähigkeiten sie als besonders wichtig erachten – entscheidend ist jedoch, folgt man Manin, dass selbst jene Bürger, die sich als Demokraten deklarieren, die Idee politischer Gleichheit nicht wirklich ernst nehmen.

Eine der Pointen von Manins Theorie besteht bekanntlich darin, dass der Versuch, eine möglichst ‚normale‘ Person (also was im Deutschen etwas altbacken immer noch ‚Otto Normalverbraucher‘ und in den USA inzwischen *Joe, the Plumber* heißt) wählen zu wollen, an der aristokratischen Natur der Sache rein gar nichts ändert. Denn gerade wer am gewöhnlichsten ist, ist dadurch wiederum etwas Besonderes. Carl Schmitt hatte in seiner Verfassungslehre noch behauptet: „Diejenigen, die regieren, sind *durch* das Volk, nicht *vom* Volk unterschieden“ (Schmitt 1993: 237). Sie sind es aber, folgt man Manin, eben doch, egal wie gewöhnlich oder vielleicht ordinär sie sich geben oder sogar sein mögen (und nicht zuletzt sind die Repräsentanten auch dadurch unterschieden, dass sie mehr Macht haben).¹¹

Insofern ist letztlich auch der populistische Führer etwas Besonderes, aber diese Besonderheit hat nichts mit persönlichem Charisma zu tun, wie so häufig angenommen wird; er oder sie muss auch nicht notwendigerweise ein Außenseiter oder ein auf politische Unerfahrenheit geprüfter Nicht-Politiker sein. Natürlich macht es die Kritik an politischen Eliten erst einmal plausibler, wenn man nachweisen kann, dass man selbst nie dazu gehört hat. Aber dieses oft sehr bewusst inszenierte Außenseitertum ist nicht entscheidend, und die Vorstellung, man müsse nur darauf hinweisen, dass beispielsweise Geert Wilders eigentlich ein Karrierepolitiker ist¹², um den Populisten zu diskreditieren, reichlich naiv (genauso naiv übrigens wie der Glaube, jede populistische Partei verschwände irgendwann, weil selbst der charismatischste Gründungsparteiführer am Ende sterblich sei).¹³

Das Besondere am populistischen *leader* hat nichts mit Charisma oder einem Außenseiterstatus zu tun, sondern mit der inneren Logik des Populismus. Wie oben gezeigt, ist aus Sicht des Populisten entscheidend, dass angeblich allein er (oder sie) den wahren Volkswillen auf korrekte Weise erkennen und ihn folgerichtig repräsentieren könne. Der Volkswillen wiederum ist per definitionem moralisch rein; ein korruptes Volk kann es im Populismus, anders als beispielsweise bei Marxisten, Leninisten oder auch Liberalen, schlicht nicht geben. Aus dieser Kombination resultiert dann der besondere moralische Alleinvertretungsanspruch der Populisten, der sich in Slogans wie „India is Indira“

11 Ein Punkt, an dem bekanntlich Jacques Rancière und viele andere Kritiker eines etatistisch verengten Demokratiebegriffs ansetzen.

12 Wilders arbeitet bereits seit einem Vierteljahrhundert im Binnenhof, dem niederländischen Parlament, zu erst ab 1990 als Assistent und dann ab 1998 als Abgeordneter.

13 Man muss hier zwischen externem und internem *leadership* unterscheiden. Letzteres ist auf die Dauer nicht weniger wichtig als die Ausstrahlung einer charismatischen Gründerfigur: Jemand muss die Partei institutionalisieren und das Charisma „veralltäglichen“ (vgl. de Lange/Art 2011).

(Gandhi) und Andreas Papandreu's „Pasok im Amt – das Volk an der Macht“ oder auch in Verlautbarungen wie jenen von Chávez ausdrückt, der, an „sein Volk“ gewandt, behauptete, er sei „ein Stück von euch allen“.¹⁴

Es wäre verfehlt, aus dieser scheinbaren ‚Identität‘ mit dem Volk eine nationalistische oder rassistische Grundlage des Populismus abzuleiten, wie Schmitt es zu Beginn des Nationalsozialismus mit dem Begriff der „Artgleichheit“ tat (vgl. Schmitt 1935). Es mag zwar plausibel sein, dass jemand, der ‚volksnäher‘ oder gar ‚volksähnlicher‘ ist, eher in der Lage sein wird, den wahren Volkswillen zu erkennen – zwingend notwendig ist dies in der populistischen Vorstellungswelt jedoch nicht. Mit anderen (und deutlichen) Worten: Der Nationalsozialismus war eine Form von Populismus – aber nicht jeder Populismus mündet in Nationalsozialismus oder einer anderen Form von Totalitarismus. Zum Alleinvertretungsanspruch mussten im Kontext der zwanziger und dreißiger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts noch Rassismus und die Verherrlichung der Gewalt hinzukommen, damit aus einer populistischen eine spezifisch nationalsozialistische Logik werden konnte.¹⁵

Populisten müssen also keine Nationalisten oder gar ethnische Chauvinisten oder Rassisten sein. Aber sie brauchen ein moralisches Unterscheidungskriterium, welches das gute Volk von den schlechten Eliten trennt (und das klarmacht, wer eigentlich wirklich zum wahren Volk gehört und wer nicht: nicht umsonst reden beispielsweise Unterstützer amerikanischer Populisten immer von „*real Americans*“ (vgl. Carter 2016)). Historisch wurde dabei oft mit moralischen Vorstellungen von Tugend und harter Arbeit operiert: Schon der Abbé Sieyès rechtfertigte am Vorabend der Französischen Revolution die Idee, der Dritte Stand sei das wahre französische Volk, mit dem Argument, dass der Dritte Stand im Gegensatz zu Aristokratie und Klerus *arbeite*. In den USA ging Populismus denn auch oft mit *producerism* einher, also der Idee, das tugendhafte Volk sei ein Volk der Produzenten (vor allem Kleinproduzenten, deren Arbeit und Produkte man sich relativ problemlos konkret vorstellen kann). Heute finden sich ähnliche Tendenzen bei der Lega Nord mit ihren Slogans wie „Roma ladrona“ („Rom ist eine Räuberin“) – sprich: Im Norden wird hart gearbeitet, im Süden sind alle Diebe.

Zu derartigen moralischen Kriterien von Verdienst und Tugendhaftigkeit, welche den Übergang von der empirischen Willensrepräsentation zur symbolischen Repräsentation erst ermöglichen, kommt allerdings automatisch immer noch ein weiteres Unterscheidungsmerkmal: Denn wer die Populisten nicht unterstützt, gehört per definitionem gar nicht zum wahren Volk. Recep Tayyip Erdoğan brachte es auf den Punkt, als er seinen Kritikern im Juli 2014 mit folgender Aussage die Stirn bot: „Wir sind das Volk. Wer seid

14 In der Wahlwerbung der Chávezisten hieß es denn auch: „Chávez ist das Volk! Wir sind Chávez! Die Millionen sind Chávez! Auch Du bist Chávez!“

15 Populismus und Totalitarismus sind beides Möglichkeiten, die erst mit der modernen repräsentativen Demokratie gegeben sind. Lefort (1986: 280) schreibt dazu: „Die Demokratie verbindet diese auf den ersten Blick widersprüchlichen Prinzipien: Einerseits geht die Macht vom Volk aus; andererseits ist diese Macht niemandes Eigentum. Aus diesem Widerspruch heraus blüht und gedeiht die Demokratie. Sobald dieser Widerspruch Gefahr läuft, aufgelöst zu werden, oder wenn er wirklich aufgelöst wird, steht die Demokratie unmittelbar vor ihrer Zerstörung – oder sie ist bereits zerstört. [...] Wann immer diese Vorstellung des Volks verwirklicht wird, wann immer eine Partei von sich behauptet, sie sei mit dem Volk identisch, und unter dem Mantel dieser Identifikation die Macht an sich reißen möchte, wird das Prinzip einer Trennung zwischen Staat und Gesellschaft [...] selbst negiert. Dieses Phänomen ist eine typische Eigenschaft totalitärer Systeme.“ Weiterführende Überlegungen zu Faschismus und Populismus finden sich in dem von Paula Diehl und Stefano Cavazzo herausgegebenen Sonderband von *Totalitarismus und Demokratie* (2/2012).

ihr?“ Dieses Muster fand sich bereits bei den französischen Revolutionären, die meinten, das wahre Volk müsse sozusagen erst einmal aus der empirischen Masse aller Franzosen herauspräpariert werden (so eine treffende Formulierung von Claude Lefort). Anders gesagt: Wer sich den Populisten nicht anschließt, schließt sich selber aus. Und diese Selbst-Disqualifizierung ist für Populisten stets eine moralische – mit gravierenden politischen Konsequenzen.

1. Keine Parteien wie andere Parteien

Wirklich partizipieren muss das Volk im Populismus also gar nicht. Wichtig ist in der Weltanschauung der Populisten allein, dass der populistische Politiker den einzig wahren moralischen Volkswillen korrekt identifiziert und im Sinne eines imperativen Mandats umsetzt. Man denke nur an Silvio Berlusconi: Zweifelsohne war es eine angenehme Kulisse für den *Cavaliere*, wenn blau bekleidete Massen für Forza Italia skandierten. Aber eine kontinuierliche Beteiligung seiner Anhänger am politischen Willensbildungsprozess wollte Berlusconi ganz sicher nicht (auf dem ersten Kongress von Forza Italia wurde er per Akklamation zum *leader* erklärt (vgl. Albertazzi/McDonnell 2015: 23)). Die Partei – hier ist schon die Berechtigung des Begriffs fragwürdig, da es sich eher um einen bloßen „Gefolgschaftsverband“ handelte – wurde ausschließlich von Berlusconi kontrolliert (vgl. Priester 2012: 23). Die Ästhetik des Fußball-Fanclubs (der Slogan „Forza Italia“, etwa: „Auf geht’s, Italien“, stammt aus der Welt des Sports) sollte dabei helfen, Forza Italia von den ‚alten Parteien‘ und ihrer korrupten *partitocrazia* abzugrenzen. Und die Bürger? Statt auf der Piazza zu demonstrieren, sollte der ideale Italiener – exklusiv vertreten von Berlusconi – besser zu Hause fernsehen (natürlich bevorzugt einen der Berlusconi-Kanäle). Demokratie wurde zur *videocrazia*. Wer sich diesem Idealbild nicht fügte, war offenbar Kommunist oder illegaler Immigrant, sprich jemand, der gar nicht richtig zum italienischen *popolo* gehörte (vgl. Bassa 2007).

Weitere Beispiele für die Besonderheiten populistischer Parteien lassen sich leicht finden: Geert Wilders’ Partij voor de Vrijheid ist nicht nur de facto eine Ein-Mann-Partei, weil Wilders bekanntermaßen alles und alle kontrolliert – eigentlich wollten Wilders und sein Vordenker Martin Bosma offiziell gar keine Partei, sondern eine Stiftung gründen (was aber rechtlich in den Niederlanden nicht machbar war). So operierte die PVV dann mit genau zwei Mitgliedern: der Stichting Groep Wilders, mit wiederum Wilders als *einzigem* Mitglied, und Wilders als natürlicher Person. Dass der PVV dadurch viel Geld an möglicher Parteienfinanzierung durch den Staat entging, nahm Wilders in Kauf (vgl. Lucardie/Voerman 2013).¹⁶ Auch die Abgeordneten sind nur Delegierte der Partei und werden von Wilders jeden Samstag für ihre politischen Aufgaben ausführlich gecoacht (vgl. de Lange/Art 2011).

Diese totale Absage an das, was man – vielleicht etwas naiv – als ‚innerparteiliche Demokratie‘ bezeichnet, hatte sicher auch praktische Gründe: Wilders stand das Beispiel der List Pim Fortuyn vor Augen, die nach dem Tod des Gründers in Streitigkeiten versank und sich schließlich ganz auflöste.¹⁷ Aber der prinzipielle Antipluralismus passt eben genau ins populistische Weltbild: Wenn es nur einen einzigen, klar erkennbaren Volkswillen

16 Ich bin Koen Vossen für Hinweise in diesem Zusammenhang zu Dank verpflichtet.

17 Ich danke Cas Mudde für Hinweise in diesem Zusammenhang.

gibt, den der Führer oder die Führungsmannschaft auch eindeutig identifizieren kann – wozu braucht man dann eigentlich innerparteiliche Debatten? Und wozu intermediäre Institutionen, also die sogenannten *corps intermédiaires*, die von Liberalen wie Montesquieu und Tocqueville als wirksame Beschränkungen der Macht gepriesen wurden, der Kommunikation zwischen Volk und populistischem Führer in Wahrheit aber nur im Weg stehen können? Populisten wollen, was Nadia Urbinati (2015) mit einem etwas paradox anmutenden Begriff „direkte Repräsentation“ genannt hat, und diese Forderung gilt nicht nur für Parteien, sondern idealerweise für das politische System als Ganzes, wo möglichst viele Sach- und Personalfragen direkt vom Volk entschieden werden sollen.¹⁸ Insofern gibt es in der Tat einen Zusammenhang zwischen dem Konzept plebiszitärer Herrschaft – denn darauf läuft „direkte Repräsentation“ ja hinaus – und Populismus. Es gilt aber daran zu erinnern, dass es sich hier immer noch um *Repräsentation* handelt, während die Partizipation sich de facto auf Akklamation beschränkt.

Genauso wie Populisten einer komplizierten innerparteilichen Demokratie misstrauen, betrachten sie professionelle Journalisten mit Argwohn. In beiden Fällen wird der eine authentische Volkswille »mediatisiert« und damit, in ihrer Logik, höchstwahrscheinlich verfälscht. Besser, niemand schaltet sich beispielsweise zwischen Beppe Grillo und seine *grillini*: Über seinen Blog erfährt man, was wirklich passiert, und man kommuniziert scheinbar direkt mit dem einzigen nicht korrupten Repräsentanten Italiens. Als die *grillini* ins Parlament einzogen, bedeutete das laut Grillos Mitstreiter Gianroberto Casaleggio, einem Internet-Impresario, dass die öffentliche Meinung nun endlich in der italienischen Abgeordnetenversammlung angekommen sei (vgl. Grillo/Casaleggio/Fo 2013: 107). Insofern begünstigen die segmentierten Mikroöffentlichkeiten im Internet – in denen sich Mitglieder politischer Völkchen gegenseitig in ihrer moralischen Überlegenheit bestätigen – die Logik des Populismus. Wer immer nur einen Teil der Bevölkerung sieht, hört oder auch nur getweetet bekommt, wird einen populistischen Alleinvertretungsanspruch wohl eher plausibel finden. Denn die vermeintlich demokratische Online-Town-Hall ist ein populistischer Hallraum.

Aufgrund ihres moralischen Alleinvertretungsanspruchs sind populistische Parteien also keine Parteien wie alle anderen.¹⁹ Was die amerikanische Politikwissenschaftlerin Nancy Rosenblum „Holismus“ genannt hat, die Vorstellung, das Ganze vertreten zu können (eine Idee, die der politischen Fragmentierung einer Gesellschaft entgegengesetzt wird), steht im Widerspruch zur Grundidee einer Partei als etwas Besonderes, Partielles, Apartes: wie der Name schon sagt, ist man nur ein „Part“ und vertritt nicht das Ganze (vgl. Rosenblum 2008). Sicher sollte man diesen Punkt nicht überspitzen: In der Praxis verhalten sich populistische Parteien oft genug wie ‚ganz normale Parteien‘, weshalb sie bekanntlich ja auch Koalitionen eingehen. Aber ihrem Selbstverständnis nach sind sie halt doch lieber eine „Front (National)“, eine „Bewegung“ oder eine Stiftung. Alle anderen sind eben ‚nur‘ Parteien – und im Lichte des moralischen Alleinvertretungsanspruchs der Populisten eigentlich illegitime Konkurrenten. Gleichzeitig sind die anderen Parteien aus Sicht der Populisten aber auch nur Organisationen der alten, korrupten Eliten, weswegen Populisten so häufig die Parteinamen der ‚Etablierten‘ zusammenfügen, als handele es sich um ein Kartell zur Wahrung unrechtmäßiger Privilegien: So ist in Frankreich etwa von der UMPS und in Spanien von der PPSOE die Rede (UMP steht dabei für die Union

18 Diese Konzeption ähnelt Pierre Rosanvillons Begriff einer „unmittelbaren Demokratie“.

19 Die Lega Nord war lange wie ein Familien-Clan organisiert; die FN ist buchstäblich die Partei einer Familie, in der zurzeit eine Tochter und eine Nichte Jean-Marie Le Pens die wichtigsten Führungsfiguren sind.

pour un mouvement populaire, also die konservative Partei, die mittlerweile unter dem Namen Les Républicains firmiert, PS für die Parti socialiste; PP steht für den konservativen Partido popular, PSOE für die spanischen Sozialisten).

2. Wie erklärt man das Unerklärliche?

Auf irgendeine Weise muss ein Populist, solange er oder sie in der Opposition ist, erklären, warum die politische Wirklichkeit – in welcher seine populistische Partei eben keine überwältigenden Mehrheiten auf sich vereinen kann – dem moralischen Alleinvertretungsanspruch zu widersprechen scheint. Dazu gibt es zwei Strategien: Im Zweifelsfall appellieren Populisten an ein Volk ‚da draußen‘, das sich nicht mittels Wahlen oder anderer konventioneller demokratischer Verfahren artikulieren kann. Noch fast jeder Populist hat Richard Nixons berühmt-berüchtigten Ausspruch von der „schweigenden Mehrheit“ bemüht (denn wenn die Mehrheit nicht schwiege, wäre der Populist ja bereits an der Macht).²⁰ Hans Kelsen hat in diesem Zusammenhang von einer „metapolitischen Illusion“ gesprochen – einer Fiktion des ‚Volkes‘, welches die Feinde der Demokratie immer gegen Parlamente und andere Institutionen ausspielen können, ohne gleich antidemokratisch zu klingen (vgl. Kelsen 1981: 22). Ein *vorpölitisches*, im schmittschen Sinne existentielles Volk abseits der Institutionen können wir auf empirisch nachprüfbarer Weise jedoch gar nicht kennen.

Ja, man kann noch einen Schritt weiter gehen: Das Volk in seiner Gesamtheit lässt sich nie fassen oder gar darstellen; es ist überhaupt nie empirisch auffindbar, denn jede Minute sterben Bürger, und neue werden geboren – schon Hobbes sprach von der „Unbeständigkeit der Zahl“.²¹ Und dennoch ist die Versuchung groß, ob aufgrund metapolitischer Illusionen oder eines vermeintlichen machtpolitischen Realismus, die Behauptung aufzustellen, man kenne das Volk in Gänze (Robespierre, in dieser Hinsicht ganz der Herrschaftslogik der französischen Könige folgend, rief denn auch einmal aus, er sei das Volk). Zudem ist es bezeichnend, dass die französischen Revolutionäre nie eine zufriedenstellende ästhetische Form für die von ihnen inaugurierte Volksherrschaft fanden: Das Ganze ließ sich nicht darstellen, und die partikularen Symbole (wie beispielsweise die phrygische Mütze, ein gekrönter Jüngling oder Herkules) konnten auch nicht überzeugen. Jacques-Louis David wollte auf der Pont Neuf gar eine riesige Statue des Volkes errichten; das Fundament sollte aus zertrümmerten Königsdenkmälern gefertigt, die Bronze der Statue aus eingeschmolzenen Kanonen der Feinde des Volkes gewonnen werden (der Konvent billigte das Projekt, doch es blieb beim Modell). Der vermeintlich wichtigste Akteur der Revolution – das souveräne Volk – wurde zum ‚Jahwe der Franzosen‘, war als solches also nicht repräsentierbar. Allein das Wort – sprich das Grundprinzip der Volkssouveränität – konnte sichtbar gemacht werden: So sollten bei Revolutionsfeiern Fahnen mit Zitaten aus Rousseaus *Contrat Social* herumgetragen werden (vgl. Rosanvallon 2006: 79 ff.).²²

20 Wie Jill Lepore gezeigt hat, bezeichnete der Ausdruck „schweigende Mehrheit“ die Toten, bevor Nixon ihn umfunktionierte, um auf eine vermeintlich den Vietnamkrieg unterstützende Mehrheit der Amerikaner hinzuweisen (vgl. Lepore 2010: 4 f.).

21 Vgl. zu Schmitts und Rousseaus Strategien für einen Umgang mit dieser Unbeständigkeit Salzborn (2015: 53–75).

22 John Quincy Adams bemerkte denn auch einmal: „Die Demokratie besitzt keine Monumente. Sie prägt keine Medaillen. Sie trägt nicht den Kopf eines Mannes auf einer Münze. Sie ist ihrem Wesen nach ikonoklastisch“ (zitiert nach Frank 2015).

Demokraten müssen schlicht akzeptieren, dass das Volk als solches sich nie ganz fassen lässt. Die Medien mögen die öffentliche Meinung noch so getreu wiedergeben, die sich gegen gewählte Abgeordnete richtet; noch so viele Bürger können in Massen auf die Straße gehen (und so das ‚Volk‘ zum ‚Ereignis‘ machen – Pierre Rosanvallon spricht vom „peuple-événement“), Wutbürger können eine Online-Petition anklicken oder ihre Abgeordneten mit Mails bombardieren – der ‚wahre Wille‘ des ‚wahren Volkes‘ zeigt sich dadurch nicht. All diese Aktivitäten, all dieses Engagement der Bürger kann, wie Christoph Möllers gezeigt hat, eine demokratische Bedeutung haben und vielleicht auf sich verschiebende Mehrheitsverhältnisse hindeuten – aber es fehlt an einer demokratischen Form, sprich an Verfahren, die die gleiche Freiheit aller Beteiligten (und nicht nur der besonders Engagierten oder Empörten) sichert. Erst das Verfahren, primär eben Wahlverfahren, so Möllers weiter, kann politische Willensäußerungen eindeutig genug machen, um kollektiv bindende Entscheidungen für ein Gemeinwesen zu rechtfertigen. Auch diese können sich als falsch erweisen, aber das wird ein demokratischer Politiker immer zugeben. Die Frage ist eher, ob jeder Wutbürger zu der Einsicht fähig ist, dass seine Position vielleicht doch nicht richtig und schon gar nicht der Ausdruck des wahren Volkswillens ist (vgl. Möllers 2008: 33 f.).

Diese problematische Unterscheidung zwischen konkreter Form und kaum zu fassender, vielleicht aber irgendwie doch präsent zu machender Substanz gibt es allerdings nicht erst, seit Populisten in der repräsentativen Demokratie ihr Unwesen treiben (vgl. auch Manow 2008). Analog zur Lehre von den zwei Körpern des Königs²³ entwickelte etwa der mittelalterliche Jurist Baldus eine Theorie, nach der es auf der einen Seite das Volk als empirische, sich ständig ändernde Gruppe gibt und auf der anderen ein ewiges *populus* als eine Art *corpus mysticum* (vgl. Kantorowicz 1997: 209). Und so wie es möglich ist, den sogenannten „king body politic“ vom „king body natural“ zu unterscheiden, ließen sich in dieser Logik „people body politic“ (Baldus gebrauchte die Formulierung „hominum collectio in unum corpus mysticum“) und das von Institutionen repräsentierte Volk voneinander abgrenzen – und gegeneinander ausspielen. So wie beispielsweise die Gegner Charles I. von sich behaupteten, sie würden den König im Namen des Königs bekämpfen („We fight the king to defend the king“), können Populisten die falschen Repräsentanten im Namen des wahren, nicht institutionalisierten Volks ‚da draußen‘ attackieren (vgl. Kantorowicz 1997: 21 ff.).

Das soll nicht heißen, dass ausschließlich gewählte Berufspolitiker oder offizielle Kandidaten einen Anspruch auf Ämter oder darauf erheben dürfen, repräsentativ zu sein. Aus einem völlig auf staatliche Institutionen verengten Politikverständnis würde ja zum Beispiel folgen, dass Bürger, die gegen eine Regierung demonstrieren möchten, gleich zu Hause bleiben können – schließlich sind sie ja nichts weiter als eine „kleine radikale Minderheit“ (ein Ausdruck, mit dem die westdeutsche Studentenbewegung oft abgekanzelt wurde).

In der Demokratie kann buchstäblich jeder für sich den Anspruch erheben, mit seiner politischen Position repräsentativ für andere zu stehen, ja die Demokratie ermutigt geradezu die ständige Vermehrung solcher Ansprüche – ganz so wie Pegida-Plakate mit der Aufschrift „Wir sind das Volk“ Gegenplakate mit „Nö, wir sind das Volk“ provozieren (vgl. Garsten 2009: 91). Statt etwas bereits Gegebenes einfach abzubilden, kann ein Anspruch auf Repräsentativität, was Michael Saward einen „representative claim“ genannt hat, eine

23 Die man bei Populisten allerdings auch wieder findet: Jüngst ließ ein venezolanischer Politiker verlauten: „Uns Chavisten zu sagen, Chávez ist tot, ist wie Christen zu sagen, Christus ist tot“ (Moses 2016).

Gruppe überhaupt erst dazu bringen, sich als repräsentationsbedürftig und -würdig zu begreifen und zu konstruieren – und es wäre ein grober Fehler, diesen Prozess unter der Schaffung eines falschen Bewusstseins zu subsumieren.²⁴ Insofern ist es irreführend, davon auszugehen, die Interessen von Wählern stünden immer schon irgendwie objektiv fest und man müsste sie nur noch repräsentieren. Nur muss der Anspruch, repräsentativ zu sein, eben auch empirisch immer wieder eingelöst werden, und das heißt letztlich: durch Wahlen (vgl. Saward 2006). *A priori* kann niemand den Volkswillen kennen; wir erfahren immer erst *a posteriori* von (oft nur relativen) Mehrheiten.

Somit besteht ein gravierender Unterschied zwischen der Kritik an amtierenden Politikern sowie ihren Plänen auf der einen Seite und dem Versuch, gewählten Volksvertretern im Namen einer fiktiven Totalität jegliche Legitimität abzuspochen, auf der anderen. Weil Populisten letzteres tun, ziehen sie mit den von ihnen moralisch diffamierten Mainstream-Politikern immer auch gleich die Prozeduren in Zweifel, die diese Politiker an die Macht gebracht haben. Irgendetwas, so der Grundgedanke der Populisten, könne mit unserer real existierenden Demokratie ja wohl nicht stimmen, wenn sie die Mehrheit zum Schweigen verdammt. Tatsächlich bezeichnete Geert Wilders die niederländische Tweede Kamer als ein „Scheinparlament“, nachdem er seine Kollegen immer wieder als „Scheinpolitiker“ verhöhnt hatte; Viktor Orbán blieb demonstrativ den Parlamentssitzungen fern, als seine Partei in der Opposition war; Vertreter der Tea Party monierten stets laut, Obama regiere gegen den Willen der Mehrheit.

Hier zeigt sich einmal mehr: Man will gar nicht am Prinzip der politischen Repräsentation an sich rütteln, sondern Verfahren infrage stellen, welche die falschen Repräsentanten hervorbringen. Da ist es dann häufig nur noch ein Schritt bis zu den Verschwörungstheorien (Stichwort: „Lügenpresse“), welche immer wieder in den Diskursen der Populisten auftauchen – was Richard Hofstadter einmal zu der Beobachtung veranlasste, Populisten pflegten stets einen „paranoiden politischen Stil“.²⁵

In einer halbwegs funktionierenden Demokratie ist es also immer populistisch, wenn Demonstranten für sich beanspruchen, *das Volk* zu sein. Appelle à la „Wir sind *auch* das Volk“ (vielleicht ergänzt um: „Und ihr habt uns vergessen!“) können hingegen durchaus zu gehaltvollen demokratischen Auseinandersetzungen beitragen. In der Demokratie darf prinzipiell jeder für sich reklamieren, eine bestimmte Gruppe zu repräsentieren (beispielsweise indem er eine Partei gründet), dafür muss sich aber auch jeder dem einzigen ‚Volksurteil‘ beugen, das sich wirklich empirisch nachweisen lässt: dem Wahlausgang. Ein Populist, der eine Wahl verliert, tut eben dies nicht und trifft eine für die Demokratie fatale Unterscheidung zwischen einem *empirischen* und einem *moralischen* Wahlergebnis. Als Viktor Orbán sich bei den Parlamentswahlen 2002 unerwartet geschlagen geben musste (was ihn sein Amt als Ministerpräsident kostete), behauptete er, die Nation – offenbar exklusiv von seiner Partei repräsentiert – könne gar nicht in der Opposition sein. Als der mexikanische Linkspopulist Andrés Manuel López Obrador 2006 die Präsidentschaftswahlen denkbar knapp verlor, campierten seine Anhänger wochenlang im Zentrum von Mexiko-Stadt und behaupteten, das wahre *pueblo* zu sein. Schließlich gestand auch der selbsternannte Volkstribun AMLO seine Niederlage ein. Er verkündete jedoch, der

24 Wie beispielsweise bei Thomas Frank (2005).

25 Dieser Stil wird heute in den USA besonders von Donald Trump gepflegt. In der Diskussion darüber, warum Obama nie davon spreche, dass man sich im Krieg mit dem radikalen islamistischen Terrorismus befinde – angeblich ein Zeichen von Feigheit vor dem offensichtlichen Feind –, bemerkte Trump: „Da läuft irgendetwas mit Obama, von dem wir nichts wissen“.

Sieg der Rechten sei „moralisch unmöglich“, und beharrte darauf, er sei der „legitime Präsident“ Mexikos sei (vgl. Bruhn 2012). Mit anderen Worten: Der Sieg der ‚Volksverräter‘ war eigentlich nur empirisch möglich, und die Empirie rangiert in der Vorstellungswelt der Populisten immer hinter der Moral. Man kann diese Sicht, wonach nicht sein kann, was nicht sein darf, noch zuspitzen, wenn man das oben bereits diskutierte Argument der Populisten ins Feld führt, wer gegen sie sei, gehöre eigentlich gar nicht wirklich zum Volk. Auch so lassen sich der populistische moralische Anspruch und die Wirklichkeit von Populisten in der Opposition wieder in Einklang bringen.

Nun mag man einwenden, jeder Politiker, der einen Anspruch auf Repräsentativität erhebe, tue dies im Brustton der Überzeugung, dass er oder sie wirklich bereits große Teile der Bevölkerung vertrete – und in Zukunft potenziell durchaus noch alle Bürger von der Richtigkeit seiner oder ihrer Positionen überzeugen könne. Noch drastischer gesagt: Es stellt sich ja niemand hin und sagt, er oder sie repräsentiere nur irgendwelche Sonderinteressen, betreibe de facto Lobbyarbeit et cetera. Nur: Bei demokratischen Politikern ist immer klar, dass diese Ansprüche sich auch als falsch erweisen können (vgl. Ochoa-Espejo 2015): Leider habe man, heißt es dann nach dem Urnengang, doch nicht so viele Wähler überzeugen können, wie man gehofft hatte – nun müsse man halt aus der Opposition heraus weiter Überzeugungsarbeit leisten.

Solche weit verbreiteten, fast schon klischeehaften Sprüche sind also demokratiethoretisch gehaltvoller und wichtiger, als man zunächst denken würde: Sie zeigen, dass man bereit ist, die eigenen Ansprüche auf Repräsentativität zu relativieren anstatt beispielsweise zu behaupten, man repräsentiere auch weiterhin das wahre Volk, und die Eliten, die unerklärlicherweise die Wahl gewonnen haben, hätten dem Volk das Land weggenommen (vgl. Ochoa-Espejo 2015). Alle Repräsentation ist vergänglich. Und der Anspruch auf Repräsentativität ist letztlich eine Art Hypothese, die auch falsifiziert werden kann. Und dann probiert man es bei der nächsten Wahl eben noch einmal.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Nicht an ihren vermeintlich ressentimentgeladenen Wählern sollt ihr Populisten erkennen – sondern an ihren eigenen Worten.²⁶ Damit ist aber nicht nur eine bestimmte Rhetorik als Politikstil gemeint oder eine spezifische Art politischer „Performance“, bei der Politiker direkt an das Volk appellieren, Krisen heraufbeschwören und im Vergleich zu existierenden Eliten ziemlich „schlechte Manieren“ an den Tag legen.²⁷ Zwar kann man schlechte Manieren und derbe Volksnähe durchaus bei so einigen Populisten finden: Der Amerikaner George Wallace trug bewusst billige Anzüge und betonte bei jeder sich bietenden Gelegenheit, er konsumiere sein Essen grundsätzlich nur mit Ketchup (ein anderer seiner bekanntesten Sprüche lautete, die einzigen Wörter mit vier Buchstaben, die Hippies *nicht* kennen würden, seien „w-o-r-k“ sowie „s-o-a-p“).²⁸ Doch solche Stilfragen wären als Kriterium viel zu subjektiv. Das Sich-

26 Dieses Kriterium ist nicht subjektiv. Ein beispielhafter Versuch, den Grad populistischer Rhetorik anhand von Schlüsselsätzen zu messen, findet sich etwa bei Kirk Hawkins (2009).

27 So die reichlich schwammigen Kriterien für Populismus als politischer Stil bei Benjamin Moffitt und Simon Tormey (2014).

28 Wallace war Gouverneur von Alabama und einer der prominentesten Vertreter der Rassentrennung, die er mit den berüchtigten Worten beschwor: „Im Namen des größten Volkes, das je auf dieser Erde wandelte, ziehe ich eine Linie in den Staub und werfe der Tyrannei den Fehdehandschuh hin. Segregation jetzt, Segregation morgen, Segregation für alle Ewigkeit“ (Inaugural Address of Governor George C. Wallace, January 14th, 1963, Montgomery, Alabama; <http://digital.archives.alabama.gov/cdm/ref/collection/voices/id/2952>, 28.04.2016).

Berufen auf das Volk und der Wunsch, populär zu sein, sind zudem bei so gut wie allen Politikern zu finden. Auf diese Weise würde Populismus, wie schon bei Puhle, mehr oder weniger zu einem Synonym für moderne demokratische Politik oder zumindest auf eine „Mobilisierungsstrategie“ reduziert, die sich bei fast allen politischen Akteuren in der ein oder anderen Form finden lässt (vgl. Jansen 2011; Weyland 2001).

Das entscheidende Kriterium ist vielmehr, dass sich im Diskurs der Populisten ein dezidiert Antipluralismus findet und dass sie sich stets auf das Volk als eine eindeutig moralische Größe beziehen.²⁹ Populisten sind zudem nicht gegen das Prinzip politischer Repräsentation, sondern nur skeptisch gegenüber allen vermittelnden Institutionen – nicht nur in der Politik, sondern auch in Bezug auf die mediale, und damit eigentlich immer schon vermittelte, Öffentlichkeit. Beim Versuch, Populismus zu definieren, landen wir insofern – trotz des Umstands, dass sie die unterschiedlichsten, bisweilen auch konträre Inhalte vertreten – also nicht im Bereich des *anything goes*, als sich diese Einordnung an einer strukturellen Logik festmachen lässt, die dem Populismus inhärent ist.

Literatur

- Akkerman, Agnes / Mudde, Cas / Zaslove, Andrej, 2014: How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. In: *Comparative Political Studies* 47, 1324–1353. <https://doi.org/10.1177/0010414013512600>
- Albertazzi, Daniele / McDonnell, Duncan, 2015: *Populists in Power*, New York, NY.
- Bassa, Francesca, 2007: Tosi toglie Napolitano: “Metto la foto di Pertini”. In: *Corriere della Sera* vom 19.06.2007; www.corriere.it/Primo_Piano/Politica/2007/06_Giugno/19/sindaco-verona-napolitano-pertini.shtml?refresh_ce-cp, (23.01.2017)
- Bruhn, Kathleen, 2012: “To hell with your corrupt institutions!”: AMLO and populism in Mexico. In: Cas Mudde / Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hg.), *Populism in Europe and the Americas: Threat or Corrective for Democracy?*, New York, 88–112. <https://doi.org/10.1017/cbo9781139152365.006>
- Carter, Dan T., 2016: What Donald Trump owes George Wallace. In: *New York Times* vom 10.01.2016; http://www.nytimes.com/2016/01/10/opinion/campaign-stops/what-donald-trump-owes-george-wallace.html?_r=0, (23.01.2017).
- Clement, Paul / Katyal, Neal, 2014–2015: On the meaning of “natural born citizen”. In: *Harvard Law Review* 128, 161–164.
- De Lange, Sarah L. / Art, David, 2011: Fortuyn versus Wilders: An agency-based approach to radical right party building. In: *West European Politics* 34, 1229–1249. <https://doi.org/10.1080/01402382.2011.616662>
- Diehl, Paula / Cavazzo, Stefano, 2012 (Hg.): *Faschismus und Populismus*. Sonderband der Zeitschrift *Totalitarismus und Demokratie* (Heft 2/2012).
- Enyedi, Zsolt, 2015: Plebeians, citizens and aristocrats or where is the bottom of the bottom-up? The case of Hungary. In: Hanspeter Kriesi / Takis S. Pappas (Hg.), *European Populism in the Shadow of the Great Recession*, Colchester, 235–250.
- Frank, Jason, 2015: The living image of the people. In: *Theory & Event* 18. <https://muse.jhu.edu/article/566086>
- Frank, Thomas, 2005 [2004]: *Was ist mit Kansas los? Wie die Konservativen das Herz von Amerika erobern*, Berlin.
- Garsten, Bryan, 2009: Representative government and popular sovereignty. In: Ian Shapiro / Susan C. Stokes / Elisabeth Jean Wood / Alexander S. Kirshner (Hg.), *Political Representation*, New York, NY, 90–110.

²⁹ Vgl. dazu die Arbeiten von Kirk Hawkins.

- Göhler, Gerhard, 2016: Symbolische Repräsentation aus deutscher und französischer Sicht. In: Paula Diehl / Felix Steilen (Hg.), *Politische Repräsentation und das Symbolische: Historische, politische und soziologische Perspektiven*, Wiesbaden, 23–49. https://doi.org/10.1007/978-3-658-11186-1_3
- Grillo, Beppe / Casaleggio, Gianroberto / Fo, Dario, 2015: *5 Sterne: Über Demokratie, Italien und die Zukunft Europas*, Stuttgart.
- Hawkins, Kirk, 2009: Is Chávez populist? Measuring populist discourse in comparative perspective. In: *Comparative Political Studies* 42, 1040–1067. <https://doi.org/10.1177/0010414009331721>
- Hennecke, Hans Jörg, 2003: Das Salz in den Wunden der Konkordanz: Christoph Blocher und die Schweizer Politik. In: Nikolaus Werz (Hg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Wiesbaden, 145–162. https://doi.org/10.1007/978-3-663-11110-8_8
- Hofmann, Hasso, 1974: *Repräsentation. Studien zur Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis ins 19. Jahrhundert*, Berlin.
- Jansen, Robert S., 2011: Populist mobilization: A new theoretical approach to populism. In: *Sociological Theory* 29, 75–96. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9558.2011.01388.x>
- Kantorowicz, Ernst H., 1997 [1957]: *The King's Two Bodies: A Study in Medieval Political Theology*, Princeton, NJ.
- Kelsen, Hans, 1981 [1929]: *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, Aalen.
- Lefort, Claude, 1986: The logic of totalitarianism. In: John B. Thompson (Hg.), *The Political Forms of Modern Society: Bureaucracy, Democracy, Totalitarianism*, Cambridge, MA, 273–291.
- Lepore, Jill, 2010: *The Whites of Their Eyes: The Tea Party's Revolution and the Battle over American History*, Princeton, NJ.
- Lucardie, Paul / Voerman, Gerrit, 2013: Geert Wilders and the Party for Freedom in the Netherlands: A political entrepreneur in the @ Polder. In: Karsten Grabow / Florian Hartleb (Hg.), *Exposing the Demagogues: Right-wing and National Populist Parties in Europe*. Konrad Adenauer Stiftung, Berlin, 187–203; http://www.kas.de/wf/doc/kas_35420-544-2-30.pdf?140519123322, (23.01.2017).
- Manin, Bernard, 1997: *The Principles of Representative Government*, New York, NY.
- Manow, Philip, 2008: *Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation*, Frankfurt (Main).
- Möllers, Christoph, 2008: *Demokratie: Zumutungen und Versprechen*, Berlin.
- Moffitt, Benjamin / Tormey, Simon, 2014: Rethinking populism: Politics, mediatization and political style. In: *Political Studies* 62, 381–397. <https://doi.org/10.1111/1467-9248.12032>
- Moses, Carl, 2016: Bildersturm in Caracas. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 08.01.2016; http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/amerika/venezuela-bildersturm-in-caracas-14004250-p2.html?printPageArticle=true#pageIndex_2, (23.01.2017).
- Mudde, Cas, 2004: The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition* 39, 542–563. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>
- Müller, Jan-Werner, 2016: *Was ist Populismus? Ein Essay*, Frankfurt (Main).
- Nippel, Wolfgang, 2008: *Antike oder moderne Freiheit? Die Begründung der Demokratie in Athen und in der Neuzeit*, Frankfurt (Main).
- Ochoa-Espejo, Paulina, 2015: Power to whom? The people between procedure and populism. In: Carlos De La Torre, *The Promise and Perils of Populism: Global Perspectives*, Lexington, 59–91.
- Priester, Karin, 2012: *Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon*, Frankfurt (Main).
- Rosanvallon, Pierre, 2006: *Revolutionary democracy*. In: Samuel Moyn (Hg.), *Pierre Rosanvallon, Democracy Past and Future*, New York, NY, 79–97.
- Rosenblum, Nancy L., 2008: *On the Side of the Angels: An Appreciation of Parties and Partisanship*, Princeton, NJ.
- Salzborn, Samuel, 2015: Schmitt, Rousseau und das Paradox des Volkswillens. In: Rüdiger Voigt (Hg.), *Legalität ohne Legimität? Carl Schmitts Kategorie der Legitimität*, Wiesbaden, 53–75. https://doi.org/10.1007/978-3-658-06927-8_3
- Saward, Michael, 2006: The representative claim. In: *Contemporary Political Theory* 5, 297–318. <https://doi.org/10.1057/palgrave.cpt.9300234>
- Schmitt, Carl, 1935: *Staat, Bewegung, Volk: Die Dreigliederung der politischen Einheit*, Hamburg.

- Schmitt, Carl, 1993 [1928]: *Verfassungslehre*, Berlin.
- Stollberg-Rilinger, Barbara, 2016: Vormoderne politische Repräsentation als Abbildung und Zurechnung. In: Paula Diehl / Felix Steilen (Hg.), *Politische Repräsentation und das Symbolische: Historische, politische und soziologische Perspektiven*, Wiesbaden, 133–155. https://doi.org/10.1007/978-3-658-11186-1_8
- Urbinati, Nadia, 2015: A revolt against intermediary bodies. In: *Constellations* 22, 477–486. <https://doi.org/10.1111/1467-8675.12188>
- Weyland, Kurt, 2001: Clarifying a contested concept: Populism in the study of Latin American politics. In: *Comparative Politics* 34, 1–22. <https://doi.org/10.2307/422412>
- „Rechtspopulisten sichern sich ‚Wir sind das Volk‘“. In: *Die Welt* vom 13.05.2013; <http://www.welt.de/politik/deutschland/article115838903/Rechtspopulisten-sichern-sich-Wir-sind-das-Volk.html>, (23.01.2017).

Moralismus ist zu wenig

Kommentar zu Jan-Werner Müllers Essay „Was ist Populismus?“

*Dirk Jörke**

Jan-Werner Müllers hier abgedruckter Text „Was ist Populismus?“ zeichnet sich durch einen erfrischenden Stil aus, und er nimmt kein Blatt vor dem Mund.¹ So wird sehr schnell deutlich, dass Müller vor dem Hintergrund eines liberalen Demokratieverständnisses dem Populismus wenig abgewinnen kann, er ihn nicht für ein „nützliches Korrektiv“, sondern in erster Linie als eine Gefahr für die politische Kultur der Demokratie hält. Er begründet dies vornehmlich mit einem dem Populismus zugeschriebenen Antipluralismus und Moralismus, beides zusammen würden auch dessen Wesen ausmachen. Die Beispiele, aber auch die demokratiethoretischen Reflexionen, die Müller zur Stützung dieser kritischen Begriffsbestimmung anführt, sind allesamt intuitiv einleuchtend. Es liegt ja auf der Hand, dass Populisten wie Victor Orban, Marine Le Pen, Geert Wilders oder Beppe Grillo nicht nur Werte verkörpern, die uns liberale Ironikerinnen abstoßen, sondern auch einen Politikstil vertreten, der die Voraussetzungen eines demokratischen Miteinanders untergräbt. All das lässt sich ja gegenwärtig in vielen europäischen Staaten zu Genüge beobachten.

Genauso ist es völlig überzeugend, dass „das Volk“ als empirische Größe nicht existiert und dass, wie Michael Saward, Nadia Urbinati und Winfried Thaa dargelegt haben, politische Identitäten vielmehr erst im Prozess der Repräsentation erzeugt werden, sie also nicht immer schon „da“ sind. Somit muss mit Müller und vielen anderen auch der Anspruch der Populisten bestritten werden, „das Volk“ gegen die vermeintlich korrupten Eliten vertreten zu können. Wenn überhaupt werden Teile der Bevölkerung durch die Populisten repräsentiert. Auch die weiteren demokratiethoretischen Ausführungen, die die Basis der Kritik am Populismus liefert, sind überzeugend, aber leider nur theoretisch. Denn der Populismus offenbart mehr als deutlich, dass die Theorie die eine Sache, die Wirklichkeit jedoch eine ganze andere Sache ist. Müllers Text hilft uns zu verstehen, warum und in welchem Ausmaß der Populismus eine Gefahr für die liberale Demokratie darstellt, aber hilft uns leider nicht – und damit komme ich zu meinen kritischen Ausführungen.

* Prof. Dr. Dirk Jörke, TU Darmstadt
Kontakt: joerke@pg.tu-darmstadt.de

1 Dieser Kommentar basiert auf einer früheren Version, die auf dem theorieblog erschienen ist (<http://www.theorieblog.de/index.php/2016/06/moralismus-ist-zu-wenig-eine-entgegnung-auf-was-ist-populismus-von-jan-werner-mueller/>).

runge – zu verstehen, wie wir dieser Gefahr begegnen können. Anders und vielleicht etwas überspitzt ausgedrückt: Demokratietheorie verkommt hier zu einer Art moralischer Selbstvergewisserung. Was sie aber stattdessen zu leisten hätte, wäre eine stärkere Reflexion der Bestandsvoraussetzungen einer demokratischen politischen Kultur, also einer Kultur, die Populisten zwar nicht als das Andere ausschließt, aber zugleich auch möglichst wenig Anlass zu populistischen Revolten oder gar Machtübernahmen gibt. Hier zeigen sich jedoch blinde Flecken einer Demokratietheorie, die meint, auf gesellschaftstheoretische Fundierungen verzichten zu können.

Es wäre allerdings unfair, allein aufgrund des hier abgedruckten Textes zu argumentieren, entstammt er doch einem kürzlich erschienenen gleichnamigen Essay, in dem sich durchaus einige Ausflüge in die Empirie und damit auch zu den Fragen nach den Entstehungsgründen des Populismus finden. Zudem heißt der Beitrag ja auch nicht „Warum gibt es Populismus?“, sondern „Was ist Populismus?“. Dennoch sind es gerade die empirischen Aspekte, die den Essay wie auch den Auszug so unbefriedigend erscheinen lassen.

So insistiert Müller mit Verweis auf Forschungen von Karin Priester darauf, dass es „nicht immer die offensichtlich Erfolglosen und Abstiegsbedrohten“ (Müller 2016a: 33) sind, die die Populisten wählen. Ein Befund, der in dieser Allgemeinheit sicherlich zutreffend ist. Bei den Wählern rechtspopulistischer Parteien handelt es sich in der Tat nicht ausschließlich um Abgehängte, die sich zunehmend den Wahlen verweigern, sondern um die unteren Mittelschichten und zum Teil eben auch um jene, denen es ökonomisch betrachtet auch gar nicht so schlecht geht, also Facharbeiter mit Festanstellung und Kleinunternehmer. Gleichwohl haben eine Reihe von jüngeren Studien zeigen können, dass es sich bei den Wählern der Rechtspopulisten größtenteils um jene „kleinen Leute“ handelt, deren Schicksal zu verbessern sich sozialdemokratische Parteien ehemals auf die Fahnen geschrieben haben.² Erklärungsbedürftig ist daher vor allem, warum es die klassisch sozialdemokratischen Parteien, aber auch jene Parteien, die links von ihnen stehen, immer weniger vermögen, ihre ehemaligen Stammwählergruppen, also jene Menschen, die über keinen höheren Schulabschluss verfügen, für sich zu gewinnen. Doch an dieser Stelle weicht Müller aus. Zwar erwähnt er in seinem Essay durchaus die Existenz eines neuen Cleavages, nämlich dem zwischen jenen, die man als liberale Kosmopoliten bezeichnen kann, und jenen, die eher auf Abschottung setzen, geht aber nicht dessen gesellschaftlichen Ursachen nach.³ Diese muss man aber berücksichtigen, wenn denn dem Populismus, gerade auch im Namen der Demokratie, begegnet werden soll. Der Verweis darauf, dass die Anhänger der Populisten, nicht das Volk, sondern lediglich ein Teil davon sind und deshalb deren Forderungen eben nicht unmittelbar umgesetzt, sondern in der repräsentativen Demokratie kleingearbeitet werden müssen, hilft demgegenüber nur bedingt weiter.

Ebensowenig hilft es, trotz aller Warnung vor Moralisierung, in einen moralisierenden Duktus zurückzufallen und sich auf der Seite des Guten zu verorten, etwa wenn Müller im Anschluss an Richard Hofstadter den Populisten einen „paranoiden politischen Stil“ (Müller 2016a: 63) attestiert. Denn das Problem, auf das der Populismus antwortet, ist ja gerade, dass in der Praxis die politische Repräsentation nicht so erfolgt, wie es die Theorie der repräsentativen Demokratie nahelegt, dass nämlich die Anliegen aller Gesellschaftsmitglieder zunächst einmal gleichermaßen eine Chance der Berücksichtigung fin-

2 Zu den Wählern und Anhängern rechtspopulistischer Parteien vgl. Oesch (2008); Flecker/Krenn (2009); Spier (2010) sowie die Beiträge in Hillebrand (2015).

3 Zu diesem neuen Cleavage vgl. Kriesi et al. (2006); Cuperus (2015).

den. Vielmehr scheint sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten bei jenen, die sich nicht zur Elite oder zu den Kosmopoliten zugehörig fühlen, der Verdacht eingestellt zu haben, dass ihre Anliegen systematisch ausgeschlossen werden. Jedenfalls wird von Müller zu wenig beachtet, dass sich in den vergangenen zwei, drei Jahrzehnten in Europa die politische Landschaft stark verändert hat. Das kann an dieser Stelle nur mit wenigen Schlagworten in Erinnerung gerufen werden: die Entstehung neuer Formen der „Governance“, der Bedeutungszuwachs der supranationalen Ebene und ebenso der Exekutiven gegenüber den Parlamenten. Damit einher ging die Hinwendung sozialdemokratischer Parteien zur „neuen Mitte“, das postideologische Zeitalter, die Entwicklung von Kartellparteien und einer „Publikumsdemokratie“ (Manin 2007: 297).

All diese Phänomene sind politikwissenschaftlich gut erforscht und sollten bei der intellektuellen Auseinandersetzung mit dem Populismus berücksichtigt, wenn nicht gar ins Zentrum gestellt werden. Denn es sind die veränderten Rahmenbedingungen politischen Handelns, welche zu einer Konstellation geführt haben, die, so die überzeugende These von Jacques de Saint Victor, die frühneuzeitliche Spaltung zwischen „Palazzo“ und „Piazza“ wiedererweckt hat: „Doch ab den 1980er Jahren hat das Ende der ‚großen Erzählungen‘ und der Parteienkluft, gerade aufgrund der Quasi-Austauschbarkeit linker und rechter Politikstrategien [...] die Rückkehr zu dieser gefährlichen Spaltung zwischen Fürst und Volk begünstigt“ (de Saint Victor 2015: 27). Der Populismus demonstriert mithin – gegen die Beschwörungen von Konsens und Alternativlosigkeit –, dass es durchaus politische Alternativen gibt, nur dass sich diese Alternativen in der Abwehr der „politischen Eliten“ und der von ihnen vertretenen Werte wie Wettbewerb und Kosmopolitismus erschöpfen und dass er in seiner Dynamik auch die Grundlagen der liberalen Demokratie zu zersetzen droht. Kurzum: Der Populismus ist die andere Seite der Postdemokratie.

Müller möchte sich indes dieser Deutung der Entstehungsursachen nicht anschließen. Stattdessen grenzt er sich in seinem Buch von der Postdemokratie-Diagnose ab und argumentiert in der Tradition der realistischen Demokratietheorie von Schumpeter, Sartori und Bobbio, dass die Versprechen der Demokratie immer schon uneinlösbare Versprechen gewesen sind. Doch selbst wenn es, was ich bezweifle, zutreffend sein sollte, dass sich an der Tatsache wenig verändert hat, dass die Versprechen der Demokratie nicht einlösbare Versprechen sind, so gilt auch hier: gut zu wissen, nützt aber nichts. Denn der Populismus verschwindet nicht dadurch, dass man ihn als „paranoid“ und von falschen Erwartungen an „die Demokratie“ getragen denunziert.

Bezeichnend für dieses Flüchten ins Normative ist eine Fußnote, in der das Buch von Thomas Frank „Was ist mit Kansas los?“ als Beispiel für ideologiekritische Scheuklappen im Umgang mit Populismus herangezogen wird. Zwar stimmt es, dass Frank seine Antwort auf die Frage, warum immer mehr weiße Arbeiter und Kleinbürger rechten Republikanern hinterherlaufen, aus einer dezidiert linken Perspektive formuliert. Doch das muss ja nicht von vorneherein eine Auseinandersetzung mit dem im Buch entfalteten empirischen Material ausschließen. Dort hätte man nicht nur erfahren können, dass die Hinwendung zur populistischen Rechten wesentlich mit ökonomischen Entwicklungen in den USA zusammenhängt, namentlich dem Niedergang ganzer Industriezweige und der zunehmenden Konzentration des Wohlstands in den oberen Segmenten der Bevölkerung. Zudem nimmt Frank eine Einsicht von Richard Rorty wieder auf, die dieser in „Stolz auf unser Land“ formuliert hat. Rorty und Frank stimmen darin überein, dass die Hinwendung der US-amerikanischen Demokraten zu den Themen der Neuen Sozialen Bewegungen und die damit einhergehende Vernachlässigung der alten sozialen Frage, die so alt an-

scheinend nicht ist, viele ehemaliger Wähler abgeschreckt hat. In den USA hat sich entsprechend bereits während der 1990er Jahre jenes *cleavage* zwischen den Kosmopoliten und den von Müller als Vertreter einer Haltung der „Abgrenzung“ bezeichneten entwickelt und in den vergangenen Jahren zunehmend verfestigt. Warum das so ist, lässt sich aus den Büchern von Frank und Rorty lernen. Beide verweisen nämlich nicht nur darauf, dass der „cultural turn“ der US-amerikanischen Linken mit der Vernachlässigung der Frage der Umverteilung einhergeht, sondern dass dies auch der Interessenlage der neuen Wähler der Demokraten entsprechen würde, nämlich jene, die der „neuen Mitte“ zugeordnet werden. Dort findet eine Verschmelzung eines „wirtschaftlichen Kosmopolitismus“ mit einem „neuerstandene[n] kulturelle[n] Kosmopolitismus“ statt, die freilich auf das „reichste Viertel der Amerikaner“ beschränkt bleibe (Rorty 1999: 83). Die restlichen drei Viertel, so Rorty weiter, „sollen sich über ethnische und religiöse Fragen streiten und über Sexualmoral diskutieren“ (ebd.: 85). Im Populismus kommt dieser Deutung zufolge ein ins Kulturelle „verschobenem Klassenkampf“ (Leggewie 2015: 148) zum Vorschein.

Wenn man also, wie Müller schreibt, zur erfolgreichen Auseinandersetzung mit dem Populismus „ein besseres Verständnis der Ursachen des Phänomens“ (Müller 2016a: 91) benötige, dann sollte man auch die Entwicklung der politischen Linken in den letzten 25 Jahren genauer untersuchen. Meine Vermutung dabei ist, dass sich viele der von Rorty und Frank beklagten Tendenzen nicht nur in den USA feststellen, sondern sich diese mit der üblichen Verzögerung gegenwärtig auch in großen Teilen West- und Nordeuropas beobachten lassen. Auch hier konnten wir ja eine Orientierung der Sozialdemokratie auf die „neue Mitte“ einerseits und auf kosmopolitische Werte andererseits feststellen. Und ähnlich wie in den USA – zunächst mit der Kandidatur von Ross Perot, inzwischen auch innerhalb der Republikanischen Partei mit Donald Trump – wurde und wird diese Entwicklung begleitet von einem rasanten Aufstieg rechtspopulistischer Parteien, mit der AfD mittlerweile ja auch in Deutschland.

Mein Unbehagen an der von Müller und so vielen anderen betriebenen politiktheoretischen Auseinandersetzung mit dem Populismus besteht nicht zuletzt darin, dass die Kollateralschäden des zeitgenössischen Liberalismus nicht reflektiert werden. Was ist darunter zu verstehen? In dem jüngst auch auf Deutsch erschienen Band „Das Reich des kleineren Übels“ entwickelt der französische Sozialphilosoph Jean-Claude Michéa die zunächst irritierende These, dass ein wirtschaftlicher und ein kultureller Liberalismus nicht mehr als zwei Seiten einer Medaille seien, die sich nicht nur in der Praxis ergänzen würden, sondern auch theoretisch einander bedürften. Die theoretische Gemeinsamkeit bestehe darin, dass beide Varianten sich von der Einbindung in übergeordnete Wertmuster distanzieren und demgegenüber die Freiheit des Individuums betonen: die Freiheit des Unternehmers und die Freiheit der Lebensstile, das eine könne man nicht ohne das andere haben. Dass zu den individuellen Freiheiten eben notwendig auch die Freiheit des Marktes gehört, wird von Michéa freilich eher suggeriert, als dass es zu einer systematischen Begründung kommt. Dem ungeachtet besitzt die These von den zwei sich ergänzenden Seiten des Liberalismus mit Blick auf die Praxis liberaler Gesellschaften durchaus Plausibilität, wenn man etwa bedenkt, dass religiöse Vielfalt, gleichgeschlechtliche Lebensformen oder auch eine stärkere Repräsentation von Frauen im öffentlichen Leben vor allem in kapitalistischen Gesellschaften zu beobachten sind. Gedeckt wird diese These aber insbesondere durch die Untersuchung von Luc Boltanski und Eve Chiapello (2003) über den *Neuen Geist des Kapitalismus*, der zufolge es gerade die libertäre Künstlerkritik an den verknöcherten Strukturen des Fordismus gewesen ist, die dem Neoliberalismus zum Durchbruch verholfen hat.

Die Provokation von Michéa besteht nun darin, dass er die Exzesse des Marktes und den zur Schau getragenen postmodernen Hedonismus, wie er sich etwa im Luxuskonsum der oberen Mittelschichten, aber auch in der zunehmenden sexuellen Freizügigkeit in den Medien zeigt, für gleichermaßen „unanständig“ hält. Wir haben es ihm zufolge in den gegenwärtigen Gesellschaften des Westens mit einer doppelten Enthemmung zu tun, die von den beiden liberalen Strömungen vorangetrieben werde. Der mehr implizite als explizite Punkt von Michéa ist es, die zu beobachtende Abwendung immer größerer Bevölkerungsgruppen von den liberalen Deutungseliten als nicht nur nachvollziehbar, sondern vielmehr als einen moralischen Akt zu interpretieren. Das spiegele sich auch parteipolitisch wieder, wo lediglich – Michéa hat dabei Frankreich im Jahr 2007 im Blick, inzwischen haben sich ja auch die französischen Sozialisten der neoliberalen Reformpolitik verschrieben – die Wahl bestehe zwischen jenen Parteien, die für Wirtschaftsliberalismus verbunden mit einem traditionellen Wertkanon stehen, und jenen, die zwar eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik propagieren zugleich aber eine immer weitergehende kulturelle Liberalisierung betreiben wollen. Wenig attraktiv sei dieses Angebot aber für jene Wähler, die Michéa der „Arbeiterklasse“ (Michéa 2014: 109) zuordnet.

Nun kann man sicherlich lange darüber diskutieren, ob es noch zeitgemäß ist, von einer Arbeiterklasse zu sprechen. Michéa hat vor allem jene Menschen im Sinn, die hierzulande als Modernisierungsverlierer bezeichnet werden, also Menschen, deren Arbeitsplätze nicht notwendig akut bedroht, aber zumindest subjektiv unsicher geworden sind und deren Lebenswelt sich in den vergangenen Jahren etwa durch Einwanderungsprozesse oder durch Rauchverbote stark gewandelt hat. Kurzum, es sind jene Milieus, die sich von den etablierten Parteien nicht mehr repräsentiert sehen und sich zunehmend der Front National oder auch der AfD zuwenden.

Die Ausführungen von Michéa wie auch die von Rorty und Frank verweisen auf jene blinden Flecken eines liberalen Diskurses über den Populismus, für den der Text von Müller nur ein Beispiel unter vielen ist.⁴ Kennzeichnend für diesen ist nicht nur eine Vernachlässigung der gesellschaftstheoretischen Ebene, sondern auch ein Moralismus, der zunehmend hilflos ist. Doch dabei, so die abschließende These, handelt es sich um eine Ausweichstrategie. Wenn Frank Nullmeier also in einem anderen Kontext kritisiert, dass sich die Politische Theorie gemeinhin „auf Seiten der als sozial verträglicher geltenden Werte“ (Nullmeier 2016a: 56) verortet, so gilt dies in besonderem Maße für deren Auseinandersetzung mit dem Populismus. Doch damit ist außer einem guten Gefühl, auf der moralisch richtigen Seite zu stehen, wenig gewonnen: „Von der Politischen Theorie angeleitetes politisches Urteilen“ wird dadurch, wie Nullmeier feststellt, „in eine rein verurteilende Position versetzt“ (ebd.). Das freilich ist angesichts der Bedrohung der Demokratie durch den Rechtspopulismus viel zu wenig.

Literatur

Boltanski, Luc / Chiapello, Ève, 2003: Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.

Cuperus, René, 2015: Wie die Volksparteien (fast) das Volk einbüßten – Warum wir den Weckruf des Populismus erhören sollten. In: Ernst Hillebrand (Hg.), Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie, Bonn, 149–158.

4 Ähnliche Position finden sich beispielsweise bei Karin Priester (2007, 2012) und Nadia Urbinati (2003, 2014).

- Flecker, Jörg / Krenn, Manfred, 2009: Politische Verarbeitungsformen gefühlter Unsicherheit: ‚Attraktion Rechtspopulismus‘. In: Klaus Dörre / Robert Castel (Hg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt (Main) / New York, NY, 323–332.
- Frank, Thomas, 2005: Was ist mit Kansas los? Wie die Konservativen das Herz von Amerika erobern, Berlin.
- Hillebrand, Ernst, 2015 (Hg.): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?, Bonn.
- Kriesi, Hanspeter et al., 2006: Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared. In: *European Journal of Political Research* 45 (6), 921–957.
- Leggewie, Claus, 2015: Populisten verstehen. Ein Versuch zur Politik der Gefühle. In: Karl-Rudolf Korte (Hg.), Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung, Baden-Baden, 139–154.
- Manin, Bernard, 2007: Kritik der repräsentativen Demokratie, Berlin.
- Michéa, Jean-Claude, 2014: Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft, Berlin.
- Müller, Jan-Werner, 2016a: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin.
- Nullmeier, Frank, 2016: Politische Theorie des Komparativs. Soziale Vergleiche und gerechte Gesellschaft. In: *Mittelweg* 36 25 (2), 56–73.
- Oesch, Daniel, 2008: Explaining workers’ support for right-wing populist parties in Western Europe: evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland. In: *International Political Science Review* 29 (3), 349–373.
- Priester, Karin, 2007: Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt (Main) / New York, NY.
- Priester, Karin, 2012: Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt (Main) / New York, NY.
- Rorty, Richard, 1999: Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus, Frankfurt (Main).
- Saint Victor, Jacques de, 2015: Die Antipolitischen, Hamburg.
- Spier, Tim, 2010: Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden.
- Urbinati, Nadia, 1998: Democracy and Populism. In: *Constellations* 5 (1), 100–124. <https://doi.org/10.1111/1467-8675.00080>
- Urbinati, Nadia, 2014: Democracy Disfigured. Opinion, Truth, and the People, Cambridge, MA. <https://doi.org/10.4159/harvard.9780674726383>

Populismus und kein Ende. Müller belebt die Debatte, aber bereichert er sie auch?

Kommentar zu Jan-Werner Müllers Essay „Was ist Populismus?“

*Karin Priester**

Nachdem um 2000 zahlreiche, bis heute grundlegende Veröffentlichungen zum Thema „Populismus“ erschienen sind, hat inzwischen eine gewisse Sättigung eingesetzt. Was konnte man nach den Arbeiten von Mény/Surel, Hermet, Taggart oder Mudde noch zum Thema schreiben außer parteipolitische Kommentare oder Case Studies mit geringer Halbwertszeit?¹ In der veröffentlichten Meinung ist „Populismus“ ohnehin nur ein Stigmawort zur Bezeichnung der Schmuddelkinder am rechten und linken Rand (vgl. Priester 2015: 138–147).

1. Der Versuch, den Pudding des Populismus an die Wand zu nageln

Ein Grund mehr, sich erneut der Frage zuzuwenden: Was ist eigentlich Populismus? Der in den USA lehrende Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller hat ein Buch dazu vorgelegt, das hier in einer Kurzfassung kommentiert werden soll (Müller 2016a; 2016b). Müller nennt seinen Text einen Essay. Essays stellen keine Theoriegebäude auf und legen keine empirischen Forschungsergebnisse vor, sondern sind Versuche, sich auf unterschiedlichen Ebenen einem Thema anzunähern. Bisweilen führt das bei Müller zu einer gewissen Sprunghaftigkeit, zu Abschweifungen und einseitig ausgewählten Belegen. Methodologisch ist es überdies ein Problem, amerikanische Populisten ohne Berücksichtigung der Kontextgebundenheit eines jeden Populismus in eine Reihe mit europäischen Populisten zu stellen.

Müller versteht unter Populismus „[...] eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut der einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen [...].“ (Müller 2016b: 187). Dabei geht er (2016b: 189) von „der

* Prof. Dr. Karin Priester, emeritierte Professorin der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.
Kontakt: priestek@uni-muenster.de

1 Vgl. Mény/Surel (2000); Taggart (2000); Mudde (2007); Laclau (2005). Priester (2007, 2012). Ab Mitte des Jahrzehnts folgten diverse Case Studies in Sammelbänden, von denen hier nur genannt seien: Decker (2006); Wielenga/Hartleb (2011); Mudde/Rovira Kaltwasser (2012).

populistischen politischen Theorie“ aus, die mir bisher noch nicht begegnet ist, was zwar an mir liegen kann. Ich glaube aber, dass die Theorieabstinenz des Populismus in der Sache selbst verankert ist. Populismus ist vor allem ein reaktives Phänomen, das als vorreflexiver Protestkatalysator auf Bedrohungen oder Missstände mit Abwehr reagiert und die Rückkehr zu einem nach Ort und Zeit unterschiedlich bestimmten Goldenen Zeitalter anstrebt.

Müller nennt drei konstitutive Kriterien für Populismus: Elitenkritik, Antipluralismus und moralischen Alleinvertretungsanspruch, auf den er besonderes Gewicht legt. Als Gegenpol zu den Eliten werde das Volk als homogen und als moralisch rein verstanden, was auch immer „moralisch rein“ bedeuten mag (man handelt entweder moralisch oder unmoralisch, aber nicht „moralisch rein“). Auf die Frage, was denn die spanische Partei Podemos von der politischen „Kaste“ unterscheide, antwortete deren Vorsitzender Pablo Iglesias: „Podemos soll einen Raum für alle bieten, die einen Wandel wollen, der auf mehr Ehrlichkeit beruht.“ Auf den Einwand des Interviewers, Ehrlichkeit allein sei noch keine politische Position, entgegnete er: „Aber man kann Ehrlichkeit politisch übersetzen. Für uns bedeutet Ehrlichkeit das Recht auf eine Wohnung, das Recht auf Arbeit“ (Krupa 2015). Der Kampf für bestimmte Rechte, auch wenn sie, wie das Recht auf Arbeit, nicht einklagbar sind,² wäre aber nie so zugkräftig wie der moralische Wert der Ehrlichkeit, mit dem sich eine breite Front gegen „die Kaste“ schmieden lässt.

2. Populismus als Bedrohung der repräsentativen Demokratie

Müller stellt seine Ausführungen in einen demokratietheoretischen Kontext und versucht zu zeigen, dass Populismus eine Bedrohung der repräsentativen Demokratie und des Pluralismus darstelle. Populisten, so seine Hauptthese, verstünden die politische Willensbildung als imperatives Mandat. Das bestreite ich. Seit Edmund Burke unterscheidet man zwischen freiem und gebundenem (imperativem) Mandat. Nach Burke verfügt der Repräsentant, streng genommen, aber über gar kein Mandat, sondern ist an Aufträge oder Weisungen seiner Wähler nicht gebunden. Er hat eine „unvoreingenommene Meinung“, ein „ausgereiftes Urteil“ und handelt zum allgemeinen oder „wahren“ Wohl (*general good*) der Nation als Ganzer. Das Verhältnis zwischen Wählern und Gewählten beruht auf Treuhänderschaft (*trust*) (Burke 1774). Demgegenüber beruht das imperative Mandat auf konkreten Weisungen an eine Person, die nicht als Repräsentant des Ganzen, sondern als Delegierter eines Teils fungiert. Werden die Weisungen nicht befolgt, kann der Delegierte auch innerhalb einer Legislaturperiode abberufen werden (*recall*). In Deutschland haben sich die Grünen in ihrer Frühphase auf das imperative Mandat berufen, sind aber schnell davon abgekommen, weil es mir Reibungsverlusten und mangelnder Kompetenz verbunden ist.

2 Auch linke Parteien können die Einlösung dieses Anspruchs nicht garantieren, solange der Markt als ökonomischer Regulator akzeptiert wird. Die Alternative wäre eine Planwirtschaft mit reguliertem Arbeitsmarkt, für die sich Populisten aber gerade nicht stark machen. Populisten sehnen sich zurück nach einem Goldenen Zeitalter, in dem Vollbeschäftigung herrschte und sozialer Aufstieg möglich war, konkret: Nach der Aufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ausbruch der ersten Ölkrise. In Frankreich wird diese Phase von etwa 1948 bis Mitte/Ende der 1970er Jahre die „trente glorieuses“ genannt, die dreißig ruhmreichen Jahre. Es war aber auch die Zeit, in der es noch keine Masseneinwanderung gab, europäische Länder noch vergleichsweise homogen waren und die nationale Souveränität noch nicht durch die EU unter Druck geraten war.

Müller (2016b: 189) unterstellt nun populistischen Politikern, sie setzten den wahren moralischen Volkswillen „im Sinne eines imperativen Mandats“ um und wären demnach an Weisungen des Wahlvolkes gebunden. Diese These untermauert er noch mit den „Verträgen“, die Populisten mit dem Volk schließen. Aus der US-amerikanischen Politik dürfte ihm aber bekannt sein, dass diese „Verträge“ in allen politischen Lagern verbreitet sind und nichts anderes als das Wahlprogramm einer Partei beinhalten. Bill Clinton versprach 1992 einen „New Covenant“, eine „feierliche Übereinkunft“ zwischen dem Volk und seiner Regierung. Der republikanische Politiker Newt Gingrich präsentierte sein Programm als „Contract with America“. Sind Clinton und Gingrich deswegen Populisten?

Aus meiner Sicht verkennt Müller das spezifische Verhältnis von Führer und Geführten im Populismus. Populistische Führer sind nämlich gerade nicht Delegierte mit imperativem Mandat, sondern stehen in einer symbiotischen Beziehung zum Volk und fungieren als dessen Sprachrohr. Volk und Führer bilden eine intrinsische Willenseinheit: „Er will, was wir wollen“. Ernesto Laclau hat das auf einer deskriptiven Ebene richtig gesehen, wenn auch normativ überhöht: das Verhältnis soll auch so sein (vgl. Priester 2014). Diese postulierte Willensidentität tendiert aber eher zum freien Mandat. Wenn nämlich der Wille von Volk und Führer ohnehin identisch ist, bedarf es gar keiner Weisungen.

3. Populismus und „unmittelbare Demokratie“

Diese aus der politischen Romantik bekannte Idee einer Inkarnation des Volkes im Führer oder damals im König bedingt die Aversion von Populisten gegen Parteien. Populismus ist daher zu Recht als Anti-Politik bezeichnet worden. Populisten verstehen sich als Anti-Politiker mit einer gehörigen Portion Intellektuellenfeindlichkeit und Theorieaversion. In dem Gedanken, dass es zwischen Wahlvolk und Legislative eine vermittelnde Instanz – die Parteien mit Verfassungsrang – geben soll, die den politischen Willen erst bilden und aggregieren, sehen Populisten nur elitäre Bevormundung, da der Volkswille keiner Bildung bedürfe. Dies führt aber nicht zu einer direkten Demokratie mit imperativem Mandat, sondern, so Pierre Rosanvallon, zu einer „unmittelbaren“ Demokratie.³ Dieses Moment der Unmittelbarkeit oder „Nichtmediatisierung“ macht aus meiner Sicht den Kern des populistischen Syndroms aus. Hinter dem Bildungsauftrag von Parteien⁴ oder dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen wittern Populisten – nicht immer zu Unrecht – ein fundamentales Misstrauen gegenüber dem Volk, dessen Handlungsimperative von Irrationalität, Emotionalität und Ressentiments geprägt seien. Der liberale Rechtsstaat steht nicht mehr gleichwertig neben dem demokratischen Prinzip der Volkssouveränität, sondern mutiert zu einem Bollwerk dagegen.

Geht nun das Vertrauen in die Treuhänderschaft von Repräsentanten verloren, schlägt die Stunde des populistischen Protests. Die Krise der Repräsentation ist vor allem eine Vertrauenskrise, die sich am Begriff des Gemeinwohls festmacht. Der linke Jean-Luc Mélenchon vom Parti de gauche und der rechte Alexander Gauland von der „Alternative für Deutschland“ (AfD) fordern gleichermaßen die Rückkehr zum *bien commun*, zum

3 Müller (2016b: 194) drückt sich unklar oder missverständlich aus, wenn er einerseits das imperative Mandat für den Populismus reklamiert, andererseits aber mit Nadia Urbinati und Pierre Rosanvallon vom Paradoxon „direkter Repräsentation“ spricht.

4 Vgl. GG, Art. 21, 1 und Parteiengesetz von 1967, Art. 1, 1. Dagegen die Spannung zu GG, Art. 38, 1.

Gemeinwohl als regulativer Idee. Unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit vertreten gewählte Politiker nicht das Gemeinwohl, wie es Burke noch gefordert hatte, sondern Partikularinteressen, ja sie hätten sich zu einem „Kartell“ zusammengeschlossen, um die Pfründen unter sich zu verteilen. Überdies entspricht das Ideal eines wirklich freien, nur seinem „erleuchteten Gewissen“ (Burke) verpflichteten Abgeordneten nicht der Realität. In heutigen Parteien herrscht Fraktionszwang, der nur in wenigen Fällen aufgehoben wird, also durchaus Weisungsgebundenheit, auch wenn sie nicht vom Wähler, sondern von der Parteiführung ausgeht. Zudem wollen Abgeordnete wiedergewählt werden und haben daher ein (auch materielles) Interesse daran, die Sonderbelange ihres Wahlkreises zu vertreten. Wenn Müller (2016b: 189) also schreibt: „Die moderne Demokratie kennt nur das freie, nicht das imperative Mandat“ kann man mit Radio Eriwan antworten: Im Prinzip ja, aber

4. Rousseau als falscher Pate des Populismus

In einem nicht nachvollziehbaren Gedankensprung unterstellt Müller einen häufigen Bezug auf Jean-Jacques Rousseau (Müller 2016b: 189). Hier wüsste man gern: Wer bezieht sich „häufig“ auf Rousseau? Populisten ganz sicher nicht. Wenn sie, wie Gauland, vom Liberalkonservatismus herkommen, berufen sie sich auf Edmund Burke,⁵ ansonsten symbolpolitisch auf identitätsstiftende Volks- und Freiheitshelden, aber nicht auf politische Theoretiker. Hugo Chávez hat den Freiheitshelden Simon Bolívar zum Namensgeber seiner „bolivarischen Revolution“ erhoben. Die FPÖ huldigt dem Freiheitshelden Andreas Hofer; die Lega Nord beruft sich auf Alberto da Giussano, der sich im Namen der freien oberitalienischen Städtebünde gegen die imperialen Stauferkaiser stellte, der Front National auf die nationale Ikone Jeanne d’Arc, der Linkspopulist Mélenchon auf die Helden der Pariser Commune.

Nach Spinoza ist Rousseau der bekannteste Theoretiker der Volkssouveränität. Anders als Hobbes, für den das Volk nur im Vereinigungsvertrag souverän ist, dann aber in einem zweiten Schritt, im Unterwerfungsvertrag, seine Souveränität an den Monarchen abtritt, postuliert Rousseau, das Volk müsse auch im Vollzug der Gesetzgebung souverän bleiben. Er war sich aber darüber im Klaren, dass sein Gesellschaftsvertrag nur für kleine, überschaubare Stadtstaaten, nicht für moderne Flächenstaaten gelten kann. In seinen Verfassungsentwürfen für Korsika und Polen hat er substanzielle Abstriche von seinen Forderungen im *Contrat social* gemacht und Repräsentativsysteme empfohlen. Die Rezeption Rousseaus hat unterschiedliche Wege eingeschlagen. Eine der bekanntesten und wirkmächtigsten Lesarten hat 1961 Jacob Talmon in seinem Werk „Geschichte der Totalitären Demokratie“ vorgelegt. Talmon sah in Rousseau den geistigen Wegbereiter des Totalitarismus. Das mag Müller bewogen haben, Rousseau mit Populismus in Verbindung zu bringen, ist doch Populismus aus seiner Sicht nicht nur antipluralistisch, sondern trägt auch den Keim des Totalitarismus in sich.

5 Vgl. Eröffnungsrede von Dr. Alexander Gauland am 8.10.2014 im Brandenburgischen Landtag (<http://www.afd-brandenburg.de/eroeffnungsrede-von-dr-alexander-gauland>).

5. Orakelnde Philosophie

Auf mehr als einer ganzen Seite geht Müller (2016b: 191 f.) auf die Repräsentationstheorie des französischen Politikwissenschaftlers Bernard Manin ein. Die Sache scheint ihm also wichtig zu sein. Manin vertritt den Gedanken, die Institution einer Wahl von Repräsentanten beruhe letztlich auf aristokratischen Vorstellungen, da bei Wahlen der oder die Beste gewählt werde. Das scheint mir eine aparte Deutung „aristokratischer Vorstellungen“ zu sein. Die Wahl der Besten beruht auf dem Prinzip der Meritokratie, und das ist kein aristokratischer, sondern ein eminent bürgerlicher, auf dem Leistungsprinzip beruhender Gedanke. Gewählt werden – oder generell aufsteigen – soll, wer sich durch *individuelle* Leistung und Verdienst, nicht aufgrund von Geburt und Familien- oder Standeszugehörigkeit vor anderen auszeichnet.

Selbstverständlich sind politische, wie auch andere Fähigkeiten ungleich verteilt. Daraus aber zu folgern, „dass selbst jene Bürger, die sich als Demokraten deklarieren, die Idee politischer Gleichheit nicht wirklich ernst nehmen“ (ebd.: 190) darf man wohl Sophisterei nennen. Es gehört zum politischen Basiswissen, dass das aktive Wahlrecht auf dem Gleichheitsprinzip „one man, one vote“ beruht. Es ist hier nicht der Ort, den langen Kampf um diese politische Gleichheit nachzuzeichnen (Abschaffung des Zensuswahlrechts, Kampf für das Frauenwahlrecht etc.). Beim passiven Wahlrecht wird es dagegen in modernen Flächenstaaten immer eine Stellvertretung des politischen Willens geben, was Rousseau durchaus gesehen hat. Politische Gleichheit bezieht sich hier auf die Möglichkeit, dass sich jeder und jede zur Wahl stellen kann sowie auf zeitlicher Begrenzung. Gewählte Eliten sind in einer Demokratie Funktionseliten auf Zeit.

Aber was will Müller überhaupt mit seinem Rekurs auf Manin sagen? Offenbar will er dem Anspruch populistischer Führer entgegenzutreten, sie seien wie jedermann, ganz normale Leute, nichts Besonderes. Nein, entgegnet er mit Manin, auch der ordinärste Jedermann sei, sobald er gewählt werde, etwas Besonderes. Damit werde aber die Idee politischer Gleichheit unterlaufen zugunsten eines aristokratischen Prinzips. Die Verwendung des Adjektivs „aristokratisch“ außerhalb seines historischen Kontextes (der Herrschaft des Adels), fördert aber eine ahistorische Sichtweise, wonach das Wahlprinzip schlechthin aristokratisch sei. Demokratie als Idee politischer Gleichheit sei mithin gar nicht realisierbar.

6. Populismus als Verteidigung des Eigenen

Müller legt meines Erachtens zu großes Gewicht auf den *moralischen* Alleinvertretungsanspruch von Populisten, den ich keineswegs bestreite. Indessen: Hat nicht auch Kanzlerin Merkel in ihrer Flüchtlingspolitik einen moralischen Alleinvertretungsanspruch gegenüber den Mitgliedsstaaten der EU erhoben, die sich prompt bevormundet fühlten? Merkel war von dem moralischen Wunsch getragen, Deutschland möge nach seiner unheilvollen Vergangenheit ein „freundliches Gesicht“ zeigen. Dieses neue Gesicht Deutschlands haben aber nicht alle Nachbarn als freundlich, sondern als dominant und moralisch überheblich wahrgenommen. In Tschechien wurden Papptafeln mit der Aufschrift gezeigt: Tschechien ist kein deutsches Protektorat.

Neben der Dichotomie von „gut“ (Volk) und „böse“ (Eliten) spielen im Populismus noch zwei weitere Polarisierungen eine entscheidende Rolle: Die von „groß“ und „klein“ und die von „innen“ und „außen“. Die Bedrohung kommt nicht nur von oben, von den

korrupten Eliten, sondern auch von außen durch Globalisierung und Immigration. Wirtschaftspolitik ist dagegen im Populismus eine abhängige Variable und kann, je nach Konjunkturen und Wählerklientelen, von wirtschaftsliberalen zu protektionistischen Forderungen reichen.

Bei allen länderspezifischen Unterschieden steht im Populismus immer die Verteidigung des „Eigenen“ oder des *heartland* (Paul Taggart) gegen Bedrohungen von oben, unten und außen im Zentrum. Während es Rechtspopulisten um die Verteidigung der Identität ihrer Nation geht, sehen sich Linkspopulisten als Träger einer welthistorischen Mission. Das stolze Volk der Griechen oder das revolutionäre Volk der Franzosen sei das neue Menschheitsvolk, von dem das Fanal eines globalen Kampfes ausgehe. Alexis Tsipras erklärte: „Unser Kampf während dieser sechs Monate war [...] emblematisch für alle Völker Europas und der Welt [...], die für den Sturz der globalen neoliberalen Vorherrschaft kämpfen.“⁶

Anti-imperialistischer Befreiungsnationalismus ist aber immer ambivalent und erfreut sich auch bei nationalrevolutionären Rechten regen Zuspruchs. Das griechische Linksbündnis Syriza hat nach dem Wahlsieg im Januar 2015 mit der rechtspopulistischen Partei Anel (Anerxatiti Ellines) koalitiert, deren Vorsitzender Panos Kammenos das Verteidigungsministerium für sich forderte – und bekam. Die völlig überdimensionierte griechische Armee ist eine mächtige Klientel, an der nicht gerührt werden darf, auch nicht von Linken. Ebenso hat der als Linkspopulist geltende slowakische Politiker Robert Fico mit der rechten Slowakischen Nationalpartei (SNS) koalitiert.

7. Die vermeintliche Unfassbarkeit des Volkes

Das Volk im Populismus sei, so Müller, natürlich nicht das ganze Volk, reklamiere aber einen Alleinvertretungsanspruch für sich. Das ist zwar richtig, verkennt aber die Mobilisierungsfunktion von Ideologien. Jede politische Kraft, die zur Macht strebt, tut dies im Namen einer Ideologie, und sei sie, wie im Populismus, auch noch so schwach ausgeprägt. Sie setzt ihre Partikularität als Totalität und versteht sich als die staatstragende Säule oder, in den Worten des französischen Altpopulisten Pierre Poujade, als „Rückgrat der Nation“.

Irritierend finde ich dagegen Müllers esoterische Digressionen zur Unfassbarkeit und Nicht-Darstellbarkeit des Volkes in seiner Gesamtheit, erst recht sein Dekret: „Demokraten müssen schlicht akzeptieren, dass das Volk als solches sich nie ganz fassen lässt“ (Müller 2016b: 196). Hier werden mit bedeutungsschwangerem Gestus offene Türen eingerannt, denn Konstrukte sind grundsätzlich nicht darstellbar, es sei denn symbolisch oder allegorisch. War denn im Marxismus die „Klasse an sich“ darstellbar? Ist eine Nation darstellbar? Von Cicero bis Hegel war das „Volk“ in seiner bis heute gültigen Dreidimensionalität analytisch aber durchaus *fassbar*: Erstens juristisch als konstituiertes Staatsvolk (*populus*), zweitens sozial als untere Volksschichten (*vulgus, multitudo*), drittens sprachlich-ethnisch als Stamm oder Abstammungsgemeinschaft (*gens, natio*) in einem *regnum* oder *imperium*.⁷

6 Zitiert nach Martens (2015). Aus Platzgründen muss hier auf weitere einschlägige Zitate verzichtet werden.

7 Näher dazu Priester (2016).

Die Römer haben auch sprachlich zwischen Teil (*multitudo*) und Ganzem (*populus*) unterschieden. Der Sammelbegriff „Volk“ (*people, peuple*) kann diesen Unterschied nur durch zusätzliche Adjektive (das deutsche Volk, das gemeine Volk) zum Ausdruck bringen, was zu feuilletonistischen Simplifizierungen verleitet. „Das Volk ist nicht auffindbar“, titelte jüngst eine Wochenzeitung und setzte hinzu: „Sein angeblicher Wille ist nur eine Konstruktion“ (Kaube 2015). Müller macht sich zum Stichwortgeber solcher Mystifikationen, mit denen das Prinzip der Volkssouveränität unterminiert werden soll. Ist nämlich das Volk gar nicht auffindbar, kann es auch keine Souveränität beanspruchen. In der Moderne ist aber das sehr wohl „auffindbare“, statistisch erfassbare Volk der Souverän, von dem alle Staatsgewalt ausgeht (GG, Art. 20, 2). Der *Volkswille* ist dagegen immer eine „Konstruktion“ und wird durch bestimmte Verfahren ermittelt (Wahlen, Losverfahren, Akklamation). Im demokratischen Rechtsstaat artikuliert er sich durch Wahlen.

Müller argumentiert nun, mit ihrem moralischen Alleinvertretungsanspruch stellten Populisten auch das Wahlverfahren in Frage, im Prinzip jedenfalls und wenn sie könnten. Ihrer inneren Logik nach stünden sie mit einem Bein im Totalitarismus. Dabei extrapoliert er von einer nur hypothetisch angenommenen strukturellen oder inneren „populistischen Logik“ in die Zukunft und bedient sich einer *petitio principii*: Das erst noch zu Beweisende wird als bereits bewiesen unterstellt. Er fragt gar nicht, ob es überhaupt so etwas wie eine „strukturelle“, dem Populismus *und nur ihm* inhärente Logik gibt, sondern setzt sie als gegeben voraus. Das Telos dieser Logik sei die Abschaffung des Pluralismus. Bis zum Beweis des Gegenteils erkennen Populisten – Berlusconi in Italien, die FPÖ als Koalitionspartner der ÖVP nach den erdrutschartigen Verlusten bei den vorgezogenen Neuwahlen 2002 – aber Wahlniederlagen an. Anhand von nur zwei Gegenbeispielen (Orbán in Ungarn und López Obrador in Mexiko) beharrt Müller (2016a: 63 f.) aber darauf, dass Populisten eine Wahlniederlage nicht anerkennen und zwischen empirischem und moralischem Wahlergebnis unterscheiden. Leider übersieht er, dass sich auch die Gegenseite schwer tut, unliebsame Wahlergebnisse zu akzeptieren. Man erinnere sich an die Volksabstimmungen zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden 2005, die von der „Straße“ ins Parlament verlagert wurden, um das von der EU gewünschte Ergebnis zu erzielen. Erinnert sei auch an den G 20-Gipfel in Cannes 2011, zu dem der damalige griechische Premierminister Papandreou einbestellt wurde. Er hatte ein Referendum über die Rettungsmaßnahmen geplant, wurde aber von EU-Kommissionspräsident Barroso, von Merkel und Sarkozy mit vereinten Kräften davon abgehalten.

Nach dem für viele unerwarteten Ausgang des Referendums zum Brexit kam es zu einem „March for Europe“ mit dem Ziel, im Parlament eine Debatte über ein zweites Referendum zu initiieren, was die britische Regierung aber abgelehnt hat. Nach dem Sieg von Donald Trump demonstrierten in den USA zahlreiche Menschen, die sich weigerten, Trumps Wahlergebnis zu akzeptieren. Sie forderten die Wahlmänner auf, sich am 19. Dezember gegen Trump zu stellen. 538 Wahlmänner sollen also das Votum von rund 50 Millionen Trumpwählern aushebeln, die in den Worten von Trumps Konkurrentin Hillary Clinton ohnehin nur „deplorables“, bedauernswerte, ungebildete Hinterwäldler sind.

Die eigentlichen Probleme liegen auf einer anderen Ebene. Erstens: Populisten wie Berlusconi oder der österreichische Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer (FPÖ) streben eine plebiszitäre Präsidialdemokratie *bei fortbestehendem* Parteienpluralismus und Parteienwettbewerb an. Müllers Kriterium des Antipluralismus sticht also nicht. Unter der Bezeichnung „competitive authoritarianism“ ist diese Mischform von Autoritarismus und Pluralismus bereits seit 2002 in der Debatte. Zweitens: In der aristotelischen Regimenleh-

re wird zwischen Aristokratie (Herrschaft der Besten) und ihrer negativen Abart, der Oligarchie (Herrschaft der Wenigen), unterschieden. Gegen die Wahl der Besten und deren Ausrichtung am Gemeinwohl haben Populisten gar nichts einzuwenden. Sie glauben aber festzustellen, dass nicht diese, sondern die nur ihre Partikularinteressen verfolgenden Wenigen an der Spitze stehen, dass also, Aristoteles zufolge, eine gute Herrschaft durch eine schlechte abgelöst worden sei. Lateinamerikanische oder spanische Populisten wie Iglesias mobilisieren daher gegen „die Oligarchie“ als Synonym für das Establishment.

8. „Ganz normale Leute“ als Klientel des Populismus

Auch in sozialer Hinsicht hat das Volk im Populismus klare Konturen und lässt sich sehr wohl fassen. Es sind weder die ganz „Großen“, die *global players*, noch die vom Staat alimentierten Kleinen (die „Sozialstaatsschmarotzer“), sondern die produktiven, hart arbeitenden mittleren Schichten vom blue collar worker bis zu Freiberuflern (Kaufleute, Handwerker, heute durchaus auch IT-Spezialisten, Anwälte, Zahnärzte, Immobilienmakler oder Werbefachleute, auf die sich der Niederländer Pim Fortuyn stützte). Der Sozial- und Interventionsstaat ist ihnen ein Dorn im Auge; sie fürchten, zwischen oben und unten, zwischen Big Government, Big Business und Big Labor, zermalmt zu werden. In Europa tritt zu den Großen noch die EU als neuer „Leviathan“ (Umberto Bossi) hinzu. In der Gegnerschaft zu diesen Großen ist bereits die Ambivalenz des Populismus, sein Changieren zwischen rechts und links, angelegt, sagt die Bezeichnung „die Großen“ doch nichts über deren Interessenausrichtung.

Semantisch ist das Volk von den „ganz normalen Leuten“ abgelöst worden (*la gente normal*, so Pablo Iglesias). Auch Berlusconi oder Bossi (Lega Nord) haben von rechts an *la gente* appelliert, darunter auch viele Arbeiter als Opfer der Deindustrialisierung.⁸ Der Front National, die Lega Nord, die dänische Volkspartei, die FPÖ sind heute vor allem Arbeiterparteien. Die Volksparteien haben sich kontinuierlich zur Mitte hin bewegt und an den Rändern eine frei flottierende Verfügungsmasse hinterlassen, die der Populismus besetzt. Alexander Gauland stellte fest, die AfD sei vor allem eine „Partei der kleinen Leute“, aber ohne diese „kleinen Leute“ wäre sie ein liberaler Professorenclub mit Stimmenanteilen unter fünf Prozent geblieben.

Populismus und Eliten sind keine unabhängig voneinander agierende Größen, sondern stehen wie kommunizierenden Röhren zueinander: Sinkt das Vertrauen in die etablierten politischen Kräfte, steigt der Pegel des Populismus. Geradezu exemplarisch erleben wir das hierzulande mit dem Aufstieg der AfD. Aber längst nicht alle, die ihre Stimme rechts-populistischen Parteien geben, haben ein festgefügtes Weltbild, sondern sind Protestwähler, die den etablierten Parteien einen Denkart verpassen wollen.

9. Populisten – eine akklamierende Masse?

Müller mag den Populismus nicht. Ich auch nicht, aber aus anderen Gründen. Müller moniert am Populismus dessen moralischen Alleinvertretungsanspruch. Ich moniere vor al-

8 Zur Auflösung des Volksbegriffs in Ersatzbegriffen wie „die Leute“, „die Menschen“ oder „die Bürger“, vgl. Priester (2012a: 25 f.).

lem dessen Ambivalenz zwischen rechts und links, auch wenn Iglesias, der sich sogar Marxist nennt, diesen Unterschied für obsolet erklärt.

Müller gebührt das Verdienst, die Debatten über Populismus wieder in demokratietheoretische Bahnen gelenkt zu haben. Aber die Gattung des Essays verleitet auch zu einem groben Pinselstrich und zu feuilletonistischem Impressionismus, etwa, wenn er mit souveräner Geste die weit verbreitete Gleichsetzung von populistischen Führern mit Charismatikern vom Tisch wischt.⁹ Im Prinzip hat er zwar recht, auch wenn er pauschalisiert. Es gibt im Populismus neben vielen Durchschnittspolitikern einige charismatische Begabungen, aber sie sind nicht konstitutiv für Populismus. Das Klischee von den charismatischen populistischen Führern hält sich, so meine ich, deswegen so hartnäckig, weil es ein probates Ausgrenzungskriterium für Populismus ist und auf einem simplen Syllogismus beruht: Alle populistischen Führer sind Charismatiker. Charismatische Herrschaft ist eine Bedrohung der legalen Herrschaft. Ergo sind Populisten eine Bedrohung der (auf den Rechtsstaat reduzierten) Demokratie.

Grosso modo ist Müller auch darin zuzustimmen, dass es Populisten nicht um mehr Partizipation, sondern um Akklamation geht, auch wenn er seine Beispiele sehr selektiv auswählt. Mit Geert Wilders' Partij voor de Vrijheid (PVV) und Berlusconi's Forza Italia hat er zwar leichtes Spiel, aber wie repräsentativ sind diese Fälle für „den“ Populismus? Man muss den Blick schon etwas ausweiten, um zu sehen, dass Müllers These von der Passivität der Massen und der Parteiführung nach Guts- oder Konzernherrenart in dieser Pauschalität nicht stimmt. Lässt sich bei Parteien wie Podemos oder Syriza tatsächlich von fehlender innerparteilicher Demokratie und willfährig akklamierenden Massen sprechen? Auch in rechten Parteien wie dem Front National regt sich seit Jahren innerparteilicher Widerstand, sei es gegen den gesamten Le Pen-Clan oder gegen die aktuelle Vorsitzende Marine Le Pen. Dabei geht es keineswegs nur um Personalien, sondern um die Parteilinie, auf die diverse Flügel Einfluss zu nehmen suchen.

Immer wieder kommt es auch zu Abspaltungen und fundamentalem Dissens. 1998 spaltete sich der national-konservative Bruno Mégret vom Front National ab und gründete eine eigene Rechtspartei, den Mouvement national républicain (MNR). 2005 trennte sich das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) unter Jörg Haider von der FPÖ. Seit dem Sommer 2015 hat auch Syriza Konkurrenz aus den eigenen Reihen bekommen: die Volksunion (Laiki Enotita), die den Austritt aus dem Euro und die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien fordert. Die innerparteiliche Vielfalt ist größer als man denkt, wenn man nur die rhetorische Selbstinszenierung der Führung zur Kenntnis nimmt. Es ist ein Zerrbild von Populismus, wenn man ihn auf selbstherrliche Führer auf der einen und passive, akklamierende Massen auf der anderen Seite reduziert. Das ist etwa so, als wisse man bereits alles über die polykratische Herrschaftsstruktur der NSDAP, wenn man Leni Riefenstahls Propagandafilm über den Nürnberger Reichsparteitag gesehen hat.¹⁰

9 Näher dazu Priester (2012b).

10 Ähnlich einseitig sind auch Müllers Ausführungen zu populistischen Herrschaftspraktiken. Populisten „nehmen den Staatsapparat in Besitz und platzieren ihre Partei- und Gefolgsleute in Positionen, die normalerweise neutrale Beamte innehaben sollten“ (Müller 2016a: 70). Wie hält er es dann mit dem US-amerikanischen *spoils system* oder in Deutschland mit den „politischen Beamten“, die nach *jedem* Regierungswechsel zu etwa 60 Prozent ausgetauscht werden? Der Unterschied sei, so Müller, dass Populisten diese „eher anrühige Praxis“ offensiv betrieben, als sei es herrschaftstechnisch oder moralisch ein Vorzug, etwas Anrühiges nur unter dem Schleier der Intransparenz zu betreiben. Müller argumentiert normativ, statt der Frage nachzugehen, ob sein Ideal eines völlig neutralen Beamtenkorps von der Realität der Parteiendemokratie nicht weitgehend überholt worden ist.

10. Abschied von demokratietheoretischen „Fiktionen“ und „frommen Hoffnungen“?

Im Gegensatz zu Müller bin ich der Ansicht, dass Populismus als Reaktion auf politische Verkrustungen, wie sie jahrelang etwa in Österreich oder Italien gegeben waren, durchaus ein nützliches Korrektiv ist. Müller (2016b: 188) antwortet darauf mit politischem Labeling („Theoretiker auf der Linken“), was aber keine Argumente ersetzt. Korrektiv heißt nämlich nicht, wie Müller etwas süffisant unterstellt, dass man ausgerechnet vom Populismus mehr Demokratie erwarte, sondern ist als Frühwarnsystem oder als Indikator für Fehlentwicklungen zu verstehen. Populismus ist Ausdruck eines dreifachen Krisensymptoms, einer Krise der Repräsentation, einer Krise der Partizipation und einer Krise der Souveränität, aber er ist nicht deren Überwindung.

Das eigentliche Problem lautet nämlich: Wie konnte es überhaupt zur Genese und zum Erfolg populistischer Bewegungen kommen? Lebten wir in der besten aller möglichen Welten und wäre es um die repräsentative Demokratie tatsächlich gut bestellt, gäbe es keine wachsende Wahlabstinenz, keine Erosion der Volksparteien, keine verdrossenen „Wutbürger“, sondern Vertrauen in die gewählten Volksvertreter und lebhaftes parteipolitisches Engagement. Es gäbe keine Zukunfts- oder Überfremdungsangst, keine unterhalb der Armutsgrenze lebenden Süd- oder Osteuropäer, keine Renationalisierungstendenzen, sondern Weltoffenheit und Zukunftsgewissheit auf der Basis eines demokratisch vereinten, solidarischen Europa. Dem ist aber nicht so.

Müller flüchtet in stratosphärische Höhen, wenn er fatalistisch erklärt: „Solange wir in repräsentativen Demokratien leben, wird es Populismus geben“ (Müller 2016a: 134). Dass Populismus aber Konjunkturen erlebt, dass einige Parteien wie der Vlaams Belang oder die Lega Nord sich im Niedergang befinden und von moderateren, nicht explizit ethnozentrischen, sondern eher bürgerschaftlich auftretenden Parteien wie der Neuen Flämischen Allianz (Nieuw Vlaamse Alliantie, N-VA) in Belgien oder der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien in den Schatten gestellt werden, ist dann ohne Belang und bedarf keiner weiteren Erklärung. Ohnehin, so Müller, dürfe man an die Demokratie keine überzogenen Ansprüche stellen. Eher müsse man darüber nachdenken, „von welchen Fiktionen sich aufgeklärte Demokraten besser verabschieden sollten“ (Ebd.). Um was für Fiktionen handelt es sich? Nach Lage der Dinge kann es sich nur um die Volkssouveränität handeln, die man sang- und klanglos zu Grabe tragen sollte, ist das souveräne Volk aus dieser Sicht doch ohnehin nur eine Fiktion und ein Ärgernis obendrein. Was bleibt, ist Karl R. Poppers „Sozialtechnik der Einzelprobleme“ (*piecemeal engineering*) der „offenen Gesellschaft“ gegen ihre Feinde. Popper hat nicht widersprochen, als man ihn einen Moralisten genannt hat. Auch Müller ist, bei allem Scharfsinn, ein Moralist, der rund siebzig Jahre nach Popper heute den Feind der offenen Gesellschaft im Populismus erblickt. Dessen Gegner, die moralisch Guten, nennt er zwar „aufgeklärte Demokraten“, meint aber „aufgeklärte Eliten“.

Müllers Hauptthese vom imperativen Mandat im Populismus halte ich für falsch. Aber er hat einen wichtigen Impuls ausgelöst, um erneut die Frage nach Sinn, Bedeutung und Reichweite von Demokratie aufzuwerfen. Über Populismus lässt sich gehaltvoll nur vor diesem Hintergrund diskutieren.

Literatur

- Burke, Edmund, 1774: Speech to the Electors of Bristol; www.econlib.org/library/LFBooks/Burke/brkSWv4cl.html, 11.10.2016.
- Decker, Frank, 2006 (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden.
- Kaube, Jürgen, 2015: Das Volk ist nicht auffindbar. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 29.05.2015, 41.
- Krupa, Matthias, 2015: „Demokratie oder Barbarei“, Interview mit Pablo Iglesias. In: ZEIT online vom 28.10.2015; www.zeit.de/2015/42/pablo-iglesias-podemos-partei-interview, 11.10.2016.
- Laclau, Ernesto, 2005: On Populist Reason, London / New York.
- Martens, Michael, 2015: Bündnis der verwirrten Linken. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.09.2015.
- Mény, Yves / Surel, Yves, 2000: Par le peuple, pour le peuple, Paris.
- Müller, Jan-Werner, 2016a: Was ist Populismus?, Berlin.
- Müller, Jan-Werner, 2016b: Was ist Populismus?. In: Zeitschrift für Politische Theorie 2, 187–201.
- Mudde, Cas, 2007: Populist radical right parties in Europe, Cambridge, UK / New York, NY.
- Mudde, Cas / Rovira Kaltwasser, Cristóbal, 2012 (Hg.): Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?, Cambridge, UK / New York, NY.
- Taggart, Paul, 2000: Populism, Buckingham / Philadelphia.
- Priester, Karin, 2007: Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt (Main).
- Priester, Karin, 2012a: Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt (Main).
- Priester, Karin, 2012b: Die überschätzte Rolle des Charismas im Populismus. In: Dies., Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt (Main), 72–91.
- Priester, Karin, 2014: Mystik und Politik. Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und die radikale Demokratie, Würzburg.
- Priester, Karin, 2015: Populismus in den Medien: Realität und Stigmawort. In: Ernst Hillebrand (Hg.), Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?, Bonn, 138–147.
- Priester, Karin, 2016: Das Volk zwischen Interessenpolitik und symbolischer Repräsentation. In: Jan-Hendrik Witthaus / Patrick Eser (Hg.), Machthaber der Moderne. Zur Repräsentation politischer Herrschaft und Körperlichkeit, Bielefeld, 69–91.
- Wielenga, Friso / Hartleb, Florian, 2011 (Hg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster.

Begriffe und Befunde: Populismus in der politikwissenschaftlichen Forschung

Kommentar zu Jan-Werner Müllers Essay „Was ist Populismus?“

Steven Schäller*

1. Aktualität des Populismus-Themas¹

Populismus ist in jüngerer Zeit in aller Munde. In der Politikwissenschaft wird Populismus, und gerade ein Populismus rechter Provenienz kritisch gesehen und viel diskutiert.² Zahlreiche öffentlichkeitswirksame Einlassungen von Fachkollegen deuten darauf hin, dass das Thema aktuell und allgegenwärtig ist (Fischer 2016; Patzelt 2016). Und auch in den Medien, nationalen wie internationalen, scheint ein Grusel vor der mobilisierenden, Agendas (zer)setzenden und Politik gestaltenden Macht des Populismus und seiner Akteure umzugehen (Bahners 2016; Haupt 2016). So beschrieb etwa Anne Applebaum (2016) in der *New York Times* im März 2016 unter der Überschrift „Is this the end of the West as we know it?“ ein düsteres Szenario für die kommenden zwei Jahre. In den USA stünden die Chancen Donald Trumps keinesfalls schlecht: „Elections are funny things, and electorates are fickle“. Vor dem Hintergrund der zahlreichen Angriffspunkte von Hillary Clintons politischer Biographie (E-Mail-Affäre, Benghasi, Bill Clinton) sei ein Erfolg von Trump nicht mehr auszuschließen. Und dies würde bedeuten, dass eine Person ins Weiße Haus einziehen könnte, die Politik als *deal making* begreift, die das Engagement der USA in der NATO aus Kostengründen missbilligt und die Folter von mutmaßlichen Terroristen in Kauf nimmt, damit aber *en passant* den Menschenrechten ihren universellen Status raubt.

Ein möglicher Rückzug der USA aus dem transatlantischen Bündnis sei aber für die Europäer nur ein Teil der schlechten Nachrichten, so Applebaum. Der drohende (und inzwischen entschiedene) Brexit gefährde die Europäische Union genauso, wie er den europäischen Rechtspopulisten nutzen würde. In Frankreich komme die aussichtsreiche Kandidatur Marine Le Pens bei den Präsidentenwahlen 2017 hinzu. Man kann aus eigener Anschauung noch weitere Beispiele in Europa aufzählen, etwa Österreichs FPÖ, die zuletzt die Präsidentenwahlen im Namen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfolgreich angefochten hat sowie die 2017 in den Niederlanden anstehenden allgemeinen Wahlen. Dort führt die Partij voor de Vrijheid bereits seit Herbst 2015 die Meinungsumfragen an.

* Dr. Steven Schäller, TU Dresden
Kontakt: steven.schaeller@tu-dresden.de

- 1 Dieser Text geht auf Arbeiten zurück, die im Rahmen des von der Fritz Thyssen Stiftung geförderten Forschungsprojekts „Der gute Bürger. Erwartungshorizonte und Zuschreibungspraxen“ ermöglicht wurden.
- 2 Der linke Populismus kann dagegen mit einigen Sympathien und normativen Auszeichnungen rechnen. Zuletzt hat Chantal Mouffe einen Linkspopulismus in Stellung gebracht, der rechtem Populismus etwas entgegenzusetzen könne, und der überdies eine Revitalisierung der Demokratie anstoßen werde (Mouffe 2016).

Applebaums Analyse steht nicht allein da. So schreibt etwa Richard Herzinger (2016) in der Tageszeitung *Die Welt* das Narrativ einer durch Kontingenz bedrohten Demokratie fort, die auf periodische Wahlen angewiesen ist.³ Herzinger spricht von einer „Welle eines neuen nationalistischen Autoritarismus“ und fügt weitere Beispiele gefährdeter europäischen Staaten hinzu, etwa Kroatien, Polen und Ungarn. Auch dort würden die Fundamente der Demokratie von rechtspopulistischen Akteuren durch Strategien der „Entliberalisierung und Entuniversalisierung“ angegriffen.

Die Evidenz scheint erdrückend: Der Begriff „Populismus“ ist in den Diskursen allgegenwärtig. Er dient dabei vielfältigen Zwecken, selten jedoch der Benennung von etwas Eindeutigem. Populismus, so ist zu konstatieren, ist eine Vokabel des politischen Sprachgebrauchs. Die Prämie auf seine Verwendung liegt in der Diffamierung des politischen Gegners. Durch häufigen Gebrauch aber wird der Begriff unscharf, er kann alles und jeden meinen, und meint damit letztendlich nichts mehr. Dies verdeutlichte unlängst ein Kommentar Roger Köppels (2016) in der Schweizer *Weltwoche*. Dort notierte er, dass, entsprechend einer Definition im Duden, jener ein Populist sei, „der immer das sagt, was sein jeweiliges Publikum hören will“. Ein prinzipientreuer Politiker, wie etwa Christoph Blocher von der SVP, sei, auch wenn er immer so etikettiert werde, gerade kein Populist, weil dieser seit Jahren an seinen Forderungen festhalte.⁴ Angela Merkel dagegen sei der genannten Definition folgend mit Blick auf ihre zahlreichen Positionswechsel sehr wohl eine Populistin.

Die Unschärfe des politischen Sprachgebrauchs ist normativ weder begrüßenswert, noch zu verdammen. Sie ist lediglich Teil der beobachtbaren Diskurse. Auf der formalen Ebene der wissenschaftlichen Terminologien jedoch kann dies mitunter dann problematische Folgen haben, wenn der politische Gebrauch des Wortes sich ganz selbstverständlich und unkritisch in die Sprache der Wissenschaft einschleicht. Womöglich unterschiedliche Phänomene werden dann in eins gesetzt und als Gleiches behandelt, bevor noch eine Reflexion darüber einsetzen kann, ob und wie womöglich vorhandene Unterschiede sprachlich zu fassen sind.

2. Die Neubestimmung des Populismus durch Jan-Werner Müller

In diesem Sinne einer notwendigen terminologischen Neujustierung verstehe ich den Ansatz von Jan-Werner Müller. Der vorliegende Text (Müller 2016b) sowie der bei Suhrkamp erschienene Essay (Müller 2016a) und bereits ein Aufsatz aus dem Jahr 2014 (Müller 2014) treten dazu an, einen begründeten Vorschlag für ein spezifisches Verständnis des Populismusbegriffs vorzulegen, in dem die vielfältigen sprachlichen Verwendungsweisen analysiert und auf wenige Definitionsmerkmale begrenzt werden. Müller schlägt damit der Politikwissenschaft vor, den eigenen Sprachgebrauch kritisch zu reflektieren.

Im Zentrum der Begriffsdefinition steht ein Merkmal: Populismus zeichne sich für Müller durch einen dezidierten Anti-Pluralismus aus. Populisten könne man daher an ihrer Haltung zum politischen Gegner erkennen, denen im Namen eines ihnen entgegengesetzten und als einheitlich fikionalisierten Volkes die Legitimität abgesprochen wird. Po-

3 Ähnlich auch Bude (2016).

4 Nur am Rande sei vermerkt, dass Köppel die Definition aus dem Duden, in der gedruckten (25. Auflage), wie in der Online-Ausgabe, nur verkürzt wiedergibt. Es fehlen die Begriffe des Opportunismus, der Demagogie und der Dramatisierung der politischen Lage. Alles Merkmale, die Blocher dann doch in einem anderen Licht dastehen lassen würden.

pulisten zeichnet ein moralisch aufgeladener Alleinvertretungsanspruch des Volkes aus. Dieser Alleinvertretungsanspruch wird zum empirisch einlösbaren Marker für Populisten. Neben dem Anti-Pluralismus als zentralem Merkmal nähert sich Müller auf verschiedenen weiteren Wegen dem Phänomen ‚Populismus‘: Dieser sei auch anti-demokratisch und anti-liberal, nicht aber prinzipiell anti-parlamentarisch.

Für Müllers Definitionsversuch ist neben der Fokussierung auf ein zentrales Merkmal von ebenso großer Bedeutung, was alles nicht für unser Verständnis des Populismus von entscheidender Bedeutung sein soll. Drei Aspekte seien hier herausgegriffen: Müller wendet sich *erstens* dagegen, Populismus als einen politischen Stil zu begreifen. Würde der politische Stil zu einem definierenden Merkmal des Populismus herangezogen, so gerät der Begriff zu einem „Synonym für moderne demokratische Politik“ (vgl. Müller in diesem Heft), was seine Fähigkeit zur Unterscheidung beeinträchtigen würde. Müller wendet sich *zweitens* dagegen, die Elitenkritik als definierendes Merkmal heranzuziehen. Nicht jede Elitenkritik ist populistisch, im Gegenteil gehört die Elitenkritik als Misstrauen in die Amtsträger zur DNA einer institutionalisierten Repräsentativdemokratie. Elitenkritik wird erst dann populistisch, wenn sie sich mit einem moralischen Alleinvertretungsanspruch des Volkes verbindet.⁵ In verschiedenen, moralisch aufgeladenen Spielarten kann diese dann hervortreten: ‚wir hier unten‘ und ‚die da oben‘, *country* und *court* sowie ‚gesunder Menschenverstand‘ und ‚realitätsfernes Expertenwissen‘. Schließlich wendet sich Müller *drittens* dagegen, dass der Populismus im Spiegel seiner Anhängerschaft greifbar werde. Den Begriff des Populismus anhand der Ressentiments seiner Anhänger verstehen zu können, erscheint Müller als wenig hilfreich.

Mit der Fokussierung auf ein zentrales Merkmal sind aber nicht nur Pluspunkte verbunden. Müller macht sich so auch angreifbar für historisch reich fundierte Analysen, die womöglich selbst keinen klar ausbuchstabierten Populismusbegriff vorweisen können, und viele unreflektierte Bedeutungen in die Analysen ihrer Quellen hineinragen. Gleichwohl aber konfrontiert Müllers Ansatz große Teile der Historikerzunft, insbesondere die Lateinamerikasektionen, mit dem Problem, Phänomene, die lange Zeit als Populismus interpretiert wurden, in Teilen nun nicht mehr so benennen und verstehen zu können. Die vermutliche Folge einer geringen Anschlussfähigkeit von historischer Forschung an Müllers Populismusbegriff mag noch das geringere Problem sein angesichts des möglichen Einwands einer eurozentrischen Definition. Das kann aber noch keine Kritik an Müllers Definitionsversuch sein, sondern allenfalls ein Argument, mit dem die Spannungslagen zwischen der theoretischen Arbeit am Begriff einerseits und historisch ordnenden Quellenanalysen andererseits deutlich gemacht werden kann.

3. Die Rezeption von Müllers Vorschlag

Jan-Werner Müllers Thesen haben bereits große öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. In der Disziplin hat bislang der *theorieblog* dem Populismusband eine Debatte gewidmet, an der sich Daniel Jacob, Richard Gebhardt und Dirk Jörke beteiligt haben.

5 Der Status der Elitenkritik bei der Bestimmung des Populismus kann als wichtiges Unterscheidungskriterium für die Ansätze von Müller und Mudde herangezogen werden. Für Mudde ist die Elitenkritik zentraler Bestandteil des Populismus. Für Müller ist Elitenkritik ein notwendiges, aber kein hinreichendes Kriterium zur Bestimmung des Populismus (Mudde 2004; Müller 2016a: 43–44).

Jacob (2016) kritisiert zwei Dinge. *Erstens* erscheint ihm Müllers Kriterium des Anti-Pluralismus nur als ein formales Kriterium Eingang in die Analysen zu finden. Jedoch zeige sich, dass dieser Anti-Pluralismus auf demokratietheoretische Annahmen rekurriert, die nicht ausreichend reflektiert seien. *Zweitens* hebt Jacob bei den ‚Populisten‘ einen bestimmten, verzerrenden Umgang mit „der Realität“ hervor, der seiner Ansicht nach in einer Neubestimmung unseres Begriffs vom Populismus nicht fehlen sollte.

Gebhardt (2016) hebt in seiner Kritik an Müller zunächst hervor, dass es sich bei Populismus um ein „dynamisches Phänomen“ handle, das sich starren Definitionsversuchen zu entziehen wisse. Insofern ist seine Kritik auch als ein Plädoyer gegen eine allgemeine Theorie des Populismus zu lesen. Vielmehr müsse unser Begriff vom Populismus kontextsensibel bleiben, um die verschiedenartigen Ausprägungen eines rechten und linken Populismus in ihrer normativen Qualität angemessen würdigen zu können. So könne gerade die Einbeziehung des politischen Stils von Populisten die Übergänge von rechts-populistischen Akteuren und demokratischen Parteien deutlich machen. Auf dem Feld der Wohlfahrtspolitik erweise sich, dass die Rechtspopulisten nur die „Echokammer der demokratischen Parteien“ darstellten, die in Verteilungskonflikten regelmäßig selbst „sozialmoralisch aufgeladene Feindbilder perpetuieren“ würden.

Jörke (2016) versteht Müllers Ansatz als das Symptom einer Krise der Disziplin. So kritisiert Jörke, dass Müllers Populismusbegriff nicht hinreichend informiert ist über jenen gesellschaftstheoretischen Theoriekomplex, der gemeinhin unter der Postdemokratie rubriziert wird. Weil aber der Populismus ohne die Transformationen der Demokratie gar nicht zu denken sei, erweise sich die Abwesenheit der zentralen Einsichten aus der Postdemokratiedebatte in Müllers Populismusbegriff als dessen zentraler Makel. In dieser ‚Rezeptionsverweigerung‘ meint Jörke dann auch eine bedeutende Schwäche der ‚liberalen Theorie‘ zu entdecken, für die Müller *pars pro toto* stehe: So ignoriere die ‚liberale Theorie‘ nicht nur jene sozioökonomischen Ursachen, die eine Transformation der Demokratie bewirkten. Mehr noch, stehe sie damit auch nicht mehr an der Seite der ‚kleinen Leute‘, die unter den sozioökonomischen Verwerfungen zu leiden hätten. Stattdessen flüchte sich die ‚liberale Theorie‘ in einen zunehmend hilflosen Moralismus.

Ich möchte diese kritischen Perspektiven auf Müllers Thesen um zwei weitere ergänzen, ohne mich direkt den vorangegangenen Positionen anzuschließen. Zum einen stelle ich am praktischen Beispiel der Dresdner PEGIDA dar, welche Potentiale Müllers Begriff hat und inwiefern dies Auswirkungen auf die politische Kulturforschung nach sich ziehen kann. Zum anderen weise ich in kritischer Absicht auf zwei Aspekte in Müllers Theoriebildung hin, die meiner Ansicht nach eine weitere Arbeit am Begriff des Populismus zum eigenen Gewinn berücksichtigen könnte.

4. PEGIDA und der Populismus

Trotz zahlreicher Ableger in Deutschland und Europa und den Bemühungen der Organisatoren, sich international zu vernetzen, bleibt PEGIDA eine Protestbewegung, die vor allem in Dresden erfolgreich mobilisiert und auch noch im Frühjahr und Sommer 2016 Montagabends bis zu 5.000 Unterstützer versammeln kann (Geiges/Marg/Walter 2015; Vorländer/Herold/Schäller 2016). Wenn von PEGIDA gesprochen wird, ist zumeist unklar, welche Perspektive auf die Protestbewegung eingenommen wird. Mal sind enthemmte menschen- und verfassungsfeindlichen Parolen der Anhänger von PEGIDA in

den Kommentarspalten auf der Facebook-Seite der Protestbewegung gemeint, mal sind die von rechtsextremen Kadern offen oder versteckt gesteuerten Organisationsteams der GIDA-Ableger in anderen Städten gemeint.

Die zahlreichen Facetten von PEGIDA werden oft *pars pro toto* für die Demonstranten oder gar das Gesamtphänomen der Protestbewegung genommen, was insbesondere im speziellen Biotop der Dresdner Protestkultur – ihrerseits verkürzend – als ein weiteres Zeichen für eine verzerrte mediale Darstellung von PEGIDA gedeutet wird. Tatsächlich ist PEGIDA eine zum Teil widersprüchliche, in der Zusammensetzung der Anhängerschaft heterogene und in den einzelnen lokalen Organisationsformen stark voneinander abweichende Protestbewegung. Insofern kann es in diesem Milieu auch als äußerst befremdlich wirken, wenn etwa der Mordanschlag auf Henriette Reker in Köln mit PEGIDA in Verbindung gebracht wird.⁶

Aus den zahlreichen Perspektiven, die PEGIDA dem Beobachter bietet, wird im Folgenden die Dresdner Erscheinungsform herausgegriffen. Vor dem Hintergrund der Thesen von Jan-Werner Müller sollen einige ausgesuchte Aspekte der Protestbewegung beleuchtet werden.

Die Analyse von PEGIDA als einer populistischen Bewegung muss zunächst auf den Anti-Pluralismus als zentrales Kriterium blicken. Der deutlichste Hinweis auf einen Anti-Pluralismus bei PEGIDA findet sich in den regelmäßig skandierten Losungen „Wir sind das Volk“ und „Lügenpresse“.⁷ Weitere Indizien finden sich auf Transparenten und Plakaten mit völkisch konnotierten Behauptungen über das wahre und – zumeist – bedrohte Wesen der Deutschen.⁸ Mit Blick auf einen Anti-Pluralismus bei PEGIDA sind es schließlich auch die Reden etwa von Lutz Bachmann, Tatjana Festerling und Götz Kubitschek, denen sich Hinweise auf Vorstellungen entnehmen lassen, mit denen exemplarisch die Losung „Wir sind das Volk“ konkretisiert werden kann. Die Frage danach, wer bei PEGIDA demonstriert, wird in der moralischen Konstruktion eines Antagonismus bei den drei genannten Rednern zwar unterschiedlich beantwortet. Jedoch, und darauf kommt es nach Müllers Definition des Populismus an, finden alle drei Redner ein moralisches Unterscheidungskriterium zwischen dem einheitlich gedachten und unverdorbenen „Volk“ und seinem konstruierten Gegensatz.

Lutz Bachmann sieht in den Demonstranten die Bewahrer einer guten Ordnung des Grundgesetzes, die von realitätsfremden Eliten bedroht werde: So demonstrieren bei PEGIDA Menschen, „um friedlich mit uns ihren Unmut über die Politik unserer Regierung Ausdruck zu verleihen. Laut Grundgesetz geht die Macht vom Volke aus und genau dieses Volk sind nämlich wir!“⁹ Erscheint der ‚frühe‘ Bachmann hier noch als Vertreter eines ‚politik-

6 Ralf Stegner (SPD) eignete sich etwa auf Twitter eine Aussage des Tagesspiegels an, wonach bei dem Attentat auf Reker PEGIDA „mitgestochen habe“ (vgl. https://mobile.twitter.com/Ralf_Stegner/status/655442259069022208; Niewendick 2015). Heiko Maas stellte die Überlegung in den Raum, dass PEGIDA eine Mitverantwortung für das Attentat trage, weil durch das öffentliche Auftreten der Protestbewegung Hemmschwellen gesenkt werden (Tretbar 2015).

7 Die Losung „Wir sind das Volk“ kann bereits für die dritte Kundgebung am 03.11.2014 nachgewiesen werden. „Lügenpresse“ wird dagegen erst einige Veranstaltungen später zu einer häufig gerufenen Losung, nachdem PEGIDA erheblichen medialen Gegenwind erfuhr. „Lügenpresse“ steht unter anderem auch für die anti-pluralistische Auffassung, dass in den Medien nur das vorzukommen habe, was die Ansichten der Demonstranten widerspiegeln.

8 Vgl. etwa die Botschaften vom 12.01.2015: „Multikultur tötet“, „Stoppt maßlose Zuwanderung! Wir wollen eine sichere, soziale, deutsche Heimat“, „1989: Wir sind das Volk! 2014: Wir sind noch das Volk. 2039: Wir waren das Volk“.

9 Lutz Bachmann in seiner Rede vom 03.11.2014.

verdrossenen Verfassungspatriotismus', finden sich bei ihm wenige Monate später erhebliche rhetorische Verschärfungen. Tatjana Festerling dagegen erkennt in den Demonstranten auf den Straßen Dresdens ein wahres und unverfälschtes Volk, das sich von einer „sozialistisch-queer-sexuellen Minderheitslobby“ bedroht fühlen müsse. Die moralische Autorität von PEGIDA wird von Festerling vor dem Hintergrund eines drohenden Angriffs auf die Werte des „patriotischen Ostens“ durch die Alt-68er aus dem „Grünen Reich“ im Westen beschworen.¹⁰ Kubitschek schließlich konstruiert in seinen Reden das „Volk“ in der Gestalt einer Herkunftsgemeinschaft als Chiffre für völkische Semantiken. Auch ein solches Volk sehe sich in seiner Reinheit bedroht durch sinistere Interessen der Eliten, die in Multikulturalität einen Wert erkennen, wo es faktisch jedoch um ‚Umvolkung‘.¹¹ Mit dem Begriff der ‚Umvolkung‘ wird in den Reihen der „Identitären Bewegung“ auf das Konzept des „Großen Austauschs“ Bezug genommen. Gemeint ist damit der, hinter den Kulissen ins Werk gesetzte Plan der Eliten, die „Autochthonen“ durch Fremde auszutauschen.

Die Losungen von den „Volksverrätern“ und der „Lügenpresse“ verweisen auf ein erhebliches Potential einer politisch-kulturellen Entfremdung¹² der Demonstranten von den politischen und medialen Institutionen der Bundesrepublik. Der Vorwurf der „Volksverräter“ knüpft unmittelbar an das geglaubte Versagen der Politik, eine mangelnde Responsivität der politischen Eliten und deren selbst verschuldete Distanz zu den wahren Bedürfnissen des eigenen Volkes an. Ähnliche Ressentiments verbergen sich auch in dem Vorwurf einer „Lügenpresse“, die nicht die Lebenswirklichkeit der einfachen Leute spiegele, sondern ideale Vorstellungswelten einer medialen Elite, die zudem im Verbund mit der Regierung falsche Wahrheiten verbreite (Vorländer/Herold/Schäller 2016: 53 ff.). Exemplarisch dafür kann Lutz Bachmann zitiert werden: „Lasst sie schwatzen in ihren Talkshows, lasst sie diskutieren in ihren Politikrunden und lasst sie rätseln, was sie falsch machen. Sie werden es ohnehin nicht begreifen. Sie haben den Kontakt zur Basis schon lange verloren und ihre Wähler verraten.“¹³

Den Teilnehmern von PEGIDA kann aber schwerlich eine anti-demokratische Haltung attestiert werden. So handelt es sich dem Selbstverständnis der Teilnehmer der Demonstrationen nach zunächst um eine emanzipative Protestbewegung, die an die erfolgreiche, friedliche Revolution von 1989 anschließt.¹⁴ Das Demokratieverständnis der Bewegung wie auch ihrer Anhänger ist jedoch jenseits deren Selbstverständnisses differenziert zu betrachten: In der teilweise naiven und vereinfachenden Darstellung der eigenen Gruppe als moralische Repräsentation des ganzen deutschen Volkes herrscht spiegelbildlich auch eine unterkomplexe Vorstellung von den Prozessen der Willensbildung und Entscheidungsfindung in liberalen Demokratien vor. Die Klage über die mangelnde Responsivität der politischen Eliten wird in eine Vorstellung von der Demokratie umge-

10 Tatjana Festerling in ihren Reden vom 09.03., 30.03. und 06.04.2015. Zur Bedeutung der spezifischen Konfliktlinien zwischen einem ‚ostdeutschen Volk‘ und ‚westdeutschen Eliten‘ im Kontext von PEGIDA vgl. Schäller (2016).

11 Vgl. die Reden von Kubitschek am 09.02. und 02.03.2015. Vgl. zu Kubitschek auch den instruktiven Briefwechsel mit Armin Nassehi (2014: 300-330).

12 Wohl handelt es sich auch in einigen Fällen um eine seit 25 Jahren ausbleibenden Aneignung der Institutionen. In diesen Fällen fehlt es bereits an den Voraussetzungen für politisch-institutionelle Entfremdungsprozesse.

13 Rede von Lutz Bachmann am 15.12.2014.

14 Davon zeugen neben der Losung „Wir sind das Volk“ und der Besetzung des öffentlichen Raumes an einem Montagabend vor allem auch die Behauptung von „friedlichen Abendspaziergängen“ als Anschluss an das Motto „Keine Gewalt“ der Demonstrationen von 1989.

münzt, die nach dem Bestellerprinzip funktioniert: Das Volk artikuliert seinen Willen auf der Straße und die Politik habe zu liefern (Vorländer/Herold/Schäller 2016: 106 ff.).

In diesem Kontext eines vereinfachten Demokratieverständnisses sind auch die immer wieder und zuletzt am 20.06.2016 vorgebrachten Überlegungen zur Gründung einer eigenen Partei oder die Zusammenarbeit mit der Alternative für Deutschland (AfD) zu sehen. PEGIDA verstehe sich so zunächst als außerparlamentarische Bürgerbewegung, die als Kontrollorgan der ihr inhaltlich nahestehenden AfD auftreten müssen, da auch die AfD und ihre Funktionsträger unausweichlich den korrumpierenden Verlockungen des parlamentarischen Systems ausgesetzt seien. Hier rückt Bachmann PEGIDA in die funktionale Nähe der *Tea Party*-Bewegung, die ihrerseits das Abstimmungsverhalten der republikanischen Mandatsträger permanent überwacht und gegebenenfalls die Unterstützung entzieht. Gleichzeitig führt dieses Misstrauen gegenüber der AfD zu der Überlegung, die Parteigründung zu vollziehen, weil nur so garantiert sei, dass der wahre Volkswille unverfälscht in die Parlamente einziehen könne.

Abschließend soll noch auf einen letzten Aspekt eingegangen werden: In den Eingangs kurz zusammengefassten Thesen Müllers wurden insbesondere auch jene Aspekte betont, die keinesfalls zur Bestimmung des Populismus herangezogen werden sollten, um den alltäglichen Verwendungsweisen des Begriffes zu entgehen: Danach sollen sich Populismus und Populisten nicht über ihre Anhängerschaft identifizieren lassen. Die so gewonnenen Kriterien seien keinesfalls allein dem Populismus eigen.¹⁵ Damit kritisiert Müller insbesondere die Diskurse zur „sozialen Deprivation“, in denen Populismus über die individuellen Einstellungsmerkmale der Anhänger populistischer Bewegungen erklärt wird. Danach seien insbesondere jene Personen besonders empfänglich für populistische Botschaften, die aus sozioökonomischen Transformationsprozessen als Verlierer hervorgehen und ihre eigene drohende oder bereits vollzogene Prekarisierung in eine Neigung zum Populismus ummünzen.

Mit Blick auf die Anhängerschaft von PEGIDA lässt sich dieser Einwand von Müller unterstreichen. In Dresden sind im Winter 2014/2015 für PEGIDA Personen auf die Straßen gegangen, die mit Blick auf ihren sozioökonomischen Status oder auf die wahrgenommenen Bedrohungen dieses Status mehrheitlich kaum als sozial Deprivierte beschrieben werden können. Stattdessen handelt es sich bei den Demonstranten mehrheitlich um vielfältige Formen der Politikverdrossenheit und einer Entfremdung von den Institutionen der repräsentativen Demokratie (Vorländer/Herold/Schäller 2016: 105 ff.). Nähme man die ‚soziale Deprivation‘ von populistisch eingestellten Individuen zum Definitionsmerkmal, dann machten im Umkehrschluss die Anhänger von PEGIDA aus dieser Protestbewegung zumindest keine populistische Bewegung, was intuitiv falsch zu sein scheint. Daraus leitet sich eine empirisch begründete Vermutung über die Angemessenheit von Jan-Werner Müllers Vorschlag ab, von der Anhängerschaft als Definitionsmerkmal des Populismus abzusehen.

15 Vgl. einschränkend und mit Blick auf die individuellen Einstellungen von Wählern populistischer Parteien zum Pluralismus die Fußnote 7 in Müller 2016b.

5. Populismus in der politischen Kulturforschung

Daran lässt sich unmittelbar die Frage anschließen, wie Populismus in der politischen Kulturforschung gemessen werden kann, was dabei gemessen wird und ob diese Messungen einen angemessenen Bezug zu einem Populismusbegriff herstellen lassen. Dahinter steckt die Frage, ob der politisch in Erscheinung tretende Populismus identisch ist mit den Einstellungen, die für ihn empfänglich machen.

Müller weist darauf hin, dass es wenig aussichtsreich erscheint, den Populismus an seiner Anhängerschaft erkennen zu wollen (Müller 2016a: 29 ff.). Es bestehe mithin eine Differenz einerseits zwischen den Populisten sowie ihren ideologischen Positionen und Strategien, mit denen sie öffentlich um Zustimmung kämpfen und andererseits jenen Individuen, die sich aufgrund bestimmter Einstellungsmerkmale für diese Strategien aufgeschlossen zeigen. Mit anderen Worten, der explizite Anti-Pluralismus einer populistischen Bewegung muss nicht unbedingt als subjektive Disposition zum Einstellungshaushalt einer Person gehören, die einer populistischen Bewegung zuneigt. Insofern stellt sich die Frage, wie und was in der politischen Kulturforschung gemessen wird, wenn ‚Populismus‘ gemessen wird.

Der jüngste Sammelband von Andreas Zick und Beate Küpper (2015) stellt sich diesem Problem am Beispiel der Messung von Rechtspopulismus. Zunächst wird Rechtspopulismus definiert als „volkstümlich und rebellisch-autoritäre Verkündung extremer rechter Theoreme auf der Basis emotionalisierter Agitation“, um sich der „propagandistischen Simplifizierungen in Anlehnung an ‚des Volkes Stimme‘“ zu bedienen (Küpper/Zick/Krause 2015: 24). Auf der Grundlage dieser Definition wird ein empirisches Modell des Rechtspopulismus entworfen, das aus vier zentralen Dimensionen sowie zwei ergänzenden Dimensionen besteht.¹⁶ Zu diesen Dimensionen zählen Fremdenfeindlichkeit, Abwertung von Muslimen, Asylsuchenden sowie von Sinti und Roma, Law-and-Order-Autoritarismus und Demokratiemisstrauen. Ergänzend kommen die Dimensionen der kollektiven Wut und einer negativen Haltung zur EU hinzu. Aus diesen Dimensionen lässt sich den Autoren zufolge ein sogenannter Mittelwertindex „Rechtspopulismus“ bilden. Dafür werden für jede dieser Dimensionen befragten Personen Aussagen vorgelegt, auf die mit zustimmendem oder ablehnendem Antwortverhalten reagiert werden kann.

Die Kritik an diesem Vorgehen kann an zwei Punkten ansetzen. Zunächst kann der Definition des Rechtspopulismus wenig über die Vorstellung der Autoren entnommen werden, was das Spezifische am Populismus sein soll. Die vorgelegte Definition von Küpper, Zick und Krause scheint ebenso gut auf das Wahlkampfverhalten der NPD zu passen. Damit kann zwar auch gesagt sein, dass die NPD im Wahlkampf rechtspopulistisch agiert. Aber es scheinen Unterschiede zwischen der NPD auf der einen Seite und etwa der AfD, PEGIDA, aber auch der FPÖ und anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa zu bestehen. Analog dazu trifft diese Kritik dann auch die Dimensionen der Messung individueller Neigungen zum Rechtspopulismus: Es scheint keine klare Abgrenzung zum Rechtsextremismus zu geben. Küpper, Zick und Krause (2015: 36 ff.) diskutieren zwar das Merkmal von Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft als theoretisches Abgrenzungsmerkmal zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. In ihren Daten zeigt sich aber, dass die Akzeptanz und die Bereitschaft zur Gewalt mit den anderen Dimensionen des Rechtspopulismus zusam-

16 Diese Vorgehensweise wird analog zur Messung des Rechtsextremismus gewählt. Vgl. dazu die Konsensdefinition des Rechtsextremismus bei Decker/Brähler (2006).

menhängen. Die Unterscheidbarkeit zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus benötigt in diesem empirischen Modell womöglich eine weitere Schärfung.

6. Kritik

Wenn nun Müllers Thesen zum Populismusbegriff einer Kritik unterzogen werden sollen, so zeigt sich zunächst folgendes Problem: Der Versuch, ein auf Einfachheit und Trennschärfe angelegtes Modell zu verbessern, läuft darauf hinaus, weitere Aspekte hinzuzufügen. Diese drohen dann jedoch, das Modell komplexer zu machen, womit das besondere Kriterium der Trennschärfe eingebüßt werden mag. Ich möchte stattdessen *erstens* die Bedeutung der von Müller ins Spiel gebrachten intermediären Institutionen in ein anderes Licht rücken und *zweitens* auf einen spezifischen Sprachgebrauch von Müller hinweisen, der für einige Missverständnisse in der Rezeption verantwortlich gemacht werden kann. Gleichwohl wird mein Vorschlag für einen präziseren Gebrauch zu einer umständlicheren Lösung führen.

Müller hebt *erstens* den systematischen Platz der Kritik der Populisten an intermediären Institutionen für das Binnenverhältnis zwischen den Anhängern und ihren Führern hervor. So nehmen intermediäre Institutionen, wie etwa Medien, Vereine, Verbände, Parteien und andere gesellschaftliche Sozialisationsagenturen für die repräsentative Demokratie eine bedeutende Rolle ein. Hier werden die vielen Einzelwillen eingespeist, Interessen miteinander vermittelt, aber auch die Bürger in ‚Laboren des Demokratielernens‘ in ihre Bürgerschaft hineinsozialisiert. Insbesondere die Sozialisationsagenturen, von den Schulen über die Gewerkschaften bis hin zu den Kirchen, gelten als potentielle Ressourcen des Gemeinsinns. Jedoch gehen die Bindungskräfte bei den meisten Sozialisationsagenturen zurück: Parteien, Gewerkschaft und Verbände kämpfen mitunter seit Jahrzehnten gegen den Mitgliederschwund. Dies wird bereits als ein weiteres Indiz für die Krise der repräsentativen Demokratie gelesen, die auf diese vopolitischen Generatoren eines Gemeinsinns zunehmend verzichten muss (Vorländer 2016).

Müllers Interesse an den intermediären Institutionen zeigt sich vor allem dort, wo am Umgang mit diesen Institutionen populistische Strategien deutlich werden. Und dennoch erscheint mir das Verhältnis von intermediären Institutionen und dem Aufkommen des Populismus mit Fragen behaftet zu sein. Müller hebt zu Recht hervor, dass es Populisten insbesondere um die Ausschaltung von intermediären Institutionen geht; dass es ihnen darum geht, einen direkten Draht zwischen sich und dem „Volk“ zu etablieren. Weiterhin geht es Populisten aber nicht nur um die pauschalisierende Kritik an Parteien, Gewerkschaften oder Medien, sondern auch, sofern sie an die Macht kommen, um die Einschränkung der Arbeit von intermediären Institutionen bis hin zu deren Abschaffung (Müller 2016a: 70 ff.).

Insbesondere an PEGIDA kann man aber auch lernen, dass die Abwesenheit gut funktionierender intermediärer Institutionen im Osten der Republik bereits als eine notwendige Voraussetzung für das Aufkommen von Rechtspopulismus verstanden werden kann. Es stellt sich also auch die Frage, ob der Erfolg von Populisten von schwachen intermediären Institutionen befördert wird. Mehr noch: Mit Facebook steht ein Instrument bereit, das gerade die vermittelnden Institutionen der repräsentativen Demokratie zu überbrücken hilft, eine Direktheit in der Ansprache von Themen und Politikern ermöglicht und dies bei gleichzeitiger Ausschaltung klassischer Medien und hergekommener Vermittlungswege, etwa dem aufwändigen Gang in das Abgeordnetenbüro oder die Ortsvereinsitzung. An PEGIDA kann die Bedeutung von Facebook als einzigem Kommunikationsmedium mit den eigenen

Anhängern für den Erfolg der Bewegung studiert werden. Damit stellt sich nicht allein die Frage danach, was im Fall von PEGIDA das vorausgehende Phänomen war. Vielmehr zeichnet sich auch eine, vor dem Hintergrund von Montesquieu und den Federalists, erneut zu lernende Lektion über die Bedeutung und Funktionsweise intermediärer Institutionen für die repräsentative Demokratie und ihrer Robustheit gegenüber populistischen Verlockungen ab. Denn die zum Teil maßlosen Forderungen an die Politik, verbunden mit der Erwartung einer sofortigen und unverfälschten Umsetzung, erlangen gerade in jenem Milieu an Plausibilität, wo die komplexen, zum Teil bremsenden Prozeduren der Willensbildung und Entscheidungsfindung nicht geschätzt werden und wo der Wert intermediärer Institutionen nicht praktisch erlernt und erlebt wurde. Am Unterstützermilieu der Dresdner PEGIDA lässt sich folglich studieren, wie „eine Entkoppelung von Demokratie als repräsentativem politischen Entscheidungssystem und Demokratie als gesellschaftlicher Lebensform“ (Vorländer 2011: 8) eine Krise der repräsentativen Demokratie indiziert.

Zweitens scheint mit Blick auf bereits vorangegangene Debatten ein wesentliches Missverständnis zwischen Müller und seinen Kritikern seine Ursache darin zu finden, dass Müller häufig davon spricht, Populisten seien antidemokratisch, weil sie antipluralistisch sind. Dies konnte unter anderem auf der Wiener Populismus-Tagung von Oliver Marchart im Juni 2016 besichtigt werden. Die These Müllers, Populisten seien antidemokratisch, wurde so etwa von Chantal Mouffe, die ihrerseits das Projekt eines die Demokratie revitalisierenden Linkspopulismus vertritt, als Vorwurf an die eigene Adresse empfunden. Die entsprechende Passage in Müllers Essay ist in dieser Hinsicht vieldeutig. Was dort aber auf jeden Fall als Unterscheidung verloren geht, ist die Differenz zwischen alter, kleinräumiger und direkter Demokratie und neuer konstitutioneller Repräsentativdemokratie (Müller 2016a: 14). Populisten sind, wenn ich Müller richtig lese, zunächst und zuerst Feinde der liberalen Demokratie, Feinde der Verschmelzung demokratischer Praxen mit liberalen, konstitutionellen Fesseln als Methode, in die ‚gefährlichen‘ Entscheidungen des Demos etwas Vernunft zu träufeln. Müller fängt diese Differenz in den anderen Charakterisierungen der Populisten als Anti-Liberale und Anti-Pluralisten wieder ein. Aber das lesen und hören scheinbar nicht immer alle. Die präzisere, jedoch auch umständlichere Formulierung könnte daher lauten, dass der Populismus ein anti-konstitutionelles Projekt ist und sich gerade gegen die moderierende Funktion liberaler Elemente in einer ansonsten schönen, reinen und unmittelbaren Demokratie richtet.

Literatur

- Applebaum, Anne, 2016: Is this the end of the West as we know it? In: Washington Post Online vom 04.03.2016. https://www.washingtonpost.com/opinions/donald-trump-and-the-end-of-nato/2016/03/04/e8c4b9ca-e146-11e5-8d98-4b3d9215ade1_story.html, 26.06.2016.
- Bahners, Patrick, 2016: Die Abdankung der politischen Klugheit. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.06.2016, 11.
- Bude, Heinz, 2016: Die neue soziale Spaltung. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 10.04.2016, 28.
- Decker, Oliver / Brähler, Elmar 2006 (Hg.): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin.
- Fischer, Karsten, 2016: Vom Nutzen und Nachteil der Angst in der Politik. In: Huffington Post vom 01.04.2016. http://www.huffingtonpost.de/karsten-fischer-de/nutzen-nachteil-angst-politik_b_9583236.html, 26.06.2016.

- Gebhardt, Richard, 2016: „...but I know it when I see it!“ Ein Kommentar zu Jan-Werner Müllers „Was ist Populismus?“ In: Theorieblog vom 02.06.2016. <http://www.theorieblog.de/index.php/2016/06/mueller-buchforum-2-but-i-know-it-when-i-see-it>, 26.06.2016.
- Geiges, Lars / Marg, Stine / Walter, Franz, 2015: PEGIDA. Die dunkle Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld.
- Haupt, Friederike, 2016: „Fremd im eigenen Land“. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 05.06.2016, 3.
- Herzinger, Richard, 2016: Die Wiedergänger des Nationalen ruinieren den Westen. In: Welt Online vom 08.05.2016. <http://www.welt.de/155160597>, 26.06.2016.
- Jacob, Daniel, 2016: Wie populistische Opposition den demokratischen Pluralismus gefährdet. In: Theorieblog vom 31.05.2016. <http://www.theorieblog.de/index.php/2016/05/buchforum-jan-werner-mueller-wie-populistische-opposition-den-demokratischen-pluralismus-gefahrdet>, 26.06.2016.
- Jörke, Dirk, 2016: Moralismus ist zu wenig. Eine Entgegnung auf „Was ist Populismus?“ von Jan-Werner Müller. In: Theorieblog vom 07.06.2016. <http://www.theorieblog.de/index.php/2016/06/moralismus-ist-zu-wenig-eine-entgegnung-auf-was-ist-populismus-von-jan-werner-mueller>, 26.06.2016.
- Köppel, Roger, 2016: Warum wir den angeblichen Populisten dankbar sein sollten. In: Weltwoche vom 09.06.2016, 5.
- Küpper, Beate / Zick, Andreas / Krause, Daniela, 2015: Pegida in den Köpfen. Wie rechtspopulistisch ist Deutschland? In: Andreas Zick / Beate Küpper (Hg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn, 21–43.
- Mouffe, Chantal, 2016: In defence of left-wing populism. In: The Conversation vom 29.04.2016. <http://theconversation.com/in-defence-of-left-wing-populism-55869>, 26.06.2016.
- Mudde, Cas, 2004: The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition 39, 4, 542–563. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>
- Müller, Jan-Werner, 2014: „The People Must Be Extracted from Within the People“: Reflections on Populism. In: Constellations 21, 4, 483–493.
- Müller, Jan-Werner, 2016a: Was ist Populismus? Ein Essay, Frankfurt (Main).
- Müller, Jan-Werner, 2016b: Was ist Populismus?. In: Zeitschrift für Politische Theorie 2, 187–201.
- Nassehi, Armin, 2014: Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss, München.
- Niewendick, Martin, 2015: Pegida hat in Köln mitgestochen. In: Tagesspiegel Online vom 17.10.2015. <http://www.tagesspiegel.de/politik/messerangriff-auf-henriette-reker-pegida-hat-in-koeln-mitgestochen/12463410.html>, 26.06.2016.
- Patzelt, Werner, 2016: So haben wir uns die Willkommenskultur nicht vorgestellt! In: The European vom 10.05.2016. <http://www.theeuropean.de/werner-patzelt/10943-die-afd-gleicht-einer-magmaschicht>, 26.06.2016.
- Schäller, Steven, 2016: PEGIDA und der fremde Westen: In: Sächsische Zeitung vom 08.08.2016, 20.
- Tretbar, Christian, 2015: Justizminister Maas: „Pegida senkt die Hemmschwellen“. In: Tagesspiegel Online vom 18.10.2015. <http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-attentat-auf-ob-kandidatin-henriette-reker-justizminister-maas-pegida-senkt-die-hemmschwellen/12464178.html>, 26.06.2016.
- Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schäller, Steven, 2016: PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden.
- Vorländer, Hans, 2016: Wenn das Volk gegen die Demokratie aufsteht: Die Bruchstelle der repräsentativen Demokratie und die populistische Herausforderung. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Vielfalt in Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge?, Gütersloh, 61–76.
- Vorländer, Hans, 2011: Spiel ohne Bürger. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.07.2011, 8.
- Zick, Andreas / Küpper, Beate, 2015 (Hg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn.

Replik

Jan-Werner Müller

Ich danke Karin Priester, Dirk Jörke und Steven Schäller sehr für ihre ausführlichen Kommentare zu meinem Populismus-Essay. Ein Essay ist bekanntermaßen ein Versuch; er will etwas zu fassen bekommen, manchmal auch unter dem Druck der politischen Ereignisse; er versucht anzuregen; er lädt zu produktivem Widerspruch ein. Es freut mich, dass der Essay zumindest im Falle der drei hier vertretenen Kommentatoren offenbar derartige Wirkungen hatte.

Ich habe viel von Karin Priesters Arbeiten über Populismus gelernt. Wie man sieht, hat sie nicht wenig an meiner Theorie auszusetzen – wobei mir letztlich nicht klar wurde, ob sie meinen Ansatz angesichts existierender Studien für schlicht überflüssig oder für innovativ, aber letztlich doch fehlgeleitet hält. Ich kann nicht auf jeden Kritikpunkt einzeln eingehen und beschränke mich auf grundsätzliche Argumente über das Verhältnis zwischen populistischen Politikern und dem real existierenden Volk.

Vielleicht habe ich mich missverständlich ausgedrückt – aber meine These ist nicht, dass Populisten de facto so etwas wie ein imperatives Mandat erhalten (im Übrigen folgt aus der Auseinandersetzung mit dem populistischen Mandatsverständnis auch nicht die „Hauptthese“ des Buches; die Hauptthese ist, dass Populisten nicht nur Eliten im Namen des Volkes kritisieren, sondern grundsätzlich anti-pluralistisch eingestellt sind und einen moralischen Alleinvertretungsanspruch eines vermeintlich ‚wahren‘, homogenen Volkes anmelden). Populisten *tun so*, als hätten sie eine Art imperatives Mandat erhalten (wobei das Volk in seinen Entscheidungen natürlich völlig frei bleibt, was aber, anders als Karin Priester suggeriert, nicht wirklich etwas mit der Idee des freien Mandats zu tun hat).

Das Volk, so scheint es dann, spricht und agiert direkt durch die Populisten. Insofern ist die von Karin Priester ins Spiel gebrachte Vorstellung einer Symbiose von Volk und populistischen Führungsfiguren hier durchaus berechtigt, verstärkt aber im Grunde genau das Argument, Populisten suggerierten, es gäbe so etwas wie einen direkten Befehl des Volkes, der von den Politikern nur vollstreckt werden müsste (interessanterweise bestätigen Steven Schällers empirische Untersuchungen über Pegida diese These. Schäller spricht von einer „Bestellungsdemokratie“: Das Volk bestellt mit eindeutigen Aufträgen, die Politiker sollen liefern – wobei die Pegida-Demonstranten dann, um im Bild zu bleiben, so etwas wie Reklamation melden). Dieser eindeutige Auftrag ist jedoch eine Fiktion

(auch im Falle von ‚Verträgen mit dem Volk‘ – wobei zwischen den Beispielen, die Karin Priester in diesem Zusammenhang anführt, ein großer Unterschied besteht: Clintons „Covenant“ war eine zivilreligiöse Metapher; Gingrichs „Contract with America“ erhob den Anspruch einer detaillierten Handlungsanweisung).

Ein landläufiges Urteil, wonach Populisten vielleicht im Auftreten etwas grob, aber in der Sache doch gut für die Demokratie sein könnten, weil sie ‚das Volk‘ wieder irgendwie näher an die Politik heranbrächten, ist nicht zu halten. Populisten wollen gar nicht prinzipiell ‚mehr Volksbeteiligung‘, wie es Verfechter des imperativen Mandats fordern. Sie streben keine Umgestaltung der politischen Systeme in Richtung mehr direkter Demokratie und Kontrolle durch die Wähler an; höchstens wollen sie bisweilen ein Referendum nutzen, um zu demonstrieren, dass die derzeit Mächtigen den vermeintlich wahren Volkswillen nicht umsetzen.

Zudem sind Populisten – auch hier entgegen dem, was häufig behauptet wird – an einer Repräsentation politischen *Willens* gar nicht wirklich interessiert. Was Populisten als authentischen Volkswillen bezeichnen, ist keine empirische Größe, die sich aus komplizierten, langen, vielleicht oft auch nervigen Diskussionen erst herausbilden muss. Vielmehr wird der ‚wahre Volkswille‘ aus einer symbolischen Repräsentation des ‚wahren Volkes‘ abgeleitet – was immer impliziert, dass Bürger, die laut Populisten auf irgendeine Art nicht dem *real people* angehören, ausgeschlossen werden können. Ergo: Populisten wollen keinen ergebnisoffenen politischen Diskussionsprozess unter den Bürgern, sondern kennen die richtige – weil vom Volksbegriff symbolisch korrekte – Antwort immer schon vorher. Es geht also nicht um so etwas wie Rousseaus *volonté générale* (der von Populismusforschern wie Cas Mudde evoziert wird); vielmehr gilt es, so etwas wie einem ‚authentischen Volksgeist‘ Geltung zu verschaffen.

Ein Beispiel für diese aus Sicht von Skeptikern vielleicht allzu steile These. Man denke nur an Viktor Orbáns Referendum zu der Frage, ob Brüssel in Ungarn Migranten ansiedeln dürfe, das Anfang Oktober 2016 an zu geringer Beteiligung scheiterte. Anders als populistische Verlierer anderswo, konnte Orbán schwerlich behaupten, korrupte Eliten hätten die Verfahren zu ihrem Vorteil manipuliert – denn das ganze Prozedere war bekanntermaßen nach Gutdünken von Orbán gestaltet worden (und wurde zudem noch mit einer für die Steuerzahler 35 Millionen Euro teuren Kampagne gegen Flüchtlinge flankiert). Trotzdem fand der ungarische Premier einen Weg, das für ihn eher peinliche Ergebnis vom Tisch zu wischen: 98 Prozent der Referendumsteilnehmer hätten im Sinne der Regierung gestimmt; wer zuhause geblieben war, wurde von der Regierungspartei kurzerhand einer schweigenden Mehrheit zugeschlagen, welche ganz offenbar mit der Regierungslinie übereinstimme. Mit anderen Worten: die moralisch korrekte Antwort, letztlich basierend auf der ungarischen, allein von Orbáns Fidesz-Partei richtig verstandenen nationalen Identität, war im Grund schon vorher klar gewesen und wurde nun, offenbar ganz unabhängig vom empirischen Ergebnis, bestätigt.

Dies ist ein Extrembeispiel. Aber ganz generell bleibe ich auch – auf einen weiteren Kritikpunkt von Karin Priester eingehend – bei meinem Argument, dass Populisten der Tendenz nach Prozeduren, welche ihren moralischen Alleinvertretungsanspruch nicht bestätigen, immer wieder in Frage stellen. Man denke nur an die Anfechtung der Präsidentschaftswahl in Österreich (wo sich FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache inzwischen als „Bürgerkanzler“ bezeichnet – ergo: der offizielle Kanzler arbeitet gar nicht wirklich für die Bürger); oder man erinnere sich an die Statements von Donald Trump vor dem 8. November, als er die Frage offen ließ, ob er einen möglichen Clinton-Sieg auch anerkennen

würde. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Selbstverständlich kann jeder Bürger bestehende demokratische Institutionen und auch Wahlsysteme kritisieren. Was nicht geht, ist wie die Populisten de facto zu behaupten: „Dass wir nicht gewinnen, zeigt, dass wir gar nicht in einer Demokratie leben.“

Das schließt nicht aus, dass andere Akteure auch manchmal versuchen, Wahlergebnisse auszuhebeln, wie Karin Priester anmerkt. Aber sie tun dies eben nicht mit dem Hinweis auf das wahre Volk, dessen einzige authentische Repräsentanten sie angeblich seien. Angela Merkel hat bekanntlich eine Tendenz zum technokratisch oder moralisch motivierten Ausschluss gewisser Gegenpositionen (wobei es mir aber naiv erscheint, wie Karin Priester anzunehmen, Merkel habe bei der Öffnung der Grenzen 2015 ausschließlich aus moralischen Gründen gehandelt). Was aber fehlt, genauso wie bei den Trump-Gegnern, die den Immobilienmogul nun als illegitimen Präsidenten bezeichnen, ist der Verweis auf das Volk, das doch immer recht habe oder der Appell an die schweigende Mehrheit, welche von korrupten Eliten daran gehindert worden sei, sich frei zu artikulieren. Solche Argumente findet man nur bei Populisten, für die das wahre Volk nichts falsch machen kann (worauf der von Karin Priester monierte Ausdruck „moralisch rein“ verweist: Das wahre Volk der Populisten ist stets unverdorben und tugendhaft).

Es stimmt schlicht nicht, wie Karin Priester behauptet, dass alle Parteien, die nach Macht streben, Anhänger mit Alleinvertretungsansprüchen zu mobilisieren versuchen. Natürlich sagt jede Politikerin, sie habe Recht, und wer immer sich als Gegnerin präsentiert eben nicht. Aber erstens gab und gibt es auch Parteien, welche ganz offen Partikularinteressen vertreten; und zweitens respektieren demokratische Politiker ihre Gegner prinzipiell als legitime Repräsentanten. Populisten hingegen werden immer gleich persönlich; alles wird zu einer moralischen Charakterfrage. Trumps Äußerungen über seine Kontrahentin waren ein Extremfall dieses populistischen Musters; sie waren keine Ausnahme.

All diese Gedanken stellen in keiner Weise Theorien von Volkssouveränität in Frage. Sie sollen aber sensibilisieren für Situationen, in denen à la Schmitt, ein „wahres Volk“ gegen empirische (nach Schmitt: rein „statistische“) Wahlergebnisse ausgespielt wird.¹ Man denke an Norbert Hofer mit seinem Satz, sein Kontrahent sei im Mai 2016 zwar „gezählt“, aber nicht „gewählt“ worden. In der Demokratie wird aber – so eine Formulierung von Claude Lefort – die Substanz durch nichts als Zahlen ersetzt. Und ‚Volk‘ ist ein dynamischer Willensbildungsprozess, keine feststehende politische Größe, deren wahre Identität nur der Populist kennt.²

Nun mag es aufgrund des bisher Gesagten so scheinen, als sei Populismus ganz und gar eine Sache von Fiktionen – eine Art *fantasy politics* – oder, deutlicher gesagt: Lügen. Ich stimme Karin Priester zu, dass eine solche Vorstellung falsch wäre. Populismus verweist auf reale Probleme, produziert aber auch reale Gefahren (wobei mir nicht klar wurde, warum Priester vor allem die von ihr festgestellte „Ambivalenz zwischen rechts und links“ als eine Gefahr sieht – nicht alle Populisten sind irgendeine Art Nationalbolschewisten). Und wer von realen Gefahren redet, darf von möglichen realen Ursachen nicht schweigen. Das bringt mich zu der Kritik von Dirk Jörke. Mir leuchtet nicht ganz ein, warum Demokratietheorie zu reinem Moralisieren verkommt, wenn sie erst einmal Gefahren

1 Dass Populisten keine Advokaten von Volkssouveränität sind, sondern eher von so etwas wie Volksgeist zeigt indirekt auch Richard Tucks (2016) *The Sleeping Sovereign*.

2 Zu der Idee von Volk als Prozess siehe auch das wichtige Buch von Paulina Ochoa Espejo (2011) *The Time of Popular Sovereignty: Process and the Democratic State*.

für die Demokratie deutlich identifiziert. Ohne Begriffsbildung geht gar nichts; gerade angesichts des inflationären Gebrauchs des Wortes Populismus (wobei sich in derzeitigen Diskursen sicherlich oft ein Wort einstellt, gerade weil ein Begriff fehlt), muss jede Form von Verstehen mit Unterscheidungen beginnen. Wenig hilfreich ist es dann, erst einmal „Theorie“ gegen „Wirklichkeit“ auszuspielen. Wie soll sich denn letztere ohne Theorie überhaupt fassen lassen? Zumal „Postdemokratie“ oder Thomas Franks (2005) Thesen über den Konservatismus der amerikanischen Arbeiter nicht „die Wirklichkeit“, sondern natürlich auch Theorien sind – und zwar solche, gegen die sich viele empirische Einwände vorbringen lassen (ich habe versucht, dies im Essay im Fall der „Postdemokratie“-These zu zeigen; Larry Bartels (2006) hat die einschlägige Kritik zu Franks Studie verfasst).

Klar unterscheiden und identifizieren heißt nicht, dass man die Populisten nun sofort selber moralisch ausgrenzt oder gar für psychisch krank erklärt (ich habe Richard Hofstadters (2008) These vom „paranoid style“ gerade nicht dahingehend ausgelegt, dass die Anhänger populistischer Parteien immer paranoid seien, sondern nur auf die Rhetorik der Anführer hingewiesen; darüber hinaus wird im Buch immer wieder davor gewarnt, es sich mit der Idee, Populisten und ihre Wähler seien eigentlich alle Fälle für liberale Polit-Therapie, zu einfach zu machen).

Ganz allgemein gilt darüber hinaus: Man kann analytisch zwischen Erfassen eines bestimmten politischen Phänomens und der Erforschung der Ursachen dieses Phänomens trennen. So mag mancher Hannah Arendts Versuch, die Kernelemente des Totalitarismus zu fassen, überzeugend finden und doch gleichzeitig ihre historische Darstellung, wie es überhaupt zu Totalitarismus kommen konnte, für falsch oder überholt halten. Es wäre aber merkwürdig zu behaupten, das Problem an Arendts Theorie bestehe darin, dass sie das ganze ja nur gemacht habe, um sich als Gutmensch darzustellen – so wie bei Jörke jede normative Theorie, die nicht einhergeht mit der eigenen Lieblingstheorie über empirisch-historische Ursachen, automatisch als hilfloser Moralismus gescholten wird.

Deshalb sei ganz klar gesagt: wer Populismus als Gefahr für die Demokratie identifiziert, muss deswegen nicht behaupten, mit einzelnen Demokratien habe es bis zur Ankunft der vermeintlichen Schmutzkinder der Politik alles zum Besten gestanden. Benjamin Arditi hat Recht, wenn er Populisten mit betrunkenen Gästen bei einer Dinner Party vergleicht (vgl. Arditi 2005: 90 f.). Vieles, was sie sagen, ist anstößig, aber manches stimmt auch, nur hatte es sich bisher keiner zu sagen getraut. Jedoch besteht ein Unterschied zwischen dem Urteil, dass beispielsweise in der Türkei oder Bolivien viele Teile der Bevölkerung vom politischen Prozess ausgeschlossen waren und deswegen Politiker wie Erdogan und Morales durchaus auch demokratische Verdienste haben, und der Theorie, dass nur ein populistischer Alleinvertretungsanspruch die politischen Verhältnisse grundsätzlich ändern kann (so, sehr verkürzt gesagt, die These von Laclau, wenn er Populismus und das Politische in eins setzt).

Es ist erfreulich, dass Steven Schällers differenzierter, an empirischen, aber auch theoretischen Beobachtungen reicher Kommentar noch einmal zeigt, dass man es sich mit der Ursachenforschung zu Populismus nicht zu einfach machen darf. Sicherlich lassen sich gewisse soziologische Muster nachweisen; wer Populisten folgt, ist keine Sache des Zufalls. Aber Schällers Untersuchungen zeigen auch, dass es gerade nicht immer nur die „sozial Depravierten“ sind, welche für populistische Rhetorik offen sind. Es ist erstaunlich, wie oft wir die Populisten als große Vereinfacher abstempeln – dann aber selber die sehr simplen Erklärungen der Populisten, was ihren eigenen Erfolg angeht, einfach mal so

akzeptieren. Alles Globalisierungsverlierer? Wird schon stimmen, sagen da auch liberal-demokratische Beobachter...

Ich muss zuletzt aber auch noch auf einen Dissens mit Schäller hinweisen. Für mich ist Populismus nicht nur „anti-konstitutionell“ (so Schällers Formulierung) oder im weitesten Sinne antiliberal. Eine politische Ordnung kann mehr oder weniger konstitutionalisiert sein; Liberalismus und Demokratie sind nicht Synonyme. Populisten stellen aber nicht nur Beschränkungen für Mehrheiten durch Verfassungen in Frage oder unterminieren den Rechtsstaat. Wer den politischen Gegner nicht als legitim anerkennt und von der Tendenz her Minderheiten ausschließen möchte, gefährdet die Demokratie. Sicherlich besteht hier eine Gefahr, den Demokratiebegriff zu überdehnen. Aber was mir auf jeden Fall falsch erscheint, ist der Versuch, Demokratie auf eine Wahl zur Mehrheitsfindung zu reduzieren und völlig von für die Demokratie konstitutiven Rechten wie Rede- und Versammlungsfreiheit oder eben auch der Anerkennung einer legitimen Opposition zu entkoppeln, wie dies vor allem die Anhänger der Diagnose von „illiberaler Demokratie“ tun. Einmal mehr gilt: Nachdenken über Populismus – und wie Steven Schäller zeigt, empirische Forschungen zur politischen Kultur – brauchen Demokratietheorie.

Literatur

- Arditi, Benjamin, 2005: Populism as an internal periphery of democratic politics, in: Francisco Panizza (Hg.), *Populism and the mirror of democracy*. London, 72–98.
- Bartels, Larry, 2006: What’s the Matter with ‘What’s the Matter with Kansas’? In: *Quarterly Journal of Political Science* 1, 201–226. <https://doi.org/10.1561/100.00000010>
- Frank, Thomas, 2005: *Was ist mit Kansas los? Wie die Konservativen das Herz von Amerika erobern*, Berlin.
- Hofstadter, Richard, 2008 [1963]: *The Paranoid Style in American Politics*. In: Ders., *The Paranoid Style in American Politics and Other Essay*, New York/Toronto, 3–40.
- Ochoa Espejo, Paulina, 2011: *The Time of Popular Sovereignty: Process and the Democratic State*, University Park, Penn, PA.
- Tuck, Richard, 2016: *The Sleeping Sovereign*, Cambridge.

Die Staatstheorie der Gegenwart

Ein Forschungsbericht

Andreas Anter*

Grimm, Dieter, 2012: Die Zukunft der Verfassung II. Auswirkungen von Europäisierung und Globalisierung, Berlin.

Hegelich, Simon, 2013: Herrschaft – Staat – Mitbestimmung, Wiesbaden.

Leibfried, Stephan / Huber, Evelyne / Lange, Matthew / Levy, Jonah D. / Nullmeier, Frank / Stephens, John D., 2015 (Hg.): The Oxford Handbook of Transformations of the State, Oxford / New York, NY.

Schulze Wessel, Julia / Volk, Christian / Salzborn, Samuel, 2013 (Hg.): Ambivalenzen der Ordnung. Der Staat im Denken Hannah Arendts, Wiesbaden.

Vofßkuhle, Andreas / Bumke, Christian / Meinel, Florian, 2013 (Hg.): Verabschiedung und Wiederentdeckung des Staates im Spannungsfeld der Disziplinen, Berlin.

1. Die Konjunktur der Staatstheorie

Wer sich gegenwärtig mit dem Staat beschäftigt, setzt auf ein resonanzträchtiges Unternehmen. Denn kaum je ist über den Staat und die Staatstheorie mehr geforscht und publiziert worden als heute. In den internationalen Rechts- und Sozialwissenschaften gehört der Staat zu den Top-Themen, wie ein Blick auf die theoretische wie empirische Literatur sowie die Programme einschlägiger Publikationsreihen, Konferenzen und Sonderforschungsbereiche belegt.

Interessant ist zunächst ein Blick auf die quantitative Seite der heutigen Forschung zu Staat und Staatstheorie. Eine von Simon Hegelich (2013) in seiner Studie *Herrschaft – Staat – Mitbestimmung* vorgenommene Bestandsaufnahme der Beiträge zur Staatstheorie im *Social Science Citation Index* und in der Datenbank SCOPUS zeigt anschaulich den signifikanten Anstieg der Publikationen zu den Themen „State Theory“ und „Modern Sta-

* Prof. Dr. Andreas Anter, Universität Erfurt
Kontakt: andreas.anter@uni-erfurt.de

te“. Sein Befund lautet: „Das sozialwissenschaftliche Interesse an Staatstheorie und dem modernen Staat scheint kontinuierlich zu wachsen“ (Hegelich 2013: 11). Hegelich, methodisch eher policy-orientiert, macht auf einen wichtigen Aspekt aufmerksam: Die Lage der heutigen Staatstheorie sei nicht zuletzt deshalb so kompliziert, weil die Realität der modernen Staaten selbst komplex sei und nur in Widersprüchen beschrieben werden könne. Zudem betont er, eine politikwissenschaftliche Staatsanalyse komme nicht an Max Webers Staatsverständnis vorbei (ebd.: 13).

In der Tat sind die Erscheinungsformen der Staaten derart vielfältig und heterogen, dass es im Grunde simplifizierend wäre, von „dem“ Staat im Singular zu sprechen, da „der“ Staat ja nicht als ein monolithisches Gebilde existiert. Simon Hegelich beobachtet eine solche simplifizierende Sichtweise insbesondere in der postmodernen Staatstheorie, wo der Staat überdies negativ überhöht wird und „als etwas beinahe Mythisches erscheint“ (ebd.: 20). Eine aufgeklärte Staatstheorie scheint demgegenüber besser beraten, sich an Max Weber zu orientieren. Auch diese Orientierung würde im Trend liegen, denn Webers Staatsdefinition ist gegenwärtig weltweit der Ausgangspunkt der meisten Analysen der Staatlichkeit.

Das steigende Interesse am Staat kann nur für jene überraschend sein, die davon überzeugt sind, der Staat und die Staatstheorie befänden sich auf dem Rückzug oder wären in Auflösung begriffen. Die allgemein zu beobachtende Abkehr von dieser kontrafaktischen Annahme markiert eine Zäsur in der neueren Rechts- und Sozialwissenschaft, denn man ist anscheinend zu einer realistischen Betrachtungsweise zurückgekehrt. Die Vertreter der unterschiedlichsten Richtungen setzen dezidiert auf den Staat, und zwar keineswegs erst angesichts der Erfahrung der bedrohlichen Fragilität der Finanzmärkte. Rückblickend erscheint die einst beliebte Praxis, das Verschwinden des Staates zu verkünden, um ihn anschließend wiederzuentdecken, als ein intellektuell eher dürftiger Abschnitt der Wissenschaftsgeschichte. Hierzu hat Josef Isensee (2010: 232) bereits das Nötige gesagt: „Die Entdeckerfreude, die heute manchen Gelehrten angesichts des Themas Staat ergreift, gleicht der Entdeckerfreude des Alzheimerpatienten, wenn er das Osterei findet, das er selber geraume Zeit vorher versteckt hat. Für einen solchen Vorgang greift das Wort Renaissance zu hoch. Es handelt sich lediglich um das Ende eines Wahrnehmungsverweigerungs.“

Die Rede vom Verschwinden des Staates beruhte in der Tat auf einer Wahrnehmungsstörung; zugleich aber war sie auch das Resultat einer antiquierten Staatsvorstellung. Man stellte sich den Staat wie eine preußische Staatsmaschine in der Manier des 19. Jahrhunderts vor, um dann mit Aplomb zu konstatieren, der Staat sei verschwunden. Wir müssen uns solche Bekundungen wie die Debatten in Peter Weiss' Hospiz zu Charenton vorstellen. Unbefangene Beobachter haben demgegenüber stets darauf beharrt, dass von einem Verschwinden des Staates nie die Rede sein konnte.

2. Staatlichkeit als Voraussetzung der Demokratie

Einer der zentralen Orte der Staatsforschung in Europa ist der Sonderforschungsbereich 597 „Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Bremen, der sich von 2003 bis 2014 aus rechts- und sozialwissenschaftlicher Perspektive mit der Frage beschäftigte, in welchem Maße und in welcher Richtung sich die heutigen Nationalstaaten in den letzten Jahrzehnten verändert haben. In einer stattlichen Zahl von internationalen Publikationen, die aus

dem Bremer SfB hervorgingen, wird deutlich, dass elementare Leistungen wie Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wohlfahrt nach wie vor entscheidend von Staaten bereitgestellt werden – und von einem Verschwinden des Staates daher nicht die Rede sein kann. Als krönender Abschluss der Forschungsarbeit des SfB kann das von Stephan Leibfried, Evelyn Huber, Matthew Lange, Jonah D. Levy, Frank Nullmeier und John D. Stephens herausgegebene *Oxford Handbook of Transformations of the State* gelten, das auf fast 900 Seiten einen kompakten Überblick über den Wandel der Staatlichkeit in den verschiedenen Weltregionen gibt. Der Band setzt mit allgemeinen theoretischen und historischen Bestandsaufnahmen zum Staatshandeln an (Leibfried et al.: 61 ff.), um anschließend die heutigen Entwicklungen in der OECD-Welt (ebd.: 357 ff.) sowie in den postkommunistischen Staaten (ebd.: 587 ff.) und der Nicht-OECD-Welt (ebd.: 673 ff.) unter die Lupe zu nehmen. Schon allein mit dieser Differenzierung zwischen unterschiedlichen Staatstypen und Areas ist viel gewonnen, denn die Staatsdiskussion leidet bis heute an pauschalisierenden Urteilen über „den“ Staat. Wer sich über die Lage der internationalen Staatlichkeit informieren will, wird in Zukunft auf dieses Kompendium zurückgreifen müssen.

Insgesamt fällt die publizistische Bilanz der Staatsforschung in den letzten Jahren reichhaltig aus.¹ Unter den zahlreichen Monographien und Konferenzbänden, die einerseits über die empirischen Ergebnisse der gegenwärtigen Forschung informieren und andererseits den aktuellen Stand der Staatstheorie dokumentieren, sticht der von Andreas Voßkuhle, Christian Bumke und Florian Meinel herausgegebene Band mit dem Titel *Verabschiedung und Wiederentdeckung des Staates im Spannungsfeld der Disziplinen* hervor. Dieser Band, der die Erträge eines Kolloquiums zu Ehren Gunnar Folke Schupperts dokumentiert, einem Doyen der Staatsforschung, zeichnet sich nicht nur durch eine hohe Qualität der Beiträge aus, sondern auch durch das Kompositionsprinzip, die einzelnen Beiträge jeweils von einem Opponenten kommentieren zu lassen. Dass dabei fast alle Beiträge auf Schuppert rekurrieren und seine Arbeiten für das eigene Vorhaben adaptieren, ist weit mehr als eine Verbeugung vor dem Meister, sondern spiegelt auch seine wichtige Rolle in den heutigen Staatswissenschaften. Zu monieren ist, um es vorwegzunehmen, allein der Titel des Bandes, denn die Befunde der einzelnen Beiträge dementieren den Titel vollständig: Sie kommen zu dem klaren Fazit, eine „Verabschiedung“ des Staates habe es nie gegeben, da sich eine solche Verabschiedung nur in der Phantasie einiger Autoren abspielte, wenn sie nicht das Ergebnis einer ideologisch bedingten Wahrnehmungsstörung war. Insofern kann man auch nicht von einer „Wiederentdeckung“ des Staates sprechen, sondern allenfalls von einer Korrektur einer verzerrten Optik.

Dies macht auch Wolfgang Merkel in seinem Beitrag klar, wobei er gleichzeitig die elementare Bedeutung des Staates für die Existenz der Demokratie unterstreicht. Ohne eine gesicherte Staatlichkeit kann sich, wie Merkel anhand von *Failed states* zeigt, keine stabile Demokratie entwickeln: „Eine gesicherte Staatlichkeit ist eine fundamentale Voraussetzung für eine im Inneren friedfertige Demokratie.“ Ohne eine effiziente staatliche Verwaltung könnten „demokratisch getroffene Entscheidungen nicht angemessen implementiert werden“ (Voßkuhle/Bumke/Meinel 2013: 300). Merckels plakative Frage lautet: wieviel Staatstheorie benötigt die Demokratietheorie? Und er gibt darauf eine ebenso prägnante Antwort: Ziemlich viel. Die Staatstheorie sei für die Demokratietheorie essentiell; sie könne auch nicht „durch die normativ häufig beliebige Governance-Forschung

1 Vgl. über die hier besprochenen Bände hinaus: Voigt (2016); van Ooyen (2014); Bach (2013); Anter/Bleek (2013); Schuppert (2013, 2010); Liessmann (2011); Dobner (2010); Voigt/Weiß (2010).

ersetzt werden“ (ebd.: 302). „Gerade in Zeiten internationaler und supranationaler Übergriffe auf den Bestand nationalstaatlicher Demokratien muss die historisch bisher am höchsten entwickelte Form der Demokratie, nämlich der rechtsstaatlich organisierte demokratische Nationalstaat, als normativer Maßstab dafür dienen, wie viel Abwanderung von Entscheidungsrechten auf übergeordnete Ebenen oder demokratisch kaum legitimierete Institutionen hingenommen werden darf“ (ebd.).

Wie Merkel konstatiert auch Werner Jann in seinem Beitrag nur lakonisch: „selbstverständlich war der Staat nie weg“ (ebd.: 94). Er beobachtet die Staatsdiskussion aus der Sicht der Verwaltungswissenschaft und nimmt insbesondere die staatstheoretische Relevanz des Governance-Konzepts unter die Lupe, zu dessen Protagonisten Gunnar Folke Schuppert wie auch er selbst gehören. Jann zieht, wie Merkel, allerdings eine skeptische Bilanz, denn das Governance-Konzept habe zwar den Blick wieder auf einige wichtige Probleme der Staatstheorie gelenkt, reiche aber bei weitem „nicht aus, um den Wandel von Staatlichkeit umfassend und überzeugend zu beschreiben und zu erklären“ (ebd.: 97).

So plädiert Arthur Benz in seinem programmatischen Beitrag dafür, den ohnehin kontrafaktischen Verschwindensdiskurs endlich zu beenden und das Forschungsinteresse stattdessen auf den empirischen Wandel des Staates zu richten. Für Benz besteht die Aufgabe der Staatsforschung darin, den permanenten Wandel des Staates zu analysieren und hierzu ein dynamisches Staatsverständnis zu entwickeln (ebd.: 59). Um das bestehende Theoriedefizit der Staatsforschung zu beheben, das er, mit Gunnar Folke Schuppert, beklagt, skizziert er einen eigenen Ansatz, der den Wandel des Staates besser begrifflich machen soll. In dieser Absicht setzt er bei Max Webers Staatstheorie an und macht, gestützt auf Weber, deutlich, dass der moderne Staat keineswegs ein statisches Gebilde sei, sondern steten Veränderungsprozessen unterliege, die zudem stete Gegenbewegungen provozieren. So sei der heutige Staat zwar als „verflochtener multinationaler Mehrebenenstaat“ zu beschreiben, aber dieses Gebilde sei angesichts der fortschreitenden Entgrenzungen, insbesondere des Wegfalls der Kontrollfunktion von Staatsgrenzen, zunehmenden Widerständen ausgesetzt (ebd.: 68). Auf nationalstaatlicher Ebene beobachtet er ein starkes Beharrungsvermögen der Institutionen, etwa der Gerichte und Verwaltungen, gegenüber dem verflochtenen Mehrebenengebilde der Europäischen Union (ebd.: 70).

Auch Helmuth Schulze-Fielitz wird bei seinem Versuch, die „Konturen einer zeitgenössischen Staatssoziologie“ zu zeichnen, zunächst zu einer Auseinandersetzung mit Max Weber geführt. Er meint, bei der Analyse staatlicher Herrschaft sei Webers Perspektive heute verfassungstheoretisch sogar notwendig (ebd.: 11), und er will mit Weber auf einige Desiderata der zeitgenössischen Staatssoziologie hinweisen (ebd.: 15). Weber ist ein prominenter Bezugspunkt der gegenwärtigen Staatsdiskussion, nicht zuletzt weil das Gewaltmonopol – der Kern seines Staatsbegriffs – zu den virulenten Punkten der gegenwärtigen Staatlichkeit wie der heutigen Staatsdiskussion gehört. Auch Schulze-Fielitz' stellt nüchtern gegen die verbreiteten Untergangsgesänge fest, das Gewaltmonopol liege unverändert beim Staat und bleibe insbesondere der „Garant für die Durchsetzung demokratisch legitimierter Politik im demokratischen Verfassungsstaat“ (ebd.: 20). Zugleich aber macht er klar, dass die moderne Staatlichkeit durch die Internationalisierung und die europäischen Supranationalisierung erheblichen Veränderungen unterliegt, Prozessen, die auch für Schulze-Fielitz „zu den meistdiskutierten Fragen der zeitgenössischen Politik- und Rechtswissenschaft“ gehören (ebd.: 33). Er beobachtet in diesem Feld allerdings eine Reihe staatssoziologischer Desiderata, vor allem im Blick auf die Untersuchung der disparaten Rechts- und Verwaltungskulturen in der EU, die im Zuge der europäischen In-

tegration aufeinanderprallen und entsprechende Friktionen provozieren (ebd.: 33). Der Staatssoziologie wird daher auch in Zukunft die Arbeit nicht ausgehen, ja ihre Aufgaben scheinen heute, so Schulze-Fielitz' Fazit, „geradezu unermesslich“ (ebd.: 34).

Mit Blick auf die Spannungen im Mehrebenensystem ist in den letzten Jahren zunehmend die Frage ins Zentrum gerückt, inwieweit die Staatlichkeit durch das Gebilde der Europäischen Union beeinträchtigt wird bzw. auf welcher jener Ebenen sich jetzt die Staatlichkeit eigentlich befindet. Damit verbindet sich die Frage der Staatsqualität der Europäischen Union wie auch die Frage, wie dieses Gebilde nun eigentlich zu qualifizieren sei. Das Bundesverfassungsgericht hat die EU in seiner Maastricht-Entscheidung bekanntlich als einen „Staatenverbund“ bezeichnet, als eine Verbindung souveräner Staaten.² Demnach ist die EU also kein „Staat“, sie verfügt auch nicht über dessen zentrales Kriterium des Gewaltmonopols. Sie verfügt zwar über Institutionen wie Europol oder Frontex; sie kann, wie die Kommission es tut, Recht setzen und Bußgelder verhängen (ebd.: 239), aber die entscheidende Frage ist, wie Peter M. Huber in seinem Beitrag deutlich macht, die nach der politischen Selbstbestimmung, nach dem Demokratieprinzip, wie es im Grundgesetz fixiert ist. Für Huber erschöpft sich die Demokratie jedenfalls nicht darin, in regelmäßigen Abständen Repräsentativkörperschaften zu wählen; sie richtet sich für ihn vielmehr darauf, „die gleichberechtigte politische Selbstbestimmung des Einzelnen“ zu verwirklichen (ebd.: 240). Dieser Gedanke habe das Bundesverfassungsgericht in seinem Maastricht-Urteil dazu geführt, „die Übertragung von Hoheitsrechten auf die EU als Eingriff [...] in den demokratischen Gehalt des Wahlrechts zu begreifen“; in der Griechenlandhilfe-Entscheidung habe das Gericht dies noch einmal bestätigt: Im Urteil heißt es: „Der letztlich in der Würde des Menschen wurzelnde Anspruch des Bürgers auf Demokratie [...] wäre hinfällig, wenn das Parlament Kernbestandteile politischer Selbstbestimmung aufgäbe und damit dem Bürger dauerhaft seine demokratischen Einflussmöglichkeiten entzöge.“³ In diesem Fall würde der Bundestag, wie Huber ergänzt, zu einer bloßen Fassade: einem „Potemkin'schen Dorf“ (ebd.: 241).

Damit unterstreicht Huber, wie Wolfgang Merkel, den unmittelbaren Zusammenhang von Staatlichkeit und Demokratie, denn es ist der Nationalstaat, der in der Lage ist, die politische Selbstbestimmung zu schützen. Hubers *Conclusio* lautet: „Es mag überraschen, im Nationalstaat (wieder) einen Garanten für die Selbstbestimmung seiner Bürger zu sehen. Ein unideologischer und realitätsnaher Blick auf die Europäische Union in den letzten 50 Jahren belegt jedoch, dass dies durchaus der Fall ist. Insofern ist die Annahme, ‚Mehr Europa‘ sei per se gut und der aktuelle Bestand an nationalen Aufgaben und Befugnissen ein Übel, das es zu überwinden gelte, unterkomplex“ (ebd.: 243). Auch aus dieser Perspektive ist es nicht verwunderlich, wenn eine weitere Zentralisierung und Verlagerung politischer Entscheidungsmacht zunehmend auf Widerstand stößt. Dieser Widerstand artikuliert sich im direktdemokratischen Prozess, sofern er überhaupt zugelassen wird: „Die negativen Volksabstimmungen über den Vertrag von Maastricht in Dänemark, über den Vertrag von Nizza in Irland, den Europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden sowie den Vertrag von Lissabon in Irland, aber auch die Ablehnung eines Beitritts zur Währungsunion durch die schwedische und die dänische Bevölkerung müssen wohl als Warnung vor einem allzu idealistischen Vorantreiben der Integri-

2 BVerfGE 89, 155 (188). Die staatstheoretischen Grundlagen der einschlägigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts kritisiert van Ooyen (2014).

3 BVerfGE 129, 124 (169).

on verstanden werden“ (ebd.: 244). Insofern könnte man die Entscheidung Großbritanniens über den Austritt aus der EU als denkbar konsequenteste Antwort auf das Demokratieproblem der EU werten.

3. Die Zukunft der Demokratie

Zu den profiliertesten Analytikern der Entwicklungstendenzen heutiger Staatlichkeit gehört Dieter Grimm, insbesondere im Blick auf die Auswirkungen von Europäisierung und Globalisierung auf die Geltungskraft des Grundgesetzes. Seine Frage gilt nichts weniger als der *Zukunft der Verfassung*. So lautet der Titel seines vielbeachteten Suhrkamp-Bandes, der im Jahr 1991 erschien. Der Folgeband *Die Zukunft der Verfassung II* ist 2012 erschienen und beobachtet einen Prozess der Entstaatlichung, der insbesondere darin bestehe, „dass öffentliche Gewalt auf nichtstaatliche Träger verlagert und in nichtstaatlichen Verfahren ausgeübt wird“ (Grimm 2012: 67). Für Grimm stellt sich damit die Frage, ob die Verfassung dadurch nicht ausgehöhlt wird, schließlich sei sie jene Normenordnung, die die staatliche Herrschaft regelt. Er beobachtet die Entwicklung mit Skepsis: Der Prozess der Entstaatlichung stelle nicht nur die einzelne Verfassung, sondern auch den Konstitutionalismus selbst in Frage, denn eine Verfassung sei immer auf den Staat bezogen, ja setze ihn als Form der politischen Gemeinschaft voraus (ebd.: 78). „Ihr Anspruch auf umfassende Regulierung politischer Herrschaft wird schon dann beeinträchtigt, wenn die Identität von Staatsgewalt und öffentlicher Gewalt sich auflöst, so dass auf dem Territorium des Staates Herrschaftsakte auch von anderen als staatlichen Institutionen gesetzt werden können“ (ebd.: 79).

Dieter Grimm kann einer solchen Entwicklung wenig Positives abgewinnen, denn nunmehr gebe es Private, die „an der staatlichen Willensbildung teilnehmen, ohne jedoch in den Legitimations- und Verantwortungszusammenhang einbezogen zu sein, dem die Verfassung die Träger öffentlicher Gewalt unterwirft“ (ebd.: 81). Hinzu komme die Unterminierung durch die Europäisierung, denn nunmehr „werden die verfassungsrechtlich vorgesehenen Entscheidungsinstanzen und -verfahren in dem Maß entwertet, wie sich der Staat am Verhandlungstisch bindet. Das betrifft vor allem das Parlament als die zentrale Rechtsetzungsinstanz. Die Verhandlungen werden nicht von ihm, sondern von der Regierung geführt. [...] Mit dem Ausfall des Parlaments fallen auch diejenigen Vorzüge aus, die gerade das parlamentarische Verfahren vermittelt. Das sind vor allem Transparenz, Partizipation und Kontrolle. Im Verhandlungsarrangement haben sie keinen Platz. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich, beziehen nur die Inhaber von Vetomacht [...] ein und geben der Opposition keine Gelegenheit zur Intervention“ (ebd.). Auch bei Dieter Grimm verbindet sich die Frage nach der Zukunft der Verfassung also mit der Zukunft der Demokratie, die er durch die Europäisierung gefährdet sieht. „Die Entwicklung ist allerdings noch weit von einem Ende der Staatlichkeit entfernt. [...] Der Grund liegt darin, dass bisher keine supranationale politische Einheit oder internationale Organisation über das spezifisch staatliche Mittel physischen Zwanges verfügt. Sobald die zwangsweise Durchsetzung oder Vollstreckung internationaler Rechtsakte nötig wird, müssen die nationalen Staatsgewalten einspringen. Das gilt selbst für die Europäische Union“ (ebd.: 86). Damit macht sich Grimm die Staatstheorie Max Webers zu eigen.

4. Hannah Arendt auf den Spuren Max Webers

Ein großer Teil der heutigen Staatsforschung richtet sich auf die Entwicklungstendenzen der heutigen Staatlichkeit und versucht, diese Entwicklung empirisch zu analysieren. Ein nicht weniger großer Teil der Staatsliteratur bewegt sich auf dem Gebiet der politischen Ideengeschichte und widmet sich insbesondere den modernen Staatstheoretikern des 20. Jahrhunderts. Das Spektrum der betreffenden Autoren reicht von Klassikern wie Max Weber (Anter 2014; Anter/Breuer 2016) und Hermann Heller (Llanque 2010; Henkel 2011) über Antonio Gramsci (Buckel/Fischer-Lescano 2007) und Hans Morgenthau (Rohde/Troy 2015) bis hin zu Gegenwartsautoren wie Ernst-Wolfgang Böckenförde (Mehring/Otto 2014) und Ulrich K. Preuß (Franzius/Stein 2015).

Das große Interesse kommt in einer inzwischen fast unüberschaubaren Anzahl von Monographien, Sammelbänden und Publikationsreihen zum Ausdruck. Unter den Publikationsreihen, die sich speziell der Staatstheorie widmen, sind vor allem die beiden von Rüdiger Voigt herausgegebenen Reihen *Staatsverständnisse* und *Staatsdiskurse* sowie die von ihm gemeinsam mit Samuel Salzborn herausgegebene Reihe *Staat, Souveränität, Nation* hervorzuheben. Zu den überraschenden Bänden dieses Typs gehört der von Julia Schulze Wessel, Christian Volk und Samuel Salzborn herausgegebene Band *Ambivalenzen der Ordnung*, der sich mit dem Staatsdenken Hannah Arendts beschäftigt, überraschend, weil der Staat im Werk Hannah Arendts nur eine marginale Rolle spielt. Exkulpierend schreiben die Herausgeber in ihrer Einleitung, man würde Hannah Arendt „gemeinhin nicht als klassische Staatsdenkerin“, sondern wohl eher als „staatsferne Denkerin“ bezeichnen (Schulze Wessel/Volk/Salzborn 2013: 7). Umso neugieriger ist man auf das Unternehmen, und man wird nicht enttäuscht. Dies verdankt sich nicht nur einem instruktiven Beitrag wie dem von Dana Ionescu und Samuel Salzborn über *Antisemitismus, Nation und Ordnung* (ebd.: 17 ff.), sondern auch dem ausgezeichneten Beitrag von Christian Volk über „Staat und Staatskritik im Denken Hannah Arendts“ (ebd.: 121 ff.). Volk nimmt die Pointe gleich am Anfang vorweg: Hannah Arendts Verständnis des modernen Staates sei bei Max Weber entlehnt (ebd.: 121). Dieser Befund könnte einen Arendt-Aficionado womöglich erstaunen, schließlich ist die Denkerin nicht als Weber-Freundin berühmt und sie recurriert zudem nur *en passant* auf den Staat, etwa in ihren Betrachtungen zum europäischen Judentum und zum Antisemitismus (ebd.: 122). Christian Volk stellt sich die Aufgabe, Arendts Staatsverständnis aus den historischen Betrachtungen zu destillieren und sie „zu einem kohärenten Ganzen zusammenzufügen“. Dabei macht er zugleich Arendts ambivalentes Verhältnis zu Weber deutlich. Sie folge zwar seiner Vorstellung einer dem Recht selbst innewohnenden Rationalität, „die für die Ordnung politischen Zusammenlebens von fundamentaler Bedeutung“ sei; mache aber andererseits den modernen Staat „für das Entstehen antidemokratischer politischer Massenbewegungen“ verantwortlich (ebd.: 123). Dies wäre Weber wohl in der Tat nicht eingefallen.

5. Fazit

Um ein knappes Resümee der disparaten Staatsdiskurse ziehen: Im Zentrum der theoretischen wie empirischen Arbeit steht das Bemühen um ein wirklichkeitsnahes Staatsverständnis. Ein solches Staatsverständnis schafft erst eine Grundlage für die Analyse der gravierenden Wandlungen der Staatlichkeit. Die heutige Staatsforschung ist durch das

Bemühen geprägt, empirische Analysen der Staatstätigkeit mit theoretischer Reflexion zusammenzubringen. Darüber hinaus richtet sich das Interesse zunehmend auf den systematischen Zusammenhang von Staatlichkeit und Demokratie, ein Zusammenhang, der *ex negativo* durch den „exekutiven Multilateralismus“ der EU und die damit verbundene Entdemokratisierung immer deutlicher hervortritt. Die von Wolfgang Merkel vertretene These, die Demokratietheorie sei heute entscheidend auf die Staatstheorie angewiesen, wird durch die stattliche Staatstheorieproduktion der Gegenwart bestätigt. Sie erstreckt sich zunehmend auch auf das ideengeschichtliche Feld, wobei als zentraler Referenzautor in konzeptioneller Hinsicht mehr denn je Max Weber hervortritt. Seine Staatsdefinition durchzieht die internationale Staatstheorieproduktion wie ein roter Faden. Zum einen formulierte er mit dem Gewaltmonopol das entscheidende Kriterium des modernen Staates, ein Element, das heute immer klarer auch als Demokratie Voraussetzung erkannt wird; zum anderen offeriert er ein dynamisches, prozessuales Staatsverständnis, das sich – mit einer bemerkenswerten Verzögerung von fast 100 Jahren – in der Staatstheorie durchzusetzen beginnt.

Zu den Autoren, die das Konzept einer realistischen Staatstheorie heute repräsentieren, gehören insbesondere Gunnar Folke Schuppert, Josef Isensee und Dieter Grimm. Sie gehören zugleich zu den profiliertesten Staatstheoretikern der Gegenwart. Bemerkenswert ist, dass sie alle drei Juristen sind, wenngleich mit einer starken sozialwissenschaftlichen Rezeptionsbereitschaft. Dass sie methodisch äußerst disparate Positionen vertreten, unterstreicht die pluralistische Lage der gegenwärtigen Staatstheorie. Ohne ein dynamisches und prozessuales Staatsverständnis kann weder der Staat noch sein gegenwärtiger Wandel angemessen begriffen werden.

Literatur

- Anter, Andreas, 2014: Max Weber's Theory of the Modern State. Origins, Structure and Significance, Basingstoke. <https://doi.org/10.1057/9781137364906>
- Anter, Andreas / Bleek, Wilhelm, 2013: Staatskonzepte. Die Theorien der bundesdeutschen Politikwissenschaft, Frankfurt (Main) / New York, NY.
- Anter, Andreas / Breuer, Stefan, 2016 (Hg.): Max Webers Staatssoziologie. Positionen und Perspektiven, Baden-Baden.
- Bach, Maurizio, 2013 (Hg.): Der entmachtete Leviathan. Löst sich der souveräne Staat auf?, Baden-Baden.
- Buckel, Sonja / Fischer-Lescano, Andreas, 2007 (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden.
- Dobner, Petra, 2010: Bald Phönix – bald Asche. Ambivalenzen des Staates, Berlin.
- Franzius, Claudio / Stein, Tine, 2015 (Hg.): Recht und Politik. Zum Staatsverständnis von Ulrich K. Preuß, Baden-Baden.
- Grimm, Dieter, 2012: Die Zukunft der Verfassung II. Auswirkungen von Europäisierung und Globalisierung, Berlin.
- Hegelich, Simon, 2013: Herrschaft – Staat – Mitbestimmung, Wiesbaden.
- Henkel, Michael, 2011: Hermann Hellers Theorie der Politik und des Staates. Die Geburt der Politikwissenschaft aus dem Geiste der Soziologie, Tübingen.
- Isensee, Josef, 2010: Die Staatlichkeit der Verfassung. In: Otto Depenheuer / Christoph Grabenwarter (Hg.), Verfassungstheorie, Tübingen, 199–270.
- Leibfried, Stephan / Huber, Evelyn / Lange, Matthew / Levy, Jonah D. / Nullmeier, Frank / Stephens, John D., 2015 (Hg.): The Oxford Handbook of Transformations of the State, Oxford / New York, NY.
- Liessmann, Konrad Paul, 2011 (Hg.): Der Staat. Wie viel Herrschaft braucht der Mensch?, Wien.

- Llanque, Marcus, 2010 (Hg.): *Souveräne Demokratie und soziale Homogenität. Das politische Denken Hermann Hellers*, Baden-Baden.
- Mehring, Reinhard / Otto, Martin, 2014 (Hg.): *Voraussetzungen und Garantien des Staates. Ernst-Wolfgang Böckenfördes Staatsverständnis*, Baden-Baden.
- Rohde, Christoph / Troy, Jodok, 2015 (Hg.): *Macht, Recht, Demokratie. Zum Staatsverständnis Hans J. Morgenthau*, Baden-Baden.
- Schulze Wessel, Julia / Volk, Christian / Salzborn, Samuel, 2013 (Hg.): *Ambivalenzen der Ordnung. Der Staat im Denken Hannah Arendts*, Wiesbaden.
- Schuppert, Gunnar Folke, 2010: *Staat als Prozess. Eine staatstheoretische Skizze in sieben Aufzügen*, Frankfurt (Main) / New York, NY.
- Schuppert, Gunnar Folke, 2013: *Verflochtene Staatlichkeit*, Frankfurt (Main) / New York, NY.
- van Ooyen, Robert Chr., 2014: *Die Staatstheorie des Bundesverfassungsgerichts und Europa*, Baden-Baden. <https://doi.org/10.5771/9783845251837>
- Voigt, Rüdiger / Weiß, Ulrich, 2010 (Hg.): *Handbuch Staatsdenker*, Stuttgart.
- Voigt, Rüdiger, 2016 (Hg.): *Staatsdenken. Zum Stand der Staatstheorie heute*, Baden-Baden.
- Voßkuhle, Andreas / Bumke, Christian / Meinel, Florian, 2013 (Hg.): *Verabschiedung und Wiederentdeckung des Staates im Spannungsfeld der Disziplinen*, Berlin.

Die Aufklärung retten: Postkoloniale Interventionen¹

Nikita Dhawan*

Allen, Amy, 2016: The End of Progress: Decolonizing the Normative Foundations of Critical Theory, New York.

Flikschuh, Katrin / Ypi, Lea, 2014 (Hg.): Kant and Colonialism: Historical and Critical Perspectives, Oxford.

Ein Großteil der Forschung zur Aufklärung ignoriert den Kolonialismus entweder komplett oder behandelt ihn als marginal verglichen mit dem als wichtiger angesehenen Anliegen der Rehabilitierung der Aufklärung. Erfreulicherweise ist im letzten Jahrzehnt jedoch eine konzertierte Anstrengung zu beobachten, die darauf zielt, die möglichen Verbindungen zwischen der Aufklärung und dem europäischen Kolonialismus zu thematisieren. Allerdings wird dabei zumeist lediglich versucht ein Korrektiv des postkolonialen Verweises der epistemologischen Investition der Aufklärung in den Imperialismus bereitzustellen. KritikerInnen der Aufklärung wird vorgeworfen, die Aufklärung unfairerweise anzuklagen, weil diese die intellektuelle Infrastruktur und normative Legitimation zwanghafter Praktiken und Institutionen in den Kolonien zur Verfügung gestellt habe. Mithilfe einer dichten Lektüre der politischen Theorie des 18. Jahrhunderts werden die darin operierenden subversiven Mechanismen herausgearbeitet. Prominent werden beispielhaft Immanuel Kants Arbeiten herangezogen, um die These zu untermauern. Insbesondere sein Spätwerk fördere, so wird dargelegt, einen inklusiven Universalismus, der die Idee einer normativen Gastfreundlichkeit gegenüber den Anderen Europas vorantrieb.

Kant and Colonialism: Historical and Critical Perspectives, herausgegeben von Katrin Flikschuh und Lea Ypi, ist ein weiterer Versuch, die angeblich ‚falschen‘ Lesarten von KritikerInnen der Aufklärung richtigzustellen. Geschrieben zur Verteidigung Kants gegen Vorwürfe, dass seine Schriften rassistisch und imperialistisch seien, versuchen die zehn Kapitel, die lange vernachlässigten anti-imperialistischen Impulse des Kantschen politischen Denkens aufzudecken. Die Beiträge beinhalten eine Erkundung der terminologischen Verwirrung Kants hinsichtlich des ‚Kolonialismus‘ und seiner inkonsistenten Ver-

* Prof. Dr. Nikita Dhawan, Universität Innsbruck
Kontakt: nikita.dhawan@uibk.ac.at

1 Aus dem Englischen von Anna Millan.

wendung des Begriffes (Anthony Pagden), Kants wachsende Bedenken gegenüber dem europäischen Kolonialismus und den daraus resultierenden Mustern von Ausbeutung und Beherrschung (Sankar Muthu), sowie eine Erkundung der Verbindung zwischen Kants Überlegungen zum Kolonialismus und der parallelen Entwicklung seiner ‚Rassenanalysen‘, insbesondere die Veränderungen in seinen späteren Schriften, in denen er, im Gegensatz zu seiner früheren Befürwortung einer Hierarchie menschlicher ‚Rassen‘, die koloniale Ungerechtigkeit unmissverständlich verurteilt (Pauline Kleingeld, Lea Ypi). Hier wird die Aufmerksamkeit auf Kants Wertschätzung kultureller Diversität gelenkt, welche der imperialistischen Auferlegung von Uniformität entgegenwirkt, ebenso wie auf sein Abrücken von einer deterministischen und hierarchischen Vorstellung von ‚Rasse‘ und vom zivilisierenden Handel hin zu einer kritischen Einstellung gegenüber wirtschaftlichen Beziehungen und kolonialer Herrschaft. Des Weiteren wird die Spannung zwischen Kants Befürwortung legitimer Besiedelung, welche der Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen Staaten und Völkern gedient haben soll, und seiner Opposition gegenüber der illegitimen Kolonisierung und Vertreibung von Völkern von ihren Ländereien thematisiert (Liesbet Vanhaute). Ein damit verbundenes Thema ist der Einfluss der Kantschen Konzeption internationalen Rechts auf seine Ausführungen über die Zulässigkeit kolonialer Herrschaft (Arthur Ripstein, Peter Niesen). Kant betrachtete, so wird argumentiert, den Kolonialismus im juristischen Sinne und lehnte koloniale Enteignung als legitime ‚Kriegsbeute‘ ab, geradeso wie er koloniale Gewaltherrschaft ablehnte (Arthur Ripstein). Kants Engagement mit dem Unrecht der Kolonisierung habe ihn motiviert internationale Reformen vorzuschlagen, durch die das Recht, das das System der internationalen Beziehungen regelt, geändert werden sollte (Peter Niesen). Ein weiterer Fokus wird auf den Widerspruch zwischen Kants Theorie des Besitzrechts einerseits und seiner Kritik an der Beschlagnahmung der Ländereien ‚nomadischer Völker‘ wie auch seiner Verteidigung der Ansprüche staatenloser Völker andererseits gelegt (Anna Stilz). Der Band schließt ab mit Reflektionen zu den aktuellen Implikationen des Kantschen Kosmopolitismus (Martin Ajei, Katrin Flikschuh) vor dem Hintergrund der Anstrengungen afrikanischer postkolonialer Gesellschaften, die darauf zielen, das gewaltvolle Erbe des Kolonialismus aufzuarbeiten.

Ein wiederkehrendes Argument des Bandes ist, dass Kants Rassismus weniger zentral und moralisch komplexer war als von seinen KritikerInnen behauptet. Es muss jedoch verwundern, warum die HerausgeberInnen des Bandes sich die Mühe gemacht haben, die Ergebnisse eines akademischen Workshops bei einem renommierten Verlag zu publizieren, wenn das Thema des Kolonialismus tatsächlich „marginal innerhalb des gesamten philosophischen Werks Kants“ war (Flikschuh/Ypi 2014: 4). Es ist diesbezüglich auch interessant, dass Kant mehrere Stellenangebote bekam, aber sich dafür entschied in Königsberg zu bleiben, einem geschäftigen Seehafen, der ihm die Möglichkeit eröffnete, mit Menschen in Berührung zu kommen, die in die Kolonien reisten (Eze 1997: 128), eine Entscheidung, die die Bedeutung der nicht-europäischen Welt für sein Leben und Denken verdeutlicht. Obwohl Kant keine direkte Erfahrung in den Kolonien machte, da er niemals einen Fuß außerhalb von Europa setzte, schreckte ihn das nicht davon ab, über andere Gesellschaften und die gesamte Welt Theorien aufzustellen und Urteile zu fällen. Indem er Stereotypen und Vorurteile über nicht-europäische Völker und Kulturen aufgriff, lieferte Kant eine starke philosophische Rechtfertigung für ein rassistisches Denken. Wie postkoloniale DenkerInnen nachzeichnen konnten, waren Kants Reflexionen über Geographie und Ethnologie in seinem Werk alles andere als marginal (Eze 1997: 115). Die Versuche, Kants ‚Rassentheorien‘ zu trivialisieren, sind sicher der Peinlichkeit geschuldet, Kants

rassistische und imperialistische Ideen mit seinen angeblich progressiveren Vorstellungen von kosmopolitischen Rechten, die ein zentraler Bestandteil modernen politischen Denkens sind, in Einklang zu bringen. Es ist daher keine einfache Aufgabe für die westliche philosophische Tradition zu akzeptieren, dass scheinbar mit dem besten Teil der Aufklärung etwas schiefgelaufen ist.

Ein weiterer Vorwurf gegen Kants KritikerInnen ist deren Nichtbeachtung seiner veränderten Position mit Bezug auf rassistische Vorstellungen. Es wird zwar zugegeben, dass Kant zunächst Sklaverei und Kolonialismus befürwortete, aber dennoch wird nachzuweisen versucht, dass Kant seine Position mit Bezug auf ‚Rasse‘ im Laufe der Zeit veränderte, wie aus seiner normativen Idee eines kosmopolitischen Rechts, welches allen Menschen auf allen Kontinenten vollen rechtlichen Status zuerkennt, hervorgehe (Kleingeld 2007). Aber wie postkoloniale AutorInnen zeigen konnten, hat Kant seine frühen Vorstellungen von ‚Rasse‘ nicht einfach revidiert, vielmehr überlagerten diese sich mit den Diskursen des Kosmopolitismus. Kant hat seine Theorie an eine neue Phase des Imperialismus angepasst und das biologistische Rassenkonzept niemals aufgegeben (Eze 1997; Bernasconi 2011). Bis zuletzt hat er sich energisch gegen die ‚Vermischung‘ von ‚Rassen‘ ausgesprochen, welche dazu führen könne, dass Menschen einander physisch und psychologisch immer ähnlicher werden. Seine Akzeptanz der Diversität der ‚menschlichen Spezies‘ führte ihn dazu, ‚rassische Assimilierung‘ aus Angst vor universeller Uniformität abzulehnen. Seine Zurückweisung des Polygenismus und seine Befürwortung der monogenetischen Sicht reichen wohl kaum aus, um seine anti-imperialistische Haltung unter Beweis zu stellen (Elden 2009: 19). Des Weiteren sollte Kants Rassismus immer in Kombination mit seinem sexistischen Denken betrachtet werden (Hund 2011: 90–91). Für Kant waren Frauen unfähig sich ihrer Vernunft zu bedienen und überhaupt ließen sie ihm zufolge jeglichen moralischen Charakter vermissen. Interessanterweise gibt es weder Textnachweise, die als Beweis für Kants Reue bezüglich der von ihm postulierten Rassenhierarchien dienen könnten, noch schreibt er an irgendeiner Stelle, dass seine These von der Minderwertigkeit von Frauen fragwürdig sei. An keiner Stelle revidiert er also selbst seine problematischen Positionen.

Und dennoch wird Kant als Theoretiker des Widerstands in internen und globalen Belangen präsentiert, weil er darauf besteht, dass Menschen eine moralische Verpflichtung haben, sich gegen ihre Unterwerfung zur Wehr zu setzen und keinen minderwertigen Status zu akzeptieren, der ihnen aufgezwungen wird (Muthu). Trotzdem, wie Pagden und Niesen in diesem Band aufzeigen, wird Kants Beanstandung der Brutalität des europäischen Kolonialismus durch seine deutliche Ablehnung antikolonialer Revolutionen aufgewogen. Aus Kants Sicht kann koloniale Eroberung nicht infrage gestellt werden, auch wenn das Territorium mit Gewalt erworben wurde. Seiner Meinung nach ist es inakzeptabel, indigene Völker zu vertreiben, aber sobald dies passiere, hätten die einheimischen BewohnerInnen kein Recht, sich gegen die koloniale Herrschaft aufzulehnen oder auf Selbstbestimmung zu pochen (Pagden 2014: 38, 40 f.). Folgen wir dieser Logik, so wären alle Unabhängigkeitsbewegungen illegitim und etwa die von Gandhi und Mandela initiierten anti-kolonialen politischen Aktionen unrechtmäßig. Kant übt zudem Kritik an der staatlichen Zwangsausübung gegenüber staatenlosen Völkern, die diese unter Zwang vom Naturzustand in eine zivile Verfassung und Staatlichkeit führen soll, während er ebenfalls von „Wilden“ spricht, die ihre „rechtlose Freiheit“ aufgeben und dem Staat beitreten sollen (Kant 1797: 267–268, 349). Er spricht sich kategorisch gegen die Wiedergutmachung geschichtlicher Verfehlungen aus, indem er argumentiert, dass die Bezug-

nahme auf vergangene Beschwerden den Aufbau von Vertrauen zwischen Nationen verhindert.

Mehrere Beiträge (Pagden, Muthu, Vanhaute, Niesen) heben Kants Kritik am Emporkommen des globalen Handels in einem imperialen Zeitalter hervor, genauso wie sein gleichzeitiges Beharren auf der Notwendigkeit, den Freihandel garantierende überstaatliche Rechtssysteme und internationales Recht zu erhalten. Nach Kants Ansicht müssen kommerzielle Transaktionen auf einer vertraglichen Vereinbarung beruhen, um fair zu sein und um zu garantieren, dass der Vertrag eingelöst wird, braucht es wiederum eine durch Zwang untermauerte Gewalt, nämlich eine internationale Rechtsordnung. Diese Form eines internationalen institutionellen Systems würde laut Kant Konflikte zwischen Staaten beilegen können und mithin kosmopolitische Rechte schützen. Gleichzeitig erkennt Kant die Bedeutung der Dekolonisierung nach einer Annexion nicht an, sondern argumentiert stattdessen, dass eine sofortige Dekolonisierung Instabilität verursachen und so den Übergang zu einem öffentlichen internationalen Recht verhindern könne.

Trotz der Unterschiede besteht die Grundhaltung des Bandes darin, dass Kants Darstellung gegen die Eroberung, gegen das Imperium und gegen Krieg gerichtet ist und dass seine früheren rassistischen und imperialistischen Ansichten als irrelevant für seinen endgültigen Antikolonialismus angesehen werden können. Es wird argumentiert, dass postkoloniale KritikerInnen nicht wissen, was sie von den anti-imperialistischen Impulsen des politischen Denkens des 18. Jahrhunderts halten sollen. Meiner Meinung zeigt sich hier nur die durchgehende Ratlosigkeit westlicher politischer Theorie, die nach wie vor nach Wegen sucht, mit den zutiefst rassistischen und imperialistischen Konsequenzen modernen politischen Denkens einen adäquaten Umgang zu finden. Kant war zweifelsohne ein hervorragender Denker und seine Schriften sind unverzichtbar für alle, die sich mit kritischem Denken auseinandersetzen. Die BefürworterInnen Kants täten dennoch gut daran, Foucaults (1984) Rat zu befolgen und sich von dem Zwang befreien, entweder für oder gegen die Aufklärung und ihren wichtigsten Vertreter Immanuel Kant sein zu wollen.

Im Kontrast dazu ist Amy Allens Buch *The End of Progress: Decolonizing the Normative Foundations of Critical Theory* eine starke Kritik an den gegenwärtigen Erben der Frankfurter Schule, nämlich an Jürgen Habermas, Axel Honneth und Rainer Forst, die sie des Eurozentrismus beschuldigt, was ihrer Meinung nach deren, von den Prinzipien der Aufklärung informiertes, emanzipatorisches Projekt zunichtemacht. Während Habermas und Honneth einer stärker hegelianischen Herangehensweise verpflichtet seien, die darin bestehe, Normen aus der Geschichte abzuleiten, folge Forst Kant, indem er die Grundlage für moralische Normen auf die Vernunft selbst zurückführe. Trotz dieser Unterschiede kritisiert Allen alle drei Autoren für ihre Aufrechterhaltung eines zukunftsorientierten Fortschrittskonzepts, welches die diesen Fortschrittsideologien zugrundeliegenden historischen und globalen Machtunterschiede als Erbe des Kolonialismus nicht beachte (Allen 2016: xiv). Allens Unzufriedenheit mit der Kritischen Theorie beruht nicht vorrangig darauf, dass diese nicht-westliche Perspektiven zum Schweigen bringt, sondern dass sie sich dagegen wehrt, diese zu hören. Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule scheint demnach unter einer ‚strategischen Taubheit‘ zu leiden.

Im Gegensatz zu Bruce Robbins (2016), der Allen vorwirft, sowohl den postkolonialen Studien als auch der Kritischen Theorie einen schlechten Dienst zu erweisen, indem Allen die postkoloniale Theorie als Ausrede nutzt, um in die Kritische Theorie zu intervenieren, fällt meine Lesart von Allens Projekt weitaus positiver aus. Nach Robbins ist Allen letztendlich in einem endlosen Prozess der Selbstproblematisierung gefangen, statt

dem Anderen eine Stimme zu verleihen. Für Robbins reicht ein auf sich selbst gerichteter prüfender Blick nicht für ein kritisches Projekt, da Europa sich genau dafür immer wieder selbst gratuliert habe. Im Gegensatz dazu würde ich Allens Projekt als ein längst überfälliges Hinterfragen der Kritischen Theorie für ihr fehlendes Engagement mit dem Erbe des Kolonialismus und wie dieses die globalisierte Welt geprägt hat, lesen. Ihr enttäuschendes Schweigen gegenüber Rassismus, Imperialismus und anticolonialen Kämpfen ist kein bloßes Versehen, sondern symptomatisch für den Eurozentrismus, der die europäische intellektuelle Tradition prägt. Ihr zweifelhafter übergeschichtlicher Anspruch auf Universalität marginalisiert andere Epistemologien und normative Prinzipien, die vom europäischen Modell abweichen (Dhawan 2017). Im Licht der Gewalt und der Ausschließungen, welche die europäische Aufklärung prägen, wird die normative Legitimität von Idealen wie Gerechtigkeit, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Souveränität, Fortschritt, Demokratie und Säkularismus in Zweifel gezogen.

Wenn man bedenkt, dass es das Ziel der Kritischen Theorie ist, Bedingungen zu theoretisieren, die emanzipatorische Politik ermöglichen, ist es überraschend, dass die Dekolonisierungskämpfe von dieser geradezu systematisch ignoriert wurden. Nach Allen besteht die Ausrede der Kritischen Theorie für ihre fehlende Auseinandersetzung mit der postkolonialen Theorie in ihrer Selbstverpflichtung, eine progressive geschichtliche Perspektive zu verfolgen, welche durch postkoloniale DenkerInnen problematisiert werde als imperialistische Legitimierung der Kolonisierung ‚unterentwickelter‘ und traditioneller Gesellschaften durch das moderne Europa (Allen 2016: xv). Normative TheoretikerInnen fürchten um ein Ende Kritischer Theorie, sollte ihr normativer erkenntnistheoretischer Fundamentalismus hinterfragt werden, während postkoloniale DenkerInnen auf die Gewalttätigkeit eines solchen fundamentalistischen Verständnisses von Normativität hinweisen. Normativen TheoretikerInnen zufolge braucht die Kritische Theorie Prinzipien von Fortschritt und Entwicklung als zukunftsgerichtete Ideen von Perfektion und Verbesserung, um wirklich kritisch zu sein (Allen 2016: 11). Normen wären für diese moralisch-politische Imperative, die gerechtere politische Ordnungen inspirieren. Ein Aufgeben dieser normativen Verpflichtungen würde entsprechend als historischer Pessimismus interpretiert. Postkoloniale Studien werden aufgrund ihrer Infragestellung der emanzipatorischen Funktion von Normen von Menschenrechten, Säkularismus und Demokratie als nicht wirklich kritisch beurteilt. Ideen von Fortschritt, Entwicklung und Rationalität, die dem normativen erkenntnistheoretischen Fundamentalismus zugrunde liegen, werden von postkolonialen TheoretikerInnen wiederum als koloniale Rechtfertigungsnarrative beschrieben. Dies eröffnete eine breite Kluft zwischen der Kritischen Theorie und postkolonialen Studien. Einerseits bezichtigen die Ersteren die Letzteren eines normativen Nihilismus und Relativismus und argumentieren, dass anti-fundamentalistische Normativitätsvorstellungen nicht wirklich kritisch sein können (Allen 2016: 11). Der Kryptonormativismus der französischen Poststrukturalisten wird dabei als negativer Einfluss auf die postkoloniale Theorieproduktion gesehen. Andererseits bezichtigt die postkoloniale Theorie die Kritische Theorie normativer Gewalt und schlägt eine ‚kontingente Normativität‘ als postkolonialen Bedingungen zuträglicher vor, die von Ambivalenz, Differenz und Diversität geprägt sind. In dieser Auseinandersetzung nimmt Allen Partei für die postkoloniale Theoriebildung und argumentiert, dass es dringlich geboten sei, dass die Kritische Theorie ihre normativen Konzepte von Gerechtigkeit, Menschenrechten und Demokratie überdenke, möchte sie denn tatsächlich kritisch sein (Allen 2016: 2–4). Dies tut Allen, indem sie etwa die Verbindungen zwischen dem mo-

ralisch-politischen Universalismus und dem europäischen Imperialismus überprüft (Allen 2016: 1).

Ähnlich wie Allen möchte ich argumentieren, dass eine unkritische Festlegung auf einen normativen erkenntnistheoretischen Fundamentalismus das gewaltvolle Erbe des europäischen Kolonialismus und die Ambivalenz der Aufklärungsideale leugnet und verdeckt. Trotzdem ist das Antidot zum Eurozentrismus und Imperialismus weder Nativismus noch eine kategorische Negierung jeder normativen aufklärerischen Theoriebildung, sondern stattdessen eine Pluralisierung und Diversifizierung der Narrative normativer Legitimität (Dhawan 2017). Dies geschieht in Anerkennung der Tatsache, dass unterschiedliche Erfahrungen, Perspektiven und Verortungen einen Unterschied machen, wenn es darum geht, wie normative Prinzipien formuliert und operationalisiert werden. Wie postkolonial-queere FeministInnen zeigen konnten, sind normative Verpflichtungen in der Tat ohne Rückgriff auf fundamentalistische Prämissen möglich. Entgegen der Position normativer TheoretikerInnen, die behaupten, dass ein normativer erkenntnistheoretischer Fundamentalismus unerlässlich sei, um kritisch zu sein, würde ich argumentieren, dass postkoloniale Theorien über eine nicht-fundamentalistische Herangehensweise an normative Legitimität die Konturen des Kritischen rekonfigurieren. Anstatt also zu behaupten, dass normative Standards durch universelle Prinzipien untermauert sein müssen, werden die Ungewissheiten und Dilemmata normativer Prinzipien umrissen. Eurozentrische Narrative legitimierender Normativität verhalten sich oft parasitär zu einer Devaluation und Disqualifikation nicht-europäischer normativer Prinzipien. Universelle normative Prinzipien zeigen sich so als provinziell und ausschließend, während sie selbstgerecht die Überlegenheit europäischer normativer Prinzipien als fortschrittlicher und mithin als Maßstab für die Bewertung nicht-europäischer Gesellschaften, epistemischer Ordnungen und Praktiken verfestigen.

Es scheint mir wichtig zu verdeutlichen, dass postkoloniale Theorie kein Gegner einer normativen Kritischen Theorie ist, sondern stattdessen die Normativität der Aufklärung von ihren destruktiven und regressiven Tendenzen befreien möchte, indem sie den Eurozentrismus der Aufklärung offenlegt (Dhawan 2017). Das normative Erbe der Aufklärung ist höchst ambivalent und widersprüchlich und gleichzeitig geprägt von Barbarismus und Zivilität, Beherrschung und Emanzipation. Falls uns unsere normativen Verpflichtungen zu dem machen, was wir als Individuen und Gesellschaften sind, dann beinhalten die auf eine Dekolonisierung zielenden Anstrengungen der postkolonial-queer-feministischen kritischen Theorie eine Erkundung der Möglichkeiten einer rekonfigurierten Normativität, um die Grenzen unserer selbstverständlichsten Gewohnheiten mit Blick auf unser Wissen, Tun und Sein zu hinterfragen.

Literatur

- Bernasconi, Robert, 2011: Kant's Third Thoughts on Race. In: Stuart Elden / Eduardo Mendieta (Hg.), *Reading Kant's Geography*, Albany, 291–318.
- Dhawan, Nikita, 2017: Can Non-Europeans Philosophize? Transnational Literacy and Planetary Ethics in a Global Age. In: *Hypatia: A Journal of Feminist Philosophy* (im Erscheinen).
- Elden, Stuart, 2009: Reassessing Kant's Geography. In: *Journal of Historical Geography* 35, 3–25. <https://doi.org/10.1016/j.jhg.2008.06.001>
- Eze, Emmanuel Chukwudi, 1997: The Color of Reason: the Idea of "Race" in Kant's Anthropology. In: Ders. (Hg.), *Postcolonial African Philosophy: A Critical Reader*, New York, NY, 103–140.

-
- Foucault, Michel, 1984: What is Enlightenment? In: Paul Rabinow (Hg.), *The Foucault Reader*, New York, NY, 32–50.
- Hund, Wulf D., 2011: It must come from Europe. The racisms of Immanuel Kant. In: Wulf D. Hund / Christian Koller / Moshe Zimmermann (Hg.), *Racisms. Made in Germany*, Berlin, 69–98.
- Kant, Immanuel, 1797. *Die Metaphysik der Sitten*. In: *Kants Gesammelte Schriften*. Ausgabe der Preussischen Akademie der Wissenschaften. Berlin: de Gruyter, Band 6, 205–493.
- Kleingeld, Pauline, 2007: Kant's Second Thoughts on Race. In: *The Philosophical Quarterly* 57, 573–592. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9213.2007.498.x>
- Robbins, Bruce, 2016: Proving the Impossibility of Progress. <https://lareviewofbooks.org/article/proving-impossibility-progress/>, 18.01.2017.

Foucault und die Krise der Linken

*Johannes Siegmund / Rahel Süß / Anna Wieder**

Bericht zur Tagung *Foucault Revisited*, Universität Wien, 4.–5. November 2016¹

Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen sind auf dem Vormarsch, das linkspolitische Narrativ in der Krise. Digitale Technologien fungieren als Steuerungs- und Überwachungsmechanismen in einer zunehmend narzisstischen Gesellschaft. Vor dem Hintergrund dieser Zeitdiagnosen wendete sich die Tagung *Foucault Revisited* erneut dem Denken Michel Foucaults zu, um dessen Lösungspotential für aktuelle Fragestellungen auszuloten. Das Ergebnis: Foucaults Antworten auf die Krise der Kritik können gerade heute Impulse für die Politische Theorie geben und uns Wege aufweisen, „nicht dermaßen regiert zu werden“.

Die Tagung fand am 04. und 05.11.2016 an der Universität Wien statt und zeichnete ein Panorama der gegenwärtigen Foucault-Rezeption im deutschsprachigen Raum. Organisiert vom Lehrstuhl für Politische Theorie

der Universität Wien (*Oliver Marchart*) und der Universität Duisburg-Essen (*Renate Martinsen*) fand die Tagung zudem ihre Einbettung im Rahmen der Themengruppe ‚Konstruktivistische Theorien der Politik‘ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft. In 36 Vorträgen aus verschiedenen Fachbereichen – neben der Politikwissenschaft waren etwa auch Philosophie, Soziologie, Romanistik, Geschichte, Kunst- und Kulturwissenschaften und Theologie vertreten – wurden zentrale Begriffe Foucaults, der dieses Jahr seinen 90. Geburtstag gefeiert hätte, kritisiert, aktualisiert und weiter gedacht. Grundprobleme und Grundbegriffe des Foucault’schen Denkens wurden für die Politischen Theorie fruchtbar gemacht, Theorievergleiche von Marx bis zum New Materialism angestellt, Themengebiete von der Biopolitik bis zum Grenzregime mit Foucault problematisiert und die jüngst veröffentlichten Vorlesungen am Collège de France hinsichtlich politik-theoretischer Fragestellungen untersucht.

Philipp Sarasin schlug in seinem Eröffnungsvortrag vor, von einer Wende Foucaults zu sprechen. Ausgehend von Foucaults Interpretation der iranischen Revolution, der späten Vorlesungen und seiner Texte nach 1978 zeichnete Sarasin Foucaults Abrücken von ‚der Linken‘ nach und fasste Foucaults Überlegungen zur Möglichkeit von Kritik bzw. den

* Johannes Siegmund
Kontakt: johannes.siegmund@univie.ac.at

Rahel Süß
Kontakt: rahel.suess@univie.ac.at

Anna Wieder
Kontakt: anna.wieder@univie.ac.at

1 Eine frühere Fassung des Berichtes wurde auf dem Foucault Blog veröffentlicht (<http://www.fsw.uzh.ch/foucaultblog/featured/163/foucault-und-die-herausforderungen-der-kritik><https://twitter.com/foucaultblog/status/803982991018037249>).

Impetus einer kritischen Haltung, „nicht dermaßen regiert zu werden“, als Ausdruck einer radikalen Freiheit des Subjekts. Der späte Foucault habe sich von seinen systematischen Gesellschaftsanalysen und dem Panoptismus abgewandt, sich Sartre wieder angenähert und so den Willen des Subjekts, seine Möglichkeit zu Distanzierung, Kritik und Widerstand ins Zentrum seines Denkens gerückt. Sarasins Vorschlag löste einige Kontroversen aus: Dem Begriff der Wende wurde vorgeworfen die Kontinuitäten in Foucaults Denken aus dem Blick zu verlieren. Den späten Foucault als Indikator des Anbruchs der neoliberalen Ära und als einen liberalen Denker darzustellen, ging vielen zu weit.

Auch *Thomas Lemke* bezog sich in seiner Keynote auf Foucaults Begriff der Kritik. Sein Interesse galt dabei besonders dem Verhältnis von Erfahrung und Kritik. Ausgehend von der These, dass das Wiederauftauchen des Begriffs der Erfahrung in Foucaults späten Arbeiten mit einer signifikanten Verschiebung im Konzept der Kritik eng verbunden ist, entwickelt Lemke in seinem Vortrag die Idee einer experimentellen Kritik. Drei Implikationen eines solchen Kritikverständnisses hob Lemke hervor: erstens den Grundsatz der prinzipiellen Unabschließbarkeit von Kritik, das heißt der Selbstbegrenzung im Sinne einer permanenten Kritik unserer selbst. Zweitens, ein Offenlegen transformierender Singularitäten im Sinne eines Sichtbar-Machens dessen, was zwar sichtbar ist, aber zu eng mit uns verbunden, um es wahrnehmen zu können. Und drittens, die Bedeutung von Affekten für Kritik, die es anzuerkennen gelte. Während die Idee einer experimentellen Kritik bei den Tagungsgästen auf Interesse und Zustimmung stieß, wurden Fragen nach dem Verhältnis von Subjekt, Kollektiv und Erfahrung kritisch diskutiert: Ist Erfahrung immer als kollektive Erfahrung konzipiert? Ist das Subjekt immer an eine kollektive Erfahrung rückgebunden?

Susanne Krasmann überführte im dritten Keynote-Vortrag Foucaults Überlegungen aus *Überwachen und Strafen* ins digitale Zeitalter und ging der Frage nach, inwiefern

Foucaults Analyse von Sichtbarkeitsregimen uns heute erneut einen spezifischen Zugang zu unserer Gegenwart ermöglichen. Dabei vertrat Krasmann die These, dass die Befragung der Bedingungen des Sehens und Wissens mit einer Überschreitung der Grenzen unserer Perspektive einhergeht. Wie der Vortrag aufzeigte, ist die Frage nach Sichtbarkeitsregimen gerade angesichts der umfassenden Zurschaustellung des eigenen Lebens in sozialen Medien politisch höchst aktuell. Das digitale Subjekt fungiert, so Krasmanns Diagnose, als Chiffre für die gegenwärtigen Machtregime, insofern es nicht bloß passives Objekt der Macht, der Datenanalysten und der Geheimdienste ist, sondern als aktives, datengenerierendes Subjekt die Mechanismen einer ‚Kontrollgesellschaft 2.0‘ mitproduziert und verkörpert. Zum Widerstand gegen solche digitalen Kontrollmechanismen bedürfte es daher eines Konzepts der visuellen BürgerInnenschaft, das es erlaubte, eine Form der Kritik der Macht zu denken, die über die doppelte Bindung von Subjektwerdung und Unterwerfung im Begriff der Subjektivierung hinausginge, und eine emanzipatorische ZuschauerInnenrolle einzunehmen, die gleichzeitig eine andere Perspektive eröffne.

Foucault Revisited, dieser Anspruch wurde über die drei Impulsvorträge hinaus in zahlreichen Panels mit einer Vielzahl an Anknüpfungspunkten verfolgt. So wurden nicht nur die Kategorien der Freiheit und der Gleichheit bei Foucault auf den Prüfstein gebracht und ihr Potential für politische Mobilisierungsprozesse ausgelotet, auch die Frage der Rechte und Foucaults Ruf nach einem neuen Recht, frei vom Prinzip der Souveränität, wurde mit Blick auf den Begriff der BürgerInnenschaft kritisch beleuchtet. Insgesamt war das Interesse an Fragen zur Möglichkeit und Kritik von Widerstand groß, wie sich etwa an der Diskussion um die Krise linkspolitischer Narrative zeigte. Demnach sehe sich die Linke gegenwärtig mit der Herausforderung konfrontiert, vor dem Hintergrund einer autoritären Wende und einer Herrschaft des Algorithmus in ei-

ner narzisstischen Gesellschaft die eigene Position zu festigen. Fraglich erscheint also, wo eine widerständige Kritik heute konkret ansetzen kann. Die Vorschläge dazu reichten von einem utopischen Lokalismus, dem präfigurativen Blick in die Zukunft bis hin zur Idee einer experimentellen Kritik. Dabei blieb offen, wie das Verhältnis von normativer und deskriptiver Dimension von Kritik beschaffen sein sollte, ob es notwendig ist, eine normative Dimension von Kritik einzuführen und ob auf eine solche Dimension überhaupt verzichtet werden kann.

Abschließend wurde auch Foucaults Rolle für die Politische Theorie thematisiert. Eine stärkere, über den theoretischen Rahmen hinausgehende Politisierung hätte der Tagung wahrscheinlich gutgetan. Foucault war ein Meister darin, über geschichtliche Entwicklungen zu sprechen und dabei gleichzeitig den Blick auf die Gegenwart zu lenken. Solche Foucault-Momente stellten sich nur dann und wann ein. So wurde in erster Linie Foucaults begriffliches Denken problematisiert, aber etwas zu selten auf dessen praktische Implikationen für aktuelle politische Entwicklungen Bezug genommen.

Um dieses (selbst-)kritische Potential des Foucault'schen Denkens fruchtbar zu machen, bedarf es einer genaueren Berücksichtigung der wirklichkeitsproduktiven Effekte von Theoriebildung. Es gilt, anders gesagt, Foucaults Einsicht Rechnung zu tragen, dass theoretische und ontologischen Setzungen nicht streng voneinander zu trennen sind. Eine genauere Ausarbeitung dieses Verhältnisses – insbesondere unter Berücksichtigung materieller Aspekte – bleibt auch über die Tagung *Foucault Revisited* hinaus ein zentrales Desiderat der Foucault-Forschung. Ähnliches gilt für die lediglich schlaglichtartig thematisierten Diskussionen um die affektive Verfasstheit von Subjekten, die vor allem in Foucaults Auseinandersetzung mit Nietzsche und Deleuze thematisch werden, oder um die alteritätstheoretischen Anklänge im Foucaults Spätwerk, die einen neuen Blick auf Fragen der Individualisierung in Aussicht stellen. Gerade an diesen Verschiebungen im Denken des späten Foucaults zeigt sich, dass er auch heute, da ein Großteil seiner Begriffe im politikwissenschaftlichen Kanon angekommen zu sein scheint, die klassischen politischen Konzepte noch immer zu beunruhigen vermag.

Nancy Fraser's *Zeitdiagnose*: Capitalism after the Financial Crisis

Ben Gook*

Report on the workshop *Justice, Feminism and the Critique of Capitalism*, University of Erfurt, October 17–18, 2016

In recent years, amid financial crises and disaffection around the world, several prominent theorists and philosophers have been revisiting the Frankfurt School critical theory tradition. Nancy Fraser's work has been among the most incisive of this recent uptick in crisis-theoretical research. Fraser has increasingly insisted on keeping *capitalism* at the center of critical theory. A stimulating workshop with Fraser organized by the Max Weber Kolleg (*Urs Lindner*) and the Faculty of Law, Social Sciences and Economics (*Stefanie Hammer*) at the University of Erfurt proved she will not be diverted from that key task: the critique of capitalism. Even so, Fraser's insistence does not come at the expense of her synthetic reading – and her earlier writing – around many other topics, nor does it lay her open to the bogeyman of 'economism'.

In Fraser's current work, she argues capitalism is something larger than an economy. In this expanded conception, capitalism is an *institutionalised social order*, constituted by a set of structural divisions and institutional separations. Most prominently, these include: the gendered split between 'economic production' and 'social reproduction', which defines, among other things, what work is

paid; the 'economy' and 'polity' division, which ostensibly expels economic questions from political control; and an ecological separation of (nonhuman) 'natural' background and (apparently nonnatural) 'human' foreground, which demarcates natural from human resources. Capitalism is then marked for Fraser (see 2014a) by a structural imbrication with gender domination, various political oppressions (national, transnational, colonial, postcolonial) and ecological degradation.

The workshop took up each of Fraser's current concerns, pulling apart Fraser's unashamedly totalizing *Zeitdiagnose* to consider its strongest themes. Introducing the first open session¹, *Urs Lindner* described three consecutive periods of Fraser's social theoretical work: first, the period on feminism, discourse and power, culminating in her *Unruly Practices* collection in 1989; second, the period on redistribution, recognition and representation; third, and most recently, a renewed critique of capitalism, present in the two earlier periods but only now in focus.

1 The first day began with a session discussing 'women in science' for people who self-identify as female or genderqueer. That session will not be discussed in this report, but it responded to a recent article in which Fraser (2012) discusses her experience as a female academic.

* Ben Gook, PhD, Universität Erfurt
Kontakt: ben.gook@uni-erfurt.de

With an eye especially on that third period, the consecutive sessions were organized around the themes of several new books Fraser is drafting: first, *Capitalism, Crisis, Critique*; second, a book expanding her work on Marx's hidden abodes and Karl Polanyi; third, a dialogue with Humboldt University social philosopher Rahel Jaeggi, another prominent voice in recent Frankfurt School discussions. As these projects make clear, the task Fraser has set for herself in her third phase is to understand capitalism's crisis dynamics without economism or functionalism. Thus, what are the self-destabilizing institutionalized contradictions of capitalism? To answer this question, she wants a multidirectional analysis that does not lose a Marxian insistence on the economy's propulsive force. While other recent crisis theories have tended to privilege a single aspect (for example, the financial or ecological), Fraser set out in the workshop her case for an integrated crisis critique in a world that demands it – namely, to make sense of a tridimensional crisis and reveal prospects for an emancipatory resolution (Fraser 2014b).

Petra Gumplova introduced Fraser's article "Reframing Justice in a Globalizing World" (2005). This article is Fraser's clearest statement about the Keynesian Westphalian frame's waning relevance. Its argument was a response to 'globalization' as it played out for official political actors and social movements – and researchers – within territorially demarcated nation-states. It moved Fraser towards questions of representation, a subject which carries through to her recent work and came into discussion across the workshop, particularly considering the recent Brexit vote and revenant nationalisms. In this context, revisiting this writing from over a decade ago, the discussion dealt with framing and representation in politics: what is afforded and foreclosed by institutional and discursive frames of, for example, the nation; how are justice claims demanded; to whom can those claims be addressed, and so on. As such, these ideas connect with Fraser's more recent theorisation of 'boundary

struggles' – the ways institutional divisions become foci of conflict, as actors challenge or defend boundaries between, for instance, production and reproduction (Fraser 2016).

The fortunes of some such struggles were introduced by *Hannah Peaceman*, who looked at the ambivalence and ambiguity – the cunning of history, as Fraser calls it – of feminist movements in capitalism. For instance, a 'progressive neoliberalism' (Fraser 2017), perhaps best embodied by the Democratic Party in the US, has co-opted radically emancipatory aspects of feminism while turning them to market friendly, mildly reformist or outright regressive ends (as the workshop took place shortly before the US election, Hillary Clinton came in for many pointed comments). Fraser considers this to be symptomatic of current social movements' weak emancipatory claims.² On the second day, recent feminist debates returned in a session addressing social reproduction and crises of care. *Tanja Visic* introduced Fraser's 2016 article on the contradictions of capital and care. Visic argued that the North-South division, which Fraser was concerned with in her picture of a global division of care, could also be translated into a West-East division in Europe, where the post-socialist countries provide female care workers for those in the 'core' cities of the EU. Here, Fraser referenced Arlie Hochschild's metaphor about love as the new gold, signifying the transfer of care from one pole to another (for example, Latin America to New York, Warsaw to London) in an extractive, exploitative dynamic that fittingly conjures

2 Discussing recent feminist work, Fraser noted her discomfort with intersectionality, which she sees as a well-intentioned but diminished version of socialist feminism's understanding of a social matrix. For her, this weakness sees it devolving into a battle between 'subject positions' and 'identity claims' with an under-theorised account of social relations of domination and of the social whole. This critique echoes Sue Ferguson (2016) and Cinzia Arruzza (2016), with whom Fraser shares an interest in social-reproduction feminisms' re-emergence.

the history of mining for needed resources. This hidden ‘backstory’ of capitalism’s reproduction in the west then joined other discussions at the workshop about racial logic and labor regimes. Fraser brought these together in another of her alliterative trios for understanding capitalism: exchange, exploitation and expropriation.

Urs Lindner challenged Fraser’s three background conditions and institutional divisions. He turned Fraser against Fraser, arguing that her article “What is Critical about Critical Theory?” (1985) offered a competing and compelling conception – or ‘grammar,’ as Lindner said in appropriately Fraserian terminology – of capitalism’s institutional order. In this critically expanded Habermasian view, boundary struggles would exist between market economy, state, civil society and household. Fraser responded only briefly, defending her current position, which she finds more critically productive. Shifting from boundary struggles to contradictions, *Arthur Bueno* drew out two ideas of contradiction in Fraser’s work. Again, in response, she said she was comfortable with a straightforward Marxist account of contradiction (meaning intra-economic contradictions or institutionalised, mutually contradictory imperatives within an economic system), while nevertheless supplementing this with a Polanyian understanding of contradiction. For Fraser, this introduces an inspiring new angle on the Marxian account by theorising inter-institutional contradictions between, in Polanyi’s terms, ‘economy’ and ‘society’, although she finds the latter term too undifferentiated. So, Marx plus Polanyi – two Karls are better than one, as the title of her keynote lecture in Erfurt a few weeks later put it. In other remarks about reification and commodification, Fraser felt Bueno and Lindner tempted romantic understandings of pre-capitalist forms of life, as well as ethical and ontological claims (for example, the language of pathologies), which are not primary in her critique of capitalism.

After all, Fraser’s critical theory of capitalism as an institutionalised social order

means it encompasses its background conditions of possibility – those areas of life outside the economy but inside capitalism in this expanded sense – thereby leaving little room for realms untouched by capitalism. A session on the natural environment extended the discussion of background conditions. Outlining Fraser’s writing on the topic in “Behind Marx’s Hidden Abode” (2014a), *Petra Gümplöva* raised the issue of nature’s exploitation in capitalism and socialism, both of which turned ‘nature’ into ‘natural resources’, available for appropriation, to be used without compensation. Gümplöva reflected on the relevance of foundational modern ideas of natural law in Grotius (*Mare Liberum*) and Locke (man has an individual, natural right to turn into private property that with which he toils). She then linked Marx’s account of primitive accumulation to colonialism’s ongoing takeover of natural resources: an external expansion (colonialism, the doctrine of discovery) of internal dispossession (primitive accumulation). She emphasized a historical sense that colonialism and environmental extraction are deeply linked, and continue to be in ostensibly ‘postcolonial’ times. Sovereignty over natural resources is used for domination and exploitation, confiscation and enclosure. Consequently, Gümplöva thinks we need to ask about *rights* to natural resources. Fraser was skeptical of a tacit Westphalian line here (which sovereign collectivity do we address with a rights claim, is it the bounded state?) – so she questioned whether sovereignty is the correct critical concept and political frame. In a world with a global division of labor, financial flows and intensely imbricated relations, the idea of ‘our territory’ is increasingly problematic, as most things flow into production and reproduction across sovereign, nation-state demarcations.

Christoph Henning then broached two conceptions of ‘nature’. Objective discussions of nature lead to rights talk and distribution questions (per Gümplöva), while subjective discussions touch on a romantic dimension that sees the human not only as a

social but also a natural being. Henning was interested in retrieving this discussion of human nature – a lost Marxist Humanism, perhaps – from its neglect after many became unwilling to risk ‘essentialism’. For Henning, rather than ontological discussions, these subjective dimensions lead on to political and social movements (for example, ecology), where nature is not an object for us to burn up, but a shared basis for human life. Fraser again resisted this line, instead insisting that capitalism, in her expanded sense, creates a certain bifurcation of nature. In one place, capitalism will construct a specifically economic realm, practice and orientation to nature (resource stripping, land grabbing: nature as costless and abundant). In another, it creates a ‘natural nature’ (what should be preserved: most famously, the photogenic flora and fauna of national parks). Nature as an aesthetic experience becomes the antithesis of nature we must mine and use. As *Hartmut Rosa* put it in the discussion, a mountain is exploited and mined while an image of it is hung in the lounge room as a scene of sublime majesty; a laboratory chimp or rat is unfeeling matter for scientific intervention, while a domestic pet is a ‘useless’ source of affection and resonance.

Once more, this brought out one of Fraser’s key claims: capitalism creates a world of institutionalized separations that go with alternative orientations, ideologies, narratives and normativities (for example, ‘priceless’ sublime experience versus profitable use). Fraser stressed how capitalism encourages us to sharpen modernity’s division between human and nature. Massive consequences have followed because these divisions have become too entrenched, but that doesn’t mean the answer is to collapse the divisions. She suggested that we need both sides of this story to think about how much the romantic, aesthetic relationship to nature is precisely not one that sees it as an object of use: does it offer resources to be used in a non-mystifying way for an anti-capitalist eco-socialist democratic movement? Can such a position function in an offensively

critical way, not a defensive conservative way?

In the final session, *David Strecker* brought to the fore Habermasian themes in Fraser’s work on crises. Her recent article about political legitimization crisis (Fraser 2015) is her most explicit engagement with Habermas in some time. Strecker argued that where Fraser falls back on a false consciousness explanation of why legitimization deficits have not fully unfolded into crises, a more promising approach can be found in Habermas’ colonisation thesis, which suggests instead a fragmented consciousness. While supporting Fraser’s efforts in bringing social theory back to critical theory, Strecker noted some gaps in her theory of society, particularly around the relevance of, and relations between, different spheres. Likewise, Strecker felt introducing hegemony into the account was promising but that it also has not yet satisfactorily explained legitimization deficits. So, a diagnostic question emerged in the dialogue between Fraser and Strecker: are we witnessing legitimization crises – and are these increasingly coming from the political right (that is, a right on the streets, demanding new constitutions, trespassing political frames and systems)?

These questions were prompted too by the final paper, in which *Emiliano Urciuoli* made a necessarily brief but interesting comparison between Fraser’s article and Honneth’s (2016) recent attempt to elucidate an idea of socialism for the present – or, rather, Honneth’s skepticism of socialism’s chances today. Fraser and Honneth share the position that Marxism’s ‘economic monism’ has overlooked ‘the political’ and other non-economic spheres – a weakness that sees Marxism unable to make accurate predictions and has diminished its social resonance. Fraser’s position is the more radical of the two, however, with a clear belief in the efficacy, prospects and necessity of social movements to generate emancipatory change. Honneth casts his hope with sandbagging the institutionalised achievements of postwar struggles. These reminders of past

success thereby become an institutional archive that might inspire future ideas. Bizarrely, Honneth says this despite a near three-decade attack on those institutions, as Urciuoli pointed out. What Fraser and Honneth share, however, is an awareness of recent protest movements' ephemerality and our present cul-de-sac. Fraser nevertheless takes heart from these outbursts that have temporarily configured a progressive commonsense, while Honneth remains skeptical and pessimistic.

The workshop made clear that Nancy Fraser continues to bring her core critique and theories into dialogue with crucial questions among radical theorists and activists. Throughout the workshop's two days, the emancipatory aims of critical theory were in plain sight. She was particularly adamant that anti-racism and feminism must be incorporated into a contemporary critical theory of capitalism that updates its Frankfurt origins. For Fraser, critical theory *must* be reconsidered and reworked to bolster its claims. It must today include people and social forces marginal, displaced or invisible in its original formulations as well as too much of the work built upon it (see also Allen 2016). Fraser stressed she had in view 'a transnational feminist socialism' or, in a variation, 'an anti-imperial feminist socialism,' or, in another, 'a postcolonial feminist socialism' – she also added 'ecological' and 'democratic' at other points. Although admirable in their attempt to be comprehensive, these phrasings felt uncharacteristically unwieldy for a thinker so often so clear in her diagnosis. Critical theory would in turn diagnose that this symptomatic breakdown in clarity signals not a problem with the concepts per se, but with the fragmented social struggles that cannot yet find a basis for conceptual, social and political unity.

Literature

- Allen, Amy, 2016: *The End of Progress: Decolonizing the Normative Foundations of Critical Theory*, New York, NY.
- Arruzza, Cinzia, 2016: *Functionalist, Determinist, Reductionist: Social Reproduction Feminism and Its Critics*. In: *Science & Society* 80 (1), 9–30. <https://doi.org/10.1521/siso.2016.80.1.9>
- Ferguson, Susan, 2016: *Intersectionality and Social-Reproduction Feminisms*. In: *Historical Materialism* 24 (2), 38–60. <https://doi.org/10.1163/1569206X-12341471>
- Fraser, Nancy, 1985: *What's Critical about Critical Theory? The Case of Habermas and Gender*. In: *New German Critique* 35, 97–131. <https://doi.org/10.2307/488202>
- Fraser, Nancy, 2005: *Reframing Justice in a Globalizing World*. In: *New Left Review* 36, 69–88.
- Fraser, Nancy, 2012: *Tales from the Trenches: On Women Philosophers, Feminist Philosophy, and the Society for Phenomenology and Existential Philosophy*. In: *Journal of Speculative Philosophy* 26 (2), 175–184. <https://doi.org/10.5325/jspecphil.26.2.0175>
- Fraser, Nancy, 2014a: *Behind Marx's Hidden Abode: For an Expanded Conception of Capitalism*. In: *New Left Review* 86, 55–72.
- Fraser, Nancy, 2014b: *Can Society Be Commodities All the Way Down? Post-Polanyian Reflections on Capitalist Crisis*. In: *Economy and Society* 43 (4), 541–558. <https://doi.org/10.1080/03085147.2014.898822>
- Fraser, Nancy, 2015: *Legitimation Crisis? On the Political Contradictions of Financialized Capitalism*. In: *Critical Historical Studies*, 157–189. <https://doi.org/10.1086/683054>
- Fraser, Nancy, 2016: *Contradictions of Capital and Care*. In: *New Left Review* 100, 99–117.
- Fraser, Nancy, 2017: *The End of Progressive Neoliberalism*. In: *Dissent Magazine Online*, https://www.dissentmagazine.org/online_articles/progressive-neoliberalism-reactionary-populism-nancy-fraser.
- Honneth, Axel, 2016: *The Idea of Socialism*, Oxford.